ak

ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 299 17. 10. 88 C 21734 E 5 DM

1938: Reichspogromnacht S.8

Denunzianten und Spießbürger

Streit ums Geld bei den Grünen

Um 38.000 DM sollen die Grünen Steuer und Sozialversicherung hintergangen haben. Ca. 1,5 Millionen DM haben grüne Bundestagsabgeordnete den politischen Bewegungen, die sie ins Parlament gebracht haben, seit der letzten Bundestagswahl vorenthalten. Die Umwertung der linken Werte grassiert: Deine Diäten darfste behalten, nur nicht die Steuer betrügen.

Was mag den grünen Bundestagsabgeordneten *Peter Sellin* bewogen haben, vor dem Bundeshauptausschuß seiner Partei den Vergleich zwischen dem Flick-Skandal und der sogenannten Wittgenstein-Affäre der Grünen — so genannt nach ihrem Parteitagungsheim in der Nähe von Bonn — zu ziehen? Kennt ein nicht ganz unerfahrener Politiker wie Sellin nicht den Unterschied zwischen der Schieberei von Milliarden DM Steuervorteilen zugunsten eines Konzerns, der sich in Vergangenheit und Gegenwart vor allem im Rüstungsgeschäft einen Namen und sein Verdienst gemacht hat, und dem „Skandal", daß Grüne in Sachen Tagungshaus die Steuer um eine fünfstellige Summe beschubst haben?

Er müßte es wissen, doch scheint solchen Grünen nur eines bedenkenswert: Du darfst den Staat nicht betrügen, ob du Flick oder Schulz, Lambsdorff oder Möller heißt. Vor dem Gesetz sind beide Sünder gleich, ironisierte Rainer Trampert diese neugrüne Moral: der Grüne, der die Steuer hintergeht und einem Junkie ermöglicht, sich eine Hose zu kaufen, und der hochrangige bürgerliche Politiker, der einem Rüstungskonzern Vorteile verschafft.

Nach der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols in der Linken nun die Kampagne der grünen Realos und Spießbürger für das staatliche Steuermonopol. So absolut daneben wollen Sellin, Beckmann u.a. als Mitinitiatoren den „Grünen Aufbruch 88" einleiten und die grüne Partei weiter abwärts führen!

Fortsetzung S. 2



Sieg über das NO, aber eine DIKTATUR bleibt eine DIKTATUR

„La alegria ya viene", die Freude ist schon unterwegs, aber noch nicht am Ziel. Erwartungsvoll, selbstbewußt, siegessicher führte die chilenische Opposition ihre Kampagne gegen Pinochet und für das Nein in dem Plebiszit, mit dem der Diktator eine Verlängerung seiner Amtszeit bis 1997 erreichen wollte. Nach einigen Stunden Verzögerung räumten die Militärs ihre Abstimmungsniederlage vom 5.10.88 ein. 3,1 Millionen (43,0%) sieht das vom chilenischen Innenministerium bekanntgegebene Ergebnis an der Seite des Regimes, 3,9 Millionen (54,7%) dagegen. Zum Schluß der Kampagne hatte die Opposition eine Million Anhänger auf die Straße gebracht. Die Militärs brachten es dagegen nur auf einige tausend oder zehntausend. Als das Ergebnis bekanntgegeben worden war, durchbrach die chilenische Jugend die Aufrufe zu Ruhe und Ordnung und feierte auf der Straße. Die Militärs ließen Zweifel an ihrer Haltung gar nicht erst aufkommen: Zwei Demonstranten wurden erschossen.

Fortsetzung S. 21

IWF und Weltbank in Brennpunkt der Kritik

80.000 Teilnehmer auf der Demonstration gegen IWF und Weltbank zum Auftakt der Tagung, 8.000 zum Abschluß auf der maßgeblich autonomen „Internationalistischen Demonstration" zu ihrem Abschluß — dazwischen phantasievolle Aktionstage, davor ein internationaler Gegenkongreß und ein Öko-Kongreß: die ablehnenden oder kritisch-reformerischen Aktivitäten stahlen den Bankern die Show.

Auch das martialische Aufgebot von 8.700 Polizisten, knapp tausend Festnahmen, Knüppeleinsätze, Polizeikessel, Pressebehinderungen und zahlreiche Veranstaltungsverbote konnten diese positive Bilanz des Widerstands nicht verhindern.

Entgegen getrennten Planungsverläufen im Vorfeld der Anti-IWF-Aktivitäten kam es überwiegend zu gemeinsamen Aktivitäten der Linken, gelang der Gegenseite eine Entmischung des Protestes ebensowenig wie die Befürchtung der Autonomen Wirklichkeit wurde, daß die Weltbank-Reformer das Bild der Gegner dominieren würden.

Eine Bilanz und Einschätzung der Anti-Weltbank-Tage in Westberlin sowie die Dokumentation der „Westberliner Erklärung" des Gegenkongresses auf den Seiten 4 — 7

Walhalla rief. *Strauß* kam. Nicht alle trauern S.3

Trotzki über Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Im 71. Jahr der Oktoberrevolution sind erstmals die Werke des in der Sowjetunion immer noch verfemten und verbotenen Praktikers und Theoretikers der Revolution auf Deutsch erschienen. S. 37

Das Ende der traditionellen „Partei der Arbeiterklasse"



Interview mit Georg Fülberth zur Krise der DKP S. 32

„Ich bezweifle den Nutzen der UZ in ihrer gegenwärtigen Form", erneuerte Georg Fülberth in der UZ vom 11. Oktober seine Kritik an der Publikationstätigkeit seiner Partei. Das politische Gewicht der Partei sei zu gering, als daß eine Tageszeitung sinnvoll sei. Die DKP solle daher ein wöchentliches Mitgliederblatt herausgeben, in dem Positionen zu aktuellen Problemen und Grundsatzfragen, eine Verständigung über Aktionsmöglichkeiten ausgetauscht, diskutiert und entwickelt werden können. „Ein schwaches Beispiel dafür ist das Monatsblatt ‚sozialdemokrat-magazin' der SPD, denn es ist letztlich doch nur eine Kundenzeitschrift der Parteiführung", endete Fülberths Diskussionsbeitrag in der UZ.

Dabei hatte er noch mehr geschrieben, was der UZ trotz Offenheit in der Diskussion und Glasnost zensurwürdig erschien. Fülberths Schlußsatz wurde einfach weggeschnitten. Und der lautete: „Interessanter finde ich schon den vierwöchentlich erscheinenden ‚Arbeiterkampf' des Kommunistischen Bundes (KB). Und unser Mitgliederblatt müßte eben besser werden als beide zusammen." Das Alleinvertretungsmonopol für kommunistische Politik scheint man in den Führungsetagen von DKP/UZ-Redaktion ebensowenig aufgeben zu wollen wie die Dummheit, was man nicht hören mag dadurch besonders interessant werden zu lassen, daß man es verbietet oder zensiert.

Er geht nicht immer taktisch mit den Tabus der DKP um: Georg Fülberth, Parteimitglied, Historiker aus Marburg. Schon im Juli störte er den Sprachkonsens seiner Partei, als er in der UZ über die UZ sagte, daß deren Erscheinen „unter dem Gesichtspunkt der Ideologie" nicht schade, jedoch „unter dem Gesichtspunkt des Waldf..vels ist sie eine schädliche Zeitung". Er stehe nicht zu seiner Parteizeitung und kenne nur wenige, die dies tun.

Die Provokation gelang, das Echo in der UZ war entsprechend empört. Doch neben Beschimpfungen gab es in Leserbriefen auch Zustimmung für Fülberth, der seinen Angriff als Teil seiner Thesen „vom Ende der kommunistischen Massenpartei" in Westeuropa verstand.

Daß Fülberth noch mehr als Schmeicheleien für unsere Ohren anzubieten hat, beweist er im Gespräch mit dem AK. Wir interviewten ihn zur „Pax Americana", zum Verhältnis zur Sowjetunion, zum Ökonomismus der DKP, zum Abschied von der Partei der Arbeiterklasse, zur DKP als Menschheitspartei, zu Kommunisten und Ökologie, zum DKP-Reformismus, zum Attentismus in der Partei.

Interview auf den Seiten 32 -34

Produktivkraft Thesen zur Gentechnik S.22

Stahlboom Unruhe in Rheinhausen S.12

Perestroika Zurück zur „Weiblichkeit" S.29

Celler Bomben-Ausschuß:
Alte Enthüllungen und neue Reaktionen

Niedersachsens Geheimdienste setzen Markenzeichen: Der fingierte Anschlag auf die Celler JVA, die Verstrickungen in den Mordkomplott gegen den Führer der kanarischen Befreiungsbewegung und in den Tod von Barschel, die Beteiligung von LKA-Beamten am Waffenhandel und an der Vertuschung von Tötungsdelikten. Und immer wieder mysteriöse Todesfälle, die den Weg der niedersächsischen Geheimdienste pflastern (der Arbeiterkampf berichtete in mehreren Ausgaben darüber).

Der 11. Parlamentarische Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtags, der versucht, die Hintergründe des Celler Bombenanschlags und die Zusammenarbeit niedersächsischer Behörden mit dem Geheimagenten Werner Mauss wenigstens notdürftig zu beleuchten, hat nun ein weiteres Kapitel der Polizeiwirklichkeit aufgedeckt.

War es in der letzten Zeit ein wenig ruhiger um den Untersuchungsausschuß geworden — so konnte z.B. die zweite Vernehmung von Mauss wie erwartet keine neuen Erkenntnisse bringen —, entzündeten sich die Gemüter ausgerechnet an Enthüllungen auf Nebenschauplätzen.

Nach der Vernehmung des ehemaligen LKA-Beamten Hoffmann am 6.10.88 meldete die TAZ vom 8.10.88: *„Krach in Hannover“*. Und die „Frankfurter Rundschau“ vom gleichen Tage: *„Koalition in Frage gestellt.“*

Sonderkommission „Zitrone“

Am 6.10.88 nahm Rainer Hoffmann Platz im Zeugenstuhl des niedersächsischen Landtags. Für den Kenner der Polizeiszene konnte der ehemalige Kriminalhauptkommissar beim LKA nicht viel neues erzählen. Aber immerhin, die Würze liegt im Detail, und es wird sofort spannend, wenn ein Polizeibeamter über die normale Geheimdiensttätigkeit der Polizei plaudert. Da braucht es gar nicht um große Sensationen zu gehen; der alltägliche Dienstbetrieb lehrt auch so das Grausen.

Hoffmann, der als einer der einstigen Vertrauensmänner des Werner Mauss bei der niedersächsischen Polizei bezeichnet werden muß, berichtete dem Ausschuß über einige Operationen der Sonderkommission „Zitrone“, deren Leiter er war.

Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre beobachtete die Polizei das Entstehen von Formen der sogenannten „Organisierten Kriminalität“ in Niedersachsen. Bestimmte sich häufende Straftaten im Bereich der Gastronomie ließen darauf schließen, daß sich in Niedersachsen eine Mafia-ähnliche Organisation etabliert hatte, die überregional und international arbeitete. 70 Brandanschläge auf mehrere Pizzerias und Discotheken ließen die Polizei vermuten, daß die Mafia oder die Camorra versuchte, über Schutzgelderpressungen das gesamte norddeutsche Gaststättengewerbe an sich zu reißen.

Die Polizei stand vor einigen Problemen. Mit herkömmlichen Mitteln war der mafiösen Organisation angeblich nicht beizukommen. Also wurde im Februar 1981 mit dem Aufbau der Sonderkommission „Zitrone“ begonnen. Der Name zeigte, in welche Richtung die Ermittlungen gehen sollten; über die Formen der Ermittlungen sagte er jedoch wenig.

Für das LKA war aber klar: Mit V-Männern, Geheimpolizisten, einer geheimen Spudok-Datei und illegalen Telefonüberwachungen sollten die Strukturen der „Organisierten Kriminalität“ erkundet werden.

Indes zeigte sich sehr schnell, daß man innerhalb kürzester Zeit zwar über viele Informationen verfügte, die aber allesamt unbrauchbar waren. Eine Handhabe für einen entscheidenden Schlag hatte man nicht.

Die sollte der Mann fürs Grobe, der Geheimagent des BKA und VS, besorgen. Werner Mauss trat in Aktion. Er machte sich zügig an die Arbeit, hatte er doch auch noch einen gut bezahlten Auftrag der Versicherungswirtschaft, die ebenfalls unter den gehäuften Brandanschlägen litt.

Innerhalb kurzer Zeit konnte Mauss über das Hehlergeschäft in die Unterwelt eintauchen. Er entwickelte eine rege Reisetätigkeit. Italien, Belgien, Griechenland und die Schweiz waren seine Stationen. Fast alles lief über den „kleinen Dienstweg“, d.h. die Versicherungen zahlten die Unkosten und die ausländischen Behörden wurden offiziell über die Ermittlungen und Aktivitäten nicht in Kenntnis gesetzt.

Aber effektiv war das, was Mauss anfangs zutage förderte, keineswegs. Das LKA hätte zwar mit Hilfe des under-cover-agents mehrere Hehler hochnehmen können — nach den bestehenden Gesetzen sogar müssen —, aber darauf verzichtete man, zum einen, um den weiteren Verlauf der Operationen nicht zu gefährden, und zum anderen, weil man Mauss in den zu erwartenden Prozessen nicht als Zeugen präsentieren wollte. Schließlich waren doch nur „kleine Fische“ in das Netz des gepriesenen Superagenten gegangen.

Die niedersächsische Polizei schlug nun, auf Mauss' Anregung hin, einen anderen, erfolgversprechenden Weg ein: Man wollte selbst Straftaten planen, organisieren und anschieben.

Als erstes Projekt suchte man sich eine Möbelfabrik in Dissen bei Osnabrück aus, die von vier Kriminellen im Auftrag eines gewissen „Detroche“, wie sich Mauss in diesem Komplex zu nennen beliebte, eingeäschert werden sollte. Die Planungen liefen auf Hochtouren. Die Ganoven, die die Polizei angeheuert hatte, saßen schon in einem Nobelhotel zusammen, da bekam im letzten Moment der LKA-Beamte Hoffmann, der ja offiziell der Leiter der Operation war, kalte Füße und unterrichtete vorsichtshalber den zuständigen Staatsanwalt, um die Aktion hier absichern zu lassen.

Überraschenderweise, muß man wohl in diesem Zusammenhang sagen, wollte der Staatsanwalt bei diesem Vorgehen nicht mitziehen und drohte mit Eingriffen. Mauss und der hochrangige LKA-Beamte Müller, Hoffmanns Vorgesetzter, waren verärgert. Für sie schien Hoffmann nicht über die notwendige Nervenstärke zu verfügen, die man für eine optimale verdeckte Polizeitätigkeit braucht.

Nach diesem Patzer von Hoffmann disponierten das LKA und Mauss schnell um. Ein neues Objekt wurde ausgeguckt. Eine Luxusjacht in Griechenland auf Rhodos sollte nun im Auftrag der Staatsorgane in Schutt und Asche gelegt werden.

Die Unterweltler Vico Pilleri und Langenitz wurden für diesen Coup angeheuert. Das LKA besorgte 300.000 DM Vorzeigegeld, vermutlich aus Spielbankbeständen. Dies sollte der Lohn für den geplanten Anschlag sein.

Doch dazu kam es nicht mehr. Nach mehreren Reisen nach Griechenland wurden Pilleri und Langenitz von der griechischen Polizei — nach Hinweisen von niedersächsischen Behörden über geplante kriminelle Taten — verhaftet.

Verkrüppelte Hand und eingeschlagener Zahn

Aber der eigentliche Erfolg blieb aus. Pilleri und Langenitz packten nicht wie erhofft aus. Ca. 14 Tage nach der Verhaftung begab sich Hoffmann nach Griechenland, um die beiden Verhafteten zu einer Aussage zu bewegen. Mag sein, daß Hoffmann den beiden gütlich zugeredet und einen Deal vorgeschlagen hat: umfassende Aussage gegen Haftverschonung und weitere Zusammenarbeit mit dem LKA. Fakt ist, daß Hoffmann mit leeren Händen nach Hannover zurückkam. Der schon erwähnte LKA-Beamte Müller war erzürnt über dieses neuerliche Versagen seines Untergebenen. Müller behauptete, daß bei ihm noch jeder ausgepackt hätte. Er fuhr daraufhin höchstpersönlich nach Griechenland. Doch auch er konnte — trotz aller Bemühungen — nicht erreichen, daß die beiden Verhafteten Aussagen machten. Nur eins blieb: Seit jener Zeit hat Pilleri eine verkrüppelte Hand und einen ausgeschlagenen Schneidezahn.

Obwohl Pilleri und Langenitz keine Straftat verübt hatten, wurden sie von griechischen Gerichten zu neun bzw. sechs Jahren Haft wegen „Bildung einer Schreckensbande“ verurteilt — aufgrund einer „hervorragenden Zusammenarbeit“ zwischen bundesdeutscher und griechischer Polizei, wie es in der Publikation des niedersächsischen Innenministeriums „Unsere Sicherheit“ Juni 1982 so schön heißt.

Nachzutragen bleibt, daß die griechischen Behörden über die Hintergründe nicht aufgeklärt worden sind.

SPD und vor allem FDP fahren heute, nach der Aussage Hoffmanns, schwere Geschütze gegen die Landesregierung auf. Die SPD bezeichnete „diese Form polizeilicher Ermittlungsarbeit als Skandal“ (Göttinger Tageblatt, 8.10.88). Der Landtagsabgeordnete R. Fischer (FDP) drohte mit dem Platzen der FDP/CDU-Koalition „mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit“ in Niedersachsen. Die Koalition steht und fällt — so Fischer — mit „der radikalen Aufklärung dieser Skandale“ (TAZ, 8.10.88). Und sogar der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch, meldete sich aus Bonn zu Wort: *„In Niedersachsen ist die Polizei offenbar außer Rand und Band“*. Hirsch weiter: Es werde *„auf erschreckende Weise deutlich, daß dort die Polizei nicht politisch geführt wird.“* (FR, 8.10.88)

Albrecht und Hasselmann dürften über diese Inszenierung der FDP eher schmunzeln, denn schließlich war die FDP maßgeblich am Aufbau der Geheimpolizei durch das BKA beteiligt und hat die Polizei politisch dahin geführt, wo sie heute steht. Besonders die niedersächsische FDP hat sich ihren christlichen Koalitionspartner ausgesucht, trotz oder vielleicht sogar wegen dessen Politik im Bereich der Inneren Sicherheit.

Denn so neu sind die Enthüllungen des LKA-Beamten Hoffmann auch nicht. Gerade die Soko-„Zitrone“ war für die Landesregierung das Paradepferd bei der Begründung der verdeckten Ermittlungen. In „Unsere Sicherheit“ Juni 1982 kann man über die Ergebnisse der Soko-„Zitrone“ nachlesen, die der damalige LKA-Chef Waldemar Burghard wie folgt zusammenfaßte: *„13 Festnahmen sind das vorläufige Ergebnis (die beiden Organisatoren der Brände sind dabei). (..) Sie sind inzwischen abgeurteilt wegen des Versuchs, eine Luxusjacht in Brand zu setzen. Beim Versuch blieb es, weil Polizeibeamte ‚vor Ort‘ waren und schlimmeres verhinderten. — Der Fachmann wird staunend die Zusammenhänge erahnen und der Laie sich wundern.“*

Und wer will bezweifeln, daß Hirsch und Fischer Fachmänner sind!

He., KB Göttingen

Fortsetzung von Seite 1

Lukas Beckmann, gewaltfreier Kämpfer für Recht und Ordnung („Öffentlichkeit ist unsere eigenste, schärfste, gewaltfreie und grüne Waffe“), wagt als „Arbeitskreis Glasnost“ (für was Gorbatschow alles herhalten muß) mutig den Angriff auf den grünen Filz, in der Partei von Fundis und Linken angefeindet, auf nichts weiter als „taz“, „Spiegel“ und die Medien gestützt.

Klaus Hartung, schreibendes Ekel der „taz“, übertrifft sie alle. Nicht nur Flick-Affäre, sondern Barzel, Barschel und noch mehr, „ein System mafioser Abhängigkeit“ hat er bei den Grünen entdeckt. Der Mensch hält Maß, der blickt durch, scheint Weltmeister der Analyse. Die ist Hartung und „taz“-Mitgründer Arno Widmann schon mal zwei „taz“-Seiten Dokumentation des „Glasnost“-Papiers von Lukas Beckmann wert. Kleinlichste Denunziation, die nur den Sinn hat, Finanzsumpf vermuten zu lassen — Vertuschungen und Manipulation nahezulegen, vor allem durch ständige Wiederholung von Namen vier immer schon verhaßte Fundis und Linke zum Abschuß freizugeben: die Bundesvorstandsmitglieder Hermann Schulz, Jutta Ditfurth und Christian Schmidt sowie Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde. Nein, aufklären will die „taz“ gar nicht, bekennt Hartung auf Seite eins der „alternativen“ Tageszeitung, das mache schon die Staatsanwaltschaft, die wegen Verdachts auf Lohnsteuerhinterziehung und Untreue untersucht — wie beruhigend. Eine „taz“-Spitzenleistung in Lumpenjournalismus, für die nachträglich das Honorar aus der SPD-Baracke angefordert werden sollte, wenn es nicht schon gezahlt wurde.

Das Delikt: Es geht um 10.000 DM dem Finanzamt vorenthaltener Lohnsteuer und 28.000 DM nichtgezahlter Versicherungsbeiträge. Wer die eingesteckt hat? Bis vor kurzem niemand, seit kurzem der Staat, weil die Grünen angesichts der Denunziation nachbezahlt haben. Du sollst den Staat nicht betrügen, erstes Gebot der Spießbürger, Saubermänner und Doppelmoral-Priester. Es geht nicht um den Vorwurf der persönlichen Bereicherung, was den Spießer noch nie gestört hat, bei den Grünen aber allerorten aufzustöbern wäre.

Es geht um das wenige, was uns notorischen Staatsgegnern und Steuerbetrügern die Grünen noch sympathisch hält: daß sie nicht nur angepaßt, reputierlich sind, sondern auch noch nützlich, manchmal daneben.

Man mag über das grüne Projekt Wittgenstein, dieses ökologische und behindertenfreundliche Musterprojekt, denken was man will; man mag bezweifeln, ob die Partei gut daran tut, in so ein Projekt drei Millionen DM oder mehr zu stecken. Anstößig ist deswegen nicht, daß dort Junkies an Steuer und Sozialversicherung vorbei beschäftigt wurden. Man mag darüber den Kopf schütteln, wie dilettantisch vieles an diesem Bau angegangen wurde; diskutiert das, ändert das oder was auch immer.

Nur Lukas Beckmann, der Mann der rot sieht, der selbst in seiner Bundesvorstandszeit vehementer Befürworter des Hauses Wittgenstein war (anders als Rainer Trampert, der damals als einziger im Bundesvorstand dagegen gestimmt hat-



Familie Saubergrün rät: „Spare jetzt, dann hast du bei unter 5%:“

te), interessiert sich dafür gar nicht. Er betreibt über den „Spiegel“ dessen und der Sozialdemokraten Geschäft der Schädigung der Grünen, wo immer möglich. Der „Spiegel“ hat — nachdem er eine Zeitlang die Realos um Fischer gefeatured hat — schon lange von grün auf gelb, von rot-grün auf sozialliberal umgeschaltet, oder anders ausgedrückt, in der Sprache der Beckmanns und Hartungs: von den grünen Steuersündern auf den Steuersünder Lambsdorff als Partner der SPD umgesattelt.

Sicherlich kann man auch den grünen Bundesvorstand dafür kritisieren, daß er nicht schon viel eher ein klares, sich zur Steuersünde bekennendes Wort gesagt hat, sondern erst knapp vier Monate nach den ersten Veröffentlichungen im „Spiegel“. Da hat er sich tatsächlich fast identisch zu sonstigen ertappten Sündern verhalten. Doch hat er sich andererseits adäquat zu den Reaktionen in der grünen Partei selber verhalten, die zu einem nicht geringen Teil das neue Spießbürgertum in ihren Reihen beherbergt. Vermutlich haben sich einige Leute auch vor Strafverfolgung schützen wollen. Entscheidender aber scheint mir zu sein, daß möglicherweise das Ausmaß des Denunziantentums bis zur Konsequenz extremen Schadens für die eigene Partei falsch eingeschätzt wurde. Darin wurde er eines Besseren belehrt.

Ein Skandal ganz anderer Güte für das grüne Selbstverständnis bleibt bislang von der Finanzdiskussion der Partei unberührt. Was passiert mit den Diäten und Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten? Längst schon ist deren Privatisierung Trend, in einigen Landesverbänden der Partei gibt es gar keine Beschlüsse zur Abführung eines Teils der kassierten Gelder mehr. In fast allen Landesverbänden, die linke GAL eingeschlossen, wird von Parteivorständen das Mäntelchen peinlichen Schweigens um das Finanzgebaren der Mandatsträger gehüllt. Wie sich die Zeiten geändert haben, kann man daraus ersehen, daß vor der Bundestagswahl 1987 immerhin noch so viel Druck in der Frage der Abführung der Diäten vorhanden war, daß Joschka Fischer es politisch für opportun hielt, vorsorglich einbehaltene Gelder nachzuzahlen. 1988 sind es insbesondere die Realos im weitesten Sinne, die die politische Zielorientierung auf den „konsumfreundlichen Citoyen“ (Realo-Manifest) vorsorglich für sich schon mal zu verwirklichen scheinen.

Am 2./3. September hat die grüne Bundestagsfraktion mit 15 gegen 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen, strittige Abrechnungen der Abgeordnetenbezüge den jeweiligen Landesvorständen zur Klärung zu überlassen. *„Die nicht akzeptierten Außenstände gehen zu Lasten des jeweiligen Länder-Ökofonds.“* Abgelehnt wurde mit 13 gegen 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Antrag auf unverzügliche Offenlegung der Spenden an die Ökofonds. Daraufhin protestierten die Abgeordneten Bott, Ebermann, Hüser, Beer, Olms und Krieger beim Bundeshauptausschuß der Grünen gegen diesen Geheimhaltungsbeschluß.

Hintergrund: Allein eine Minderzahl von Abgeordneten führen der (großzügigen) Beschlußlage der Partei entsprechend korrekt ab (darunter alle aus Hamburg, Westberlin, Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein). Die Mehrzahl aus den großen, „realpolitisch“ orientierten Bundesländern NRW, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern sowie aus Rheinland-Pfalz führt gar nichts bzw. nur einen Teil oder nur sehr unregelmäßig ab. Es dürften 17 bis 20 Leute sein, die hierunter fallen. Von den übrigen sind eine Reihe im Rückstand. Eine Reihe Abgeordneter entscheidet nach eigenem Dafürhalten, in welche Projekte Geld gegeben wird. Auf Stand dürften zur Zeit nur eine gute Handvoll der Abgeordneten sein.

Um was es dabei geht? Der Sindelfinger Beschluß der grünen Partei aus dem Jahre 1983 sah vor, daß die Überschüsse aus Diäten und Aufwandsentschädigung an die Ökofonds der Partei abzugeben sind. Dabei sind die Grünen in ihrer Praxis sowieso schon sehr großzügig, was die Möglichkeit angeht, Eigenmittel geltend zu machen. Sogenannte Härtefälle, soziale Leistungen etc. werden ebensowenig pingelig berechnet, wie die Abrechnung von Kindergeld und Unterhaltsgeld, das Abgeordnete zahlen müssen/sollen/wollen.

Um was für Summen es geht? 14.000 DM brutto erhält ein Abgeordneter monatlich. Alle Abzüge abgerechnet müßte im Durchschnitt jede/r DM 4.500-5.000 an die Ökofonds abgeben. Wer seit der Bundestagswahl 1987 nicht abgerechnet hat, hat damit bislang etwa 90.000 DM einbehalten. Vorsichtig geschätzt sind den Fonds der Partei — zum geringeren Teil ein Sozial- und Härtefonds für die MitarbeiterInnen, zu größeren Teilen den Bewegungs- oder Ökofonds sowie dem Topf zur Finanzierung aktueller politischer Aktivitäten — *etwa 1,5 Millionen DM* vorenthalten worden.

Gelder, die nicht nur der Partei vorenthalten werden, für die man sich ins Parlament hat wählen lassen, sondern auch den politischen Bewegungen, denen gegenüber man sich verpflichtet hat. Dies ist der eigentliche, politische Finanzskandal, über den kaum jemand spricht, der Beckmann, „taz“-Hartung, Spießbürger, „Spiegel“ und sonstige bürgerliche Medien einen feuchten Kehricht interessiert. Daß es soweit überhaupt kommen konnte, symbolisiert die Kehrseite der bewußt betriebenen Zerstörung der Grünen als parlamentarische Opposition: ihre Selbstzerstörung als eine den politischen Widerstand der Linken unterstützende Kraft im Land.

hr.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.

Walhalla rief



Der uns in die Löcher treiben wollte, ist nun selber drin. Strauß nahm den direkten Weg von den irdischen in die ewigen Jagdgründe. In Bayern beneiden sie ihn darum. Pazifisten können sagen, Strauß hatte nicht ganz recht, als er unmittelbar nach dem Krieg verkündete, demjenigen solle die Hand abfallen, der wieder eine Waffe in die Hand nimmt. Allerdings blieb ihm das Herz stehen. So setzte er auch im Sterben die ihm eigene Marke und regte die Symbolik seiner ZeitgenossInnen an. Wenn wir aber ehrlich sind, so atmen die Bürger dieses Landes von rechts bis links gemeinsam auf, daß er nicht gerade am Steuer seines Flugzeugs saß. Glück gehabt, wieder mal.

Die Erschütterung der Bürgerlichen war angestrengt, aber beherrscht: Die Konservativen vermerken, daß sein Temperament gelegentlich mit ihm durchging. Die Liberalen finden, über die unerfreulichen Seiten von Strauß sei alles gesagt, wenn man feststellt, daß sich Botha zum Begräbnis einfand. Mehr sagen sie dann auch nicht. Die Grünen sind die besten Liberalen. Sie lassen sich ihre Trauer um Strauß nicht von Botha verleiden. Anstatt zu sagen, daß die Besuche derer vom Kap, von Ankara und immer noch von Santiago auch in Zukunft willkommen sind, wenn der Anlaß entsprechend ist. Die Sozialdemokraten, Lafontaine voran, huldigen dem „großen politischen Gegner“. Niemand vergißt, das Kreditmanagement für die DDR und den Empfang bei Gorbatschow zu erwähnen. Anerkennung des Feindes ist am Ende die beste Anerkennung.

Der von Strauß als „linke Kampfpresse“ lebenslang überschätzte Medienverbund war sich bis in die Wortwahl einig: eine unkritische Würdigung, ein Unter-den-Teppich-Kehren, Heuchelei und hohles Pathos — *das* habe Strauß nicht verdient. Während die „taz“ mit einem „*Franzl*“ ihre Schülerzeitungsqualitäten unterstrich, bebte der „Spiegel“ (10.10.88) förmlich vor Geschichtsträchtigkeit: „*Gott mit Dir, Franz Josef Strauß*“. Und mannhaft drückt Augstein einen Aufschluchzer weg.

Uns kann es ja egal sein, aber vom christlichen Standpunkt gesehen ist das ziemlich deplaziert. Welchen Sinn kann das Jenseits noch haben, wenn einer wie Strauß dem Himmel anbefohlen wird? Wer soll sich da noch fürchten? Strauß selber hätte zu seinen Lebzeiten als erster begriffen, daß es so nicht geht, weil die Abschreckung unglaubwürdig wird.

Augstein läßt uns nicht lange rätseln über seine Anwallung. In altersbedingter Egomanie meckert er eingangs, weil es irgendwie nicht reicht, daß buchstäblich jeder Nachruf die Rolle des Hamburger Bundesnachrichtenmagazins pflichtschuldigst erwähnt: „*Um die sogenannte SPIEGEL-Affäre wird in allen Artikeln und Kommentaren zum Tode von Franz Josef Strauß sorgfältig herumgeschrieben. An diesem Verdrängungsprozeß kann ich mich nicht beteiligen...*“

Jajaja. Er war Intimfeind und wahrer Freund zugleich. Das kann er, Klammer auf schriftlich Klammer zu, beweisen:

mich nicht beteiligen...“

Jajaja. Er war Intimfeind und wahrer Freund zugleich. Das kann er, Klammer auf schriftlich Klammer zu, beweisen:
„*Privat, unter uns beiden, war die Sache ja längst begraben. Wir hatten sogar einen ‚Kamerad-weißt-du-noch-Abend‘ (schriftlich) vereinbart, weil wir uns eigentlich schon vor Kriegsende hätten treffen müssen; so auf engstem Raum zusammen waren wir zur selben Zeit, er in der Kalmücken-Steppe südlich von Stalingrad, ich am westlichen Ufer des Don bei Woronesch, nur 750 Kilometer voneinander entfernt.*“ Also daran hat er gedacht: Gefechtsstand, Artillerielärm, gefrorener Schlamm, feindlicher Dauerbeschuß, da fällt der Leutnant S. um, plopp, einfach so, das kleine, saubere Loch im Stahlhelm, „Gott mit dir, Kamerad“, Fortsetzung im nächsten Landserheft. Der letzte Schützengrabengruß vom Gefreiten Augstein. Dafür muß ihn Dregger in die Arme schließen.

Nach außen traten Differenzen nie hervor

Jede und jeder in diesem Land weiß genau, worum in allen Artikeln und Kommentaren zum Tode von Franz Josef Strauß sorgfältig herumgeschrieben wird. Jede und jeder weiß genau, daß dieses Etwas nicht die „Spiegel“-Affäre ist, nicht die Fibag-, die Schützenpanzer-, Starfighter- und Lockheed-Affären, es ist nicht die Sonthofen-Rede, nicht der Kreuther Fraktionsbeschluß oder die Reisen nach Chile und Südafrika. Wo die Feder der Chronisten zurückzuckt oder aber mit äußerster Sorgfalt geführt wird, das sind die ersten 30 Lebensjahre des Verstorbenen, genauer gesagt, die letzten 12 dieser ersten dreißig Lebensjahre, der Abschnitt also, wo Strauß, Jahrgang 1915, zwischen 18 und 30 Jahren alt war. Das sagt schon alles.

Es ergibt sich das für die Bundesrepublik klassische Bild. Für die meisten Zeitungen fängt die Karriere des „jungen Strauß“ nach 1945 im bayerischen Landkreis Schongau an. Als ob man mit 18 nicht im demonstrationsfähigen, hausbesetzungsfähigen, scheibeneinschmeißfähigen und terrorismusfähigen Alter wäre. Wer den sogenannten dunklen Abschnitt unserer Geschichte nicht so flott überspringen mag, fälscht: Dazu gehören Augsteins frontromantische Anwallungen, dazu gehören die „Zeit“ und die „Süddeutsche“ mit der Formel, Strauß sei immer schon gegen den „verblendeten Hitler“ und seinen „verbrecherischen Krieg“ gewesen. Sie merken gar nicht, was sie schreiben. Strauß war gegen den verlorenen Krieg und machte Hitler dafür verantwortlich? Diese Schutzbehauptung verrät, daß ihm Konzentrationslager, Vernichtungskrieg in den besetzten polnischen und sowjetischen Gebieten, SS und Gestapo keine schlaflosen Nächte bereitet haben.

Die „FAZ“ (4.10.88) versucht es offensiv: „*Strauß als Adjutant an der Flakschule in Schongau im Frühjahr 1945 — Erinnerungen eines Gefährten aus den letzten Kriegsmonaten*“. Was folgt, ist der reine Hohn und offenbart die ganze Schäbigkeit des Mannes und seiner Weißwäscher: „*Von Strauß war bald bekannt, daß er dem Regime äußerst kritisch gegenüberstand; auch in dieser Beziehung war*

scher: „*Von Strauß war bald bekannt, daß er dem Regime äußerst kritisch gegenüberstand; auch in dieser Beziehung war*
seine Rede offen und frei. Dadurch unterschied er sich wohltuend von seinem Abteilungskommandeur, der mehr auf ‚Linientreue‘ bedacht war. Aber auch er wußte offenbar die Tüchtigkeit seines Adjutanten zu schätzen; nach außen traten Differenzen nie sonderlich hervor.“ Und trotzdem war es das Äußerste an Kritik, was sich die „FAZ“ und ihr Gastautor Hans-Joachim Faller, Bundesverfassungsrichter i.R., für die NS-Zeit vorstellen können. Äußerst kritisch — und doch tüchtig. Offen — und doch unauffällig. Differenzen — und doch loyal. So sprechen alte Kameraden alte Kameraden frei. Und so billig kam man vor deutschen Gerichten und deutschen Historikern der Nachkriegszeit immer davon. „Abschied vom Feindbild“ empfiehlt am scheinbar anderen Ende der Medienlandschaft die „taz“ dringlichst der Linken. Nein. So nicht und anders auch nicht.

Und dann fehlen uns immer noch gut zehn Jahre im Leben des „Patrioten“, zehn Jahre seines Erwachsenseins, zehn Jahre, über die man als freie Presse locker schweigen kann, wenn man über das Ende der NS-Zeit eine kunstvolle Version gefunden hat. An diesem Strauß läßt sich nichts mehr umfärben, seit Bernt Engelmann 1976 Fakten bekanntmachte („Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co.“). 1937, mit 21 Jahren, trat er dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) bei. Diese frühere SA-Organisation war eine eigenständige Gliederung der NSDAP, „die motorisierte Kraft der Partei“. Ihre Mitglieder mußten „*Parteimitglieder sein oder, falls dies noch nicht der Fall ist, die Eignung für eine spätere Aufnahme in die Partei besitzen und die Verpflichtung hierzu eingehen.*“ Strauß wurde „weltanschaulicher Referent und Rottenführer beim Sturm 23/M86 in München“.

Der Wehrmachts-Leutnant stieg zum „Offizier für wehrgeistige Führung“ bzw. „Nationalsozialistischen Führungsoffizier“ (NSFO) auf. Nach Engelmanns Recherchen hatte jemand in dieser Funktion „*vornehmlich Überwachungsaufgaben und zwar innerhalb des Offizierskorps seiner Einheit und im Auftrag der Partei; in zweiter Linie sollte er die Unteroffiziere und Mannschaften ‚aktivieren und fanatisieren‘.*“ Strauß war Politkommissar der Nazis. Bei seinen bekannten Talenten darf man annehmen, daß ihm diese Aufgabe lag. Man kann sich auch lebhaft vorstellen, wie er sie löste. Hier begann seine Karriere als Redner. Diese Ausbildung, dieser unverwechselbare Stempel schlug bei Strauß im Eifer des Gefechts noch jedesmal durch, bis zuletzt.

Wie kein anderer...

Nun rühmen sie penetrant die Einzigartigkeit des Toten. „*Er hat, ein brillanter Redner und begnadeter Analytiker, wie kein zweiter politische Leidenschaften zu entfalten gewußt.*“ („FAZ“, 4.10.88) Auch die „taz“ (4.10.88) findet, „*daß er wie kein anderer deutscher Politiker den Streit suchte, Leidenschaften weckte und in seinem Wirken widerspruchsvoll war und Widersprüche hervorrief.*“ „*Verehrt und verdammt wie kein anderer Politiker der Bundesrepublik*“, textet der „stern“

und Widersprüche hervorrief.“ „*Verehrt und verdammt wie kein anderer Politiker der Bundesrepublik*“, textet der „stern“
(7.10.88). Wahrscheinlich schreiben sie doch alle heimlich von der gleichen Vorlage ab.

Unser Problem mit Strauß war das nicht. Wir fürchteten immer, er könnte wie *ein* anderer werden. Strauß bediente sich, vor allem wenn er laut wurde, der Hitler-Rhetorik, und er war intelligent genug, um das bewußt zu tun. Das Schwanken zwischen Minderwertigkeitskomplexen und Größenwahn, zwischen Weinerlichkeit, die heute manchmal lächerlich scheint, und Wutausbrüchen, die heute mitunter grotesk anmuten, die ins Extreme gesteigerte Politik in der ersten Person, die Radikalisierung der Spießbürgerwahrheiten, der Vernichtungswille gegen den Feind, der ebenso allgegenwärtig wie minderwertig gezeichnet wird, der überall lauert und überall zertreten werden muß, der Appell an die niedrigsten Instinkte — das wurde von Strauß nicht erfunden, sondern kopiert.

Strauß empfahl sich als Führer des Rechtskartells, sah in der APO „Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist“, riet seinem Kollegen Filbinger, mit „Ratten und Schmeißfliegen keine Prozesse“ zu führen, entdeckte in den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP Sympathisanten der RAF, bezeichnete die Grünen als „trojanische Sowjet-Kavallerie“ und dementierte wenig überzeugend das Zitat, man müsse sich den Weg zur Macht notfalls mit der Waffe bahnen. Mit seltener Demagogie kombinierte er ein verbreitetes Geschichtsverständnis: „*Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.*“ (1969) Wenn er sein politisches Programm auf den Punkt brachte, „*Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen*“ (1971), dann war das beileibe keine Selbstironie. Vielmehr begeisterte seine Anhänger die Mischung aus Haß, Drohung und heimlichem Einverständnis. Deutlicher mußte er nicht werden, und man sah ein, daß es unklug wäre, deutlicher zu werden. Seine Massen verstanden ihren Führer.

Die Nachrufe nennen ihn, meist liebevoll, einen Monarchen, die moderne Ausgabe von Ludwig II., Alpenkönig. Im AK klingt es natürlich äußerst komisch, aber es ist bei aller späten landesväterlichen Attitüde doch evident: So spricht kein König. Strauß spielte mit der Hitler-Rolle, setzte sie ein und nahm sie wieder zurück. Seinen schäumenden, in Sonthofen hervorgestoßenen Satzfetzen — „*Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.*“ — schränkte er ein — „*Selbst wenn wir es nicht ganz halten können.*“ — und legte dann wieder zu — „*Aber den Eindruck müssen wir verkörpern.*“ Er hat es nicht halten können, Aber den Eindruck hat er gemacht. Strauß wurde kein zweiter Hitler. Er war eine Ersatzdroge, ein Methadon-Adolf. Wer es schon vergessen hatte, konnte es den Fernsehbildern vom Leichenzug auf der Münchner Leopoldstraße entnehmen. Ein Führerbegräbnis wurde nachgeholt, selbstverständlich wagnerianisch inszeniert.

ße entnehmen. Ein Führerbegräbnis wurde nachgeholt, selbstverständlich wagnerianisch inszeniert.

Führer des Rechtskartells

Wenn man die Geschichte vom Ende her aufzieht, kann man heute (und konnte man schon geraume Zeit vor seinem Tod) natürlich leicht sagen, es gab nie eine Chance für eine Politik, die das wahrgemacht hätte, was Strauß auf Marktplätzen und in Bierzelten, in „Bild“ und im ZDF-Magazin von sich gab. Die Lüge liegt in der Unterstellung, das sei sicher und vor allem, es sei immer schon sicher gewesen. So äußert sich beispielsweise Theo Sommer in der „Zeit“ (7.10.88): „*Er war nie auf einen kalten Staatsstreich aus, wie es die Linke im Lande ihm gern unterstellte.*“ In dieser Beziehung schlägt Augstein andere Töne an. „*Er war es, und das muß man auch nach seinem Tode noch sagen dürfen, der unter gar keinen Umständen Kanzler werden durfte.*“ Bei seinen putschistischen Praktiken, seiner Anfälligkeit „für Konspiration und Agententum“, seiner Verachtung des Rechtsstaats und seiner unbedingten Entschlossenheit als Verteidigungsminister Ende der fünfziger Jahre, die Bundeswehr mit eigenen Atomwaffen auszurüsten, habe man fürchten müssen, daß eine Kanzlerschaft von Strauß „*schwerlich ohne Krieg und Umsturz*“ ausgehen würde.

Strauß war ja keineswegs nur ein rechter Büttenredner. Er war lange Zeit *der Mann* des Kapitals und bis zuletzt der politische Repräsentant des militärisch-industriellen Konplexes. Auf ihm ruhten die Hoffnungen von Militärs und Geheimdiensten, von Revanchisten und buchstäblich von Faschisten in aller Welt. Es war wahrlich keine linke Suche nach einem passenden Feindbild, die zu den „Stoppt Strauß“-Kampagnen führte.

In der linken Gegenwehr gegen Strauß kann man drei Abschnitte unterscheiden. Ungefähr ein Jahrzehnt vor der politischen Geburt der neuen Linken lag der Kampf gegen die Remilitarisierung, gegen die ersten Anläufe zu einer bundesdeutschen Atombewaffnung, gegen die Rekonstruktion des deutschen Imperialismus in der BRD. Dieser Abschnitt endete mit der „Spiegel“-Affäre und der von der FDP erzwungenen Demission des Verteidigungsministers. Vielleicht war das die gefährlichste Auseinandersetzung: Strauß schien schon als Kronprinz Adenauers festzustehen, die Herrschenden hatten sich mit der Nachkriegskonstellation und der Teilung Deutschlands noch nicht eingerichtet, und schließlich lebten in der Bevölkerung, vor allem aber im Staatsapparat einfach noch viel mehr Nazis.

Die zweite Runde fand 1972 statt, als sich die Rechten mit einer sozialliberalen Regierung nicht abfinden konnten. Auf den Straßen fanden offene Faschisten (NPD, DVU) und rechte Unionsleute in einer „Aktion Widerstand“ zusammen, um gegen den „Ausverkauf Deutschlands“ durch die Ostpolitik zu marschieren. Als die aufgeheizte Stimmung auf das konservative Lager übergegriffen hatte, reichte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Brandt ein. Damals gab die Linke die Parole aus: „Strauß und Barzel üben fleißig für ein neues 33“. In einer vergleichbaren Situation ist zehn Jahre später in Frankreich Le Pen stark geworden — zu spät erst wurde er zum Feindbild der Linken.

1980 trat Strauß zum ersten und einzigen Mal als Kanzlerkandidat an. Er „fraß Kreide“ und erreichte knapp 45%. Während seiner Kundgebungen kam es teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen demonstrierender Strauß-Gegner mit der Polizei. Durch Schlagstockeinsätze wurde in Hamburg der Jugendliche Olaf Ritzmann vor einen S-Bahn-Zug getrieben und starb. Im Rückblick fragen viele Kommentatoren, weshalb ein so kluger Politiker eine Partie gegen Schmidt riskierte, die er nach Lage der Dinge nur verlieren konnte. Was bei diesen Betrachtungen unterschlagen wird, ist die Bombe, die am 26.9.80, eine Woche vor der Wahl, auf dem Münchner Oktoberfest explodierte und 13 Menschen tötete. Wäre nicht der Attentäter selbst dabei umgekommen und hätte nicht das damals sozialdemokratisch geführte BKA schnell seine Mitgliedschaft in der Wehrsportgruppe Hoffmann festgestellt — der Anschlag hätte sich leicht an der Wahlurne auswirken können, dann aber zugunsten des bayerischen Herausforderers.

Die Grünen gaben 1980 — ebenso wie die Mehrzahl der ML-Gruppen 1972 und aus den gleichen parteiegoistischen Motiven wie sie — die bekannten „Pest und Cholera“-Parolen aus. Strauß und Schmidt stünden doch für die gleiche Politik. Häufig hieß es auch, die Sozialdemokraten seien sogar gefährlicher, weil moderner und technokratischer. Der KB handelte sich, organisationspolitisch gesehen, nur Ärger ein, wenn er dieser Haltung widersprach und 1972 sogar so weit ging, eine SPD-Wahl zu empfehlen. Die damals so linksradikalen Polemiker schlugen später fast durchweg Spießerkarrie-

ging, eine SPD-Wahl zu empfehlen. Die damals so linksradikalen Polemiker schlugen später fast durchweg Spießerkarrie-
ren ein. Irgendwie liegt einem auf der Zunge, zu sagen: Das war doch von Anfang an klar.

Weil wir bei Strauß und seinem Rechtskartell das Schlimmste nicht ausschließen konnten, standen für uns Bemühungen um die „Aktionseinheit der Demokraten“ im Vordergrund. Sie liefen parallel zu Diskussionen über die Fehler der deutschen Linken vor 1933, inklusive die Fehler der KPD. Ähnliche Diskussionen wurden sicher von vielen Teilnehmern der Kampagnen gegen Strauß geführt, bis in Teile der Gewerkschaften hinein. Maßgeblich für dieses Denken waren die Erfahrungen des Faschismus, maßgeblich war, eine Spaltung der Arbeiterbewegung und des fortschrittlichen Lagers zu vermeiden, wie sie vor der Machtergreifung der Nazis gegeben war. Vielleicht ein Schuh zu groß, aber eine notwendige und selbstverständliche Übung. Natürlich hat es die erhoffte breite Aktionseinheit aller Strauß-Gegner als bewußt geschlossenes Bündnis mit gemeinsamer Strategie oder wenigstens Taktik nie gegeben; das wußten zuvorderst die Führungen von SPD und DGB zu verhindern. Aber es gab die Idee, und kurzfristig, 1972, schien ihre Realisierung sogar möglich zu werden. Dieses „Volksfront-Gespenst“ wird wiederum viele Bürgerliche in ihren Zweifeln an Strauß bestärkt haben. Egal, alles zusammen hat gelangt.

Wer hatte nun recht: Wir, die in Strauß einen zweiten Hitler fürchteten? Oder diejenigen, die ihn als ganz gewöhnlichen bürgerlichen Politiker ansahen, der ab und zu den Buhmann spielte bzw. von seinen Gegnern dazu aufgebaut wurde? Der als Buhmann vielleicht sogar ablenken sollte von Schmidt, Kohl und Genscher. Es ist ganz einfach: Wenn wir unrecht hatten, dann hatten wir recht, unrecht zu haben. Dieses Recht muß auch in Zukunft, immer in *dieser* Frage, beansprucht werden. Hoffentlich haben wir dann wieder in diesem Sinne unrecht. Gepriesen sei die Dialektik.

de.

Trommeln in der Nacht

Erfolgreiche Aktionen gegen IWF - und Weltbank-Tagung

Mit einer Mixtur aus geballter Kritik in Veranstaltungen und massenhaften Protesten auf der Straße sollte den Jahrestagungen von IWF und Weltbank zu Leibe gerückt werden — und die Rechnung ging auf: Öko-Kongreß, Gegenkongreß und ein internationales Tribunal, die seit Vietnam größte „internationalistische" Demonstration mit 80.000 TeilnehmerInnen, bunte, phantasievolle „Aktionstage" parallel zur Bankertagung, an denen sich täglich mehrere tausend Menschen beteiligten, sowie eine abschließende „internationalistische Demonstration" mit 8.000 Leuten vorwiegend aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum stahlen den Bankern die Show.

Und das trotz eines herrschenden Ausnahmezustands in der Stadt, für den 6.000 Westberliner und 2.700 westdeutsche Polizisten sorgten, trotz zahlreicher Kessel, trotz zahlreicher Veranstaltungsverbote, knapp 1.000 Festnahmen, Massenverhaftungen und brutaler Knüppeleinsätze der speziellen Schlägertrupps aus Bayern und Westberlin, die auch die Presseleute nicht verschonten.

Eine Entmischung des Widerstands und Protestes fand nicht statt — das gesamte Oppositionsspektrum wertete die Aktionen gegen IWF und Weltbank zu Recht als Erfolg. Und mit Ausnahme des Öko-Kongresses und des Tribunals bestimmten radikalere Parolen und Inhalte die Kritik an den beiden Finanzinstitutionen, die die imperialistischen Gläubiger zur Drangsalierung der Völker der „3. Welt" beherrschen und einsetzen.

Nicht nur die anwesenden Vertreter aus Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), Befreiungsbewegungen und Wissenschaftler aus der „3. Welt" zeigten sich von den zahlreichen Protesten tief beeindruckt, machte das Wort von einem „neuen Internationalismus" die Runde. Mehr noch als die westdeutschen, registrierten die internationalen Medien, vor allem in den Ländern der „3. Welt", daß nicht die Banker, sondern Kritik und Protest an ihrer Politik im Vordergrund standen. Das hatte es in der Geschichte dieser Jahrestagung bisher noch nicht gegeben.

D./Westberlin



Foto: H. Wojahn



Foto: H. Wojahn



Eine kämpferische Großdemonstration

Alle polizeistaatlichen Einschüchterungs- und Abschreckungsmaßnahmen halften nicht: Rund 80.000 Menschen demonstrierten am 25.9.1988 in einer sehr bunten, phantasievollen und kämpferischen Demonstration gegen die Politik von IWF und Weltbank, darunter Blocks mit musikalischen Einlagen und Trommeln, Straßentheater, Skulpturen — darunter auch zwei relativ starke „autonome" Blöcke, die ihre Gesichter nicht filmen lassen wollten, obwohl die Autonomen ausdrücklich nicht zu dieser von ihnen als „reformistisch" bezeichneten Demonstration aufgerufen hatten.

In dem riesigen Demonstrationszug, der sich in 14 Blöcke vom Mittelamerika-Block bis zu Gewerkschaften und Kirchen aufteilte, herrschte nicht nur eine gute Stimmung, sondern auch hier überwogen die radikalen Parolen wie „Internationale Völkermordzentrale — IWF". Die „taz" sprach von einer „Protestveranstaltung der Superlative", die mit einer Abschlußkundgebung, auf der VertreterInnen des Bündnisspektrums und aus Peru, Südafrika und Indien sprachen, insgesamt friedlich beendet werden konnte.

Daß die rund 8.000 Polizisten sich im wesentlichen auf Objektschutz, deutlich sichtbare Präsenz, einige kleinere Scharmützel und zeitweiligen engen Spalieren um die „Schwarzen Blöcke" beschränkten, obwohl die Polizeiführung vor der Demonstration angekündigt hatte, das Vermummungsverbot konsequent durchsetzen zu wollen, hing mit dem politischen Kalkül zusammen, der Weltöffentlichkeit Bilder von Randale wie nach dem Reagan-Besuch zu ersparen und stattdessen für ein weltoffenes Image zu werben. Für die parallel zur Bankertagung stattgefundenen Aktionstage galt Kewenigs Losung der „Besonnenheit" jedoch nicht.

Die Aktionstage

Ein wesentlich kleineres politisches Spektrum, dafür aber in Absprache und unter Beteiligung der autonomen Gruppen, rief zu den sogenannten Aktionstagen auf, die bereits in der Zeit des Gegenkongresses begannen und mit dem Ende der Bankertagung abgeschlossen wurden. Das reichhaltige Programm der Aktionstage umfaßste Straßentheater, „Stadtspiele", „Bankerspaziergänge", Fahrraddemos, einen „Kaufrausch", Kundgebungen vor Konzernen und Banken, „Bürger beklatschen Banker" und das „Trommeln in der Nacht" des „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen". Ein Teil dieser vielfältigen dezentralen Aktionen wurde von vornherein von der Polizei verboten.

dezentralen Aktionen wurde von vornherein von der Polizei verboten.

Doch es waren gerade die Aktionstage, die es in sich hatten. Auf der einen Seite die zum Teil verbotenen Aktionen, auf der anderen Seite die „grüne Woche" der Bullen, die mit aller Brutalität viele Protestaktionen durch wilde Knüppelorgien und Massenverhaftungen sowie durch zahlreiche Einkesselungen zu unterbinden versuchten. Daß die Rechnung der Staatsmacht nicht aufging, auf der anderen Seite aber viele Opfer der Repression zu beklagen sind, ist eine genauere Darstellung wert.

Vom „Trommeln in der Nacht" ...

Bereits am Freitag, 23.9.88, zogen etwa 150 „Taxistas" mit einem langen Autokorso durch die Innenstadt, um mit lautem Hupen, Musik und Redebeiträgen gegen IWF und Weltbank zu protestieren. Am Ende dieser Aktion wurden drei Menschen vorläufig festgenommen.

Am Samstag, 24.9., nachmittags, waren eine „Trommelfeuer"-Aktion des „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen" und das Straßentheater der BUKO-Pharmakampagne von der Polizei verboten und die Kundgebungen unter Tränengas- und Knüppeleinsatz bei mindestens 15 Festnahmen aufgelöst worden.

Während das autonome Spektrum am Samstagabend gerade ihre „VV" in einer Kreuzberger Kirche abhielt und sich von ihren Hamburger Freunden Kritik anhören mußten, warum sie sich nicht am breiten IWF-Bündnis beteiligten, befanden sich ca. 2.000 Leute in der Innenstadt, um gegen die brutalen Polizeieinsätze wenige Stunden zuvor zu protestieren. Es bildete sich ein spontaner Demonstrationszug, der sich durch die Innenstadt in Bewegung setzte und sich vom großen Polizeiaufgebot auf den Weg zum Gegenkongreß nicht abhalten ließ.

Am späteren Abend dann das „Trommeln" am Breidtscheidplatz, verbunden mit diversen kleineren Demonstrationen im Innenstadtbereich. 12 Personen wurden im Verlaufe der Auseinandersetzungen festgenommen.

Derweil sorgten die polizeistaatlichen Sicherungsmaßnahmen dafür, daß der

Westberliner Finanzsenator Rexrodt und die Ehefrau des IWF-Präsidenten Camdessus am Betreten des Banker-Bunkers gehindert wurden, weil sie ihre Akkreditierungskarten nicht sichtbar an ihren Klamotten angebracht hatten.

Unter dem Motto „Kein Strom für den Kongreß" riefen die Anti-AKW-Gruppen am Montag (26.9) zu einer Kundgebung vor dem Siemens-Konzern in Siemensstadt auf, die ausnahmsweise mal erlaubt war. Die Polizei führte zahlreiche Taschenkontrollen bei den ankommenden DemonstrantInnen durch, während diese sich durch bayrische Blasmusik an die auswärtigen Polizeieinheiten revanchierten. 800 bis 1.000 Leute folgten der Kundgebung und kurzen Demonstration, in der in verschiedenen Redebeiträgen auf die Expansion des Siemens-Konzerns und seine Rolle in der „3. Welt" hingewiesen wurde.

Der Aktionstag am Montag begann jedoch schon am frühen Morgen mit kleineren Versammlungen von Frauen vor dem Adler-Textilkonzern, der vor allem in Südkorea produzieren läßt und die dort beschäftigten Frauen zu Hungerlöhnen ausbeutet, und vor der Job-Vermittlungsfirma „Adia interim", um gegen die ungeschützten Arbeitsverhältnisse zu protestieren.

Und ca. 150 schwarz gekleidete Frauen protestierten vor dem neuen Frauenknast in Plötzensee u.a. gegen die dortigen Haftbedingungen.

Am Nachmittag zogen etwa 300 Menschen in einer Demo im Stadtteil Neukölln an Kaufhäusern und Banken vorbei. Die Staatsmacht hielt sich bei diesen Aktionen zurück und wurde erst wieder am Breidtscheidplatz aktiv, der gegen 17 Uhr wieder im Zeichen von Trommeln und Sambarythmen stand. Vor dem Pan-Am-Büro fand eine Kundgebung gegen Sextourismus und Zwangsarbeit von Frauen in den Knästen statt, während unter dem Eindruck starker Präsenz der Grünberockten auf eine Wanderkundgebung gegen Pornokinos, Sklavenhändler und Kaufhäuser verzichtet wurde.

Währenddessen sammelten sich spontan etwa 2.000 IWF-GegnerInnen auf dem Ku-Damm, worauf die Polizei mit einem Kessel und Knüppeleinsätzen antwortete. Eier und Farbbeutel flogen. Eine Auflösung der Versammlung im Innenstadtbereich gelang der Staatsmacht jedoch nicht; etwa 1.000 Leute durchbrachen die Polizeiketten und zogen in Richtung TU, etwa 500 Menschen gelang es, gegen 19.30 Uhr an die Deutsche Oper zu kommen, wo die Aktion „Bürger beklatschen Banker" angesagt war. Die eintreffenden Banker, die sich den Klängen der „Zauberflöte" hingeben wollten, mußten gellende Pfeifkonzerte über sich ergehen lassen, eine Bankerlimousine wurde stark demoliert. Pfeifen und Trommeln vor der Oper, drinnen Mozart mit Verspätung, dazwischen eine starke Polizeikette. Gegen 20.00 Uhr wurden die DemonstrantInnen mit Tränengas und Schlagstockeinsätzen vertrieben, 200 Leute kurzzeitig vor dem Schillertheater eingekesselt.

Die Leute von der Oper trafen gegen 20.30 Uhr wieder am Breidtscheidplatz

Fortsetzung nächste Seite



Foto: H. Wojahn



Demo in Hamburg am 29.9. gegen das IWF/Weltbanktreffen mit ca. 2.000 TeilnehmerInnen Foto: H. Wojahn

Fortsetzung von vorheriger Seite

ein. Dort waren inzwischen rund 2.500 Menschen zum erneuten Trommeln zusammengekommen — aber auch ein großes Polizeiaufgebot einschließlich der Westberliner EbIT, den SEKs und den bayrischen USKs. Die Polizei knüppelte die verbotene Versammlung auseinander und schloß die Menschen in zwei Kessel ein. Im großen Kessel am Breidtscheidplatz, in dem sich rund 1.200 Leute befanden, herrschte gute Laune: es wurde getrommelt, getanzt und feuergespuckt. Nachdem die Polizei die Kessel wieder öffnete, zog ein Teil der Protestierenden ab, ein anderer formierte sich in kleineren Gruppen zu erneuten Demo-Gruppen. Diese wurden gegen 22 Uhr gezielt verfolgt und niedergeknüppelt. Aus Kinos und Kneipen wurden mutmaßliche DemonstrantInnen herausgezerrt. In dieser Nacht bekamen auch Journalisten und Kamerateams die Polizeiknüppel zu spüren, wobei sich die bayrischen USK-Trupps als besonders brutal erwiesen und auch vor dem Westberliner Polizeisprecher keinen Halt machten. Die Bilanz gegen 23 Uhr: mindestens 10 schwerverletzte DemonstrantInnen und insgesamt 130 Festnahmen.

Dienstag (27.9.) gegen 8 Uhr früh: Etwa 80 Leuten gelang es, den von der Polizei abgesperrten Flughafen Tegel zu erreichen, um die einfliegenden Banker entsprechend zu begrüßen. Ca. 160 Leute mußten vor diesen Sperren wieder kehrtmachen. Im Flughafen selbst gab es ein Pfeifkonzert und Buttersäure sorgte für zusätzliches Weltstadtflair. Die Polizei ging wiederum mit äußerster Brutalität gegen die Leute vor und verhaftete vier Menschen. Eine Frau, die festgenommen wurde, mußte sich später vor den männlichen Bullen ausziehen.

Gegen Mittag radelten etwa 200 Jugendliche vom Bezirk Wedding zum Breidtscheidplatz gegen den IWF — trotz Verbots und in bester Stimmung.

Später fand das „Stadtspiel“ der Lateinamerika-Gruppen statt, 500 Leute radelten durch die Innenstadt relativ unbehelligt zum Banker-Bunker, dem ICC (Kongreßzentrum). Es herrschte wiederum beste Stimmung, Parolen gegen den IWF wurden gerufen, vor „Tchibo“ und „Burger-King“ halt gemacht und zum Abschluß das „Seifenlied“ über die SPD („Wir schlagen Schaum...“) gesungen.

Ebenfalls gegen Mittag fand in der Nähe des Kranzler-Ecks eine Kundgebung von etwa 150 Frauen statt. Die Frauen protestierten gegen die Nahrungsmittelpolitik der Weltbank und demonstrierten spontan zum Breidtscheidplatz.

Am Nachmittag kamen etwa 2.000 Menschen zu einer Kundgebung vor dem Pharma-Konzern Schering im Wedding, um gegen die Politik des Konzerns zu demonstrieren. Denn schließlich spielt Schering eine wichtige Rolle bei der sog. „Geburtenkontrolle“ in den Ländern der „3. Welt“ und stellt u.a. die Drei-Monats-Spritze her.

Nach Abschluß der Kundgebung zogen ca. 400 Leute an den Gesundbrunnen im Wedding, etwa 200 Leute wurden daraufhin durch einen Polizeikessel an die Mauer gedrückt und allesamt (genau 204
ca. 400 Leute an den Gesundbrunnen im Wedding, etwa 200 Leute wurden daraufhin durch einen Polizeikessel an die Mauer gedrückt und allesamt (genau 204
Personen) nach ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) festgenommen. Zwischen 12 und 48 Stunden mußten die Leute im Knast an der Kruppstraße verbringen.

Währenddessen fand eine erneute Kundgebung von etwa 300 Frauen vor dem Gefängnis in Plötzensee statt. Die Frauen demonstrierten anschließend durch den Bezirk Tiergarten, ohne von den Bullen behelligt zu werden.

Gegen 17 Uhr fand vor dem „Deutschen Institut für Entwicklungshilfe“ (DIE) eine letztlich doch noch genehmigte Kundgebung mit rund 1.000 TeilnehmerInnen statt. Thematisiert wurden die Folgen imperialistischer „Entwicklungs“politik in der „3. Welt“. Nach Beendigung der Kundgebung zog ein Demonstrationszug in Richtung Innenstadt, begleitet von einem engen Polizeispalier und der Aufforderung, das Vermummungsverbot einzuhalten. Daran hielt sich jedoch niemand. Erst am völlig abgeriegelten Bahnhof Zoo löste sich die Demonstration auf, und die Leute konnten frei in Richtung U-Bahn abziehen.

Am Abend gelang es einer kleinen, etwa 10-köpfigen Gruppe, mit ihren Laternen vor den Banker-Nobelhotels Interconti und Schweizerhof aufzutauchen. Die Laternen bestanden aus abgezogenen Häuten von echten Schweinsköpfen, die sich die Banker mit ansehen mußten. Die verdutzten Zivis sangen vor lauter Ratlosigkeit das „Laternen“-Lied. Nachdem die Kerzen dieser symbolischen Lampions abgebrannt waren, konnte die Gruppe ungehindert abziehen.

Nachts wiederum Treffpunkt Breidtscheidplatz. Zum „Trommelfeuer“, fanden sich etwa 1.000 Menschen ein. Die Polizei bildete etliche kleine und große Kessel, nach Auflösung der Kessel formierten sich sofort neue Demonstrationsblöcke; im ganzen Innenstadtbereich folgten brutale Knüppeleinsätze der Polizei, und es kam zu rund 70 ASOG-Festnahmen.

Gesamtbilanz: 281 Festnahmen allein am Dienstag, zahlreiche Verletzte — — aber trotz der Repression herrschte nach wie vor eine kämpferische, gute Stimmung vor.

Am Mittwoch (28.9.) sorgten etwa 50 Leute für einen besonderen Service: Mit Trommeln, Trompete und Pfeifen sorgten sie vor einigen Nobelhotels dafür, daß die Banker auch ja rechtzeitig aufstanden. Ebenfalls morgens demonstrierten etwa 300 Menschen vom Arbeitsamt Kreuzberg zur AOK, um gegen die Folgen kapitalistischer Rationalisierung hierzulande zu protestieren.

Gegen Mittag dann zwei weitere Aktionen im Innenstadtbereich: 200 Leute bewegten sich beim „Bankerspaziergang“ von der Börse zum Olivaer Platz, und Theatergruppen sorgten für entsprechende Aufklärung. Vor dem „Kaufhaus des Westens“ (KaDeWe) fand die Aktion „Kaufrausch“ statt. Starke Gesichtskontrollen seitens der Polizei und der KaDeWe-Kaufhausdetektive verhinderten den Einlaß vieler Kauflustiger. Etwa 100 Leute waren dann Zeuge einer Aktion vor dem KaDeWe; Schweineblut wurde ausgeschüttet und darin wurden Dollarnoten gebadet. Daraufhin sperrte die Polizei das Gebiet ab und trieb die Menschen in Richtung Tauentzienstraße.

Unter dem Motto „Im Würgegriff der Banken — Leben auf Pump“ führten 150 Frauen vor dem Karstadt-Kaufhaus in Wilmersdorf eine Kundgebung durch; sie wurden von der Polizei eingekesselt und 95 von ihnen nach ASOG festgenommen.

Ebenfalls gegen Mittag trafen dann insgesamt 13 seltsame „Bombendrohungen“ ein. Das Europacenter wurde geräumt, auch Porno- und Sexshops sollten Ziel dieser Bombendrohungen sein. All diese Bombendrohungen stellten sich als Ente heraus. Selbst die Staatsorgane erlaubten sich nicht, die Bombendrohungen den Protestierenden anzulasten.

Nachmittags gab es wieder eine Thea-
heraus. Selbst die Staatsorgane erlaubten sich nicht, die Bombendrohungen den Protestierenden anzulasten.

Nachmittags gab es wieder eine Thea-
teraktion in der Innenstadt; 200 Leute zogen mit Leierkasten über den Ku-Damm und bettelten für die Banker.

Ebenfalls am Nachmittag bildete sich ein riesiger Autokorso, der sich mit ohrenbetäubendem Lärm und Tempo 20 durch die Innenstadt bewegte. Der gesamte Verkehr brach daraufhin zusammen.

Am Mittwochabend war der Innenstadtbereich voll von DemonstrantInnen und Bullen. Die kampfbetonten Polizeieinheiten lösten die Ansammlungen auf, griffen sich wahllos Leute heraus und machten vom neuen „Tonfa“-Knüppel reichlich Gebrauch. Aber nach jeder gerade aufgelösten Versammlung formierte sich eine neue. Nach 20 Uhr gingen in den Nobelsuiten Interconti und Schweizerhof die Scheiben zu Bruch, ebenso einige Daimler-Limousinen. Am Breidtscheidplatz sammelten sich wiederum 2.500 Leute. Zum Trommeln. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität mit Knüppeln gegen die DemonstrantInnen vor, bildete wiederum zahlreiche Kessel, griff Leute heraus. Am „Theater des Westens“ befanden sich 65 Menschen in einem Kessel, 46 von ihnen wurden festgenommen. Die Festnahmebilanz allein am Mittwoch: 310 Menschen.

Das „Geheimnis“ des Erfolges: „flexible response“

Tag und Nacht hektische Blaulichtfahrten, massive Polizeipräsenz allerorten, gnadenlose Knüppeleinsätze, kleine und große Polizeikessel, die schon zur „Normalität“ gehören, prügelnde und festnehmende Greiftrupps, viele schwerverletzte DemonstrantInnen, Massenfestnahmen und vollgestopfte Knäste gemäß dem Vorbeugehaft-Gesetz ASOG zwecks allgemeiner „Gefahrenabwehr“, kurz: polizeistaatlicher Ausnahmezustand in den Tagen des Banker-Meetings. Aber *trotz dieser Repression hielt all das die Menschen nicht davon ab, auf verbotene Kundgebungen und Demonstrationen zu gehen, trotzdem* fand allabendlich das „Trommeln in der Nacht“ statt, *trotz* der polizeistaatlichen Abschreckung tat es der Mobilisierung für die zahlreichen Aktionen keinen Abbruch und blieb die gute Laune erhalten, und *trotz* gnadenloser Prügeleien konnten die Proteste nicht als pure Randale-Aktionen diffamiert werden, weil es immer wieder gelang, die eigentlichen Ziele und Anliegen des Widerstandes rüberzubringen: sei es in Form von Theater, in Form von Redebeiträgen auf Kundgebungen über die Praktiken des Schering-Konzerns usw., über die auch die Medien berichteten. Wer angesichts der Repression auf das Ritual der Distanzierungserklärungen gewartet hatte, sah sich getäuscht. Nicht *Ent*mischung des Widerstands fand statt, sondern *Durch*mischung. Grüne MdBs und Bu-Vo-Prominenz, Fundis und Realos der AL mischten ebenso mit wie die jugendlichen Kids, Studenten, Menschen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum, aus Soli-Gruppen usw. Neben der vorhandenen Einheit in den Aktionen durchkreuzte die Taktik der „flexible response“, der dezentralen, sehr flexiblen und verschiedenartigen Protestformen, die polizeistaatlich geplante Friedhofsruhe und Einschüchterungskampagne. Eine Mixtur aus offiziell genehmigten, verbotenen und trotzdem durchgesetzten Aktionen sowie Widerstandsformen, die erst im Verlauf der Aktionstage spontan hinzukamen, sicherte den Erfolg des außerparlamentarischen Protestes gegen das massive Polizeistaatsaufgebot. Zu den Kuriositäten gehörte auch, daß eine ötv-Gruppe in weißen Kitteln allabendlich während der Aktionstage gegen den „Pflegenotstand“ protestierte — ein „weißer Block“ am Café Kranzler, mittenmang den Aktionen gegen den IWF und den berüchtigen Knüppelorgien. Total bescheuert hingegen einige „Anschläge“ wie das Ausstreuen von Maden in Lebens-
mang den Aktionen gegen den IWF und den berüchtigen Knüppelorgien. Total bescheuert hingegen einige „Anschläge“ wie das Ausstreuen von Maden in Lebens-
mittelabteilungen oder der glücklicherweise versagende Brandsatz in einem „Ariel“-Waschmittelkarton, ebenfalls in einem Kaufhaus versteckt. Diese Aktionen richteten sich keineswegs gegen die Banker, sondern gegen die ganz „normalen“ Menschen. Nicht polizeistaatliche Repression und Friedhofsruhe wurden zum allein beherrschenden Thema — dafür sorgten erst die von der Repression betroffenen Journalisten — sondern die öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Das symbolische „Trommeln“ siegte über die „Zauberflöte“.

Und mit für den Zusammenhalt sorgten auch die gut funktionierenden Kommunikationsstränge: das eher links-liberale „Büro für Stadtfreiheit“, die „Rote Hilfe“, der „Ermittlungsausschuß“, die AL, das Pressebüro des Anti-IWF-Bündnisses und andere Beteiligte arbeiteten bezüglich des gegenseitigen Informationsaustausches über polizeistaatliche Repressalien gut zusammen.

Wer auf dem laufenden sein wollte, war in diesen Tagen nicht nur auf die „taz“ angewiesen; in 50.000-facher Auflage und funktionierendem Verteilersystem erschien täglich die Zeitung „Zahltag“, für die die Westberliner MdB Ellen Olms verantwortlich zeichnete und die von „Netzwerk“ und „konkret“ gefördert und von einem Bündnis aus AL, den Asten, KB, SEW bis zum „autonomen und antiimperialistischen Aktionstageplenum“ unterstützt wurde.

Die insgesamt sehr erfolgreichen Aktionstage *trotz* Repression spiegelten sich auch in den Meldungen vor allem der ausländischen Presse wider; die Proteste wurden darin ausdrücklich hervorgehoben und gewürdigt und mit Schlagzeilen wie „Bunker Berlin“ (BBC-Nachrichten, „Repubblica“, Italien) oder „Berlin im Belagerungszustand“ („Corriere de la Sera“) aufgemacht.

Der auf Plakaten zur Schau gestellte IWF-Slogan der Polizei „Berlin steht für Weltoffenheit, Meinungsvielfalt, Gastfreundschaft“ blamierte sich bis auf die Knochen.

Die „internationalistische Demonstration“

Das autonome/antiimperialistische Spektrum setzte im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne auf eine Art „Doppelstrategie“. Ihre Vertreter erklärten von Anfang an, sich nicht am breiten und „reformistischen“ Oppositionsbündnis zu beteiligen. In der Praxis jedoch folgten viele Autonome der Maxime „Dabei sein ist alles“; viele tauchten auf dem „reformistischen“ Gegenkongreß auf, und auf der Großdemonstration waren sie wider Erwarten in mindestens zwei Blöcken vertreten.

An den Aktionstagen beteiligten sich die Autonomen mit eigenständigen Aktionen, die mit dem übrigen Bündnis abgesprochen waren, wobei in den jeweiligen konkreten Aktionen die Trennung aufgehoben wurde.

Aber in der Hauptsache konzentrierte sich das autonome Spektrum auf „ihre“ eigenständige, „internationalistische Demonstration“, die am 29.9. stattfinden sollte. Mit dieser Demo sollte an die „revolutionäre 1.Mai-Demo“ dieses Jahres angeknüpft werden, wo es dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum gelang, etwa 8.000 Menschen zu mobilisieren.

Andererseits war die geplante Demonstration, auch in den eigenen Reihen, nicht unumstritten. Denn schließlich reisten die Banker bereits am 28.9. ab, so daß die Polizeimacht am Ende der Aktionstage noch einmal so richtig „abrechnen“ konnte. Erst zwei Tage vor der Demonstration erschien ein neuer Aufruftext, in dem unter dem Motto „Den Widerstand organisieren — international um Befreiung kämpfen“ zur „internationalistischen Demonstration“ aufgerufen wurde. Dieser Text ist ziemlich moderat gehalten und spiegelt auch die Erfahrungen und
ung kämpfen“ zur „internationalistischen Demonstration“ aufgerufen wurde. Dieser Text ist ziemlich moderat gehalten und spiegelt auch die Erfahrungen und
Eindrücke der guten Zusammenarbeit fast des gesamten Anti-IWF-Spektrums wider. Denn da heißt es: „Für uns ist die Demonstration am Donnerstag ... eine gemeinsame Aktion von allen, die sich in den letzten Tagen aktiv gegen Weltbank und IWF zur Wehr gesetzt haben. Die Erfahrungen der letzten Tage haben gezeigt, daß sich viele Leute — auch mit unterschiedlichen Ansichten — sehr solidarisch miteinander verhalten haben und wir so die Demonstration durchsetzen werden“.

Und was die Vermummung betrifft, wartete der Aufruf mit einer neuen Variante auf: „Wir raten davon ab, Motorradmasken zu tragen, wir können uns auch auf andere Weise verschönern. Aus Solidarität mit dem palästinensischen Volksaufstand werden wir Palästinensertücher tragen“. BUKO und AL-Jugend und Hochschulbereich riefen ausdrücklich zu dieser Demonstration auf, während die AL in ihrer Erklärung sich „aufgrund der inhaltlichen Differenzen und der Auseinandersetzung um die Aktionsformen mitzutragen. Andererseits rief die AL dazu auf, durch die „Anwesenheit das Recht auf Demonstrationsfreiheit zu sichern“. Dem „internationalistischen“ Aufruf folgten dann rund 8.000 Menschen, die ursprünglich vom Kaiser-Wilhelm-Platz zum Ku-Damm demonstrieren wollten. Die Polizei genehmigte diese Route jedoch nur bis zum Platz der „Urania“ — ein Verkehrsknotenpunkt, der sich polizeitaktisch hervorragend für Kessel und Knüppeleinsätze eignet.

Vor Beginn der Demonstration die üblichen Taschenkontrollen. Dann knüppelten die Polizisten brutal in die ersten, zumeist aus Frauen bestehenden Demo-Reihen, um das Vermummungsverbot durchzusetzen, wenngleich die Frauen die Pali-Tücher in unvermummter Form trugen. Schützend formierte sich in der ersten Reihe AL und Grünen-Prominenz, und die Polizeikommandos zogen sich wieder zurück. Während sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, bot sich an der „Urania“ ein ganz anderes Bild. Der ganze Platz war mit 130 Polizeiwannen und sechs schweren Räumungspanzern sowie einem riesigen kampfbetonten Polizeiheer umstellt.

Doch die Polizeifalle schnappte nicht zu: Die Demonstrationsleitung löste den Zug kurzerhand *vor* der „Urania“ auf, so daß es bei vergleichsweise geringen Festnahmen (46) während der Demonstration blieb, die von der Polizei spaliert wurde.

Am Abend setzten sich dann die Aktionstage fort. Steine flogen gegen die Bankerhotels, am ICC brannten PKWs, der Innenstadtbereich füllte sich mit Protestierenden. Die Polizei suchte die große „Abrechnung“; gegen 20.30 Uhr stellten Zivis alte Sofas auf die Straße und zündeten diese an, um sich anschließend in eine Wanne zu verkrümeln. Gegen 21 Uhr fand eine spontane Demonstration mit etwa 2.000 Leuten an der Gedächtniskirche statt, eine halbe Stunde später wurde der gesamte Ku-Damm von der Polizei geräumt, der gesamte Innenstadtbereich abgeriegelt. Polizeiliche Greiftrupps prügelten und nahmen wahllos Menschen fest. Vor dem KaDeWe kam es zu einem weiteren Kessel.

Erst gegen Mitternacht konnten die DemonstrantInnen unter starken Kontrollen und „Geleit“ abziehen.

Bilanz der Repression

Die insgesamt erfolgreich verlaufene Anti-IWF-Kampagne wurde gegen die massive Repression des Staates durchgesetzt. Öffentliches Aufsehen erregten jedoch nicht die hohe Zahl an zum Teil schwerverletzten DemonstrantInnen mit Kopfwunden, Schädelfrakturen, Armbrüchen, sondern die Knüppel- und Tränengaseinsätze gegen die Medienvertreter. Innensenator Kewenig schaffte in jenen Tagen die Pressefreiheit ab, ließ Journalisten zusammenknüppeln, Kamerateams mit Tränengas vertreiben und 25 Pressevertreter einkesseln. Pressefreiheit habe, so der Senator, hinter den Einsatzplänen der Polizei zurückzustehen. Westberliner Senat und der US-Kongreß haben sich der Sache angenommen, nachdem ein einmaliges Bündnis aus internationalen Nachrichtenagenturen, von Springers „Morgenpost“ bis Hartungs „taz“ öffentlich gegen die polizeistaatlichen Übergriffe protestierten. So wichtig und notwendig die Proteste von dieser Seite auch sind, sollte der Blick nicht dafür verloren gehen, daß nicht nur die Presse-, sondern auch die Demonstrationsfreiheit wieder einmal abgeschafft wurde. Eine Übersicht über die durch die Knüppelorgien zusammengeschlagenen DemonstrationsteilnehmerInnen ist derzeit nicht möglich.

Bekannt ist aber, daß während der Aktionstage, in der Zeit vom 25. bis 30.9., insgesamt 963 Festnahmen erfolgten, 863 davon nach dem „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG). Das heißt, die Festgenommenen befanden sich länger als 2 Stunden in Haft. Ein großer Teil davon wurde in den
cherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG). Das heißt, die Festgenommenen befanden sich länger als 2 Stunden in Haft. Ein großer Teil davon wurde in den
Knästen Kruppstraße und Augustaplatz zwischen 24 und 48 Stunden in Vorbeugehaft genommen, in vielen Fällen in überfüllte Zellen gepreßt, ohne entsprechende Ernährung.

In vier Fällen mußten sich die festgenommenen Frauen vor männlichen Polizisten ausziehen. In den Gefangenentransportern haben die Polizisten in einigen Fällen wild drauflosgeprügelt.

Bekannt wurde auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Faschisten. Letztere ließen sich am Bahnhof Zoo den Weg durch ihre Polizei„kollegen“ zeigen und prügelten kräftig mit. Am Bahnhof Kurfürstenstraße feierten Polizisten mit Faschisten die zuvor durchgeführten Knüppeleinsätze.

Von den 963 Festgenommenen wurden 25 Personen dem Haftrichter vorgeführt. In 14 Fällen lag gegen die Leute nichts vor, und sie wurden wieder freigelassen. In sechs Fällen gab es Haftbefehle mit Haftverschonung, in drei Fällen erfolgten gerichtliche Schnellverfahren; zwei Leute wurden zu Geldstrafen verurteilt, der dritte erhielt ein Jahr Gefängnis drei Jahre auf Bewährung. Außerdem sind noch zwei Leute inhaftiert, einer davon mit einem Haftbefehl wegen schwerem Landfriedensbruch.

Vor dem Hintergrund des polizeistaatlichen Ausnahmezustands in Westberlin, den zahlreichen Kesseln, gnadenlosen Knüppeleinsätzen und Massenfestnahmen blieben die erwarteten Distanzierungs-Erklärungen von „Gewalt“ aus. Mehr noch: Die kalkulierte polizeiliche Einschüchterung und Abschreckung versagte; die Leute blieben nicht zu Hause, sondern ihre Wut steigerte sich, so daß zu keinem Zeitpunkt die Mobilisierungsfähigkeit der IWF-GegnerInnen nachließ.

Trotz Repression war Widerstand und Protest nicht nur denkbar — sondern auch machbar.



Internationaler Gegenkongreß:
Westberliner Erklärung

Präambel

In Solidarität mit den Völkern der „Dritten Welt", die durch die verhängnisvolle Politik dieser beiden mächtigsten internationalen Finanzinstitutionen betroffen sind, fand aus Anlaß der Jahrestagung von IWF und Weltbank am 23./24. September 1988 in West-Berlin ein Internationaler Gegenkongreß statt.

Nach intensiven Diskussionen während der IWF/Weltbank Kampagne sowie auf der Grundlage der Beiträge von VertreterInnen aus der „Dritten Welt", der Bundesrepublik und West-Berlin sowie anderen Industrieländern zu den Auswirkungen der Politik dieser multilateralen Institutionen auf die Völker der „Dritten Welt" verabschieden wir folgende Abschlußerklärung:

Seit Jahren sind die Schuldnerländer der „Dritten Welt" dem Krisenmanagement der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank ausgesetzt. Gemeinsam mit den Banken und den Regierungen der Gläubigerländer arbeiten diese beiden Institutionen daran, die Schuldenkrise im Sinne ihrer Interessen zu entschärfen. Ihre Sorge gilt dem internationalen Kreditsystem und den langfristigen Profitinteressen der Gläubigerbanken. Was sie beunruhigt, ist die Krise des Geldes, die Gefährdung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch immer wiederkehrende Finanzkrisen und Verweigerungs-Aktionen der Schuldnerländer.

Wenn wir von der Schuldenkrise sprechen, dann ist die Krise gemeint, in die die Bevölkerung der „Dritten Welt" nicht zuletzt durch die Verelendungspolitik von IWF und Weltbank gestürzt wurde: die Krise der verarmten Bevölkerung in den Städten, die ihr Leben von Tag zu Tag weniger vor den Folgen von Krankheit und Unterernährung schützen kann; der Kleinbauern, die durch Verarmung und Vertreibung ihrer Existenzgrundlage beraubt werden; der Frauen, die als Manövriermasse zwischen Erwerbs- und Subsistenzarbeit besonders brutal ausgebeutet und zunehmend zu Objekten von bevölkerungspolitischen Strategien und Sex-Tourismus gemacht werden. Und wir meinen die ökologische Krise, die durch die Last des Schuldendienstes und den damit verbundenen beschleunigten Raubbau an der Natur noch verschärft wird.

IWF und Weltbank sind für uns nicht die einzigen Instrumente der herrschenden Weltwirtschaftsordnung, die wir kritisieren und bekämpfen. Ihre Jahrestagung in West-Berlin ist uns aber Anlaß genug, gerade ihre Stellung im weltweiten System von Ausbeutung und Unterdrückung zu analysieren und mit politischen und sozialen Bewegungen aus den Ländern der „Dritten Welt" Gegenstrategien zu diskutieren und zu entwickeln.

Besondere Bedeutung kommt der Rolle der BRD zu. Als eine der führenden neokolonialen Mächte (Weltexportmacht Nr.1) ist sie eine Hauptnutznießerin der gegenwärtigen Verhältnisse. Gleichzeitig gehören die Lohnabhängigen der BRD aber auch zu den Betroffenen der Verelendungspolitik von IWF und Weltbank. Die zunehmende Entrechtung und Verarmung der ArbeiterInnen der „Dritten Welt" begünstigt auch hier Lohnsenkungsstrategien des Kapitals und die Auslagerung von Arbeitsplätzen an die jeweils kostengünstigsten Standorte.

Globale, umfassende und sofortige Schuldenstreichung

Globale, umfassende und sofortige Schuldenstreichung

Die Krise in der „Dritten Welt" ist Bestandteil einer Weltwirtschaftsordnung, die seit Jahrhunderten durch die Vorherrschaft der heutigen Industrieländer und die systematische Ausbeutung der Kolonien und heutigen Entwicklungsländer geprägt ist. Ein Schuldenerlaß allein wird diese Strukturen nicht verändern. In den Ländern der „Dritten Welt" ist die Befreiung aus der Schuldknechtschaft aber eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme, für die längst überfällige Suche nach neuen, selbstbestimmten Entwicklungswegen. Ohne eine Streichung der Auslandsschulden der Länder der „Dritten Welt" gibt es keinen Handlungsspielraum für die Oppositionsbewegungen dort. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Forderung nach umfassender und sofortiger Schuldenstreichung, wie sie von den durch die Krise am meisten Betroffenen erhoben wird.

Die Lasten der von der „Dritten Welt" eingeforderten Schuldendienste werden heute den ohnehin schon armen Bevölkerungsgruppen aufgebürdet. Sie sind die Hauptleidtragenden: diejenigen, die nie einen Dollar der Kredite gesehen haben, aber heute existentiell durch die Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank bedroht sind. Die Lasten der Entschuldung müssen demgegenüber nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die für die Krise verantwortlich sind: private Geschäftsbanken und Konzerne, westliche Regierungen, internationale Finanzorganisationen und die herrschenden Eliten in der „Dritten Welt".

Gegen den von IWF, Banken und den Gläubigerregierungen propagierten und praktizierten Fall-zu-Fall-Ansatz muß eine globale Schuldenstreichung durchgesetzt werden. Wir unterstützen deshalb Schuldnerkartelle und die Bemühungen um globale Schuldenkonferenzen, in denen die Schuldnerländer gleichberechtigt beteiligt sind. An diesen Verhandlungen müssen auch die Vertreter von politischen und sozialen Bewegungen beteiligt werden.

Konditionierte Schulden- und Teilschuldenerlasse, auch wenn sie in „sozialem" oder „ökologischem" Gewand erscheinen, lehnen wir ab. Der Schuldentausch über „Debt-to-equity-swaps" oder „Dept-to-nature-swaps" ist ein neokolonialer Ausverkauf der letzten Reserven dieser Länder und ein Eingriff in ihre nationale Souveränität. Auch geringfügige Änderungen der Kreditkonditionen bewirken für die Betroffenen nichts, wenn an der weltmarktorientierten Wachstumsideologie festgehalten wird.

Nicht die Entwicklungsländer stehen in der Schuld der Industrieländer, sondern umgekehrt: die eigentlichen Schuldner sind die Gläubiger.

tumsideologie festgehalten wird.
Nicht die Entwicklungsländer stehen in der Schuld der Industrieländer, sondern umgekehrt: die eigentlichen Schuldner sind die Gläubiger.

Denn die Krisensituation von heute ist in hohem Maße durch koloniale und neokoloniale Ausbeutung, Zerstörung und Deformierung lokaler Strukturen bewirkt worden. Die gegenwärtige Situation ist durch einen wachsenden Ressourcenabzug von Süd nach Nord gekennzeichnet. Deshalb fordern wir über Schuldenstreichung hinaus Reparations- und Entschädigungszahlungen an die „Dritte Welt". Diese müssen nach Kriterien erfolgen, die unmittelbar an den Bedürfnissen der ärmsten Bevölkerungsschichten orientiert sind.

Neue Weltwirtschaftsordnung

Über die Forderung nach Schuldenstreichung hinaus ist eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, der internationalen Beziehungen und Machtverhältnisse unabdingbar, wenn die Schuldenkrise dauerhaft überwunden und ein Ausweg aus dem „Teufelskreis" von Abhängigkeit und Verelendung der „Dritten Welt" gefunden werden soll. Dazu gehört auch die Veränderung interner Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, gegen die die Menschen revoltieren und die ihrerseits durch die Strukturen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und die geostrategische Politik von den Industrieländern am Leben erhalten werden.

Demokratische Wirtschaftsbeziehungen, die von allen beteiligten Ländern gleichberechtigt gestaltet werden, sind im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts nicht zu verwirklichen. Unser Kampf für eine neue, an den Grundbedürfnissen und Lebensinteressen *aller* Menschen orientierte Entwicklungslogik muß deshalb mit dem Entwurf von Alternativen zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung verbunden werden:

— Gegen die mörderische Logik des Weltmarkts, gegen das Prinzip des maximalen Gewinns, gegen die Macht von Multis, Banken und diktatorischen Regierungen setzen wir die internationale Solidarität der Völker und ihrer Bewegungen. Nicht anonyme Marktmechanismen, sondern die jeweils besonderen Entwicklungsbedürfnisse der nationalen Gesellschaften müssen ausschlaggebend für Umfang, Struktur und Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen sein. Nur im Rahmen nicht-hierarchischer, an den Entwicklungsbedürfnissen *aller* Länder orientierter Weltwirtschaftsbeziehungen sind auch die Menschenrechte, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, sowie des Rechts auf Entwicklung zu verwirklichen.

— Die politische und wirtschaftliche Souveränität der Entwicklungsländer muß verwirklicht, ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt, von transnationalen Konzernen und Banken, von internationalen Finanzorganisationen und westlichen Regierungen muß beendet

veränität der Entwicklungsländer muß verwirklicht, ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt, von transnationalen Konzernen und Banken, von internationalen Finanzorganisationen und westlichen Regierungen muß beendet

werden. Dazu gehört insbesondere die Souveränität über die nationalen Ressourcen, das Recht zur Enteignung transnationaler Konzerne nach nationalen Rechtsgrundsätzen und auf selbstbestimmte Wahl des eigenen Entwicklungsmodells.

— Eine der tragenden Säulen der Ausbeutungsstrukturen des kapitalistischen Weltmarkts ist die Unterwerfung der Frau, die Entwertung ihrer Arbeit und ihres Körpers, ihre Domestizierung und Zurichtung als ausbeutbare Ressource. Im Kampf gegen die Logik des Weltmarkts geht es für die Frauen auch darum, die Autonomie über ihr Leben, ihre Arbeit und ihren Körper wiederzugewinnen und eine geschlechtliche Arbeitsteilung zu überwinden, die auf der systematischen Entwertung der Frauenarbeit beruht.

— Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß Alternativen zum systematischen Raubbau an der Natur ermöglichen und fördern. Sie muß geeignet sein, internationale Produktions- und Kosumstrukturen zu entwickeln, die auf einem neuen, nicht-ausbeuterischen Verhältnis zwischen Mensch und Natur beruhen.

Alle diese Fragen müssen Gegenstand einer intensiven Debatte werden. Eine neue Weltwirtschaftsordnung kann jedoch nicht am Reißbrett entworfen oder den Regierungen überlassen werden. Ihr künftiges Gesicht ist abhängig vom Kampf der Völker und ihrer Bewegungen. Doch heute schon läßt sich sagen: Ihre Verwirklichung ist nur denkbar auf dem Weg einer radikalen und umfassenden Demokratisierung der internationalen Beziehungen und durch die Überwindung der zerstörerischen Dynamik, die der Weltmarkt heute entwickelt und die sich in Hunger, Naturzerstörung, Hochrüstung und Krieg niederschlägt.

Die Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kann nur verwirklicht werden, wenn die Hegemonie der imperialistischen Zentren USA, EG und Japan gebrochen wird, und wenn alle Länder durch eine stärkere Orientierung auf denm Binnenmarkt und die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung vom Weltmarkt unabhängiger werden. Insbesondere die Länder der „Dritten Welt" stehen vor der Aufgabe, sich stärker auf ihre eigenen Kräfte und Ressourcen zu stützen, wirksame Formen der Gegenmacht zu bilden und die vorhandenen Ansätze zur Süd-Süd-Kooperation zu intensivieren. Die Weltwirtschaftsbeziehungen müssen der Macht von Multis und Banken entrissen und zur Angelegenheit von Übereinkünften von selbstbestimmten und gleichberechtigten Nationen gemacht werden. Die notwendige Umstrukturierung internationaler Organisationen muß vor diesem Hintergrund erörtert werden.

strukturierung internationaler Organisationen muß vor diesem Hintergrund erörtert werden.

Im Zuge der weltweiten Krise der Kapitalverwertung ist der Weltmarkt immer stärker zu einem Mechanismus der Zerstörung geworden. Der Hunger in der „Dritten Welt", die Vernichtung des Regenwaldes, Hochrüstung und imperialistische Kriegsstrategien sind nur die krassesten Erscheinungen einer internationalen Vernichtungsökonomie, die auf dem schnellsten Wege gestoppt werden muß. Einige der dringensten Aufgaben sind:

— Die Beendigung der Einmischung in Form der Auflagenpolitik von IWF und Weltbank ist ebenso notwendig wie der sofortige Stopp aller durch internationale Finanzorganisationen geförderten Großprojekte, die den Raubbau an der Natur fortsetzen, die Vertreibung der Menschen in Kauf nehmen und ihre Lebensbedingungen zunichte machen.

— Die internationale Agrarordnung, die heute auf den Bedarf der industrialisierten, profitorientierten Agrarwirtschaft zugeschnitten ist und weltweit Umweltzerstörung, in der „Dritten Welt" Hunger und bei uns Krankheit erzeugt, muß konsequent umorientiert werden auf das Überleben und die Gesundheit aller.

— Die Zerstörung menschlichen Lebens, die Verschwendung menschlicher Arbeitskraft und materieller Ressourcen für militärische Zwecke, für Hochrüstung, Waffenexporte und imperialistische Kriegsführungsstrategien muß gestoppt werden. Abrüstung, Stopp von Waffenexporten und die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen insgesamt sind unabdingbare Voraussetzungen für die Überwindung der herrschenden Vernichtungslogik zugunsten einer friedensorientierten internationalen Überlebensökonomie.

Unser Widerstand — unsere Solidarität

Wir wissen, daß die Verwirklichung auch nur dieser allerdringlichsten Veränderungen nicht ohne tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen in den Industrieländern möglich ist. Der Logik des Kapitals, die den internationalen Ausbeutungsstrukturen zugrundeliegt, müssen wir hier in der Bundesrepublik und in West-Berlin entgegentreten. Unser Widerstand richtet sich deswegen gegen die Verursacher von Ausbeutung, Hunger und Elend. Unser Kampf gilt den bundesdeutschen Konzernen und Banken sowie einer Politik, die deren Interessen in diesem Land absichert und das bestehende kapitalistische Weltwirtschaftssystem stabilisiert.

Unsere Solidarität mit den emanzipatorischen Bewegungen in der „Dritten Welt" muß deshalb auf verschiedenen Ebenen in die politische Praxis umgesetzt werden: als konsequentes Engagement für neue Produktionsformen und Lebenszusammenhänge, in denen eine solidarische Lebenspraxis und ein neues, nicht-ausbeuterisches Verhältnis zur Natur angestrebt wird; als Kampf der Frauen gegen ihre Entmachtung und Entwürdigung durch patriarchale Strukturen; als grundsätzliche Infragestellung unserer Konsum- und Lebensweisen; als Fortsetzung und Intensivierung der politischen und materiellen Solidarität mit den sozialen, politischen und Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt".

In diesem Sinne sind „neue" und „alte" soziale Bewegungen, Gewerkschaften, ChristInnen, Frauen-, Jugend-und Umweltorganisationen sowie politische Parteien in den Industrieländern herausgefordert. Im Rahmen der IWF/Weltbank-Kampagne ist ein erster Schritt der Zusammenführung von Analyseinstrumenten, Sichtweisen und Kriterien gelungen, die Grundlage einer solchen angestrebten Praxis werden können. Nur die Synthese von weltwirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, sozialen, ökologischen und feministischen Aspekten kann der Entwicklung einer politischen Perspektive förderlich sein, die nicht nur an den Einzelpunkten globaler wie nationaler politischer Probleme ansetzt.

Die Erfahrungen des Gegenkongresses haben gezeigt, daß eine strategisch orientierte politische Zusammenarbeit oppositioneller Bewegungen auf internationaler Ebene möglich und notwendig ist, um an den zentralen Widersprüchen von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen. Das Projekt „Europäischer Binnenmarkt 1992" wirft schon heute seine Schatten voraus: auf Kosten sozialer

Widersprüchen von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen. Das Projekt „Europäischer Binnenmarkt 1992" wirft schon heute seine Schatten voraus: auf Kosten sozialer

und ökologischer Standards im Inneren und zum Schaden der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas droht ein weiterer Ausbau der Machtposition von EG-Europa und der internationalen Bewegungsfreiheit des Kapitals. 1992 jährt sich auch zum 500. Male die europäische „Entdeckung" des amerikanischen Kontinents, der historische Ausgangspunkt für die Kolonisierung, Unterwerfung und Zerstörung der kulturellen Identität von Millionen von Menschen, die bis heute wirksam ist.

Vom Internationalen Gegenkongreß anläßlich der Tagung von IWF und Weltbank in West-Berlin rufen wir dazu auf, die begonnene Zusammenarbeit fortzusetzen. Die Chance, eine neue internationalistische Bewegung zu entwickeln, muß genutzt werden.

West-Berlin, 24.9.88

Ökokongreß, Gegenkongreß, Tribunal

Einige Tage vor offiziellem Beginn des Bankertreffs fanden zwei internationale Kongresse statt, auf denen die Politik von IWF und Weltbank kritisiert wurden.

Vom 22. bis 24.9.88 veranstalteten westdeutsche Umweltgruppen im Bündnis mit Ökogruppen aus anderen imperialistischen Ländern und aus der „3. Welt" einen sogenannten **Öko-Kongreß** zur umweltzerstörenden Politik der Weltbank an der Westberliner Freien Universität (FU). Im Mittelpunkt dieses Kongresses stand die systematische Vernichtung der tropischen Regenwälder im brasilianischen Amazonasgebiet durch die verschiedenen Programme der Weltbank. Dabei wurde der anwesende Leiter der Umweltabteilung der Weltbank, Piddington, hart attackiert.

Darüber hinaus gab es auch einige Kontroversen innerhalb des breiten Spektrums der Umweltgruppen. So kritisierten etwa westdeutsche Organisationen die lobbyistische Politik ihrer US-amerikanischen Freunde, die innerhalb der Weltbank umweltschützende Maßnahmen durchsetzen wollen, was ziemlich illusorisch sei.

Strittig blieb auch die Frage der Befürwortung von sogenannten „Debt for Nature Swaps", die Umwandlung von Schuldtiteln in Geld für den Umweltschutz, wie das in drei lateinamerikanischen Ländern und auf den Philippinen bereits praktiziert wurde. So kauften beispielsweise US-amerikanische Umweltorganisationen kolumbianische Schulden mit geringem Abschlag, also zum „Marktwert", und vereinbarten mit der kolumbianischen Regierung, daß einem großen Naturschutzgebiet industrielle Eingriffe erspart bleiben. Dem wurde entgegengehalten, daß es sich hierbei nur um eine alternative Auflagenpolitik handele, einen Eingriff in die nationale Souveränität eines Landes darstelle und überdies die Frage der Kompetenz der herrschenden Regierungen in der „3 Welt" berühre, zumal die NGOs eine Regierungsbeteiligung strikt ablehnten.

Streit gab es auch, als Umweltgruppen aus Schweden, Großbritannien, den USA und die westdeutschen „Regenwälder-Initiative" eine gemeinsame Erklärung mit Kenneth Piddington (Weltbank) zuwege brachten, in der dem Erhalt der tropischen Regenwälder „höchste Priorität" eingeräumt wurde. Während Weltbank-Direktor Conable davon nichts wissen wollte, rückten nach heftigen internen Kritiken die dialogbereiten Umweltschützer wieder von der Erklärung ab.

In der abschließenden gemeinsamen Kongreß-Erklärung heißt es, „Profit darf nicht das einzige Ziel der Weltbankpolitik sein"; die Terms of Trade müßten „modifiziert", die Schuldenlast „in der unmittelbaren Zukunft" entscheidend verringert werden. Schuldennachlässe müßten an Auflagen für den Schutz natürlicher Ressourcen gebunden, Weltbank-Projekte einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Mehr Transparenz und Demokratie in der Weltbank wünschten sich die Ökogruppen aus aller Welt. Hier setzten sich also sehr deutlich die äußerst gemäßigten Weltbank-Kritiker, die nicht gegen, sondern mit der Weltbank dem ökologischen Raubbau in den Ländern der „3. Welt" Einhalt gebieten wollen, durch.

Ganz anders dagegen der internationale **Gegenkongreß** am 23. und 24.9.88 in den Räumen der Technischen Universität. Über Erwarten lauschten über 3000 Menschen den Referaten und diskutierten auf den fünf eingerichteten Foren zu unterschiedlichen Aspekten der Schuldenkrise und der Weltwirtschaft. Zu Beginn des von ca. 150 Organisationen und Initiativen unterstützten Gegenkongresses wurde eine „Botschaft an die internationale Konferenz in Westberlin" von Fidel Cast-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ro verlesen, in der u.a. betont wurde, daß die Schulden nicht zurückgezahlt und einbezogen werden könnten. Die Politik des IWF sei gescheitert und diene in Wirklichkeit den Interessen des transnationalen Kapitals. Die Schuldenkrise sei die direkte Konsequenz aus Kolonialismus und Kapitalismus; nicht die Verschuldung allein, sondern auch „ihre Stützen und grundlegenden Ursachen" müßten beseitigt werden. Solidarität, Hilfe und internationale Kooperation seien so notwendig wie vielleicht noch nie zuvor, betonte Castro in seinem Grußwort.

Im Unterschied zum Öko-Kongreß überwog auf dem Gegenkongreß die radikale Kritik an Imperialismus und Kolonialismus. Bezeichnend dafür das Forum 4, wo sich Rainer Tetzlaff mit Tatjana Chahoud und den übrigen Forumsteilnehmern um die Reformierbarkeit von IWF und Weltbank stritten. Tetzlaff erntete Pfiffe, als er konstatierte, ein revolutionäres Subjekt wäre nicht in Sicht, daher müsse man sich mit der Weltbank arrangieren; die Weltbank betreibe zwar eine falsche Politik, woraus Tetzlaff die Forderung einer anderen „Konditionalität" (Auflagenpolitik) ableitete. Er verwahrte sich gegen eine pauschale „Verteufelung" der Weltbank, die auch sinnvolle Projekte unterstützt und gefördert habe. Tatjana Chahoud verwies auf die Blauäugigkeit Tetzlaffs, denn die von ihm geforderten Reformen der Weltbank würden der von Gläubigerländern und -banken bestimmten und dominierten Weltbankpolitik zuwiderlaufen; eine stärker am eigenen Binnenmarkt orientierte, vom kapitalistischen Weltmarkt unabhängigere Politik in den verschuldeten Ländern der „3. Welt" sei mit den Zielen der Weltbank unvereinbar. Der Reformer Tetzlaff stand mit seinen Positionen allein da.

Auch die zum Abschluß des Gegenkongresses verabschiedete „West-Berliner Erklärung", die wir nebenstehend dokumentieren, spiegelt den Geist radikalerer Kritik an den bestehenden weltwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht- und Ausbeutungsstrukturen wider. So werden beispielsweise die Schuldentausch- oder „Swap"-Geschäfte, auch in ihrem „sozialen" oder „ökologischen" Gewande, als ein „neokolonialer Ausverkauf" und ein „Eingriff in die nationale Souveränität" der Länder der „3. Welt" kritisiert.

Im Unterschied zum ursprünglichen Aufruftext zum Gegenkongreß, wo sich die unterschiedlichsten Organisationen von BUKO bis katholischer Landjugend lediglich auf die Formeln Schuldenstreichung und eine nebulöse „gerechtere Weltwirtschaftsordnung" verständigen konnten, wird in der „West-Berliner Erklärung" die Forderung nach einer „globalen, umfassenden und sofortigen Schuldenstreichung" relativiert. Schuldenstreichung sei zwar Voraussetzung für die Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme, darüber hinaus ist jedoch „eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Arbeitsteilung" und der „internationalen Machtverhältnisse unabdingbar". Außerdem werden über die Schuldenstreichung hinaus neuerdings auch „Reparations- und Entschädigungszahlungen" an die verschuldeten Länder gefordert.



„Internationalistische Demo" am 29.9. in Westberlin. Das Transparent wurde noch vor Aktionsbeginn von der Polizei zerrissen

Die Floskel „gerechte Weltwirtschaftsordnung" taucht in der Abschlußerklärung so auch nicht mehr auf; vielmehr wird betont, daß eine solche „Ordnung" im Rahmen kapitalistischer Ausbeutungsbeziehungen gar nicht zu realisieren sei. Vielmehr müßte die Hegemonie der „imperialistischen Zentren USA, EG und Japan" gebrochen werden, zum andern müßten gesellschaftliche Umwälzungen in den Industrieländern selbst erfolgen. Unter dem Eindruck eines sehr gut besuchten und erfolgreichen Gegenkongresses heißt es abschließend: *„Die Chance, eine neue internationalistische Bewegung zu entwickeln, muß genutzt werden".*

Das „Permanent People's Tribunal"

Parallel zu den Aktionstagen und dem offiziellen Bankertreffen veranstaltete die Lelio-Basso-Stiftung, Nachfolgerin der Bertrand Russell-Stiftung, ein Tribunal in den Räumen der Freien Universität.

In Form eines Gerichtsverfahrens sollte dieses Tribunal über die Politik von IWF und Weltbank „richten". Die Anklageschrift referierte der FU-Professor Elmar Altvater, der den beiden Institutionen u.a. eine systematische Verletzung der Menschen- und Völkerrechte, die Zerstörung der Natur und eine massive Verbreitung von Armut vorwarf. „Das Leben von Millionen Menschen wird möglicherweise auf dem Altar des Mammons geopfert", meinte der Mitankläger.

Die Qualität der Kritik an IWF und Weltbank fiel sehr unterschiedlich aus. Während die „Anwältin" Cheryl Payer (USA) den Institutionen eine „Kriegsführung" gegen die Völker der „3. Welt" vorwarf, kritisierte die „Anklägerin" Katharina Focke (Europaparlaments-Abgeordnete der SPD) lediglich die „falsche Politik" von IWF und Weltbank, die die EG-Länder zu „korrigieren" hätten. In den nächsten Tagen wurden dann die „Zeugen" aus verschiedenen Ländern der „3. Welt" vernommen, die allesamt die katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage „dank" der imperialistischen Politik schilderten. Lösungsvorschläge wurden nur selten angesprochen und blieben auch unter den Opfern der IWF/Weltbank-Politik kontrovers; die Vertreter der philippinischen Opposition bevorzugten beispielsweise ein Zahlungsmoratorium und die Koppelung der Zinszahlungen an die Export-Devisenerlöse à la Peru.

Der ehemalige liberianische Finanzminister Tipothe forderte hingegen eine völlige Entmachtung von IWF und Weltbank und eine bedingungslose Schuldenstreichung als gemeinsame Klammer zwischen den Völkern der „3. Welt" und der Opposition in den imperialistischen Staaten.

Schließlich plädierte der „Verteidiger" von IWF/Weltbank, der ehemalige IWF-Mitarbeiter Robert Triffin (USA) für den „Freispruch" der beiden Institutionen, da sie nur die Politik betrieben hätten, die ihnen von den Regierungen der USA, Japans und der BRD vorgeschrieben würde. Schließlich hatte die hochkarätig bestückte 12-köpfige „Jury", der u.a. Francois Rigaux (Völkerrechts-Professor, Präsident der Lelio-Basso-Stiftung), Friedensnobelpreisträger Adolfo Esquivel, der Schriftsteller Eduardo Galeano („Die offenen Adern Lateinamerikas"), Luciana Castellina (MdEP, Italien), Gerd Weißkirchen (MdB der SPD) und Ludger Volmer (MdB der GRÜNEN) angehörten, das „Urteil" zu fällen.

IWF und Weltbank wurden erwartungsgemäß für „schuldig" befunden, gegen die Charta der Vereinten Nationen, das Souveränitätsrecht der Länder, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und gegen die eigenen proklamierten Ziele, für Wohlstand und geringe Arbeitslosigkeit zu sorgen, verstoßen zu haben.

In der 32-seitigen Urteilsschrift erhielten die beiden Institutionen „2 Jahre auf Bewährung" — ein „milde" ausgefallenes „Urteil", das auf „Resozialisierung" bzw. Reformierbarkeit von IWF und Weltbank setzt. Die Jury forderte in der zweijährigen „Bewährungszeit" zunächst ein allgemeines Schulden-Moratorium, dann sollte der UNO-Generalsekretär eine internationale Schuldenkonferenz einberufen, und es müsse eine weitere Konferenz zur „langfristigen" Umorganisierung von IWF und Weltbank stattfinden. In zwei Jahren will die Jury sodann prüfen, ob sich die Beklagten inzwischen „gebessert" haben.

Aus den Kreisen des auf Seriosität bedachten, mehrheitlich auf Reformen setzenden Tribunals wurden auch deutliche Sympathien für die Westberliner Protestaktionen laut. Die italienische PCI-Abgeordnete im Europa-Parlament, Luciana Castellina, wertete die Aktionen als den Vorabend einer neuen Vietnam-Bewegung. Und der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano verneigte sich vor der „Berliner Bevölkerung": „Inmitten der Postmoderne und der Gleichgültigkeit hat der jugendliche Protest in Berlin der Welt ein Beispiel gesetzt". Es müßten Brücken geschlagen werden über die Mauer des Schweigens „gegen den schlimmsten Terrorismus dieser Welt, den Terrorismus des Geldes".

Ein neuer Internationalismus?

Nicht nur Luciana Castellina oder Eduardo Galeano waren von den gesamten Anti-IWF-Aktivitäten tief beeindruckt, so daß Erinnerungen und Vergleiche zur Vietnam-Bewegung vor rund 20 Jahren angestellt wurden. Erlebten die Teilnehmer von Kongressen, Demonstrationen und Aktionstagen die Geburtstunde eines „Neuen Internationalismus"?

Dies scheint aus mehreren Gründen zu hoch gegriffen zu sein. Positiv sicherlich, daß zum ersten Male seit vielen, vielen Jahren ein breites Spektrum der westdeutschen und westberliner Linken, bis hin zu den Öko-Gruppen, in einen Diskussionsprozeß mit einem ebenso heterogenen Spektrum von Vertretern aus den unterentwickelten Ländern eintraten. Anlaß und gemeinsamer Bezugspunkt war nicht ein militärischer Krieg eines imperialistischen Landes gegen ein Volk aus der „3. Welt", sondern der globale ökonomische Krieg der imperialistischen Staaten gegen die Völker der „3. Welt" in seiner offensichtlichsten Form, der Schuldenkrise.

Die Botschaft, die dieses internationale Treffen verbreitete, lautete, „daß eine strategisch orientierte politische Zusammenarbeit oppositioneller Bewegungen auf internationaler Ebene möglich und notwendig ist, um an den zentralen Widersprüchen von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen" (West-Berliner Erklärung des Gegenkongresses).

Die damalige Vietnam-Solidarität beruhte auf der Einsicht, den Feind im eigenen Land zu bekämpfen und im solidarischen Bezug zum Vietcong. Und heute? Der „Neue Internationalismus" besteht für das autonome Spektrum im Bezug auf Hungerrevolten und „IWF-riots" sowie in kritischer Distanz gegenüber organisierten Befreiungsbewegungen; die GRÜNEN basteln an einem internationalen „Netzwerk" mit Bezug zu Ökogruppen und Menschenrechtsorganisationen — ihr Verhältnis zu Befreiungsbewegungen ist umstritten. Ein Besuch bei Fidel Castro gilt bei den Realos schon als Frevel. In der „taz" ist die Kampagne „Waffen für El Salvador" ebenfalls mit heißer Nadel gestrickt worden. Und die Schwäche der revolutionären Linken ist offenkundig.

Tatsächlich sind am Rande der Gegenveranstaltungen neue Kontakte geknüpft, alte intensiviert worden. Ob damit jedoch schon allein neue Perspektiven, geschweige denn ein „Neuer Internationalismus" aufgetan wurden, steht dahin.

Genau besehen bestanden die Protestaktionen, auf die sich die „Reformer" bis BUKO einigten, nicht in einer breiten Renaissance der internationalen Solidarität, sondern in der einigenden Gegnerschaft zu IWF/Weltbank als „internationale Völkermordzentralen". Um den Anlaß dieser Tagung rankte sich im Vorfeld eine typische „Themenkonjunktur" hoch, mit der positiven Begleiterscheinung, daß sich ein Teil der hiesigen Linken bis hin zu Kirchengruppen mit der „3. Welt"-Problematik intensiver als sonst beschäftigte.

Diese „Konjunktur", basierend auf der gemeinsamen Gegnerschaft zum Bankertreffen, hat mit den insgesamt erfolgreichen Protesten in Westberlin einen vorläufigen Höhepunkt und auch Endpunkt erreicht. Ob daraus eine Chance wird, „eine neue internationalistische Bewegung zu entwickeln" (West-Berliner Erklärung), die auch genutzt wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig sind in Westberlin zahlreiche neue Gesprächsfäden der unterschiedlichen Fraktionen der Linken und GRÜNEN und den verschiedenen Repräsentanten der Opposition aus den Ländern der „3. Welt" geknüpft worden — eine Bewegung ist das allerdings nicht.

D./Westberlin

Die offizielle Bankertagung:

Business as usual...

Die eigentlichen Jahreshauptversammlungen von IWF und Weltbank vom 27. bis 29. September im ICC boten lediglich noch die Gelegenheit, sich dem „Nachdenken zu widmen" oder sich „der Besinnung auch über die moralischen Grundlagen des Wirtschaftens" hinzugeben, wie die „FAZ" zutreffend kommentierte. Banker, Notenbankchefs und Finanzminister aus 151 Ländern dieser Erde demonstrierten Dialogfähigkeit jenseits von „Ideologen und Dummköpfen" („FAZ"), plauderten über Wachstum, Umwelt und Weltwirtschaft — zu beschließen gab es ja auch nichts.

Denn die eigentlichen Beschlüsse und Abschlußkommuniqués der beiden Institutionen wurden bereits *vor* Beginn der offiziellen Tagung in exklusiven Zirkeln und Gremien abgesegnet, der Rest bestand aus netten Plauschereien.

Parallel zum Gegenkongreß trafen sich zunächst die Finanzminister und Notenbankchefs aus 24 Ländern der „3. Welt" — je 8 aus den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika — unter Vorsitz Brasiliens. Die auch „G-24" genannte Gruppe aus Regierungsvertretern der betreffenden Länder bekundeten ihre „Kooperationsbereitschaft" mit ihren Gläubigern. Wie sie sprach sich die „G-24"-Gruppe für „individuelle" Lösungen nach dem case-by-case-Prinzip aus, befürworteten „Debt-to-equity-swaps" (Schuldenumwandlungen in ausländische Direktinvestitionen), appellierten an „weichere" Kreditkonditionen und für längere Galgenfristen in Form weiterer Umschuldungen. Und sie forderten eine deutliche Erhöhung des Weltbank-Kapitals sowie eine Erhöhung der Sonderziehungsrechte beim „Fonds", um aus diesen Institutionen neues Kapital zu erhalten, das sie von den Privatbanken so gut wie nicht mehr bekommen.

Doch je kleiner die G-Zahl, desto größer die Macht. In der hermetisch abgeriegelten Villa Borsig traf sich zunächst die „G-5"-Gruppe, die Notenbankchefs und Finanzminister, die Herzen der Bestie aus den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und der BRD. Später gesellten sich gemäß der kapitalistischen Weltmarkthierarchie noch die Vertreter Italiens und Kanadas — nunmehr also „G-7" genannt — hinzu. Die G-7-Gläubiger befanden ihre bisherige Schuldenstrategie für „erfolgreich", sie habe die „erwünschten Resultate" gebracht — darunter 1 Million toter Kinder jährlich, wie die UN-Organisation UNICEF dem IWF vorrechnete.

Zur Lösung der Schuldenkrise seien nach wie vor „marktorientierte Lösungen" gefragt, „robustes Wachstum" in den eigenen Industrieländern und die starke Ausweitung des Welthandels — auf daß die imperialistische Expansion gedeihe. Bekräftigt wurde die bereits zuvor beschlossene Kapitalaufstockung bei der Weltbank um 75 auf 170 Mrd. US-—, abgelehnt dagegen die Verdoppelung der Quoten beim IWF (derzeitiges IWF-Kapital: 125 Mrd. US-—). Die Kapitalerhöhung bei der Weltbank trägt dem Umstand Rechnung, den Ländern der „3. Welt" in Form von auflagenbedingten „Strukturanpassungsdarlehen" frisches Kapital zur Ankurbelung des (exportorientierten) Wachstums zur Verfügung zu stellen, ohne — und das sagten die Gläubigerregierungen ihren Privatbanken deutlich — die privaten Kreditrisiken „auf den öffentlichen Sektor übertragen" zu wollen.

Vor allem die Vertreter der US-Regierung lehnten eine Quotenerhöhung beim IWF, auch aufgrund ihrer eigenen prekären Haushaltslage, kategorisch ab. Zum Ärger der Privatbanken, denn eine IWF-Quotenerhöhung hätte eine Belastung der öffentlichen Haushalte bei gleichzeitiger Entlastung des Bankenrisikos bedeutet. Denn das Ziel der Privatbanken ist es, ihr „gutes" Geld nicht dem „schlechten" hinterherzuwerfen und dieses Problem auf die öffentlichen Gläubiger (Staat) abzuwälzen.

Einen weiteren „Bonbon" bot der japanische Imperialismus an; die Entwicklungshilfe solle in den nächsten Jahren verdoppelt und im Zeitraum 1989 bis 1992 sollten ca. 30 Mrd. US- — zur „Stärkung der Wachstumskräfte" in diejenigen Länder gepumpt werden, die sich besonders IWF-konform verhalten. Die riesigen Zahlungsüberschüsse Japans machen diese „Großzügigkeit", auch schon als japanischer „Marshall-Plan" bezeichnet, möglich. Die Spendierhosen Japans basieren nicht auf Uneigennützigkeit; erstens werden auch für diese Kreditlinien Zinsen fällig, zweitens dienen diese Mittel dem derzeit größten Kapitalexporteur der Welt und der weiteren Expansion und Erschließung wirtschaftlicher und politischer „Märkte" in den verschuldeten Ländern der „3. Welt".

IWF-Präsident Camdessus mahnte überdies die Privatbanken, bei der Kreditvergabe nicht so pingelig zu sein, denn das internationale Kreditsystem müsse auch weiterhin durch die Kreditflüsse „geschmiert" werden, da eine Stockung die Krise des gesamten Finanzgeflechts heraufbeschwören würde. Allerdings seien Neukreditierungen so lange „nicht gerechtfertigt", solange „die kreditnehmenden Länder keine richtige Politik verfolgen" würden.

Die G-7-Beschlüsse wurden denn auch im wesentlichen vom Lenkungs-oder Interimsausschuß des IWF und der Weltbank, dem 22 Staaten (darunter die G-7) angehören, übernommen, der ebenfalls noch vor dem offiziellen Bankermeeting tagte. Die „bisherige Strategie hat Erfolge gebracht", müsse „fortgesetzt und um neue Modelle ergänzt werden", lautete das Kommuniqué der G-22.

Damit wurde das weitere Vor-sich-Herschieben der Schuldenkrise beschlossen; auch, daß der Schuldenberg noch größer werden wird: kurzfristige Atempause für die Gläubiger bei langfristiger Zuspitzung der Probleme.

Westdeutscher Bankerkrach

Für weitaus größere Schlagzeilen als die erwarteten IWF/Weltbank-Ergebnisse sorgte die drohende Spaltung des westdeutschen Bankenkapitals. Da hatte sich doch der Chef der größten „Deutschen Bank" mit seinen Kollegen der „Dresdner" und Commerzbank in der Wolle, weil er öffentlich eine banale Feststellung hinausposaunte: Im „individuellen" Fall sei ein partieller Schuldennachlaß durchaus möglich, vielleicht sogar nötig, meinte Alfred Herrhausen.

Es kam zu einer Krisensitzung angesichts des entstandenen Risses durch die herrschende Klasse, auf der die Differenzen nicht beigelegt werden konnten, sondern sorgsam im Formelkompromiß verschwanden. Im Kern handelt es sich um einen Konflikt, der gar keiner ist: Herrhausen sagt nur das öffentlich, was alle Banker hinter vorgehaltener Hand nicht nur munkeln, sondern auch schon vielfach in allerdings bescheidenem Umfang praktizierten: Um partielle Schuldenerlasse kommt man nicht herum. Nur: Wer so etwas herumerzählt, schwächt die Verhandlungsposition der Gläubiger. Zweitens liegt der Unterschied zwischen Herrhausen und seinen Feinden schlicht im bestehenden objektiven Widerspruch kurz- und langfristiger Interessen. Während die einen aus kurzsichtigen Interessen auf voller Schuldenrückzahlung bestehen, obwohl sie selbst nicht daran glauben, hat Herrhausen eher die langfristigen Interessen im Blick.

Damit stimmt das Bild über die westdeutsche Bankenlandschaft auch wieder; Blick für langfristig gesicherte Profitinteressen — und die Kleinkrauter aus Commerz- und Dresdner Bank.

D./Westberlin

November 1938:

Ein Pogrom wird inszeniert

27. — 29. Oktober 1938: 17.000 in Deutschland lebende Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit werden aus ihren Wohnungen geholt, zu Sammelstellen getrieben und schließlich über die polnische Grenze gejagt.

3. November 1938: Der bei Verwandten in Paris lebende 17jährige polnische Jude Herschel Grynszpan erhält eine Postkarte von seiner Schwester Berta, die ihm die Abschiebung ihrer Familie aus Deutschland schildert.

7. November 1938: Herschel Grynszpan erscheint bei der deutschen Botschaft in Paris und verlangt, einen leitenden Beamten zu sprechen, um ein wichtiges Dokument zu übergeben. Er schießt den Legationssekretär Ernst von Rath nieder, der ihn empfängt, und wird dann festgehalten und der französischen Polizei übergeben.

9. November 1938, spätabends: Nachdem von Rath am Nachmittag in Paris gestorben ist, beginnt ein von der NSDAP und ihren Untergliederungen organisiertes Pogrom, das mit örtlichen Verschiebungen bis zum Vormittag des 10. November dauert und dann durch einen offiziellen Befehl abgebrochen wird. Mindestens 91 Juden werden im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Pogrom ermordet, Hunderte zusammengeschlagen und teilweise schwer verletzt, 7500 Geschäfte und 270 Synagogen zerstört. 30.000 Juden werden verhaftet und in KZs gebracht.



Zerstörte jüdische Geschäfte 1938

Ein Alleingang von Goebbels?

Es ist üblich geworden, Propagandaminister Goebbels als Initiator des Pogroms anzusehen. Die Parteiführung sei praktisch überrumpelt worden. SS-Führer Himmler soll das Pogrom dem „Machtstreben" und der „Hohlköpfigkeit" des Propagandaministers angelastet haben. Polizeichef Heydrich hat angeblich erst als einer der Letzten erfahren, daß ein Pogrom angeordnet war. Der für Wirtschaftsplanung und Innenpolitik zuständige Göring sei überrascht und empört gewesen. Der Münchner



Zerstörte jüdische Geschäfte 1938

Es ist üblich geworden, Propagandaminister Goebbels als Initiator des Pogroms anzusehen. Die Parteiführung sei praktisch überrumpelt worden. SS-Führer Himmler soll das Pogrom dem „Machtstreben" und der „Hohlköpfigkeit" des Propagandaministers angelastet haben. Polizeichef Heydrich hat angeblich erst als einer der Letzten erfahren, daß ein Pogrom angeordnet war. Der für Wirtschaftsplanung und Innenpolitik zuständige Göring sei überrascht und empört gewesen. Der Münchner Polizeipräsident von Eberstein behauptete als Zeuge im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß, daß die SS „diese ganze Aktion als ausgesprochen unanständig" empfunden habe. Ebenfalls in Nürnberg erzählte HJ-Führer von Schirach, er habe in einer Rede vor Jugendfunktionären das Pogrom als „Kulturschande" verurteilt. Sogar „Stürmer"-Herausgeber Streicher, der wildeste aller Antisemiten, soll sich ablehnend geäußert haben. So könne man die Judenfrage doch nicht lösen, habe er gesagt.

Andererseits soll aber selbst Goebbels über das Ausmaß des Pogroms „entsetzt" gewesen sein und soll Streicher samt den „Idioten von München" dafür verantwortlich gemacht haben. Rekonstruieren wir zur Beantwortung der Frage nach der Regie zunächst den Gang der Ereignisse.

Zwei Tage Abwarten

Goebbels hatte gleich am Tag des Attentats die gesamte Presse angewiesen, die Nachricht in großer Aufmachung zu bringen und in Kommentaren *„darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß."* Im Leitartikel des „Völkischen Beobachters" hieß es beispielsweise am 8. November: *„Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische' Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken...".*

Damit waren einige der nach dem 9. November offiziell verkündeten Maßnahmen schon angesprochen. Das kann Goebbels nicht eigenmächtig veranlaßt haben. Für die Presseanweisung, „schwerste Folgen für die Juden" definitiv anzukündigen, muß Goebbels zumindest die Zustimmung Hitlers gehabt haben. Daß darüber hinaus einzelne konkrete Maßnahmen erwähnt wurden, läßt vermuten, daß sie bereits beschlossen waren.

Indessen geschah im Widerspruch zu der radikalen Pressekampagne in der Praxis zunächst außer dem Verbot der jüdischen Zeitungen (8. November) überhaupt nichts. Es scheint, als hätte die NS-Führung die weitere Entwicklung des Falles von Rath abwarten wollen, oder um es präzise zu sagen: als hätte man auf seinen Tod gewartet. Dieses Zuwarten macht aber eigentlich erst dann rechten Sinn, wenn mit diesem Tod definitiv gerechnet wurde.

Hitler hatte noch in der Nacht des 7. November zwei deutsche Mediziner zur Teilnahme an der Behandlung nach Paris geschickt. Einer davon war Hitlers persönlicher Arzt Dr. Brandt, der später in Nürnberg als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde. Die beiden kamen frühmorgens am 8. November in Paris an. Nach ihrer ersten Visite bei dem angeschossenen Diplomaten bezeichneten sie dessen Zustand als ernst, drückten aber auch Hoffnung für den weiteren Verlauf aus. Am frühen Nachmittag des 8. November trat eine leichte Besserung ein, jedoch verschlechterte sich am Vormittag des 9. November der Zustand von Raths sichtlich. Kurz vor 12 Uhr mittags gab der behandelnde französische Chirurg die Hoffnung auf Rettung des Patienten auf. Gegen 15 Uhr fiel Rath ins Koma. Um 16.30 Uhr starb er. Aber es vergingen angeblich noch viereinhalb Stunden, bis diese Nachricht bei den NS-Führern ankam.

Goebbels-Theater

Am Abend des 9. November findet im Münchner Rathaus das traditionelle Festessen der „alten Kämpfer" zur Erinnerung an den nazistischen Putschversuch vom 9. November 1923 („Marsch auf die Feldherrnhalle") statt. Gegen 21 Uhr erscheint an Hitlers Tisch ein Bote. Hitler wirkt bestürzt. Augenzeugen beobachten ein „intensives" und „sehr eindringliches", aber leises Gespräch zwischen Hitler und Goebbels. Danach verläßt Hitler vorzeitig die Veranstaltung, ohne seine übliche Rede zu halten und ohne daß zunächst eine Erklärung erfolgt. Erst gegen 22 Uhr gibt Goebbels den Versammelten den Tod von Raths bekannt und hält eine aufhetzende Rede: Es sei in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt bereits im Laufe des Tages zu „Kundgebungen" gekommen, bei denen jüdische Geschäfte zerstört und Synagogen abgebrannt wurden. Hitler habe angeordnet, daß derartige Aktionen von der NSDAP weder vorzubereiten noch zu organisieren seien; soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.

Dies sei „wohl", heißt es später in einem Untersuchungsbericht des NSDAP-Parteigerichts, von „sämtlichen" anwesenden Funktionären *„so verstanden worden, daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstration in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte."* Ein großer Teil der Funktionäre habe das daraufhin sofort telefonisch als Befehl an die untergeordneten Dienststellen weitergegeben.

Der ganze Vorgang sollte offensichtlich so wirken, als wäre das Pogrom angesichts der Todesnachricht spontan improvisiert worden.

Wenn es aber zutrifft, daß über konkrete antijüdische Maßnahmen schon vorher gesprochen und mindestens teilweise entschieden worden war und daß nur noch der Tod des Diplomaten als Signal abgewartet wurde, ist auch anzunehmen, daß Hitler sich ständig über den Zustand von Raths auf dem Laufenden halten ließ. Nicht zuletzt diesen Zweck hatte wohl auch die Entsendung seines persönlichen Arztes nach Paris. Die abendliche Szene im Rathaus wäre demnach nur eine typische Goebbels-Inszenierung gewesen, um die Planmäßigkeit und Organisiertheit des Pogroms zu kaschieren.

Himmler wird eingeschaltet

Was macht Hitler, nachdem er das Festessen so demonstrativ verlassen und sich damit der direkten Verantwortung für den weiteren Verlauf des Abends scheinbar entzogen hat? Er läßt sich, begleitet vom Münchner Polizeipräsidenten von Eberstein, in seine Wohnung fahren. Dort trifft er sich mit dem Reichsführer SS, Himmler. Um 23.55 Uhr teilt der Gestapo-Chef Heinrich Müller durch Fernschreiben allen Dienststellen mit, daß „in kürzester Frist" in ganz Deutschland antijüdische Aktionen stattfinden würden. Diese dürften von der Polizei nicht gestört werden, jedoch sollten „Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen" unterbunden werden. In Synagogen befindliches Archivmaterial sei „durch sofortige Maßnahmen sicherzustellen". Die Festnahme von 20-30.000 Juden sei vorzubereiten. „Nähere Anordnungen" würden im Laufe der Nacht folgen.

Dieses Fernschreiben kann unmöglich von Goebbels eigenmächtig veranlaßt worden sein, es muß von Hitler und Himmler ausgegangen sein. Die Anweisung zu Massenverhaftungen zeigt darüber hinaus, daß der Polizei nicht nur eine tolerierende, sondern eine höchst aktive Rolle bei dem Pogrom zugedacht war.

Um Mitternacht findet, auch dies ein traditioneller Vorgang am 9. November, auf dem Odeonsplatz eine Vereidigung von Rekruten der Waffen-SS statt. Himmler und Hitler sind anwesend. Gegen 1 Uhr morgens am 10. November trifft Himmler sich in seinem Hotel mit dem Chef der Sicherheitspolizei, Heydrich, und danach mit den anläßlich der Feierlichkeiten in München anwesenden höheren SS-Führern. .

Um 1.20 Uhr geht ein Fernschreiben Heydrichs an alle Dienststellen der Staatspolizei und an alle Abschnitte des SD (Sicherheitsdienst der SS) ab, das sich im Wesentlichen mit dem Befehl Müllers von 23.55 Uhr deckt, aber zusätzliche Konkretisierungen enthält. Die Staatspolizeistellen werden aufgefordert, sofort Verbindung mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen aufzunehmen und Absprachen über die Durchführung der „Demonstrationen" zu treffen. Das Verbot von Plünderungen wird wiederholt; Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeiten sollen nicht belästigt werden; „historisch wertvolles" Archivmaterial aus Synagogen und Gemeinderäumen soll beschlagnahmt werden. Es sollen, sobald ausreichend Polizeikräfte verfügbar sind, in allen Bezirken soviele Juden festgenommen werden, wie in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Wegen der weiteren Unterbringung ist unverzüglich Kontakt mit den zuständigen Konzentrationslagern aufzunehmen.

Fortsetzung nächste Seite





Organisierte Goebbels allein die „spontane Volkswut"?



Pogrome 1938: Verhaftete Juden in Baden-Baden

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Bedeutung des 9. November

Daß von Rath gerade am 9. November, dem Jahrestag des Putschversuchs von 1923, starb, war aus Sicht der Regie ein sehr günstiger Umstand. An diesem Tag war ohnehin die gesamte Partei samt Unterorganisationen mobilisiert und befand sich in nostalgischer Erregung. Ein großer Teil der höheren Partei- und SS-Führer war in München versammelt und konnte somit leicht und schnell angesprochen werden. Nur in einem solchen Rahmen konnte durch ein paar Worte, ohne expliziten und eindeutigen Befehl, ein Pogrom in Gang gebracht werden. Es war im Grunde ein so phantastischer Rahmen, daß man an der Zufälligkeit des Datums zweifeln möchte.

Das Erstaunliche des Zufalls wird durch ein weiteres Moment noch gesteigert, das in den meisten Darstellungen des Novemberpogroms unbeachtet bleibt: der Todestag von Raths war nicht nur der 15. Jahrestag des Münchner Putschversuchs, sondern zugleich der 20. Jahrestag des 9. November 1918. Dieses Datum hat in der NS-Ideologie eine zentrale Bedeutung. Der 9. November 1918 war der Tag, an dem der Kaiser abdankte und die Weimarer Republik ausgerufen wurde. Aus konservativer und nazistischer Sicht stand dies Datum für den militärischen Zusammenbruch und für das parlamentarisch-demokratische System, das sie vom ersten Moment an bekämpft hatten. Für beides wurden neben der organisierten Arbeiterbewegung in erster Linie „die Juden" verantwortlich gemacht.

Aus dem 9. November 1918 leitete die NS-Führung in doppeltem Sinn die Legitimation und Notwendigkeit ihres Vernichtungsprogramms gegen die Juden her. Erstens im Sinn der Rache, wie es Hitler am 21. Januar 1939 beim Empfang des tschechoslowakischen Außenministers ausgesprochen haben soll: *„Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden."* — Zweitens im Sinn einer politisch-sozialen Vorbeugung im Krieg: um einen „zweiten November 1918" zu verhindern, sei es notwendig, die Juden als potentiell destabilisierendes, „zersetzendes" Element restlos zu beseitigen.

Wiederum nicht zufällig begannen die Nazis sofort nach dem Novemberpogrom, offen von der Vernichtung der Juden im kommenden Krieg zu sprechen.

Den Anfang machte Göring während ei-

Den Anfang machte Göring während einer Regierungskonferenz am 12. November 1938: *„Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß wir in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen."*

Am 24. November 1938 griff das SS-Organ „Das Schwarze Korps" diese Äußerung Görings auf und drohte, daß das Schicksal der Juden, die beim Ausbruch eines Krieges noch in Deutschland wären, die Vernichtung sein würde.

Unüberhörbar war schließlich Hitlers Ankündigung im Reichstag am 30. Januar 1939, dem sechsten Jahrestag seiner Ernennung zum Reichskanzler: *„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."*

In dieser Drohung war die Absicht ausgesprochen, die Juden in Deutschland und im deutschen Einflußbereich als Geiseln gegen ein Eingreifen der USA in den vom NS-Staat geplanten Eroberungskrieg zu behandeln. Hitler wiederholte diese Drohung während des Kriegs noch mehrmals öffentlich, erstmals am 30. Januar 1941, also wiederum am Jahrestag seiner „Machtergreifung". Hinter diesen Drohungen stand die nazistische Vorstellung, daß die Politik der USA durch das „Weltjudentum" entscheidend beeinflußt werde.

„So oder so zur Erledigung bringen"

In einem Rundschreiben des Auswärtigen Amtes an alle deutschen Missionen und Konsulate vom 25. Januar 1939 heißt es zusammenfassend: *„Es ist wohl kein Zufall, daß das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens* („Anschluß" Österreichs im März, Annexion der Sudetengebiete im Oktober) *die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938. Mehr vielleicht als die machtpolitische Gegnerschaft der ehemaligen Feindbundmächte des Weltkriegs hat das Vordringen jüdischen Einflusses und der zersetzenden jüdischen Geisteshaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur die Kraft und den Willen des deutschen Volkes zum Wiederaufstieg gelähmt. Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen einer Welt den Zusammenschluß des großdeutschen Reiches erzwang.*

Die Notwendigkeit für eine radikale Lösung der Judenfrage ergab sich aber auch als Konsequenz der außenpolitischen Entwicklung, die zu den im Altreich lebenden 500.000 Glaubensjuden weitere 200.000 in Österreich einbrachte."

Durch die Aktionen und Maßnahmen nach dem Tode von Raths sei der jüdische Einzelhandel praktisch schon verschwunden. *„Die Liquidierung der jüdischen Großhandels- und Fabrikationsbetriebe und des Haus- und Grundbesitzes in der Hand von Juden wird allmählich so weit gefördert, daß in absehbarer Zeit von jüdischem Besitz in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann...*

Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden."

Das Rundschreiben verweist auf den

Parallelismus zwischen Eroberungspoli-

Parallelismus zwischen Eroberungspolitik und Judenpolitik des NS-Staats. Nach Annexion der Sudetengebiete durch das Münchner Abkommen zwischen den europäischen Hauptmächten (29./30. September 1938) war Hitler entschlossen, den nächsten angesteuerten Konflikt, mit Polen, *militärisch* zu lösen. Somit war die erhebliche Verschärfung der antijüdischen Politik fast unmittelbar nach dem Münchner Abkommen innerhalb der nazistischen Vorstellungswelt ein nicht nur logischer, sondern geradezu zwangsläufiger Schritt. Auch in diesem Sinn kam das Attentat gegen von Rath zum richtigen Zeitpunkt.

Im Rückblick ist festzustellen, daß dem Pogrom durch vorangegangene Maßnahmen entscheidend vorgearbeitet worden war:

+ Die Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe (Juni 1938) war Voraussetzung für die Erstellung der Listen, nach denen am 9./10. November innerhalb kürzester Zeit planmäßig alle Geschäfte in jüdischem Besitz überfallen werden konnten.

+ Die Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen (April 1938) war eine wesentliche Hilfe für die „Arisierung der Wirtschaft" wie auch für das Eintreiben der den Juden nach dem Pogrom auferlegten „Kontribution" von einer Milliarde Mark.

+ Die schlagartige Inhaftierung von 1500 „vorbestraften" Juden und ihre Verschleppung in KZs im Juni 1938 und die Abschiebung von 17.000 polnischen Juden Ende Oktober 1938 wirkten strukturell und ideologisch als Vorbereitung der ebenso schlagartigen Verhaftung von 30.000 Juden am 9./10. November.

Mit dem Novemberpogrom war ein entscheidender Schritt zur „Endlösung" getan. Göring eröffnete die von ihm einberufene Besprechung am 12. November, die über die nächsten antijüdischen Maßnahmen beraten und beschließen sollte, mit der Mitteilung: *„Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellertreters des Führers Bormann im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist."* — Man beachte die Worte „so oder so", die zusammengenommen werden müssen mit der Drohung Görings am Schluß der gleichen Sitzung, im Kriegsfall *„eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen".*

Am 24. Januar 1939 — eine Woche vor der oben zitierten Vernichtungsdrohung Hitlers im Reichstag — erteilt Göring dem Polizeichef Heydrich den Auftrag, *„die Judenfrage... einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen".*

Am 31. Juli 1941 erweitert Göring diesen Auftrag: *„In Ergänzung der Ihnen bereits mit dem Erlaß vom 24.1.39 übertragenen Aufgabe... beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa...".* Heydrich solle ihm „in Bälde" einen Gesamtplan für die *„Endlösung der Judenfrage"* vorlegen.

Zu diesem Zeitpunkt haben in der Sowjetunion Mördertrupps aus SS und Polizei („Einsatzgruppen") damit begonnen, die von der Wehrmacht besetzten Gebiete durch Massenerschießungen „judenfrei" zu machen. Am 18. Oktober 1941 beginnt die Deportation und Ermordung der deutschen Juden.

Kt.



Abstammungsdokumente

Vom Boykott zum Pogrom

1. April 1933 Boykott-Demonstrationen der SA gegen alle Geschäfte in jüdischem Besitz. Die Aktion richtet sich auch gegen jüdische Ärzte, Rechtsanwälte und Professoren.

7. April 1933 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Entlassung aller „marxistischen" und jüdischen Beamten.

10. April 1933 Durch ein Reichsgesetz wird bestimmt, daß die Zulassung von Rechtsanwälten „nichtarischer Abstammung" bis zum 30. September des Jahres zurückgezogen werden kann.

25. April 1933 Einführung einer Quote für Juden an Schulen und Universitäten.

22. September 1933 Reichskulturkammergesetz. Ausschaltung der jüdischen Schriftsteller und Künstler.

4. Oktober 1933 Schriftleitergesetz. Ausschaltung der jüdischen Redakteure aus der „arischen" Presse.

21. Mai 1935 Wehrgesetz. „Arische Abstammung" ist Voraussetzung für den Wehrdienst.

15. September 1935 Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre; im November 1935 durch Verordnungen ergänzt. Die Juden verlieren die politischen Bürgerrechte. Eheschließungen zwischen Juden und „Ariern" werden verboten, ebenso der „außereheliche Verkehr" („Rassenschande").

26. April 1938 Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen über 5000 Mark.

14. Juni 1938 Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe.

15. Juni 1938 Alle „vorbestraften" Juden, einschließlich der wegen Verkehrsvergehen u.ä. Belangten — insgesamt etwa 1500 Menschen — werden verhaftet und in Konzentrationslager gebracht.

25. Juli 1938 Verordnung über die Streichung der Zulassung aller jüdischen Ärzte ab 30. September 1938. Danach können Juden nur noch (mit widerruflicher Genehmigung) als sogenannte Krankenbehandler für Juden tätig sein. Alle noch bestehenden Dienstverhältnisse und Mietverhältnisse mit jüdischen Ärzten können zum 30. September bzw. 31. Dezember 1938 gekündigt werden.

17. August 1938 Durchführungsgesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen: Juden, die nicht einen vom NS-Staat ausdrücklich als jüdisch anerkannten Vornamen tragen, müssen ab 1. Januar 1939 den zusätzlichen Vornamen „Israel" bzw. „Sarah" annehmen.

27. September 1938 Verordnung über die Streichung der Zulassung aller jüdischen Rechtsanwälte ab 30. November 1938. Nach diesem Datum dürfen sie nur noch „in Ausnahmefällen" als sogenannte Konsulten für jüdische Klienten tätig sein.

5. Oktober 1938 In die Reisepässe aller Juden wird ein „J" gestempelt.

28. — 29. Oktober 1938 Abschiebung von 17.000 Juden über die polnische Grenze.

9. — 10. November 1938 Pogromaktionen im ganzen Deutschen Reich und in der Freien Stadt Danzig.

12. November 1938 Eine Regierungskonferenz unter Vorsitz Görings berät und beschließt einen Katalog antijüdischer Maßnahmen. Die deutschen Juden müssen eine „Kontribution" von einer Milliarde Mark aufbringen und die von den Nazi-Banden angerichteten Schäden selbst bezahlen. Die „Arisierung der Wirtschaft" soll beschleunigt, die Auswanderung „auf jede Weise" forciert werden. Eine Fülle von Verordnungen schließt die Juden praktisch völlig vom öffentlichen Leben aus und reduziert sie auf jüdische Sondereinrichtungen.

3. Dezember 1938 Allen Juden werden die Führerscheine abgenommen.

17. Januar 1939 Verordnung über das Erlöschen der Zulassung von jüdischen Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern.

30. April 1939 Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden. Aufhebung des Kündigungs- und Räumungsschutzes. Die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in „Judenhäusern" wird vorbereitet.

„Spontaner Volkszorn"?

Noch in der Nacht zum 10. November hatte Goebbels eine einheitliche Sprachregelung für die Presse vorgegeben: „Die tiefe Empörung des deutschen Volkes über die gemeine jüdische Mordtat" habe sich in spontanen Aktionen Luft gemacht. „Aus der empörten Menge heraus" sei gegen jüdische Geschäfte und Gebäude „vorgegangen" worden. *„Tausende von Volksgenossen standen in den Straßen. Empörung und Genugtuung zugleich, daß die echt jüdische Provokation ihre gerechte Strafe fand, malte sich auf den Gesichtern",* heißt es in einem Zeitungsbericht aus Hamburg. — *„Überall sammelten sich zahlreiche Volksgenossen auf den Straßen, und überall gab es in Berlin nur eine Meinung. Endlich hört die Geduld gegen das Judenpack einmal auf",* wußte der „Völkische Beobachter" zu berichten. *„Das deutsche Volk ist ein antisemitisches Volk",* verkündete Goebbels am 12. November im „Völkischen Beobachter". *„Es hat weder Lust noch Vergnügen, sich weiterhin durch die parasitäre jüdische Rasse in seinen Rechten beschränken oder als Nation provozieren zu lassen."* Und wiederum Goebbels einen Tag später in einer Rede in Berlin: *„Die Judenfrage wird in kürzester Frist einer das deutsche Volksempfinden befriedigenden Lösung zugeführt! Das Volk will es so, und wir vollstrecken nur seinen Willen!"* Die Regierung befinde sich mit ihrer antijüdischen Politik *„in vollkommener und restloser Übereinstimmung mit dem deutschen Volk."*

Goebbels Intention war, dem *gesamten* Volk in den Augen der übrigen Welt nicht nur das Pogrom anzulasten, sondern es zugleich in eine Art Kollektivhaftung für die künftige „Lösung der Judenfrage" zu zwingen, die mehr und mehr zur „Endlösung" radikalisiert wurde. Viele Aufzeichnungen und Äusserungen von Goebbels beweisen jedoch, daß er an seine eigene Propagandathese, das *gesamte* deutsche Volk wisse nun — im Sinne der Nazi-Ideologie — *„bis zum letzten Mann, worum es in der Judenfrage geht"* (VB, 12.11. 1938), niemals geglaubt hat.

Daß das Pogrom von der NSDAP, SA und SS (zum Teil mit Unterstützung der HJ) organisiert wurde, daß es also keineswegs spontan aus der Bevölkerung heraus entstand, ist heute unumstritten. Eine andere Frage ist, in welchem Umfang das Pogrom in Teilen der Bevölkerung Zustimmung oder sogar aktive Unterstützung fand.

Eine breite, aber selbstverständlich politisch interessierte Quelle sind die Deutschland-Berichte der SPD aus dieser Zeit. Wir lesen dort beispielsweise: *„Die Bevölkerung selbst, sowohl Arbeiter als auch bürgerliche Kreise",* habe *„mit Mißbilligung und Abscheu"* reagiert. (Baden) *„Das Gros der Bevölkerung verabscheute sichtlich diese Barbarei."* (Homburg) Das Mitleid der Bevölkerung sei auf Seiten der Juden. (Saargebiet) *„Die brutalen Maßnahmen gegen die Juden haben große Entrüstung in der Bevölkerung ausgelöst. Man äußerte sich recht offen und viele Arier wurden deswegen verhaftet."* (Rheinland-Westfalen) *„Selbst führende Nazis haben ihre Unzufriedenheit offen zum Ausdruck gebracht, wahrscheinlich weil sie an der Stimmung des Volkes einfach nicht vorübergehen konnten."* (Köln) *„In der Bevölkerung werden die Vorfälle allgemein verurteilt."* (Südwestdeutschland) *„Alle unsere Informationen besagen, daß die breiten Bevölkerungsschichten an diesem Treiben der Nazis keinen Anteil hatten ... Im Gegenteil, es gibt viele Beispiele, daß die Bevölkerung gegen diese Methode Stellung nahm."* (Bayern) *„Der Protest der Berliner Bevölkerung gegen die Beraubungen und Brandstiftungen, gegen die Missetaten an jüdischen Männern, Frauen und Kindern jeden Alters war deutlich." „Es gibt nur wenige Menschen, die die Ausschreitungen zu entschuldigen versuchen. Im allgemeinen wird die Aktion gegen die Juden entschieden verurteilt."* (Schlesien)

Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden. Insbesondere in den Berichten aus Schlesien (aber auch beispielsweise aus Berlin) ist davon die Rede, daß massenhaft Kritiker des Pogroms verhaftet worden seien, angeblich „Hunderte" allein aus Gleiwitzer Betrieben. In Heydrichs Bericht vom 11. November ist jedoch nur von insgesamt „7 Ariern und 3 Ausländern" die Rede, die während des Pogroms „zur eigenen Sicherheit in Haft genommen" worden seien.

Das Interesse der SPD, Übereinstimmung der deutschen Bevölkerung mit der NS-Politik zu bestreiten, liegt auf der Hand. Die Darstellung der SPD wird aber im Kern auch durch eine Reihe von Äußerungen aus NS-Quellen gestützt. So sagte beispielsweise Streicher, Herausgeber des „Stürmer", im Kriegsverbrecherprozeß 1946, der *„Unwille gegen das, was in der Demonstration geschehen war",* habe sich *„selbst hier in Nürnberg geäußert, hinein bis in die Parteigenossenschaft".* In Leitartikeln und Kommentaren der Presse fühlte man sich genötigt, gegen „Judenfreunde" und gegen „Unverständnis" für die NS-Judenpolitik zu polemisieren. Eine Reihe von Polizeiberichten hebt hervor, daß die antijüdischen Maßnahmen des Staates auf breite Zustimmung gestoßen seien, während es gegen das Pogrom viel Widerspruch gegeben habe. Beispielhaft sei hier aus dem Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern und Oberpfalz zitiert:

„Die gegen das Judentum gerichteten gesetzlichen Maßnahmen fanden ... vollstes Verständnis. Umso weniger Verständnis brachte der Großteil der Bevölkerung für die Art der Durchführung der spontanen Aktion gegen die Juden auf; sie wurde vielmehr bis weit in Parteikreise hinein verurteilt. In der Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen sah man eine unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem deutschen Volksvermögen verloren gingen ... Auch die Befürchtung wurde laut, daß bei den Massen auf solche Weise der Trieb zum Zerstören wieder geweckt werden könnte. Außerdem ließen die Vorkommnisse unnötigerweise in Stadt und Land Mitleid mit den Juden aufkommen."

Tatsächlich stand für einen Großteil der Kritiker des Pogroms wohl der materielle Aspekt, die „sinnlose" Vernichtung von teils knappen, teils für die breiten Massen unbezahlbaren Waren, im Vordergrund. Auch in der vom berüchtigten Berliner „Volksmund" geprägten ironischen Bezeichnung *Reichskristallnacht,* die sich auf die Tausende zerschlagener Scheiben bezog, kommt dieser vordergründige Blick auf den materiellen Aspekt klar zum Ausdruck.

Internationale Arbeitskonferenz der Atomwaffenverzicht-Kampagne

Nicht die „Rüstungsspirale der Supermächte" steht auf der Tagesordnung, sondern die Politik des BRD-Imperialismus: Erstmals seit der Bewegung „Kampf dem Atomtod" will sich am 25.-27.11.88 eine Konferenz über Aktionsplanungen gegen die bundesdeutsche Atomwaffenpolitik verständigen. Der Konferenzaufruf „Denuklearisieren statt Modernisieren — Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" wendet sich gegen jegliche nukleare Komponente der Bundeswehr wie auch gegen die Beteiligung an der Atomaufrüstung Frankreichs und Großbritanniens. Betont wird die zivilitärische Verstrickung der hiesigen Atomenergiepolitik. Konferenzziel ist 1. die Beschlußfassung über ein „gemeinsames Aktionsprogramm für die Kampagne Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz", 2. die Verbreitung und der Austausch von Informationen „über die unfriedliche Atom(waffen)politik der BRD" und 3. die Begegnung von Anti-AKW-Bewegung und Friedensbewegung, bundesdeutscher und ausländischer Friedensbewegung sowie alter und „neuer" Anti-Atomtod-Bewegung.

Als Unterstützer der Atomwaffenverzicht-Kampagne werden auf der Aktionskonferenz u.a. Tony Benn von der britischen Labour-Partei sowie Sonja von der Gaast, ein führendes Mitglied der holländischen Sozialdemokratie, zu Wort kommen. Als Kritiker hat der ehemalige Juso-Chef Kasten Voigt seine Teilnahme zugesagt, um die SPD-Ablehnung des grundgesetzlichen A-Waffenverzichts auch gegenüber den aufmüpfigen Teilen der eigenen Partei zu begründen. Schließlich hat sich in den letzten Wochen der Unterstützerkreis der Kampagne in einem für das Ollenhauer-Haus höchst unliebsamen Maße ausgedehnt. Vorbei ist die Zeit, in der ein Egon Bahr noch glaubte, die Kampagne lässig als einen „Gag" abschütteln zu können. Nein — im neuen Stil und wohlwollenden Gestus suchen heute SPD-Größen wie Ehmke die Kampage zu ersticken. Im Folgenden ein Überblick.

ein Überblick.

Nicht uninteressant — auch für örtliche Aktionsbündnisse — ist die Liste der im Trägerkreis der Konferenz bzw. Kampagne versammelten Organisationen: Antimilitaristisches Untersuchungskollektiv (AMOK-Niederlande), Bundeskonferenz Betrieblicher Friedensinis, BUF, BBU, DFG-VK, DFU, Jungdemokraten, DKP, Grüne Partei, Grüne Bundestagsfraktion, Internationale Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW-Sektion BRD), KOFAZ, KB, Liberale Demokraten, MSB, Ohne Rüstung Leben, Republikanischer Anwältinnen-und Anwälteverein, Richter und Staatsanwälte für den Frieden, SDAJ, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen.

Innerhalb der Linken haben sich neben KB und DKP mittlerweile auch die VSP, Ernest Mandel, Karl Heinz Roth sowie VertreterInnen von KP und „Neuer Linken" Griechenlands, von KPI und Democrazia Proletaria, von KP, Pazifistisch-Sozialistischer Partei und Sozialist. Arbeiterpartei (IV.Intern.) der Niederlande sowie der KP Portugals hinter das Anliegen gestellt.

Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung sind die Unterstützer der Kampagne (BI Hanau, Karlsruhe, Schwandorf, Redaktion „atom", „radi-aktiv") nach wie vor eine Minderheit.

Von den christlichen Organisationen haben Pax Christi, Teile der „Solidarischen Kirche", Aktion Sühnezeichen und ESG eine Unterstützung beschlossen.

Von den berufsbezogenen Friedensgruppen haben die Bundeswehroffiziere des „Darmstädter Signal" nach wiederholter Debatte und gegen eine 30%-Minderheit beschlossen, der Kampagne beizutreten. Kontrovers verliefen die Diskussionen auch in der „Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden", die mittlerweile in einer Erklärung den Atomwaffenverzicht-Vorschlag begrüßt und seine Verwirklichung als „wohl eine der bedeutendsten Maßnahmen" bezeichnet hat, die die BRD zur Entspannung in Mitteleuropa beitragen könne. Insbesondere die AG „Proliferation" der Naturwissenschaftler (in der z.B. auch Kernphysiker aus Karlsruhe mitarbeiten) will dem Vernehmen nach diese Kampagne zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit machen.

Im sozialdemokratischen Spektrum ist insbesondere die Beteiligung der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen" von Bedeutung. Darüberhinaus haben neben einzelnen SPD-Abgeordneten (Catenhusen, Fuchs) bisher die Jusos, die „Gustav Heinemann-Initiative", der BUND, und — als bisher einziger — der SPD-Unterbezirk Münster die Kampagne begrüßt (allerdings auf dem jüngsten SPD-Parteitag in Münster nicht einmal erwähnt).

Isoliert haben sich die Friedensbewegungs-Funktionäre in der SPD-Parteizentrale, Wolf Biermann und Gerd Greune. Sondierungsversuche (u.a. mit Aktion Sühnezeichen) über einen alternativen, abgeschwächten Kampagnen-Aufruf sind bereits im Vorfeld der Tübinger Friedenskonferenz gescheitert. Als letzte große Friedensorganisation hat sich kürzlich auch die DFG-VK, der Greune vorsteht, hinter die Kampagne gestellt: Im Bundesvorstand seines eigenen Verbandes wurde Greune überstimmt. Diese sehr ungewöhnliche Unfähigkeit zur Flexibilität macht deutlich, daß diese Kampagne im

wöhnliche Unfähigkeit zur Flexibilität macht deutlich, daß diese Kampagne im

SPD-Hauptquartier eine Schmerzstelle angebohrt hat.

Ehmke: Anliegen gut — Kampagne schlecht

Das SPD-Dilemma ist offenkundig. Der eigene nukleare Geltungszwang wird in den Unionsparteien zunehmend offener zur Schau getragen (auch wenn die Öffentlichkeit sich vielfach weigert, es zur Kenntnis zu nehmen). Zwar wird im Beschluß des CDU-Parteitags von Mai 1988 die Reizvokabel „Europäische Atomstreitmacht" vermieden. Auch den zuständigen SPD-Stellen ist jedoch sonnenklar, daß nichts anderes gemeint ist, wenn — so die neue Beschlußlage — Frankreich und Großbritannien aufgefordert werden, ihre Atomwaffen in eine gemeinsame „Europäische Sicherheitsunion" einzubringen, über deren Einsatz früher oder später ein „Europäischer Verteidigungsrat" zu entscheiden habe.

Selbst heimliche SPD-Befürworter einer Europäischen Atomstreitmacht bzw. — wie E. Bahr — einer westeuropäischen nuklearen Planungsgruppe werden gegenüber der eigenen Klientel nicht darauf verzichten können, gegen diese Tendenzen Stellung zu beziehen, was den Stellenwert der Atomverzicht-Kampagne objektiv erhöht. Andererseits ist selbst die Mehrheit der SPD-„Linken" vor allem anderen daran interessiert, eine prinzipiellen Klärung dieser Frage zu vermeiden. Deshalb kommt für sie eine Unterstützung der Kampagne bisher nicht in Frage (zumal, wie in diesen Kreisen angemerkt wird, der Zeitpunkt verpaßt sei, um ihr noch argumentativ den SPD-Stempel aufdrücken zu können).

Was also tun? Die letzte Vorgabe für kommende Auseinandersetzungen lieferte im Sommer Horst Ehmke in einem auch als Pressemitteilung verbreiteten Interview des Infodienstes Wissenschaft und Frieden. Die Frage „Wie war das mit dem ‚Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz'? Halten Sie das für bloße Symbolik?" beantwortete er wie folgt:

„Nein. Ich hätte nichts dagegen, wenn das so wäre. Ich will keine deutschen Atomwaffen, auch keinen deutschen Finger an andrer Leute Atomwaffen ... Die Bundesrepublik als atom- biologie- und chemiewaffenfreies Land — das ist unsere Staatsräson. Was wird nun mit einem Antrag der von Ihnen erwähnten Art, wenn er ins Parlament kommt, passieren? Er wird im Bundestag und im Bundesrat nicht die notwendige Zweidrittel-Mehrheit finden, und dann wird man sagen: Na gut, wir sind ja gar nicht gebunden. Man erreicht also in einer Sache, die ich teile, etwas politisch Bedenkliches. Wir sollten in dieser Auseinandersetzung stärker den Schwerpunkt darauf legen, den Nichtverbreitungsvertrag zu verlängern und zu verbessern... Ich fürchte, es ist eine Aktion, die sieht gut aus, es läßt sich auch ein bißchen mit ihr mobilisieren, hinterher kommt dann, wenn der Antrag abgelehnt wurde, der psychologische count down. Zusammengefaßt: Die Intention ist richtig, aber in der Operation könnte es ein Bumerang werden."

Wörtlich genommen besagt diese Äußerung, daß die BRD ohne den GG-Verzicht nuklear „nicht gebunden" sei, was

zicht nuklear „nicht gebunden" sei, was

offenkundig unsinnig ist. Mensch könnte die Ehmke-Sorgen freilich auch so deuten, daß eine Abstimmungsniederlage im Bundestag der Öffentlichkeit nicht nur klarmacht, daß die Bundesregierung die nukleare Option offenhalten will (ein nützlicher Erkenntnisgewinn!), sondern daß sie zugleich hierfür eine öffentliche Akzeptanz herbeizaubert. Aber auch dies ist an den Haaren herbeigezogen. Nicht nur der Verlauf der NUKEM-Auseinandersetzung, sondern insbesondere außenpolitische Erwägungen sprechen dafür, daß die Unionsparteien aufgrund ihrer Ablehnung der GG-Forderung — übrigens wie Ehmke! — sich das Biedermann-Mäntelchen umhängen und eher einer Stärkung des Sperrvertrages das Wort reden werden. (Interessant ist am Rande, mit welcher Sicherheit Ehmke das — tatsächlich wahrscheinliche — Scheitern der GG-Ergänzung an der Zweidrittel-Hürde prognostiziert. Diese wäre überschritten, falls sich den MdBs von SPD, FDP und Grünen (zusammen 285) 61 Abgeordnete der 234 Mitglieder zählenden Union anschließen würden. Dies läßt zwei Schlüsse zu: Entweder Ehmke ist sich sicher, daß nicht einmal ein Viertel der Unionsfraktion auf die nukleare Option zu verzichten bereit ist, oder aber er rechnet mit weiteren Nein-Stimmen nicht zuletzt im Lager der SPD.)

Die neue „weiche" Zurückweisung der Atomwaffenverzicht-Kampagne dient allein dem Ziel, das grüne Anliegen im Bundestag gemeinsam mit der Union ablehnen zu können, ohne die entsprechenden politischen Schrammen davonzutragen. Doch auch in neuer Verpackung läßt sich das SPD-Dilemma nicht lösen, da es dazu beiträgt, über den A-Waffenverzicht ernsthaft zu debattieren. Und da haben nunmal die Grünen eindeutig die besseren Karten, auch der KB übrigens.

Aktionsplanung mit Schonprogramm

Es ist unschwer vorauszusehen, daß der Versuch, den Kelch an der SPD-Bundestagsfraktion vorübergehen zu lassen, auch die Debatte über die Aktionsplanungen bestimmen wird. So wird in einer offenherzigen Stellungnahme von Conni Kerth und Eva Segelken, zwei führenden Mitgliedern des SPD/DKP-orientierten „Hamburger Forum", zwar die A-Waffenverzicht-Forderung unterstützt, eine diesbezügliche parlamentarische Initiative jedoch als „z.Zt. ungeeignet" abgelehnt. Eine 2/3-Mehrheit sei *„z.Zt. völlig illusorisch. Unter den jetzigen Kräfteverhältnissen würde eine parlamentarische Initiative lediglich zu einem ‚Vorführen' von Kräften verkommen, die wir ... als Bündnispartner dringend benötigen und zum Teil schon haben. Dies gilt zumindest für Teile der SPD."* Grüß Gott, Herr Ehmke!

> **Klaus Traube: Die Geister werden sich scheiden**
>
> „Ich stehe ausgesprochen positiv zu der Kampagne. Das ist das, was man im Augenblick noch machen kann, um die Zukunft einigermaßen zu sichern, absolute Sicherung ist auch ein solches Grundgesetzverbot nicht. Gerade im Hinblick auf die WAA ist zu sagen, daß ja der Atomwaffensperrvertrag 1995 auslaufen wird, wenn die WAA in Betrieb gehen soll. Auch im Hinblick darauf ist die Atomwaffenverzichtkampagne zu befürworten. Gerade auch die politische Kampagne ist wichtig, da sich dabei auch die Geister scheiden werden — es wird klar, wer sich die Option auf eigene Atomwaffen offenhalten will — das halte ich für höchst interessant." (aus: Plärrer 8/88)

> Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemodratischer Juristen (ASJ) in der SPD faßte am 23./24.9.1988 den Beschluß: „Die ASJ beteiligt sich an der Kampagne ‚Atomwaffenwaffenverzicht ins Grundgesetz'. Sie beteilgt sich insbesondere an
> a) der Internationalen Aktionskonferenz ‚Denuklearisierung statt Modernisierung — Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz' vom 25. - 27.11.1988 im Schulzentrum Köln Weiden.
> b) dem Aufruf zu dieser Konferenz. Der persönliche Beitritt zum Trägerkreis bleibt unberührt."

Stattdessen wird empfohlen:
1. Öffentlichkeitsarbeit („Der Atomwaffensperrvertrag muß sozusagen in den Köpfen verankert werden"), 2. außerparlamentarische Aktionen z.B. gegen Wackersdorf oder die Atomachse Bonn-Paris, 3. Länderinitiativen zur Verlängerung und Verschärfung des Sperrvertrages.

Dieser Vorschlag ist im Kern der Antrag zur Einstellung der Atomverzicht-Kampagne, solange die SPD sie nicht von sich aus empfiehlt. Genau entgegengesetzt argumentiert ein u.a. von den Grünen getragener Aktionsvorschlag, der in zwei Richtungen zielt:

„Zum einen geht es darum, die 1990 absehbare Bundestagsentscheidung im Vorfeld zu politisieren und zur ‚Nagelprobe' zu entwickeln: Regierungsparteien und SPD sind maximal unter gesellschaftlichen Druck zu setzen. Zum anderen sollten massiert Standort-Aktivitäten gegen die einschlägigen Stätten der bundesdeutschen Atomwaffenentwicklung durchgeführt, Kontakte zu den dort Beschäftigten aufgenommen und für den ganzen Bereich der heimlichen Atomwaffen-Entwicklung die Forderung nach ‚Glasnost' popularisiert werden."

Zum ersten Punkt wird vorgeschlagen, den von den außerparlamentarischen Gruppen zu verabschiedenden Wortlaut der gewünschten GG-Ergänzung als Massenpetition zur Unterschrift vorzulegen, und rund um dieses Projekt eine Reihe von Aktionen zu initiieren. Dieses Vorgehen würde es „den anderen Parteien erheblich erschweren, mit irgendwelchen ausgeklüngelten Ersatzanträgen (z.B. Bestätigung des Atomwaffensperrvertrag-Beitritts etc.) politisch zu landen". Zum zweiten Punkt wird die Erstellung einer BRD-Lagekarte über die Standorte der BRD-Atomwaffenentwicklung vorgeschlagen. *„Diese Standorte könnten dann im Rahmen der Atomwaffenverzicht-Kampagne verstärkt zu Anlaufpunkten von Demonstrationen (z.B. Ostermärsche) und Blockadeaktionen/Menschenteppiche etc. gemacht werden."*

Eine erste Auseinandersetzung über die künftige Aktionsorientierung der Kampagne wird auf dem 4. Beratungstreffen der Kampagne am 30.10.88 (11.00 Uhr, Bonn, Kessenicher Hof) erfolgen. Noch wichtiger aber werden die Auseinandersetzungen auf der Konferenz selber sein. Hier wird sich zeigen und entscheiden, ob weiterhin — trotz der erreichten Bündnisbreite — ein unabhängiges Konzept der Konzentration auf die BRD-Ambitionen und ihre Urheber verfolgt werden kann oder das Anliegen sozialdemokratisch versandet. Das Ergebnis ist durchaus offen und hängt nicht zuletzt von den Mobilisierungsanstrengungen der Linken in den nächsten Wochen ab.

Mobilisierungsanstrengungen der Linken in den nächsten Wochen ab.

ms.

Zur Mobilisierung

Die Konferenz beginnt am Abend des 25.11. und dauert bis zum Mittag des 27.11.88. Veranstaltungsort ist das Kölner Schulzentrum Weiden. Konferenzprogramm und -aufruf sowie eine Erläuterung der wesentlichen Ziele der Kampage sind Inhalt eines 4-seitigen großformatigen Infoblattes zur Konferenzmobilisierung. *Kampagnen-Info* (Stückpreis 0,10) und *Konferenzplakate* können ab sofort über das Kampagnenbüro Reuterstr.44, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/222826 bezogen werden.

Der grüne Aktionsvorschlag und weitere Unterlagen sowie Einführungsbeiträge in die Konferenz-AGs finden sich in einem *Reader*, der für 10.-(inkl. Konferenzunkostenbeitrag) oder 5.- (ohne Konferenzbeitrag) im Kampagnenbüro bestellt werden kann.

Das Büro verschickt nach wie vor auf Wunsch den Anzeigenaufruf „Gegen die Selbstberuhigung". Dieser Text wird nunmehr definitiv am 7.11. als Anzeige (u.a. in der FR) veröffentlicht werden. Die Unterschriftensammlung unter die Anzeige wurde bis zum 29.10.88 verlängert. Sowohl der Anzeigen-Aufruf, als auch der Konferenz-Aufruf und das Konferenzprogramm können im Büro in englischer, französischer und holländischer Sprache bezogen werden.

Die grüne *Broschüre zur Kampagne* sowie eine französische Übersetzung derselben (in Kürze ebenfalls eine englische sowie holländische Übersetzung) sind erhältlich über H.Peters, Die Grünen, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1.





Foto: H. Wojahn

Foto: H. Wojahn

Gegen NATO und Aufrüstung

Aktionen zur Nato-Parlamentarierversammlung in Hamburg

Vom 13.-18. November findet in Hamburg eine Sitzungswoche der „Nordatlantischen Versammlung" (NAV) statt; Parlamentarier aus den NATO-Ländern werden dafür gemäß der Fraktionsstärke der politischen Parteien bestimmt. Die Parlamentarierversammlung hat für die NATO eindeutig propagandistische Funktion. International bekannte Politiker halten dort in der Regel „vielbeachtete" Reden. Diesmal ist der Nachrüstungserfinder Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt mit dem Hauptthema der NAV dran: „Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis." (Freitag, 18.11. ab 9 Uhr im Hamburger Rathaus.)

Am 17.11. findet die „feierliche Eröffnung" mit Ansprachen von Kohl, Wörner und dem Hamburger Bürgermeister Voscherau statt. Erwartet werden auch Genscher und Galvin, der NATO-Oberbefehlshaber für Europa.

Daß die NATO-Parlamentarier in Hamburg tagen ist kein Zufall, es paßt vielmehr in die militärisch-politische Standortpolitik des Hamburger Senats. Alfons Pawelczyk, ehemals starker Mann in der Hamburger SPD, hatte sich im Auftrag des Senats ein Jahr lang darum bemüht, diese Versammlung nach Hamburg zu holen. Inzwischen hat der Senat sogar das Rathaus zur Verfügung gestellt; ursprünglich sollte die Propaganda-Show im Kongreßzentrum abgezogen werden. Während der Sitzungswoche läuft ansonsten im Rathaus gar nichts mehr — „Sicherheitszone".

Die SPD betreibt vorher noch eine Einstimmung. Ihre parteieigene Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet die „IX. Europäisch-Amerikanische Tagung über Fragen der Internationalen Sicherheit im Plenarsaal der Hamburger Bürgerschaft am 12.11.", einen Tag vor Beginn der NAV-Sitzungswoche. Eröffnen wird der Militärexperte Pawelczyk, reden wird zum Thema „Europäischer Pfeiler der NATO" der französische Kriegsminister Chevènement und Egon Bahr und zu „Stand und Perspektiven der Ost-West-Beziehungen" der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General Altenburg. Der SPD ist diese Pro-NATO-Veranstaltung immerhin so wichtig, daß auch der Parteivorsitzende Vogel eine Ansprache halten wird. Diese Tagung im Rathaus ist wirklich ein würdiger Auftakt für die anschließend dort stattfindende NAV-Versammlung.

Gegenkongreß (12./13. November)

Zum Teil zeitgleich mit der SPD-Veranstaltung wird am 12. und 13. November ein seit langem vorbereiteter Kongreß „Abrüstung Alternativen zur Politik der NATO" stattfinden. Der Trägerkreis umfaßt die Grünen und die GAL ebenso wie Jusos und SPD-Gliederungen, die DKP, Frieko und KB.

Die Vorbereitung des Kongresses gestaltet sich nicht einfach. Denn die Juso-/SPD-Vertreter machen Politik nach der Devise: „Die Zeit der Doppelstrategie ist vorbei." Die SPD-Linken verzichten jetzt darauf, gemeinsam mit Bündnispartnern Druck auf die SPD zur Veränderung der Positionen auszuüben, sondern verlangen vielmehr die Anerkennung der SPD als „Friedenspartei." Es geht ihnen nach dieser Logik offensichtlich weniger um die Inhalte als um die Teilnahme von „SPD-Vertretern." So nimmt es auch kein Wunder, daß auf dem Eröffnungsplenum des Kongresses von SPD-Seite ein Herr Kolbow sprechen sollte, der stellvertretender Vorsitzender des „Verteidigungsausschusses" im Bündnis und NATO-Befürworter ist.

Die Sozialdemokratisierung der Friedensbewegung wird seitdem die SPD nicht mehr an der Regierung ist, munter vorangetrieben. Der Auftritt von Willy Brandt auf der Bonner Demo gegen die Nachrüstung, die Spekulationen zum Thema ob die SPD von der Nachrüstung abgerückt sei — das ist schon Schnee von gestern. Heute geht es schon um die SPD als „Friedenspartei." Und die Friedensbewegung macht der SPD ihr Geschäft leicht. Es gibt seit der Nachrüstungskampagne und dem Kriterium, ob jemand Nachrüstungsgegner ist oder nicht, keine zentralen Forderungen, an denen die SPD gemessen werden und an denen sich die Friedensbewgung zur SPD abgrenzen kann.

Leicht macht es der SPD vor allem die DKP, die sich neuerdings gerne mit progressiven Slogans schmückt („Die Gedanken sind los"), dabei aber stur den sozialdemokratischen Zeitzeichen folgt. „SPD bekräftigt (!!) ihre Rolle als ‚Friedenspartei'„ titelte die „UZ" nach dem SPD-Parteitag in Münster (Hervorhebung AK) — und die Funktionäre der DKP agieren im Kongreß-Trägerkreis genau auf dieser Linie. Sie vollzogen den Schulterschluß mit der SPD und ihrem Herrn Kolbow.

Demonstration am 17.11.

Am Tag der „feierlichen Eröffnung" der Nordatlantischen Versammlung, am Donnerstag den 17.11., soll eine große Demo auf die Beine gebracht werden. Die Vorbereitung läuft ebenfalls über ein breites Bündnis. Und auch hier gab es schon genügend Zoff. Denn für Jusos, Teile der SPD und DKP ist die NAV wieder einmal Anlaß für eine große Friedensbewegungsversammlung (so wie der Ostermarsch) unter Einschluß von Funktionsträgern der SPD;reden soll u.a. Traute Müller, Landesvorsitzende der Hamburger SPD. Taktische Vorteile, heißt es, würde uns diese Haltung bringen; dadurch würden wir auf den Rathausmarkt kommen, wo die Abschlußkundgebung stattfinden soll... Inzwischen heißt es sogar, daß die Demo gar nicht gegen die NATO-Parlamentarierversammlung gerichtet sei, sondern gegen den aktuellen Aufrüstungskurs der NATO.

Andere Kräfte im Bündnis, zu denen auch wir gehören, sehen in der NAV einen wichtigen Grund, um nach langer Zeit der Abstinenz einen massenhaften Protest zu organisieren und wenden sich gegen das Stattfinden der Tagung. Um der radikalen NATO-Kritik Ausdruck zu verleihen, soll innerhalb der Demo ein ANTI-NATO-BLOCK organisiert werden. Zur Zeit ist dieser Kreis noch recht klein. Da sitzen GAL, Frieko, KB, Graswurzelrevolution und LAK Frieden der Grünen Schleswig-Holstein beisammen. Dabei sind die Anti-NATO-Kräfte in Hamburg erfahrungsgemäß zahlenmäßig nicht gerade gering. Jedenfalls nicht so klein, daß die Demo am 17.11. den Charakter einer Friedensversammlung haben müßte.

ha.

Kalender

Frei, frech und feministisch ...

Unter diesem Motto findet am 22./23. Oktober in Köln der **„1. Mädchen und junge Frauen-Kongreß grün-autonom-bunt-alternativer Jugendgruppen"** statt.
Information: Anja Krüger, Grüne KV Köln, Rudolfplatz 4, 5000 Köln

Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien

Nach der ersten Aktionskonferenz von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien im April in Bonn sollen nun auf einem weiteren Kongreß in Frankfurt neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen die Ausweitung von Gegenstrukturen sowie die Verbreiterung des Frauenwiderstands diskutiert werden.
2. Bundesweiter Kongreß, 28. bis 30. Oktober, Universität Frankfurt
Information: Feministisches Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt a.M., Tel. (069) 701218 (Di 13-16 Uhr), oder Genarchiv Essen, Führichstr. 15, 4300 Essen 1

Sozialismus in der Sowjetunion

Ein Symposium über **„Perspektiven und geschichtliche Voraussetzungen der Politik Michail Gorbatschows"** findet am 29. Oktober in Tübingen statt. Es referieren und diskutieren u.a. Wolfgang Leonhardt, Leo Kofler, Robert Steigerwald, Juri Judanow und Peter Fedossow.
Information: Deutsch-Sowjetische Gesellschaft in Baden-Württemberg, Remsgartenstr. 21, 7050 Waiblingen, Tel. (071561) 34905

Grüner Antisemitismuskongreß

Vom 4.-6. November veranstalten die Grünen in der Frankfurter Universität einen Antisemitismuskongreß.
Nach dem Einführungsvortrag von Dietrich Wetzel (MdB Die Grünen) und dem Grußwort von Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland steht eine „Kritische Befragung von VertreterInnen der Bundestagsparteien" auf dem Programm. Am 5. und 6. November tagen Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Teilbereichen des Kongreßthemas.
Information: Gitta Mohrdieck, Oberweg 29, 6000 Frankfurt 1

Atommüllkonferenz

Die Bundeskonferenz der Atom-Standortinitiativen und der Nach-Tschernobyl-Intitiaven wird vom 4.-6. November in Nürnberg durchgeführt.
Kontakt und Anmeldung: KUNO, Wurzelbauerstr. 35, 8500 Nürnberg 11, Tel. 0911/58 10 11, Mo./Mi.

Peter-Weiss-Kongreß

Vom 4.-13.11.88 veranstaltet Gemeinsam Lernen e.V., auch bekannt als Träger der Volksuni, in Hamburg Peter-Weiss-Tage und vom 10.-13.11.88 ein Internationales Literaturwissenschaftliches Kolloquium: „Ästhetik — Revolte — Widerstand im Werk von Peter Weiss".

Im Rahmen von drei Podiumsdiskussionen soll das Werk von Peter Weiss in die politischen und geistigen Auseinandersetzungen der Gegenwart gerückt werden.

● „Ende der Avantgarde? — ‚Ästhetik des Widerstands' und/oder Ästhetik des Vergessens?", mit Dr. Karl-Heinz Götze (Frankfurt), Prof. Norbert Krenzlin (Berlin, DDR), Prof. Hans-Joa-

und geistigen Auseinandersetzungen der Gegenwart gerückt werden.
● „Ende der Avantgarde? — ‚Ästhetik des Widerstands' und/oder Ästhetik des Vergessens?", mit Dr. Karl-Heinz Götze (Frankfurt), Prof. Norbert Krenzlin (Berlin, DDR), Prof. Hans-Joa-chim Lenger (Hamburg), Prof. Thomas Metscher (Bremen), Dr. Genia Schulz (Gießen), Prof. Sigrid Weigel (Hamburg) u.a. am 8.11.88 um 20 Uhr.

● „‚Die Ästhetik des Widerstands' und der Streit um die Deutsche Geschichte", mit Prof. W.F. Haug (Berlin/West), Knut Nevermann (Hamburg) und Dr. Alfons Söllner (Hamburg) u.a. am 10.11.88 um 20 Uhr.

● „Engagement des Schriftstellers und Internationalismus bei Peter Weiss", mit Dr. Rüdiger Sareika (Iserlohn), Claudio Lange (Berlin/West) u.a.

In den Kolloquiumsblöcken wird es u.a. um „Den Maler Peter Weiss", „Den Spanischen Bürgerkrieg in der ‚Ästhetik des Widerstands'", „Kunstaneignung in der ‚Ästhetik des Widerstands'", „Brecht und Weiss", „Frauen in der ‚Ästhetik des Widerstands'" sowie um die „Peter-Weiss-Rezeption in den sozialistischen Ländern" gehen.
Ausführliches Programm anfordern und anmelden bei:
Gemeinsam Lernen e.V., Rentzelstr. 1, 2000 Hamburg 13,
Tel.: 040/452923 & 459088

Kein Frieden mit der NATO

Zu Beginn der NATO-Parlamentstagung wird am 12./13. November auf dem Universitätsgelände Hamburg ein **Gegenkongreß „Abrüstung — Alternativen zur Politik der NATO"** mit TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland durchgeführt.
Information: Kongreßbüro, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. (040) 432818 (13-16 Uhr)
Für den 17. November ruft ein breites Bündnis zu einer **Demonstration** gegen die NATO-Propagandaschau auf.
Information: u.a. über Hamburger Friedenskoordination, Postfach 201413, 2000 Hamburg 20.

Rüstungsexportstopp und Asyl für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten

In Eschborn ist der Sitz des Bundesamtes für Wirtschaft, das im Auftrag der Bundesregierung bei allen Exporten die Einhaltung des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes zu prüfen hat. Durch seine Genehmigungspraxis ist es dafür verantwortlich, daß viele Rüstungsexporte als „zivile Lieferungen" deklariert und für den Export freigegeben werden. — Einen Kilometer entfernt von diesem Bundesamt liegt das Asylanten-Sammellager Schwalbach. Hier werden Asylanten aus Kriegsgebieten, die in Hessen angekommen sind, untergebracht. Die Bundesregierung versucht durch massive Abschreckung, sich diese Opfer von Kriegen und Unterdrückung, zu denen sie selbst beiträgt, vom Hals zu schaffen.
Am 12. November findet in **Eschborn und Schwalbach** ab 11 Uhr eine Demonstration unter dem Motto **„Stopp aller Rüstungsexporte — Asyl für alle Flüchtlinge aus Kriegsgebieten — Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile, sozial nützliche Produktion"** statt.
Information: Büro der Kampagne gegen Rüstungsexport, Limburger Str. 23, 6270 Idstein

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz

Die **internationale Aktionskonferenz „Denuklearisieren statt modernisieren — Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz"** findet vom 25.-27. November im Schulzentrum Köln-Weiden, Ostlandstraße 39, 5000 Köln 40, Tel. 0228/22 28 26, statt. (Aufruf und Programm in diesem AK)
Information: Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

Malaysia und Singapur

Die Südostasien-Informationsstelle wird vom 25.-27. November in Düsseldorf ein **Wochenendseminar über Malaysia und Singapur"** durchführen. Auf dem Programm stehen u.a. grundlegende Informationen per Video und Vortrag über die beiden Länder, über ihre Beziehungen zur BRD und über dortige Menschenrechtsaktivitäten.
Information: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum, Tel. (0234) 502748

Rheinhausen: Hält der Deckel auf dem Topf?

Neuer Stahlboom fördert Kritik an Stillegungsplänen

Düsseldorf, 3. Mai 1988. Die Vorstände von Krupp und Mannesmann sowie die Vertreter des Rheinhausener Betriebsrates paraphieren den unter Raus Vermittlung ausgehandelten Stillegungsplan.
4. Mai: Die Herrschenden atmen auf. Schlagzeile der „FAZ": *„Einigung über Rheinhausen nach 160 Tagen — Erleichterung in Bonn"*.
28. Mai: Die „FAZ" titelt: *„Mit Stahl wird wieder kräftig Geld verdient"*.
Oktober '88: In Rheinhausen sind die Produktionskapazitäten bis an die Grenze ausgelastet. Der Betriebsrat genehmigt 25.000 Überstunden. Die Stimmung in der Belegschaft wird wieder gereizter. Es herrscht Unsicherheit über die Übernahmemodalitäten in die neue Hütte. In der Belegschaft werden Stimmen laut, die den Stillegungsbeschluß offensiv in Frage stellen.

Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch das rasante Ansteigen der Auftragseingänge nicht nur bei Krupp. Die bundesdeutsche Stahlindustrie verzeichnete in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine Auftragssteigerung von 17,4 Prozent (FAZ 2.9.). Während sich die Vertreter der Stahlkonzerne überrascht geben, ist aus den Betrieben zu hören, daß mensch

in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine Auftragssteigerung von 17,4 Prozent (FAZ 2.9.). Während sich die Vertreter der Stahlkonzerne überrascht geben, ist aus den Betrieben zu hören, daß mensch

mit solch einer Entwicklung seit langem gerechnet habe. Der Betriebsrat der Hattinger Henrichshütte meint, daß *„diese Entwicklung ... schon 1987 absehbar* (war). *Und wir haben das während unseres Kampfes gegen die Teilstillegung deutlich gesagt"* („metall" 19.8.).

Parallel zur verstärkten Nachfrage steigen auch die Stahlpreise. *„Für Warmbreitband-Stahl zahlen Abnehmer außerhalb der EG mehr als selbst im Rekordjahr 1974. Bei Betonstahl ... stieg der Preis von 330 Mark auf über 500 Mark je Tonne"* („Spiegel" 26.9.). Steigende Nachfrage, steigende Preise, da kann kräftig abgesahnt werden. *„Thyssen ... dürfte 1988 nach internen Schätzungen beim Stahl rund eine halbe Milliarde Mark an Gewinnen einfahren. Die Bochumer Krupp Stahl AG bringt es auf einen dreistelligen Millionen-Gewinn"* berichtet „Der Spiegel". Kein Wunder, daß auch die Aktienkurse in die Höhe schnellen. Thyssen-Aktien stiegen seit Anfang des Jahres um über 40 Prozent, die von Hoesch und Mannesmann um über 60 Prozent.

Die Höchstprofite der Stahlkapitalisten basieren jedoch nicht nur auf steigender Nachfrage und Preisen. Auch die Produktivität nimmt immer beängstigendere Formen an. Das für 1988 erwartete Ergebnis von 40 Mio. Jahrestonnen wurde 1985 noch mit 150.000 Beschäftigten produziert, in diesem Jahr sind es nur noch 130.000 ArbeiterInnen, von denen man diese Leistung erwartet.

Die satten Gewinne der Stahlkapitalisten lassen sich, angesichts dieser Fakten, kaum verbergen. Und damit in den Belegschaften kein Übermut aufkommt (schon ist von Nachschlagforderungen und der Streckung von Stillegungsplänen die Rede) legt man wohlweislich die Stirn in Falten und weist auf das baldige Ende des Konjunkturaufschwungs hin. Rheinhausen-Abwracker Cromme erklärt frech, die Gewinne würden zur „Abtragung der Verluste" und dem „Auffüllen der Pensionskassen" benötigt. Thyssen will zwar die Aufwandsentschädigung der Betriebsräte erhöhen, die Einmalforderung von 500 DM lehnen die Herren Vorstände jedoch rundweg ab.

Überstunden wie noch nie

Die „Neuordnung der Stahlindustrie" (sprich Modernisierung, Effektivierung, Konzentration auf wenige Standorte) wird durch den Stahlboom nicht aufgehalten werden. Der derzeit laufende Abbau von rund 40.000 Arbeitsplätzen — so eine Studie der Westdeutschen Landesbank — bis Ende der achtziger Jahre, sei keineswegs der Schlußpunkt. Thyssen-Vorstandschef Kriwet erklärt zwar, die Hüttenkonzerne seien aktuell *„an die Grenze der personellen Möglichkeiten gestoßen"* („Spiegel" 26.9.) und die *„sehr positive Situation"* werde wohl noch bis weit ins nächste Jahr hinein anhalten (Vgl. „metall", 19.8), von den „Strukturanpassungen" wollen die Kapitalisten jedoch keinen Abstand nehmen. Höchstens eine Verzögerung des bis Ende 1989 geplanten Arbeitsplatzabbaus wird für möglich gehalten. „Produktionsspitzen", so der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, müßten auch weiterhin mit „Mehrarbeit" (Überstunden und Einsatz von Fremdfirmen) abgedeckt werden, da es für neueingestellte Arbeitnehmer unzumutbar sei, wenn sie bereits nach einem halben Jahr wieder entlassen würden (vgl. FAZ 17.9).

Da die Kapitalseite schon immer mitfühlend war, drängt man also lieber die Betriebsräte zu Überstunden. Diese ziehen leider meist mit. So wurden von Juli bis September dieses Jahres, nach Berechnungen der IG Metall, zwei Millionen Überstunden in der Stahlindustrie geleistet. Bei normaler Arbeitszeit entsprechen diese Überstunden 4.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen (vgl. Spiegel 26.9.).

Bei Krupp-Rheinhausen ist die Situation, trotz geplanter Schließung, nicht viel anders als in anderen Stahlbuden. Im August erreichte man mit einer Monatsproduktion von 300.000 Tonnen sogar die Höchstproduktion seit 1985.

Der Betriebsrat vermutet, daß die Vollauslastung bis mindestens Ende 1989 anhalten wird. „Der Spiegel" berichtet, daß Mannesmann-Huckingen und Krupp-Rheinhausen schon jetzt *„Aufträge von zusammen mehr als sechs Millionen Tonnen in den Computern"* haben. Für die geplante Gemeinschaftshütte (Mannesmann-Huckingen und Krupp-Rheinhausen sollen ab 1. Juli 1989 zum Hüttenwerk Krupp-Mannesmann — HKM — werden) sei aber „nur" eine Jahresproduktion von 4 Millionen Tonnen vorgesehen.

zum Hüttenwerk Krupp-Mannesmann — HKM — werden) sei aber „nur" eine Jahresproduktion von 4 Millionen Tonnen vorgesehen.

Mit der Umsetzung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 36,5 Stunden, ab 1. November 1988, wird sich die Überlastung der KollegInnen von Krupp-Rheinhausen weiter zuspitzen, wenn nicht etwas geschieht !

Der Betriebsratsvorsitzende Bruckschen hatte, angesichts der neuen Lage, großspurig erklärt::*„Der Schließungsbeschluß für Rheinhausen muß sofort vom Tisch!"* (metall 19.8.). Wie das genau zu verstehen sei, hatte er schon vorher in einem „uz"-Interview erläutert. Er sei *„ein wenig vorsichtig, Mehrarbeit abzulehnen. Wir wollen einige gute Karten in der Hand haben"* (uz, 29.6.).

Zur Zeit sitzen die Betriebsratsspitzen von Mannesmann und Rheinhausen an einem Forderungskatalog, dessen Kern darin besteht, die Verhandlungen über die Weiterführung des letzten Hochofens in Rheinhausen sofort zu beginnen. (Ein Ergebnis der Rau-Vermittlung im Mai war, daß Mitte 1990 erneut darüber verhandelt werden soll, ob der 1-Hochofen-Betrieb Ende 1990 dichtgemacht wird oder nicht). Weitere Punkte im Forderungskatalog des Betriebsrates sind Anstellungsverträge für Auszubildende sowie die Forderung nach einer *„bestimmte*(n) *Anzahl von Neueinstellungen"* (NRZ, 13.10.).

Ob es der Rheinhausener Betriebsratsspitze mit den Neueinstellungen allerdings wirklich ernst ist, muß sich erst noch erweisen. Denn es ist erst einige Wochen her, daß Bruckschen gegenüber der „Neue Ruhr Zeitung" erklärte, man könne in der jetzigen Situation keine neuen Kollegen einstellen, da man nicht wüßte, was man denen sagen soll, *„wenn der Tag X gekommen ist"* (NRZ, 10.9.).

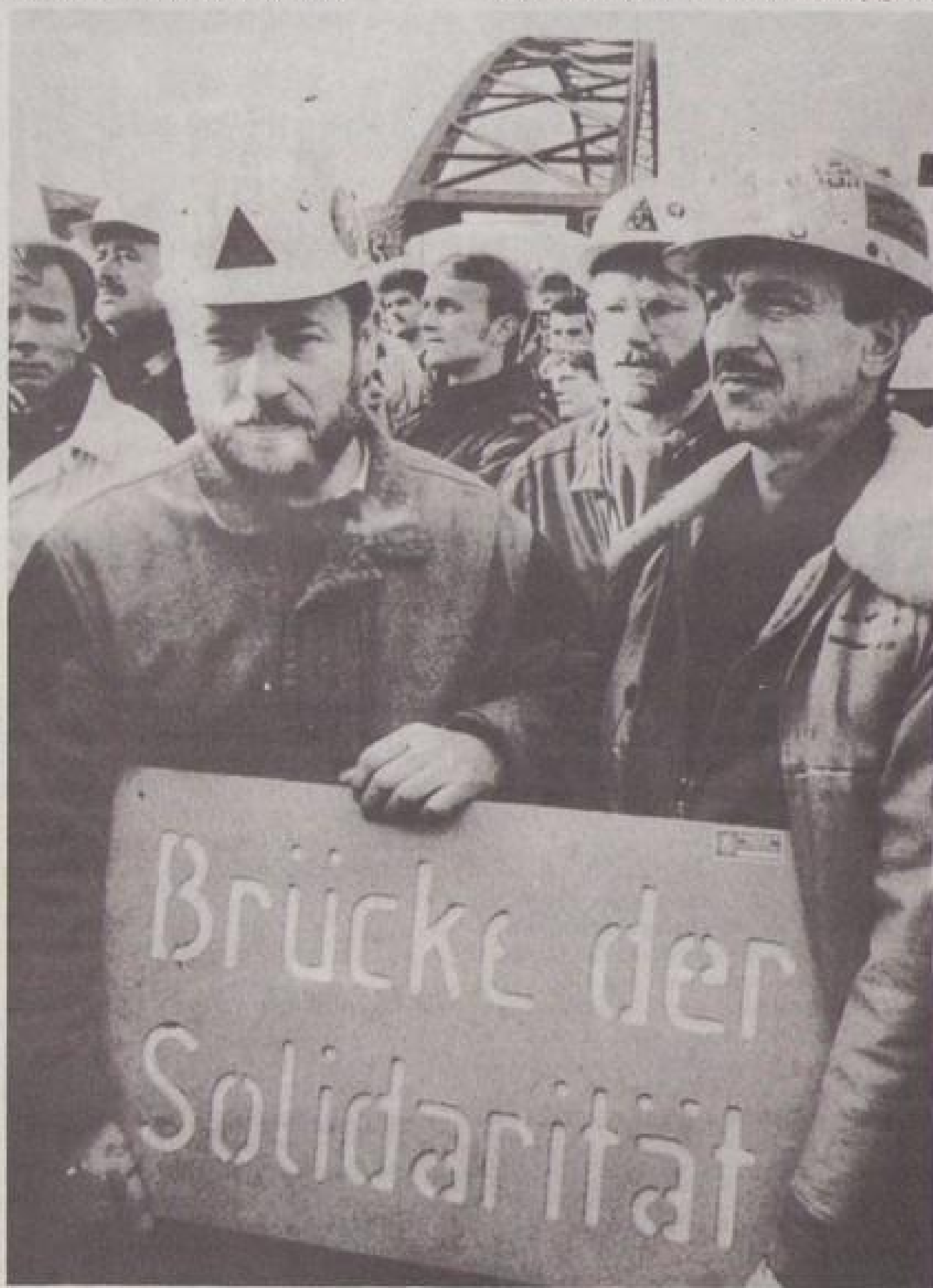
Bisher schien der Stahlboom für Bruckschen weniger ein Druckmittel als ein Problem zu sein, welches den Schließungsplan für Rheinhausen „komplizierter" macht. So erklärte er gegenüber der „NRZ", daß die derzeit gute Auftragslage dann „Komplikationen" bereiten könne, wenn, wie geplant, im Oktober die ersten 140 Stahlarbeiter zu Thyssen wechseln (insgesamt 300 bis Ende März 1989). Im ersten Halbjahr 1989 sollen dann weitere 700 den Rhein Richtung Mannesmann überqueren. Die Zahl der Überstunden würde dann, so erklärte Bruckschen, möglicherweise noch ansteigen, um die Aufträge zu bewältigen (vgl. „NRZ", 10.9.).

Der Betriebsrat in Rheinhausen kommt möglicherweise bald tatsächlich in eine komplizierte Situation, und selbst bürgerliche Berichterstatter halten es für möglich, daß sich in Rheinhausen wieder etwas „zusammenbraut". Neben die Verunsicherung und Demoralisierung, die sich nach der Niederlage im Mai breit gemacht hatte, tritt jetzt ein neues Element. Überlastung, die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen, sowie die *„Ungewißheit über die Beschaffenheit des Arbeitsplatzes und die Bezahlung auf der ‚neuen'* (HKM), *sorgen in diesen Tagen dafür, daß die Stimmung auf der Hütte wieder gereizter wird"* (NRZ, 10.10.). Cromme zumindest, kann es nicht glauben, daß es *„abermals Aufruhr in Rheinhausen"* gibt. *„Die Betriebsräte und der Vorstand haben schrecklich miteinander gestritten. Jetzt blicken wir aber wieder nach vorn. Dabei habe ich gelernt, daß die Mitbestimmung eine Einrichtung ist, die sich auch in Krisensituationen bewährt"* (so Cromme in einem Spiegel-Interview, 26.9.).

Da sie von dieser Art Mitbestimmung offensichtlich nicht allzuviel halten, ist eine Gruppe von 13 Krupp-Arbeitern jetzt in die Offensive gegangen. Mit Unterstützung von anderen Kollegen und Linken haben sie einen Aufruf veröffentlicht, in dem der Betriebsratsvorsitzende Bruckschen aufgefordert wird, seinen Worten („Der Stillegungsbeschluß muß vom Tisch") Taten folgen zu lassen. Angesichts des Stahlbooms und der Überstundenklotzerei sprechen die Kollegen von einer neuen Lage, die *„neue Entscheidungen und neues Handeln"* erfordert. *„Der Stillegungsbeschluß kann nicht das letzte Wort gewesen sein. Er muß in der Tat vom Tisch. M. Bruckschen und alle anderen Vertreter/innen von IG Metall und SPD, die ihren Namen unter den Stillegungsbeschluß gesetzt haben, sind aufgerufen, ihre Unterschrift sofort zurückzuziehen! Alles muß neu aufgerollt, der Kampf für die Verteidigung aller Arbeitsplätze neu aufgenommen werden."*

Für den 17. Oktober haben die Kollegen zu einer Versammlung aufgerufen, auf der die Schritte diskutiert werden sollen, *„die wir als Kollegen/innen in Rheinhausen und aus den anderen Standorten selbst unternehmen können, damit der Kampf neu aufgenommen wird."*

Kampf neu aufgenommen wird."



Es war einmal — Duisburger Mannesmann- und Krupp-Arbeiter auf der Rheinbrücke

Konsequent für 5.300 Arbeitsplätze im Gemeinschaftsunternehmen HKM!

Während die Oppositionellen in Rheinhausen den Stillegungsbeschluß erneut in Frage stellen, konzentriert sich die Kritik der Oppositionsgruppe die „Konsequenten Gewerkschafter" von Mannesmann-Huckingen (6 Sitze im 29-köpfigen BR) auf das Verhalten der Rheinhausener Betriebsratsspitze (inklusive dessen linken Vertreter Theo Steegmann). Man wirft ihr vor, daß sie die Verhandlungen für die Gemeinschaftshütte HKM im Geheimen und vor allem unter dem Blickwinkel führt, die eigenen Betriebsratsposten zu retten (Mannesmann-Huckingen soll als aufnehmender Betrieb der HKM, bis 1990 2.150 Rheinhausener Krupp-ArbeiterInnen übernehmen).

Die „Konsequenten Gewerkschafter" haben insbesondere kein Verständnis dafür, daß Theo Steegmann den Betriebsratsvorsitzenden von Mannesmann-Huckingen, Stommel, als Verhandlungspartner für den „Grundlagenvertrag" akzeptiert und gegen die Ausgrenzung der „Konsequenten" aus der Verhandlungskommission keinen Einspruch erhebt.

Diese Zusammenarbeit der beiden Betriebsratsspitzen ist tatsächlich etwas abgeschmackt, bedenkt man die Tatsache, daß die letzte Betriebsratswahl von den „Konsequenten" wegen Wahlmanipulationen erfolgreich angefochten wurde und schließlich wiederholt werden mußte.

Die Planungen der Vorstände für die Hüttenwerke Krupp-Mannesmann sehen folgendermaßen aus: Bevor Mannesmann-Huckingen als aufnehmender Betrieb der HKM die 2.150 Krupp-KollegInnen übernimmt, will Mannesmann selber von den derzeit 4.200 Arbeitsplätzen erst noch 2.000 abbauen. Die HKM soll sich dann, ab 1990, aus jeweils 2.150 KollegInnen von Krupp und Mannesmann zusammensetzen und hätte dann eine Belegschaftsstärke von 4.300.

Die „Konsequenten" sind der Meinung, daß die für die HKM angepeilte Produktionsleistung von 4 Millionen Tonnen mit dieser Belegschaftszahl nur zu schaffen ist, wenn eine weitere, massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Kauf genommen wird. 4 Millionen Jahrestonnen auf annähernd 1.000 Beschäftigte, das, so befürchten die „Konsequenten", wäre ein neuer Richtwert, nach dem dann auch die anderen Stahlbetriebe weiter durchrationalisiert würden. Sie fordern deshalb eine Gesamtbelegschaft von 5.300 KollegInnen für die HKM. Dabei orientieren sie sich an der für 1988 geplan-

orientieren sie sich an der für 1988 geplan-

ten Produktionsleistung für Mannesmann-Huckingen von 733 Tonnen pro Mann und Jahr. Um für die HKM eine Belegschaft von 5.300 KollegInnen zu erreichen, so die „Konsequenten", soll Mannesmann nicht 2.150, sondern 3.150 KollegInnen in die neue Hütte einbringen. Die Mannesmann-Belegschaft soll demnach auch nicht um 2.000, sondern nur um 1.000 KollegInnen reduziert werden. *„Anstelle"* der Versetzung von 2.000 KollegInnen *„an andere Standorte mit den damit verbundenen sozialen Härten"*, solle *„die Möglichkeiten des vorzeitigen Ausscheidens über MUV"* (Montanunionsvertrag) *„oder Dauerkurzarbeit ab 54 Jahren genutzt werden,"* schreiben die „Konsequenten" in ihrer Betriebszeitung. Auf diese Weise könnten *„rund 800 Kollegen der Jahrgänge 1933 bis 1936 ausscheiden. ... Weitere 250 Belegschaftsmitglieder sollten bis Ende 1990 über die sogenannte ‚Normale Fluktuation' ... nach den Planungen der Vorstände ausscheiden ..."* („Konsequent", Betriebszeitung für MRW Huckingen, Februar und Juni '88).

Für den Vorstand von Mannesmann sind die „Konsequenten" mit ihren Vorschlägen ein Ärgernis, behindern sie doch den zügigen Abbau der Mannesmann-Belegschaft. So reagierte der Vorstand auch prompt, als sich die ersten Kollegen, die von Huckingen nach Mühlheim versetzt wurden, dagegen zur Wehr setzten. Siebzehn, der 24 überwiegend türkischen Kollegen, hatten die Zumutbarkeit ihrer Versetzung, die gegen ihren Willen, aber mit Zustimmung der Betriebsratsmitglieder in der Personalplanungskommission durchgeführt worden war, angefochten und dies in einem Flugblatt, das sie in Huckingen verteilten, auch noch öffentlich gemacht. In dem Flugblatt wiesen die Kollegen auf unzumutbare materielle und soziale Belastungen, wie einen dreistündigen Arbeitsweg, hin. Riza Beltir, der Kollege, der für das Flugblatt presserechtlich verantwortlich zeichnete, bekam vom Mannesmann-Vorstand eine Abmahnung.

Vertrauensverhältnis unter den Linken zerstört

Doch dabei blieb es nicht. Eine weitere Abmahnung hielten die Herren Vorstände für Franz-Josef Schlote, einen Betriebsrat der „Konsequenten", bereit. Ihm wurde vorgeworfen, er hätte in der Mannesmann-Belegschaft mit einer „Falschinformation" für Unruhe gesorgt. Das Pikante an dieser „Falschinformation" ist, daß sie von Theo Steegmann und dem Rheinhausener Vertrauenskörperleiter, Klaus Löllgen, stammt. Sie hatten Schlote „vertraulich", wie Theo Steegmann jetzt sagt, mitgeteilt, daß die verbleiben-

Rheinhausener Vertrauenskörperleiter, Klaus Löllgen, stammt. Sie hatten Schlote „vertraulich", wie Theo Steegmann jetzt sagt, mitgeteilt, daß die verbleiben-

den 700 Arbeitsplätze in Rheinhausen auch 100 Arbeitsplätze umfassen, die die Arbeit der Zentralen Instandhaltung für die HKM übernehmen sollen. Dies würde, das war für Schlote klar, eine weitgehende Schließung der Mannesmann-Hauptwerkstatt zur Folge haben.

Nachdem Schlote die Information bei Mannesmann weitergegeben hatte, kam es dort zu erheblicher Unruhe. Ein Betriebsrat der Mehrheitsgruppe bemühte sich mittels mehrerer Informationsveranstaltungen, die Kollegen wieder zu beruhigen. Und der Mannesmann-Vorstand erklärte, daß die Arbeit der Hauptwerkstatt weiterhin in Huckingen ausgeführt werden soll. Die „Konsequenten" vermissen nun neben der Solidarität der Rheinhausener Betriebsratsspitze mit dem gemaßregelten Schlote, einen Standpunkt des Rheinhausener Betriebsrates zu der Frage der Hauptwerkstatt. Denn egal an welchem Standort die Arbeit der Hauptwerkstatt ausgeführt wird, Arbeitsplätze werden auf jeden Fall vernichtet. Entweder 200 in Huckingen oder 100 (von den 700 verbleibenden) Arbeitsplätzen in Rheinhausen.

Die Kritik der „Konsequenten" an der Art und Weise, wie die Rheinhausener Betriebsratsspitze den im Mai ausgehandelten Schließungsplan für Rheinhausen (vgl. AK 295, S. 14) umsetzt, deckt sich zum Großteil mit den Kritiken, die von den oppositionellen Kollegen von Krupp-Rheinhausen vorgebracht werden, die vor allem auf die Art und Weise, wie die Betriebsratsspitze die Verhandlungen über die Umsetzung des Schließungsplans führt, abzielen.

Diese Verhandlungen laufen z.Zt. auf zwei Ebenen. Zum einen verhandeln Vertreter der IG Metall mit Mannesmann und Krupp über die zukünftige Organisation der HKM und die Regelungen für die zukünftige Belegschaft (der sogenannte „Grundlagenvertrag"). In „Montan", einem neuen Infoblatt von KollegInnen, heißt es bezüglich des „Grundlagenvertrages": *„Die ‚internen' Verhandlungsunterlagen der IGM vermitteln den Eindruck, als ob die Besetzung des zukünftigen Aufsichtsrates und der Funktion des Arbeitsdirektors bei HKM sowie die Absicherung von Betriebsratsmitgliedern aus Huckingen und Rheinhausen größere Bedeutung haben, als die finanziellen und sozialen Belange der Arbeitnehmer"* („Montan", Infoblatt für die Beschäftigten der Duisburger Stahlbetriebe, 1/88).

Zum zweiten wird über einen Interessenausgleich und Sozialplan verhandelt. Die „Montan" schreibt hierzu: *„Notwendig wäre eine Vereinbarung für alle personellen Maßnahmen, bevor diese eingeleitet werden. Am 1.10.88 gehen die ersten 140 Kollegen von Rheinhausen zur Thyssen Stahl AG bereits nach Huckingen oder werden kurzfristig nach dort wechseln, ohne daß es bisher eine Gesamtvereinbarung für die gesamte Krupp-Belegschaft gibt. — Man nennt dies wohl Salamitaktik."*

Auch die soziale Absicherung der Krupp-Kollegen, die zur HKM hinüberwechseln, ist nach Meinung von „Montan" alles andere als gesichert. *„Wenn*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

diese Strategie der IGM und der Betriebsräte (Geheimhaltung, Anpassung an die Vorgaben der Unternehmer) *weitergeführt wird, kann es auch Krupp-Beschäftigten und weiteren Beschäftigten aus Huckingen so ergehen, wie es Kollegen aus Huckingen ergangen ist, die nach Mühlheim versetzt werden: Nach Ablauf der Verdienstsicherungsfristen verlieren sie mehrere hundert DM Monatseinkommen. Die Betriebsratsmehrheit in Huckingen findet, dies sei ,zumutbar'"* („Montan" 1/88).

„Montan" kritisiert außerdem, daß IGM und Betriebsrat ohne Protest eine Ankündigung von Krupp hingenommen haben, nach der der Weiterbetrieb für 500 der 700 in Rheinhausen verbleibenden Kollegen *„,entfällt', sollte er der ,Schaffung neuer Arbeitsplätze (z.B. Freihafenreglung)' entgegenstehen!"*

Ein weiterer heikler Punkt ist die Kokerei von Rheinhausen, in der 190 der 700 verbleibenden Kollegen beschäftigt werden sollen. Insider vermuten, daß es wohl niemanden geben wird, der, für die demnächst anstehende Verlängerung der Betriebsgenehmigung, den Kopf hinhalten wird, da es sich bei der Kokerei um eine ziemliche Dreckschleuder handelt.

Bewahrheiten sich diese Befürchtungen, dann sind die in Rheinhausen verbleibenden 700 Arbeitsplätze bald nicht mehr als ein Flop.

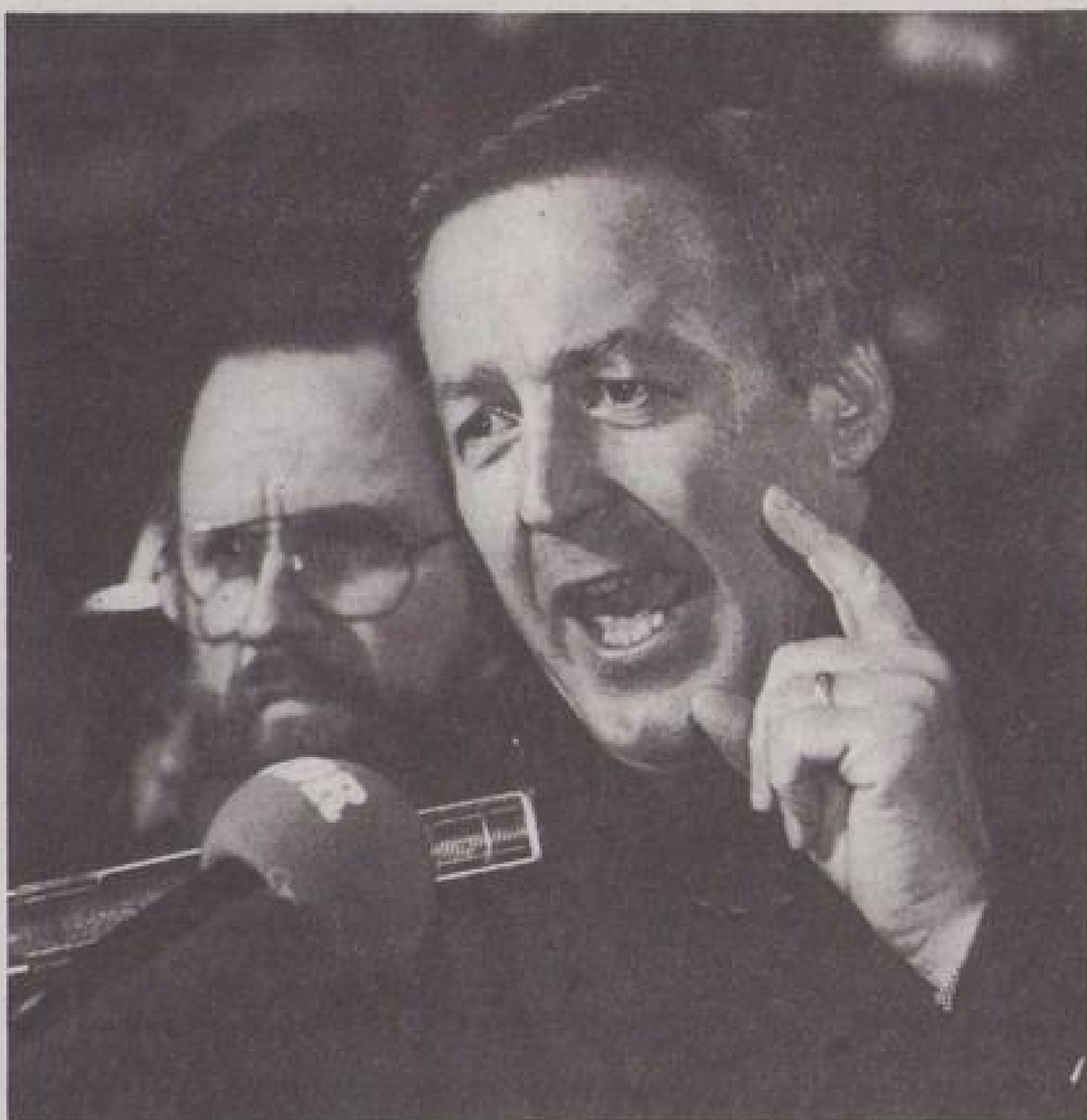


Foto: H. Wojahn

Gekungel um Betriebsratsposten?

Die Betriebsratslinke um Theo Steegmann, die bis zum Streik im April so etwas wie ein „Hoffnungsträger" innerhalb der Stahllinken war, sieht sich auch in der Frage des zukünftigen HKM-Betriebsrates zunehmender Kritik ausgesetzt. Oppositionelle Kollegen von Krupp-Rheinhausen vermuten bspw., daß die Rheinhausener über den sozialen Besitzstand ihrer KollegInnen, ohne eigene Forderungen, mit der Betriebsratsspitze von Mannesmann verhandeln. Kollegen von den „Konsequenten" vermuten, daß dieses Verhalten einzig den Grund hat, daß die Rheinhausener Betriebsräte die Mehrheitsgruppe bei Mannesmann gütlich stimmen will, damit man sie im Betriebsrat der HKM, bei den zu vergebenden Posten angemessen berücksichtigt.

Die Absprachen zwischen den BR-Spitzen von Mannesmann und Krupp-Rheinhausen — das IGM-Zweigbüro gab seinen Segen — sehen vor, daß es mit der der Gründung der HKM, am 1. Juli 1989, keine Neuwahl des Betriebsrats geben wird. Der Betriebsrat in Huckingen soll bis zum Ende seiner Wahlperiode, 1990, im Amt bleiben. Die Rheinhausener Betriebsräte, die nach Huckingen versetzt werden, sollen sich — so die Absprache — als freigestellte Sachverständige an der Arbeit des Betriebsrates beteiligen dürfen ohne jedoch im BR abstimmungsberechtigt zu sein.

Das Mißtrauen zwischen „Konsequenten" und Rheinhausener Betriebsratslinken speist sich offensichtlich aus deren Verhalten. Die Tatsache, daß die BR-Mehrheit bei Mannesmann die „Konsequenten" aus der gemeinsamen Verhandlungskommission über den Grundlagenvertrag der HKM heraushält, nimmt Theo Steegmann als gegeben hin. *„Wer die Verhandlungskommission von Mannesmann ist, das bestimmt der Mannesmann-Betriebsrat. Da haben wir keinen Einfluß drauf"*, erklärte er.

Den Vorwurf, in Rheinhausen würde nicht ausreichend über die Verhandlungen des „Grundlagenvertrages" informiert, wies er zurück. Mangelnde Information — so Steegmann — gäbe es nur bei Mannesmann.

Auch Steegmann beurteilte das Verhältnis zwischen den „Konsequenten" und den Rheinhausenern als z.Zt. schwierig und erklärte weiter, er sei über diesen Zustand auch nicht glücklich. Gleichzeitig sparte er aber auch nicht mit Kritik gegenüber den „Konsequenten". Wer Flugblätter mit der Parole „Keiner darf aus Huckingen verdrängt werden!" verteile, sei borniert.

Die „Konsequenten" ihrerseits vertreten den Standpunkt, daß die Forderung nach 5.300 Arbeitsplätzen (statt 4.300) für die Gemeinschaftshütte eine Forderung sei, die von beiden Belegschaften vertreten werden könne und somit eine Klammerfunktion habe. Auch halten sie es durchaus für möglich, daß die Zusammenlegung der beiden Belegschaften den Einfluß der Linken auf der HKM insgesamt erhöht. Denn, die Zusammenlegung könne zur Folge haben, daß die Mannesmann-Kollegen von den Rheinhausenern, bzw. deren Kampferfahrungen „infiziert" werden. Dies könne sich dann bei der nächsten Betriebsratswahl in einem Mehr an Stimmen für konsequente Kandidaten niederschlagen.

Bei den Rheinhausener Betriebsratslinken scheinen Überlegungen, in Richtung einer gemeinsamen linken Strategie, z. Zt. nicht zur Debatte zu stehen. Bei einer Betriebsratswahl in dem neugegründeten Unternehmen geht man dort offensichtlich davon aus, daß die Stimmen für konsequente, linke Betriebsräte nicht ausreichen werden, um den „Konsequenten" *und* den Rheinhausener Linken in dem neuen Betriebsrat Sitze zu verschaffen. Die Enttäuschung der Gewerkschaftslinken über die Rheinhausener Betriebsratslinke wurde in den letzten Monaten noch durch eine Information verstärkt, die Helmut Laakmann am 1. Juli auf einer Veranstaltung der „Konsequenten" weitergab. (Laakmann ist Betriebsleiter in Rheinhausen, war im Arbeitskampf führend beteiligt und hat am Ende des Kampfes den Weg in die Partei von Johannes Rau gefunden). Laakmann zufolge, hatte Rau, bevor er am 14. April öffentlich seine Vermittlung anbot, schon intern mit dem Krupp-Vorstand vorverhandelt (vgl. „Revier" 6/88). Heraus kam die Streckung der Schließung bis Ende 1992. *„Die Verantwortlichen im Rheinhausener BR glaubten* (so Laakmann), *mit dieser zeitlichen Streckung leben zu können, und erst zu diesem Zeitpunkt, als Rau also eine Einigung zwischen Krupp-Vorstand und Rheinhausener BR sicher zu haben glaubte, bot er öffentlich seine Vermittlung an. Allerdings mit der von Vorstandsseite geforderten wesentlichen Auflage, daß der gerade laufende Streik der Rheinhausener beendet werden müsse, was dann auch ... geschah. Nach Laakmanns Kenntnis wurden die drei Krupp-Betriebsräte in den Verhandlungen ... davon überrascht, daß das vorher mit Schneider von Krupp ausgehandelte Ergebnis ... plötzlich von Dieter (Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG), ... nicht akzeptiert wurde. Durchsetzbar war letztendlich nur die schrittweise Stillegung bis Ende 1990 mit der Option zum Weiterbetrieb des Hochofens über diesen Zeitpunkt hinaus ..."* (zitiert nach „Revier" 6/88).

Mag sein, daß es Laakmann vor allem darauf ankam, Raus anfänglichen „Verhandlungserfolg" hervorzukehren. Die Rheinhausener Verhandlungsdelegation (Bruckschen, Steegmann und Busch) hätte auf jeden Fall ein weiteres Mal Grund, ihr Verhalten zu erklären. Denn mit der von ihr gepriesenen „weitestgehenden Einbeziehung der Belegschaft" haben die von Laakmann geschilderten Details, denen sie bisher nicht widersprochen hat, nichts zu tun.

Wie Steinkühler Rheinhausen „aufarbeitet"

Die Situation für die Stahllinke ist nicht einfacher geworden. Die Auseinandersetzungen um den Schließungsplan für Rheinhausen und die Übernahmeregelungen für die HKM, haben innerhalb der Gewerkschaftslinken neue Gräben aufgerissen. Auch das Verhältnis zwischen der Stahllinken und ihrer IG Metall scheint sich, allen Hoffnungen zum Trotz, auch nach Rheinhausen nicht zu verbessern. Von einem „Lernprozess" innerhalb der IGM-Führung gibt es bisher nicht einmal eine zarte Andeutung.

Schon im Juni hatte Steinkühler, in einem Referat vor dem Beirat der IG Metall, erklärt, daß die IG Metall sich nichts Wesentliches vorzuwerfen habe. Auch stellte er sich gegen die These, *„ ,daß die kämpfenden Belegschaften von der Organisation im Stich gelassen worden seien und die IG Metall den Ansatz einer standortübergreifenden Bewegung unterdrückt habe.' Ein tariflicher Arbeitskampf hätte nicht provoziert werden dürfen, um ihn als strukturpolitisches Vehikel zu instrumentalisieren. Und schließlich hätte die IG Metall den konkreten Umsetzungsproblemen nicht ausweichen dürfen, indem sie abstrakte Vergesellschaftungsforderungen erhebt. Bei den gegebenen Kräfteverhältnissen wäre dies auf ,unverantwortliches Abenteuertum hinausgelaufen'.* (zitiert nach: „Der Gewerkschafter", 7/88).

Also das Übliche. Kaum ist der Kampf vorbei und der Druck der Gewerkschaftsbasis läßt nach, verschwinden auch gewerkschaftliche Beschlüsse und Ziele wieder in der Versenkung. Die Vertrauenskörper im Stahlbereich hatten nämlich schon im Mai 1987 gefordert, daß von der IG Metall ein umfangreiches „Rationalieserungsschutzabkommen" angegangen werden müsse. Steinkühler diffamiert diese Forderung jetzt als *„strukturpolitisches Vehikel"*.

Noch unverschämter ist seine Absage an die Vergesellschaftungsforderung. Noch in der heißen Phase des Kampfes in Rheinhausen, am 10. Dezember 1987, hatte Steinkühler in seiner Rede vor Tor 1 von Krupp-Rheinhausen erklärt: Weil die Unternehmer mit ihrer Entscheidungsgewalt *„immer weniger sozial verantwortlich umgehen, deshalb muß ihnen diese Entscheidungsgewalt über Arbeitsplatzvernichtung und Standortstillegung aus der Hand genommen werden. Deshalb ist unsere prinzipielle Perspektive zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie dringlicher denn je"* (Dokumentation der Krupp-Stahlarbeiter, überarbeitete Auflage, Hrsg. BR, VKL, JV und IGM-Verwaltungsstelle). Steinkühler hatte am 10. Dezember übrigens nur das wiederholt, was bereits auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1983 beschlossen und danach in das „Stahlpolitische Programm" der Gewerkschaft eingeflossen war.

Die Hoffnung innerhalb der Stahllinken, nach der Niederlage in Rheinhausen gäbe es in der IG Metall-Führung einen Lernprozeß, werden mit diesen Äußerungen bitter enttäuscht. Steinkühler verbuchte das Kapitel Rheinhausen, wie andere verlorene Kämpfe auch, auf der Erfolgsseite der IG Metall. *„Der erzielte Kompromiß schließt nicht nur Massenentlassungen aus. Er schließt auch neue Arbeitsplätze ein."* Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten, so erklärte er feierlich *„ein stolzes Kapitel des sozialen Widerstands geschrieben"* („Der Gewerkschafter", 7/88).

In dem kürzlich im isp-Verlag erschienen Buch „Auf-Ruhr" (1), wird in einem Beitrag von mehreren Stahllinken vertreten, in Rheinhausen sei nicht die Kampfbewegung gescheitert, sondern *„eine politische Linie in der IG Metall, die sich zum Handlanger der Herrschenden macht"* (S.37). Die IG Metall sei *„immer noch auf pro-kapitalistischem und sozialpartnerschaftlichem Boden"* (S. 20). Würden die Sozialisten aber, so fragt mensch sich nicht erst seit Steinkühlers „Rheinhausen-Aufarbeitung", nicht weit besser, weil realistischer fahren, wenn sie die Betonung nicht so sehr auf das „immer noch" legten, weil sie damit schon wieder die Hoffnung auf bevorstehende Veränderungen der Gewerkschaftsspitzen setzen.

uh

Anmerkung

(1) Manuel Kellner/Michael Schmidt (Hrsg.), Auf-Ruhr. Die Krise im Revier, Gegenwehr und Alternativen. Mit einem Nachwort von Max von der Grün. isp-Verlag, Frankfurt 1988, DM 17.80

DGB-Proteste gegen Änderung des BVG

Seit dem 15. Oktober führt der DGB seine diesjährigen Aktionstage gegen die Politik der Bundesregierung durch. Die Kritik der Gewerkschaften richtet sich vor allem gegen das beabsichtigte Auslaufenlassen der Montanmitbestimmung, die Gesundheits- und Postreform, die Aufweichung des Ladenschlusses, das Ausländergesetz, die Verschärfung des § 218 und die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Darüberhinaus sehen sich die DGB-Gewerkschaften seit der Änderung des § 116 AFG einem immer stärkeren Druck durch das Regierungslager ausgesetzt. Sie werden nahezu permanent als unflexibel, starr und zuweilen gar als fortschrittshemmend bezeichnet, da sie mit ihrem Festhalten an verbindlichen, kollektiven Tarifverträgen und seit langem als selbstverständlich gedachten Regeln der Arbeitszeit — wie etwa ein arbeitsfreies Wochenende — die frühzeitige und somit Vorsprung sichernde Anpassung an den EG-Standard 92 mindestens verzögern. Durch die bevorstehende Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes soll möglicherweise eine weitere Aufweichung dieser Position erreicht werden.

Mehr Demokratie im Betrieb?

Worum geht es? Bekanntlicherweise existiert bei der Wahl eines Betriebsrates ein Mindestmaß an Unterstützungsunterschriften für einen Wahlvorschlag. Dieses beträgt zur Zeit 10% aller Wahlberechtigten eines Betriebes, mindestens müssen aber 100 Leute durch ihre Unterschrift die Unterstützung des jeweiligen Wahlvorschlages zusichern. Diese Regelung gilt nicht nur für den Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes, sondern auch für das Bundespersonalvertretungsgesetz. Und in bezug auf letzteres fand im Herbst 1984 das Bundesverfassungsgericht, daß dieses Wahlforum zu hoch angesetzt sei. So müsse mindestens die prozentuale Hürde der notwendigen UnterstützerInnen eines Wahlvorschlages auf die gesellschaftlich üblichen 5% reduziert werden. Da nun das Betriebsverfassungsgesetz und das Bundespersonalvertretungsgesetz rein juristisch betrachtet gleichrangige bzw. wesensgleiche Gesetze sind, gilt diese Entscheidung auch für Wahlvorschläge bei Betriebsratswahlen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bedeutet somit eine Handlungsaufforderung an die Bundesregierung. Dieser kommt sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nach. Er sieht folgendes vor:

Zunächst einmal wird auch für Betriebsratswahlen die 5%-Klausel eingeführt; genauer gesagt, demnächst reicht es aus, wenn 5% aller wahlberechtigten ArbeiterInnen bzw. AngestelltenInnen eines Betriebes einen Wahlvorschlag unterstützen, damit dieser zur Wahl zugelassen wird. Doch der Entwurf geht noch weiter: Gleichzeitig wird die absolute Zahl an Unterschriften für einen Wahlvorschlag von 100 auf 50 gesenkt und darüberhinaus erhalten Gewerkschaften ein eigenes Vorschlagsrecht für die Wahlen zum Betriebsrat. Dies war nach dem noch geltenden Betriebsverfassungsgesetz den Gewerkschaften nur in den Betrieben möglich, wo überhaupt noch kein Betriebsrat existierte. Und damit die Demokratie bei der Wahl der innerbetrieblichen Interessenvertretung so richtig Einzug hält, sollen in Zukunft die MitgliederInnen von Betriebsratsausschüssen sowie die Auswahl von BR-Mitgliedern bei Freistellung nicht mehr nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden; Listenproporz statt Mehrheitsdiktat, meint jedenfalls die Regierungskoalition.

Doch damit noch nicht genug: Schon nach geltender Rechtsprechung ist es möglich, daß leitende Angestellte sogenannte Sprecherausschüsse wählen und damit in einem begrenzten Umfang an der innerbetrieblichen Mitbestimmung beteiligt sind. Diese sollen nun gesetzlich verankert bzw. vorgeschrieben werden. Sie erhalten darüberhinaus weitergehende Rechte: Gegenüber den Arbeitgebern bekommen sie Informations- und Anhörungsrechte, gegenüber den Betriebsräten aber ein Vetorecht. Sind bei einer Betriebsvereinbarung etwa die rechtlichen Interessen der leitenden Angestellten berührt, so muß der Sprecherausschuß gehört werden; geschieht dies nicht oder sind durch eine solche Vereinbarung rechtliche Interessen der leitenden Angestellten verletzt, so muß die Vereinbarung für zwei Wochen zum Zwecke der Einigung ausgesetzt werden. Gelingt diese in der Zeit nicht, hat der Sprecherausschuß das Recht, das zuständige Arbeitsgericht anzurufen. Diese Änderungen will die Bundesregierung bis Ende Oktober durchs Parlament gebracht haben.

Weimarer Verhältnisse?

„Das gibt Zustände wie in Weimar", klagt die IG Metall, *„in Bonn tickt wieder eine politische Zeitbombe. Das Ziel: Splittergruppen in den Betrieben sollen mehr Einfluß bekommen, die DGB-Gewerkschaften geschwächt werden. Die Arbeitnehmer wollen nicht hinnehmen, daß die Einheitsgewerkschaft kaputtgemacht wird und haben Widerstand angekündigt. Selbst die Arbeitgeberverbände lehnen die Pläne der Wende-Koalition ab."* (metall Nr.17/19.8.1988) Die IG Chemie sieht die Gefahr eines „Gewerkschaftspluralismus". *„Die Koalition gibt damit den historisch begründeten und mittlerweile vielfach bewährten sozialpolitischen Konsens über die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft auf."* (umschau 4-5/1988) Die Drohung mit Weimarer Verhältnissen und Splitter-und Richtungsgewerkschaften kann kaum ernsthaft die Furcht vor den der CDA nahestehenden christlichen Gewerkschaften meinen, deren betrieblicher Einfluß gering ist. Und daß von Linksradikalen oder Kommunisten aktuell eine betriebliche Konkurrenz droht, glaubt im DGB niemand.

Was also steckt hinter dem Getöse? Die selbstverstandene Bedeutung der DGB-Gewerkschaften besteht gerade darin, eine Einheitsgewerkschaft zu sein, in der sich, wenn auch anfangs hart umkämpft, unterschiedliche politische Richtungen wiederfinden. Dieser Teil des Nachkriegs- und Wiederaufbaukonsenses scheint den Gewerkschaften in Gefahr. Dahinter steht die Befürchtung, durch eine solche Politik zuerst den Anspruch und dann die Praxis der Einheitsgewerkschaft mit all ihrer Macht und ihrem Einfluß zu verlieren. Diese durchaus berechtigte Angst speist sich nicht allein aus der bevorstehenden Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, sondern aus den vielen kleinen Nadelstichen gegen die Gewerkschaften in den letzten Jahren: der geänderte § 116 AFG, die geplante Änderung der Arbeitszeitordnung, das Beschäftigungsförderungsgesetz, das Auslaufenlassen der Montanmitbestimmung, die scharfen Angriffe gegen die 35-Stunden-Woche, insgesamt die Darstellung der Gewerkschaften als verknö-

Fortsetzung nächste Seite



Die deutsche Misere:

Fressen, Saufen, Rauchen

Die IG-Chemie-Analyse der Umweltverschmutzung

Vom 4.-9. September dieses Jahres fand der Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Karlsruhe statt, kurz nach dem SPD-Parteitag in Münster. Der SPD-Streit um Sonntagsarbeit und Ausdehnung der Schichtarbeit hatte Oskar Lafontaine auf der einen Seite, Steinkühler und Rappe gegen den Enkel auf der anderen Seite gesehen.

Doch auf dem Gewerkschaftstag der rechtssozialdemokratischen IG Chemie sieht die Welt schon wieder ganz anders aus: *„Mit sich reden lassen wird die IG Chemie jedoch über längere Maschinenlaufzeiten und damit über Arbeit am Wochenende und an Feiertagen. Eine ablehnende Position gegenüber längeren Maschinenlaufzeiten sei angesichts der Europäisierung der Arbeitszeitfrage nicht zu halten."*, faßte die FAZ (12.9.) die Position des Hauptvorstands zusammen. Rappes Streit um diese Frage ist also eher auf der Ebene gewerkschaftlicher Taktik und machtpolitischen Gerangels in der SPD denn auf der realer betrieblicher Konfliktpolitik angesiedelt.

Konfliktpolitik angesiedelt.

Im Umweltschutz nichts Neues

Doch nicht nur in diesem Punkt ist die IG Chemie flexibel. Sie verficht seit Jahren einen extrem am Wachstum der Chemie-und Pharmaindustrie orientierten Kurs als Juniorpartner des Kapitals. So werden die Bio- und Gentechnik sowie die neuesten Forschungsergebnisse der Pharmakologie als *„Chance für einen attraktiven Industriestandort Bundesrepublik begriffen"*. Der Umweltschutz sei dabei zwar wichtig, er dürfe aber nicht durch überzogene Forderungen das Ansehen des Standorts in Gefahr bringen. *„Zur Vermeidung, Verminderung und Beseitigung der Umweltschäden müssen Industrie, Staat und Kommunen sowie die Bürger erhebliche Finanzmittel aufbringen. Durch eine volkswirtschaftliche Nutzen-Kostenrechnung sollte der Öffentlichkeit deutlicher als bisher dargestellt werden, daß Umweltschutz nur durch Mehrkosten auf allen Ebenen erreicht werden kann. Die IG Chemie-Papier-Keramik wird zukünftig auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie achten; Umweltschutzforderungen, die auf Ausstieg aus der Industriegesellschaft angelegt sind, werden von uns nicht unterstützt."* (beschlossener Antrag des Hauptvorstands zur Umweltpolitik). Allerdings darf mensch nicht meinen, daß in dieser Gewerkschaft nichts anderes zu erwarten sei. Dagegen sprechen nicht nur die aktuellen Auseinandersetzungen um die Boehringer-Vertrauensleute (siehe Kasten), die in Fragen der Umwelt- und Chemiepolitik eine kritischere Position vertreten, sondern auch weitere Beiträge auf dem Gewerkschaftstag: Zwar wurde die Vorstandsstoßrichtung der Modernisierungspolitik der Chemieindustrie nicht angegriffen, wohl aber wurde die Beweihräucherung der Chemie-Verdienste um den Umweltschutz angegriffen. Im Vorstandsantrag stehe, *„eine Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen sei immer noch gegeben,"* so ein Ludwigshafener Delegierter. Das sei eine Verniedlichung, denn *„die Gefährdung der Umwelt nimmt ständig zu,"* die IG Chemie müsse endlich die Umweltverschmutzer härter angehen als die Umweltschützer. Für die MitgliederInnenzeitung gp-magazin war diese Debatte nur heiße Luft:*„Eine zahlenmäßig zwar kleine, aber wortgewaltige Gruppe sorgte für kritische Töne in einer insgesamt recht lebhaften, sachlichen und fairen Diskussion. Doch nachdem der Dampf abgelassen war, zeigten die Wahlergebnisse, daß sich die IG-Chemie-Spitze auch künftig auf das Vertrauen einer breiten Basis stützen kann."* (gp-magazin 10/88)

Die Zukunft ist Chemie oder Nichts

Der Antrag des Hauptvorstands „Chemie der Zukunft — Chemie für die Zukunft" skizziert die Richtung von Denken und Handeln in der IG Chemie: *„Die chemische Industrie unseres Landes ist eine der Industrien, die eine internationale Spitzenposition innehat. Damit kommt ihr bei der Modernisierung unserer Industriegesellschaft sowohl unter ökonomischen als auch ökologischen Kriterien eine wichtige Rolle zu (...) Es muß wieder Vertrauen für den Erhalt und den Ausbau chemischer Produktionen und damit verbundener Wirtschaftsbereiche innerhalb der Gesellschaft erreicht werden. Hierzu sind Anforderungen an die chemische Industrie zu stellen (...) Staatliche Rahmenregelungen, Vorschriften, Auflagen und Genehmigungsverfahren dürfen nicht einseitig die chemische Industrie betreffen, sie sind branchenübergreifend weiterzuentwickeln. Die staatlichen Institutionen sind sachlich und personell so auszustatten, daß notwendige Prüfungen und Genehmigungsverfahren gründlich, fundiert und ohne zeitliche Verzögerung durchgeführt werden können. Die Gewerkschaften sind an der Mitgestaltung, Umsetzung und Kontrolle dieser Rahmenregelungen gleichberechtigt zu beteiligen."*(gp-magazin 10/88). In klassischer Manier vertritt hier die IG Chemie die Position des ideellen Branchenkapitalisten, der nicht nur dem Unternehmer hilfreich zur Seite steht, sondern auch klar Handlungen vom Staat erwartet.

Doch die IG Chemie geht noch weiter:

zur Seite steht, sondern auch klar Handlungen vom Staat erwartet.

Doch die IG Chemie geht noch weiter:

sie fordert nicht nur, daß sich der Staat, das Kapital, die Gewerkschaften und die etablierten Parteien (natürlich ohne die Grünen) zur Lösung der aktuellen Probleme wieder an einen Tisch setzen, sondern auch, daß er neben der Unterstützung der unternehmerischen Offensive mit simpler „Standortpolitik" für die Unternehmer Arbeitslosigkeit bekämpften soll. Ein Rezept, das heute sowieso praktiziert wird, ohne daß die Arbeitslosigkeit dadurch wesentlich reduziert wird:*„Zur Beseitigung der hohen Sockelarbeitslosigkeit sei auf der einen Seite eine intensive, möglichst vorausschauende sektorale Strukturpolitik notwendig, die zukunftsorientierte Industrien fördere, auf der anderen Seite eine abgestimmte Regionalpolitik, die solchen Unternehmen voll erschlossene, attraktive Standorte zur Ansiedlung anbiete"*(gp-magazin 10/88).



Von „ökosensiblen Zynikern", vom Fressen, Rauchen, Saufen

Prof. Dr. Hubert Markl, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Chemiker und Biologe, referierte vor den GewerkschafterInnen über die „chemische Forschung und wirtschaftliche Entwicklung". Er sang aber ein durchgängiges Loblied auf die chemische Industrie, ihre Erfolge und die bewährte Politik der IG-Chemie, die als eine der wenigen Gewerkschaften den Zusammenhang zwischen Forschung, Entwicklung und wirtschaftlichem Wohlstand erkannt habe. Nach diesen warmen Eingangsworten wurde abgerechnet. Nicht mit den Auswüchsen resp. den erreichten Grenzen eines permanenten Wirtschaftswachstums, sondern mit den Kritikern.

„Chemie ist unser aller Leben", lautet die Devise, auf die er alles, was auf dieser Erde existiert, mit Hilfe der jeweiligen chemischen Zusammensetzung reduziert. Sei es ein Artikel in der FAZ über Chemie im Essen — Kommentar: was sonst! — oder über die *„Gefahren, Risikofaktoren und Todesursachen"* in der BRD. Markl verstand sich auf Stimmungsmache: *„Chemie, so meinen sie*(die Kritiker) *in einer wahren Flut von Veröffentlichungen, sei ganz im Gegenteil unser Untergang, eine tödliche Bedrohung unseres Daseins. Ich fürchte, diese Leute haben schon recht, wenn vielleicht auch etwas anders, als sie dies meinen. Sieht man sich nämlich die drei wichtigsten Todesursachen für Deutsche an, die nicht hochbetagt, sondern in jungen oder mittleren Jahren sterben, so sind die statistischen Daten eindeutig:* (es folgen die Zahlen für die häufigsten Todesursachen wie Herzinfarkt, Kreislauferkrankungen, Lungenkrebs und Leberzirrhose) *Nun kennen wir ja die drei wichtigsten ursächlichen Risikofaktoren für Herz/Kreislauftod, Lungenkrebs und Leberschrumpfung ganz genau, und tatsächlich sind es lauter chemische Gefahren: — überhöhte Aufnahme und zu geringer Arbeitsverbrauch von Carbohydraten und Lipiden, also reiner Chemie bei allzu bewegungsträger Lebensweise, einfacher gesagt: Freßsucht. — Überhöhte Aufnahme von Nikotin und anderen Tabakrauchbestandteilen wiederum ganz und gar chemischer Natur, einfacher gesagt: Rauchsucht; und schließlich — Überhöhte Aufnahme von Äthylalkohol, eine chemisch besonders eindeutige Ursache, gemeinhin als Trunksucht bezeichnet."*

Somit müßten wir eigentlich nur weniger essen und trinken und schon wäre die chemische Belastung unserer Körper um ein Vielfaches gesunken. In diesem Stil geht es weiter und die Kritiker der Industriegesellschaft (gemeint sind unausgesprochen die Grünen) sind eigentlich Menschenfeinde: *„Nun weiß ich wohl, daß manche ökosensiblen Zyniker nichts*

sprochen die Grünen) sind eigentlich Menschenfeinde: „Nun weiß ich wohl, daß manche ökosensiblen Zyniker nichts

lieber täten, als auf die Hälfte dieser Massenmenschheit zugunsten von mehr lebendiger Natur zu verzichten" Da fällt es leicht, die eigenen Fehler und Probleme zu benennen, wenn gleichzeitig das mögliche Gegenüber als realitätsfern und menschenfeindlich abqualifiziert ist: *„Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, die unverkennbaren Risiken unserer Industriezivilisation zu verniedlichen oder abzuleugnen; es geht darum, das, was zu Recht Besorgnis erregt und dringender Änderung bedarf, sorgfältig von dem zu unterscheiden, was wir getrost als mindere, lebensübliche Risiken hinnehmen können. Wer sich zu sehr über zu viel Nichtiges aufregt, wird an Fähigkeit einbüßen, Wichtiges zu erkennen und die Mittel der Abhilfe dort zu konzentrieren, wo die Gefahren tatsächlich drohen. Außerdem suchen in Panik versetzte Leute nicht wohlüberlegt nach gangbaren Auswegen, sondern sie neigen zu kopfloser Wirklichkeitsverweigerung und Daseinsflucht. Den Weg mit dem Kopf durch die Wand sollte man aber nicht mit dem beharrlichen Bohren der dicken Bretter verwechseln, das im praktischen Leben zum Erfolg führt."*

Somit ist der Boden bereitet für einen Standpunkt, der die chemische Industrie als Garanten eines auch zukünftig wohlstandsverwöhnten Lebens begreift. Allerdings nicht zum Nulltarif. Die Beseitigung und Eindämmung der Folgen von chemischer Produktion werden große Kosten verursachen, *„die wir gemeinsam — durch Einschränkung unserer sonstigen Konsummöglichkeiten, aber unter Gewinn an Lebensqualität durch Risikominderung — tragen müssen. Der Verbraucher muß diese Kosten wohl spüren, damit er das gefahrlosere, verantwortlichere Handeln auch als unmittelbar vorteilhafter empfindet."* Deswegen ist ein weiterer Ausbau von chemischer Forschung und Entwicklung unumgänglich, um gewissermaßen unser aller Überleben zu sichern: *„Ohne die Entwicklung einer lebensfreundlichen und umweltbewahrenden chemischen Technologie wird es über kurz oder lang auch keine florierende Chemieindustrie bei uns und vielleicht überhaupt keine überlebensfähige industrielle Zivilisation geben (...) Lassen sie uns gemeinsam darauf hinwirken und daran arbeiten, daß sich dies jedenfalls künftig ändert, damit der Bürger lernt und darauf vertrauen kann, daß in den chemischen Labors und Betrieben möglichst vieles das Licht der Welt erblickt, worüber wir uns gemeinsam freuen können."*

Primitivste Vulgärpsychologie lassen Rappe & Co einfließen, um vor allem eines zu verdeutlichen: Mit der Chemieindustrie, mit den menschenfeindlichen Giftproduzenten gegen den Widerstand in den Betrieben (siehe Boehringer), vor allem aber gegen die Umweltschützer. Da verläuft die Klassenlinie der IG Chemie-Führer. Solange die Branche floriert, kann man mit solcher Politik materielle Vorteile für die Beschäftigten erreichen und sich deren Zustimmung für dieserart pervertierter Gewerkschaftspolitik holen. Das ist das ganze Geheimnis dieser schmarotzenden Sozialpartnerschaft.

as



Chemie-Trachtengruppe

Grüne, Kommunisten, Syndikalisten

Laut gp-magazin fand diese Auseinandersetzung eigentlich nicht statt:*„Der Karlsruher Gewerkschaftstag vergaß keineswegs die ureigensten Probleme der Organisation. Dafür hatten schon die wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossenen Boehringer-Vertrauensleute aus Mannheim gesorgt, die am Eröffnungstag draußen vor der Tür buchstäblich im Regen standen, deren Verhaltensweise aber auch bei den Delegierten drinnen im Saal auf kein Verständnis stieß."* (gp-magazin 10/88) Ganz so schlicht und einfach war die Sache dann doch nicht. Zunächst einmal wurde von den DelegiertInnen im Saal zu Boehringer Stellung bezogen und der Vorstand mußte sich einiger Vorwürfe erwehren, die allerdings bei weitem nicht das Ausmaß der 79er Auseinandersetzung um Paul Plumeyer annahm.

Einige Äußerungen: *„Ein weiterer Punkt: Wie steht es denn mit der inneren Liberalität? Die Organisation ist so gefestigt. Muß denn dieser Rausschmiß bei Boehringer sein, wo eine hervorragende Gewerkschaftsarbeit gemacht wird? Der Fehler liegt doch darin, daß man es erst so weit hat kommen lassen. Das war doch abzusehen. Man weiß doch, wer den Kürzeren zieht. Den Schaden haben nicht wir, sondern unsere Organisation, den haben die Arbeitnehmer draußen im Betrieb. Mit welchen Mitteln haben denn die Boehringer-Leute diesen Organsiationsgrad geschaffen? Mit dem Vertreten der vielleicht überzogenen Konsenspolitik? Sie haben den Interessensgegensatz, der in der Industrie nach wie vor besteht, herausgekehrt und haben dennoch den Organisationsgrad gesteigert. Ich will damit nur sagen, daß die Basisarbeit dort ebenfalls zum Erfolg geführt hat, und das sollte man zur Kenntnis nehmen."* (R.S. Ludwigshafen). Dagegen Hermann Rappe: *„Nun will ich ein paar Bemerkungen zu der Frage Boehringer machen. Diese Gruppe, die da von der Organisation ausgeschlossen ist, kennen wir seit ungefähr acht Jahren, in konkreten Auseinandersetzungen seit fünf Jahren. Es ist im Grunde eine politisch etwas merkwürdig zusammengesetzte Gruppe. Denn daß diese mehr syndikalistische Position, wenn man das auf den Kern zurückführt, von Mitgliedern der DKP mitgemacht wird, ist neu. An sich sind die wie Feuer und Wasser, denn Syndikalismus und Bekenntnis zur Deutschen Kommunistischen Partei oder zur KPD früher passen überhaupt nicht zusammen. Und dazwischen sind noch grüne Basissozialisten. Das ist die ganze Gruppe. Mit der haben wir es zu tun. Das ist an sich deren persönliches Vergnügen, darum geht es nicht, sondern es geht darum, daß sie von dem Nerv besessen sind, die Organisation, ausgehend von ihrem Betrieb, verändern zu wollen. Auch das mag ihr gutes Recht sein, aber ohne uns. Versuche, die IG Chemie umzudrehen, hatten wir von 1978 bis 1980. Das ist vorbei, das macht mit mir nun auch für die nächsten Jahre keiner mehr."* Ohne konkret zu benennen, worin sich der unterstellte Syndikalismus gründet, wird vor allem mal wieder der Antikommunismus mobilisiert. Besonders großzügig die Zuerkennung des Rechts, die Organisation umzukrempeln, nur wird man dafür ausgeschlossen. Doch immerhin erfolgte eine Widerrede:*„Den Syndikalismusvorwurf kann ich auch so interpretieren, wie es Hermann Rappe vorhin getan hat: Hier wollen einige Kolleginnen und Kollegen die Organisation umdrehen. Ich sage erst einmal ganz locker: Ich halte das für legitim!"*

Im Ganzen betrachtet wurde der Vorstand durchaus wegen seiner Ausschlußentscheidung kritisiert. Diese vorsichtige Kritik lief nicht darauf hinaus, die Boehringer-Leute auch inhaltlich zu verteidigen, sondern bezog sich hauptsächlich auf das formale Verfahren und das dahinterstehende Machtinteresse des Hauptvorstands. Eine tatsächliche und notwendige politische Auseinandersetzung um diesen Ausschluß fand nicht statt.

as

Niederlage für Bedürftigkeitsprüfung

Arbeitsamt verliert vor dem Bundessozialamt

Höchstrichterlich entschieden ist jetzt: Die Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe ist in wichtigen Teilen rechtswidrig. Erwachsene Arbeitslose können auf ungekürzte Arbeitslosenhilfe rechnen, wenn sie beruflich qualifiziert und unverheiratet sind.

Das Bundessozialgericht hat nach einem Bericht der Berliner tageszeitung am 7.9.1988 abschließend in fünf Fällen entschieden, daß auch erwachsene Kinder besser betuchter Eltern Anspruch auf die volle Arbeitslosenhilfe haben, wenn sie über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Die Eltern dürfen nicht zu Unterhaltszahlungen im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung herangezogen werden. Mit diesem Urteil zogen die bundesdeutschen Sozialrichter einen Schlußstrich unter eine Reihe gleichlautender Entscheidungen unterer Gerichtsinstanzen. Jedesmal stritten Arbeitslose gegen das Arbeitsamt um die Frage, ob die Eltern ihren volljährigen Kindern gegenüber überhaupt unterhaltspflichtig sind.

Gegen die Anrechnung von Eltern-Einkommen auf ihre ALHI infolge der Bedürftigkeitsprüfung beriefen sich die klagenden Arbeitslosen auf die erheblichen Unterschiede zwischen den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) über die Unterhaltspflicht und deren Anwendung im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG).

Nach Paragraph 1602 BGB besteht nämlich nur dann eine Unterhaltspflicht zwischen volljährigen Verwandten, wenn der ALHI-Empfänger außerstande ist, selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Dabei ist nach bürgerlichem Recht einem volljährigen Arbeitslosen zuzumuten, zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes jedwede ungelernte Arbeit auch fernab des eigenen Wohnortes auszuüben. Dazu kann das Arbeitsamt, das die Verwandten unterhaltspflichtig machen will, aber niemanden zwingen: Unter Berufung auf die Zumutbarkeitsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit hat der Arbeitslose das Recht, die Aufnahme bestimmter, nicht seiner Ausbildung entsprechender Tätigkeiten zu verweigern.

Das BGB und das AFG/die Zumutbarkeitsanordnung kommen sich hier gegenseitig ins Gehege. Denn nach der Zumutbarkeitsanordnung hat sich der Arbeitslose um Arbeit in seinem Beruf oder um andere ihm zumutbar erscheinende Arbeit zu bemühen. Er ist nicht gezwungen, jeden Drecksjob anzunehmen. Aber nur, wenn er bereit ist, jeden Drecksjob anzunehmen und nachweislich keinen bekommt, nur dann sind seine Eltern ihm nach dem BGB Unterhalt schuldig. Und nur dann dürfte das Arbeitsamt im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung ihr Einkommen gegebenenfalls auf die ALHI anrechnen. Wenn jedoch die Eltern nach dem BGB keinen Unterhalt schulden, können sie erst recht nicht nach dem AFG un-
nach dem BGB Unterhalt schuldig. Und nur dann dürfte das Arbeitsamt im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung ihr Einkommen gegebenenfalls auf die ALHI anrechnen. Wenn jedoch die Eltern nach dem BGB keinen Unterhalt schulden, können sie erst recht nicht nach dem AFG un-
terhaltspflichtig gemacht werden.

Nach diesem Richterspruch ist die Praxis der Arbeitsämter endgültig als rechtswidrig erkannt worden. Entsprechende ALHI-Bescheide, gegen die kein Widerspruch eingelegt wurde, bleiben bis zum Ende ihres Bewilligungszeitraumes wirksam.

Zur Zeit, Anfang Oktober, ist nicht abzusehen, mit welcher Praxis das Arbeitsamt auf dieses Urteil reagieren wird, die schriftliche Fassung des Urteils liegt ebenfalls noch nicht vor.

Klar ist allerdings, daß mit höchstrichterlichem Segen ein weiteres Schlupfloch durch die Bedürftigkeitsprüfung entstanden ist, soweit sie „gelernte Arbeitslose" und die Unterhaltspflicht zwischen Eltern und volljährigen Kindern betrifft.

Bisher erfolgte keine Anrechnung von Verwandten-Einkommen,
— wenn das Nettoeinkommen die Freibeträge von 1.560 DM für den Haushaltsvorstand und 400 DM für den Ehegatten nicht übersteigt, oder
— wenn die Unterhaltspflichtigen durch eine detaillierte Ausgabenaufstellung nachweisen, daß sie ihr gesamtes höheres Einkommen für den eigenen „angemessenen" Lebensstandard aufbrauchen, oder
— wenn der/die ALHI-Empfänger/in über ein eigenes „verwertbares Vermögen" zwischen 2000 und 8000 Mark verfügt.

Hoch die Richter?

Das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Erwerbslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und holt sie aus der vom Arbeitsamt erzwungenen erneuten Abhängigkeit von Verwandten. So weit, so gut.

Jedoch: Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung haben von diesem Urteil gar nichts, Verheiratete betrifft es überhaupt nicht. Mit welcher Verfahrens-und Bewilligungspraxis die Arbeitsämter reagieren, werden wir obendrein noch sorgfältig beobachten müssen. Und nochmals jedoch: dem Urteilsspruch liegt nicht die Einsicht zugrunde, daß alle Erwerbslosen, also auch die mit besser verdienenden Eltern, Kindern oder Ehegatten, ein Anrecht auf die ungekürzte Zahlung der ihnen nach dem Leistungsrecht zustehenden ALHI haben. Nein, mit einer Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung, gar mit einer ausreichenden Existenzsicherung für alle Erwerbslosen, haben die Richter nichts am Hut. Im Gegenteil, sie mahnen die Arbeitsämter und das Gesetze verabschiedende Personal in Bonn: Leute, so geht's nicht; BGB und AFG dürfen sich nicht rechtswidrig ineinander verhakeln. Macht das gefälligst wasserdicht. Denn als Richter können wir die Privatisierung von Armut, die Leistungskürzungen usw. nur genehmigen, wenn sie einwandfrei rechtsstaatlich gesichert
das Gesetze verabschiedende Personal in Bonn: Leute, so geht's nicht; BGB und AFG dürfen sich nicht rechtswidrig ineinander verhakeln. Macht das gefälligst wasserdicht. Denn als Richter können wir die Privatisierung von Armut, die Leistungskürzungen usw. nur genehmigen, wenn sie einwandfrei rechtsstaatlich gesichert
sind.

Wie es weitergehen wird, ist absehbar. Es fragt sich nur, wie leicht es Blüm, dem resozialisierten Lambsdorff und anderen fallen wird, die öffentliche Meinung dahingehend zu manipulieren, dieses Urteil zum weiteren Anlaß zu nehmen, sich über die faulen Arbeitslosen zu erregen, die ihre Tagesmüh darauf verwenden, ungeniert den besten aller Sozialstaaten abzuzocken; offen ist nur, wie leicht es den Scharfmachern und Kettenhunden der Senkung der Lohn- und Sozialkosten fallen wird, das Urteil als Argument für eine Verschärfung der bestehenden Zumutbarkeitsanordnung des Arbeitsamtes zu gebrauchen. Natürlich werden sie die Zumutbarkeitsanordnung nicht frontal attackieren, da hätten sie zuviele gegen sich.

Nicht nur die Gewerkschaften, die sicherlich einem radikalen Schnitt bei der Zumutbarkeit entgegentreten werden; nicht unbedingt aus Solidarität mit den Arbeitslosen, sondern weil immerhin ihnen noch klar ist, daß die Zumutbarkeitsanordnung nicht in erster Linie die Erwerbslosen vor Zumutungen schützt, sondern die Beschäftigten vor der Billigkonkurrenz der Erwerbslosen, weil diese nicht jeden Job zu jedem Preis annehmen müssen.

Vorstellbar ist daher, daß für den Bereich der Arbeitslosenhilfe, die ja keine eigentliche Versicherungsleistung ist, durch das Urteil eine schleichende Entwicklung hin zu Sozialamts-Verhältnissen beschleunigt wird. Zur Erinnerung: Die Zumutbarkeitsregelungen des Sozialhilfe-Gesetzes sind von denen des BGB gar nicht so weit weg, die praktischen Folgen sind Bewerbungszwang, Pflichtarbeit usw.usf.

Die weitere Entwicklung wird auch davon abhängen, inwieweit es im Rahmen der bundesweiten Kampagne der in Initiativen organisierten Erwerbslosen gelingt, einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß nicht die Zumutbarkeitsregelungen des Arbeitsamtes der Skandal sind, sondern immer noch, gestern wie heute, die Bedürftigkeitsprüfung, die der Sozialstaat als Schutzwall vor einem (zu erkämpfenden) Recht des Einzelnen auf ausreichende soziale Unterstützung aufgebaut hat.

Horst Kahrs, SIESTA (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg)

Zumutbarkeitsanordnung des AFG

Wann schuldet das Arbeitsamt Arbeitslosenhilfe? Wenn der Arbeitslose der Arbeitsvermittlung für nach der Zumutbarkeitsanordnung zumutbare Arbeit zur Verfügung steht.

I. Art der zumutbaren Arbeit
In den ersten Monaten darf der Lohn nicht unter 80% des früheren Bruttolohnes liegen, danach nicht unter ALG oder ALHI. Ein Berufsabstieg ist in den ersten Monaten nicht möglich, danach alle zwei Jahre um eine Stufe, wenn zuvor für die jeweilige Abstiegsstufe vergebliche Vermittlungsbemühungen mit anderen Arbeitslosen stattgefunden haben.

II. Intensität der Bemühungen
Der/die Arbeitslose muß sich
— nicht selbst auf dem Arbeitsmarkt bemühen,
— für die Vermittlungsvorschläge des Arbeitsamtes jederzeit verfügbar halten
— mit ernsthaftem Arbeitswillen vorstellen und bewerben.

Zwar ist jeder aufgerufen, auch darüberhinaus die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu suchen, jedoch ohne Nachteile für den, der sich nicht daranhält.

III. Ergebnis
Nur wenn ausreichend offene Stellen vorhanden sind, nähert sich das „Zumutbarkeitsprofil" des AFG den strengeren Vorschriften des Unterhaltsrechts im Laufe von Jahren an.

Für Arbeitslose zumutbare Erwerbsanstrengungen nach BGB und AFG

Unterhaltsrecht des BGB: Wann schulden die Eltern dem volljährigen, aus-
Für Arbeitslose zumutbare Erwerbsanstrengungen nach BGB und AFG

Unterhaltsrecht des BGB: Wann schulden die Eltern dem volljährigen, aus-
gebildeten Arbeitslosen Unterhalt (oder das Kind einem Elternteil)? Wenn der Arbeitslose sich erfolglos intensiv um jede zumutbare Arbeit bemüht.

I. Art der zumutbaren Arbeit
Jede Arbeit, die angeboten wird, also auch
— berufsfremde Arbeit,
— unterqualifizierte und unterhalb der Lebensstellung liegende Arbeit,
— auswärtige Arbeit,
— Aushilfs- und Gelegenheitsarbeiten,
— zeitlich ungünstige Arbeiten (nachts, frühmorgens),
— schlechter als früher, jedoch nicht untertariflich entlohnte Arbeit.

II. Intensität der Bemühungen
Der/die Arbeitslose muß
— zwei- bis dreimal je Woche auf Stellenangebote der Zeitung rasch reagieren,
— wobei er seine Bewerbung nicht so abfassen darf, daß sie durch mangelnde Eignung und Arbeitsunlust beeindruckt,
— zwei- bis dreimal monatlich selbst inserieren oder — bei fehlendem Geld — die übrigen Bemühungen verstärken, und
— generell Eigeninitiative entwickeln und nicht nur für das Arbeitsamt seine Arbeitskraft vorhalten.

III. Ergebnis
Beweist der Erwerbslose den Eltern nicht, daß er sich intensiv um jede Arbeit bemüht, so schulden sie weder ihm noch dem Arbeitsamt Unterhalt, wenn dieses Arbeitslosenhilfe zahlt, weil sich der Arbeitslose an die Zumutbarkeitsbestimmungen des AFG hält.

alternative Kommunalpolitik

Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisie-





Fortsetzung von vorheriger Seite

cherter Haufen, der die Zeichen der Zeit noch nicht so recht erkannt habe.

Dieses breiten Angriffes sind sich die Gewerkschaften durchaus bewußt, und sie versuchen daher, gegen das bevorstehende Betriebsverfassungsgesetz zusammen mit den Unternehmern Front zu machen, die ebenfalls von dieser Neufassung nicht begeistert scheinen: *„Die geplante Regelung sei ‚weder erforderlich noch sinnvoll', heißt es in einer Stellungnahme des BDA. Radikalen Gruppen würde der Gesetzgeber größere Entfaltungsmöglichkeiten einräumen, die Konkurrenz zwischen rivalisierenden Gruppen fördern. Widerstand gegen die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes haben deshalb die Metallarbeitgeber Württemberg-Hohenzollern angekündigt: ‚Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um die Politiker von der Unsinnigkeit dieses Vorhabens zu überzeugen'."* (metall Nr.17/19.8.1988) Mit diesem anvisierten Schulterschluß mit den Arbeitgebern soll der Bundesregierung signalisiert werden, daß eigentlich niemand von den Sozialpartnern dieses Gesetz will. Da stellt sich doch die Frage, auf wessen Mist dieser Vorstoß eigentlich gewachsen ist?

Die Antwort fällt nicht schwer: Der Hauptmotor dieser Initiative ist die FDP-Fraktion, die die Gunst der Stunde (das BVG-Urteil von 84) nutzen wollte, um einem Teil ihrer Klientel, den leitenden Angestellten, etwas Gutes zu tun; darüberhinaus sind die Wirtschaftsliberalen als gestandene Gewerkschaftsfeinde bekannt. So ist es nicht verwunderlich, daß als einzige Gruppierung aus den Reihen der leitenden Angestellten die ULA (Union der Leitenden Angestellten) dieses Gesetz begrüßt. Die Nähe dieser Union zur FDP ist bekannter als sie selbst.

Mit dieser Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ändert sich zwar nicht sofort etwas an der realen Macht- und Einflußposition des DGB. Durch die stärkere Berücksichtigung kleinerer Gruppen bei der Betriebsrats- und Ausschußwahl rückt aber das Ende der Vorherrschaft der DGB-Gewerkschaften an der betrieblichen Basis in den Bereich des Möglichen. Denn dieser Gesetzentwurf weckt — wenn man so will — schlafende Hunde. Wo endlich die Möglichkeit besteht, in die Phalanx des DGB einzubrechen, kommen wohlmöglich gelbe und andere rechte Gruppierungen auf die Idee, diese auch zu nutzen. Der DGB läuft Gefahr, durch eine solche Politik stärker als bisher schon ins Lager der bedingungslosen Befürworter von Flexibilisierung, Wochenendarbeit und dergleichen mehr gedrängt zu werden.

Weiter voranschreitender Machtverlust in den Betrieben und in der gesamten Gesellschaft drohen den Gewerkschaften ausgangs dieses Jahrhunderts. Sie kündigen zwar Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung an, werden aber aller Voraussicht nach auf der Ebene von Appellen ans Parlament steckenbleiben. Es scheint so, als ob die Gewerkschaften — wohl oder übel — auch diese Kröte werden schlucken müssen.

as

Schwarzer Peter

Spionageprozeß gegen einen Hamburger Postler

„Schick Dein Päckchen nach drüben", lautete jahrzehntelang die penetrant-patriotische Aufforderung an die westdeutschen Wohlstandsbürger, die vom Bolschewismus gebeutelten Brüder und Schwestern in der Zone periodisch an das Warenangebot westlich der Schandmauer zu erinnern. Weil er ein Päckchen, wenn auch nicht sein Päckchen, in die DDR habe schicken wollen, hat der 3. Strafsenat (Staatsschutzsenat) des Hanseatischen Oberlandesgerichts den 34jährigen Postarbeiter Gerd Haucke wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit" gemäß § 99 Strafgesetzbuch zu einer Haftstrafe von acht Monaten, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, und zu einer Geldstrafe in Höhe von 2500 DM verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Gerd Haucke am Abend des 28. August 1987 bei seiner Arbeit im Paketpostamt 2 ein Paket des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), das von einer Dienststelle in Kiel an die Zentrale in Köln adressiert war, mit dem Kürzel DDR beschriftet hat.

In der Spätschicht an jenem 28. August fischt der Postarbeiter Michael Ohlhus ein Paket mit dem Absender „MAD Gruppe I, Postfach 3224 in 2300 Kiel" aus dem Paketstrom und zeigt es Gerd Haucke: „Schau mal, jetzt verschickt der MAD schon Pakete per Post". Daraufhin soll Haucke seinen Kugelschreiber gezückt und mit der Bemerkung „Jetzt wollen wir dem MAD mal eins auswischen" das Paket des Pannendienstes mit drei Buchstaben verziert und dann auf einem Förderband weitergeleitet haben. Der „Kollege" Ohlhus denunziert Gerd Haucke unmittelbar danach beim Vorarbeiter Husemann.

Eine Dreiviertelstunde später wird das MAD-Paket innerhalb des Paketpostamtes gefunden, es liegt auf dem Haufen für die Pakete in die DDR. Gerd Haucke wird noch am Abend des 28. August um 23 Uhr nach Schichtende von der Betriebssicherung des Paketamts festgenommen und Beamten des Fachdezernates 7 (Staatsschutz) übergeben. Die Post entläßt ihn fristlos. Der Leiter des Bereitschaftsdienstes des Hamburger Staatsschutzes, Kriminalkommissar Dege, eilt zum Paketpostamt und ordnet eine unver-

schutzes, Kriminalkommissar Dege, eilt zum Paketpostamt und ordnet eine unver-

zügliche Durchsuchung der Wohnung Gerd Hauckes an. Was die drei Durchsuchungsbeamten des Staatsschutzes finden, landet rund ein Jahr später auf dem Richtertisch des Staatsschutzsenats des Oberlandesgerichts. Fünf Richter nehmen in Augenschein: zwei Telefonregister, einen Kugelschreiber, einen Notizzettel, zwei Reisepässe und eine Anstecknadel der SED. Ein Richter liest vor: „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" und teilt den Prozeßbeteiligten mit, das Abzeichen zeige „eine rote Fahne und zwei sich schüttelnde Hände". Haftbefehl gegen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wird nicht erlassen.

Die Reisepässe Gerd Hauckes hat das Bundeskriminalamt zwischenzeitlich akribisch untersucht und in einem Gutachten festgestellt, daß es darin „keine Anhaltspunkte für Manipulationen nachrichtendienstlicher Art im Sinne einer Fälschung" oder einer „Zinkung" gäbe. Detailliert gibt der Vorsitzende Richter, Kurt Bürrig, mit ostpreußischem Akzent bekannt, auf welchem Wege Gerd Haucke im August 1972 nach Potsdam, nach Brandenburg und Quedlinburg in den volkseigenen Harz fuhr — da war er 18 Jahre alt. Im Zusammenhang mit den Würdigungen seiner Wanderungen durch die Mark Brandenburg blättert Bürrig in den beschlagnahmten Notizbüchern Hauckes: „Vielleicht finden wir irgend etwas, was auf DDR hindeutet". Der Ostpreuße kennt sich im Mecklenburgischen nicht sonderlich aus und muß schon mal die Geographiekenntnisse seiner vier Richterkollegen bemühen: „Waren/Müritz — ist das DDR?"

Da ist „Krause in Rostock" schon eindeutiger, während das Zettelchen „VEB Fachbuchverlag" die Frage aufwirft, wo es den überhaupt gibt — möglicherweise in Leipzig, wie Oberstaatsanwalt Krauß vermutet. Für besonders verdächtig hält Bürrig die Tatsache, daß Gerd Hauckes Paß aus dem Jahre 1982 keine Stempel von Reisen in die DDR trägt. Die Frage, ob Gerd Haucke seitdem nur noch durch dunkle Harzwälder geschleust wird, hat der Vorsitzende dem Publikum gerade noch erspart. Das zentrale Corpus delicti ist das Paketpapier der MAD-Sendung, auf dem handflächengroß mit dickem schwarzen Stift die Postleitzahl 5000 prangt und darüber, aus einigen Metern Entfernung kaum zu lesen, die mickrige Kugelschreiberaufschrift DDR, wo es eine Postleitzahl 5000 gar nicht gibt. Das wohlbehalten beim MAD in Köln gelandete Paket enthielt Berichte über „Erkenntnisse der Tätigkeit von Verfassungsfeinden", Anträge auf private Reisen von MAD-Angehörigen in den „kommunistischen Machtbereich" und Anträge auf Sicherheitsüberprüfungen von Mitarbeitern des Bundesministeriums für Verteidigung. Das Material sei geeignet gewesen, Angehörige der Bundeswehr zur „Spionage für den Feind" zu zwingen, befand der MAD in einem Schreiben an das Gericht. Fast noch amüsanter als die Tatsache, daß der MAD geheimes Material per Post nicht annähernd so diskret versendet wie Beate Uhse ihre Pornohefte, sind die Verhältnisse am Hamburger Postamt 2, der zweitgrößten Umschlagstelle für Pakete und Päckchen in der BRD. Der Zeuge, Vorarbeiter und „Gruppenführer" am Paketpostamt, Erhard Husemann, ein Mittvierziger, Feldwebeltyp mit adrettem Toupet, gab zu, daß „unter dem Streß unserer Arbeiter" des öfteren Pakete falsch verteilt würden. Der Postoberamtsrat Hans-Georg Bertram, Stellenvorsteher der Dienststelle Paketabgang Inland, räumte ein, es habe in den letzten Jahren „viele Fehlleistungen in die DDR" gegeben, weswegen schon einschlägige Besprechungen anberaumt worden seien. Mehrere Zeugen berichteten

schlägige Besprechungen anberaumt worden seien. Mehrere Zeugen berichteten,

daß sie bei ihres Erachtens in die DDR gerichteten Sendungen, bei denen das Staatenkürzel fehle, eigenhändig die drei Buchstaben ergänzten. Das entspricht zwar nicht dem Büchlein „Hinweise und Ordnungsbestimmungen", das die Paketpostler bei der Einstellung ausgehändigt bekommen, ist aber seit Jahren gängige Praxis. Das Paketpostamt gilt unter Postlerkollegen als „Strafbataillon 999" der Bundespost und Fluchtburg für Verkrachte, Strafversetzte und Trinkfreudige. Steigende Arbeitshetze und Rationalisierung kennzeichnen seit Jahren die Arbeitssituation der Kollegen am Paketpostamt 2 in Hamburg. Die maßgeblichen Funktionäre der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) im Betrieb, auf der Karriereleiter weit nach oben gekommen, finden sich faktisch mit den Zuständen ab. Unter diesen Verhältnissen war Gerd Haucke gewählter gewerkschaftlicher Vertrauensmann im Paketpostamt. Er stand gegen die sozialpartnerschaftliche Linie, die bei den DPG-Vertretern vorherrschte. Gerd Haucke baute mit anderen KollegInnen eine Kollegengruppe auf, die Postler in Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten unterstützte und mit Flugblättern gegen Personalabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auftrat. Die Gruppe nannte Namen und machte sich dadurch bei Chefs und gelben Gewerkschaftsfunktionären nicht beliebt. Als Mitglieder der Kollegengruppe im Postamt eigene Aufkleber gegen Rationalisierung, Entlassungen, Postprofite und Schwarz-Schilling klebten, waren DPG-Amtsträger wie die Geier hinter den „Chaoten" her. Der linksradikale Graphiker, der die klassenkämpferischen Kleber (und es sei hier exklusiv ausgeplaudert, auch das neue Titeldesign des ak) kreiert hatte, konnte zwar nicht ausfindig gemacht werden, einem Kollegen aber ging es an den Kragen: der Postler Thomas H. wurde 1986 mit Aufklebern erwischt und gefeuert.

Gerd Haucke ist über das Paketpostamt hinaus als Mitautor des Buches „Und ab geht die Post" von Achim Möhlmann und Jürgen Ziegler (VSA-Verlag 1985) bekannt geworden. Haucke beschrieb darin die Arbeitsbedingungen beim Paketumschlag, die Hektik und schwere einseitig belastende Arbeit in staubiger Luft und konstatierte einen „Verlust von Lebensqualität" für die Postarbeiter. Obwohl er in diesem Aufsatz die Gewerkschaftspolitik der DPG vor Ort gar nicht thematisiert hatte, beschwerte sich die betriebliche DPG-Chefetage seinerzeit beim Hauptvorstand über Haucke. Der Personalrat hat der Kündigung gegen Haucke nicht widersprochen.

Entsprechend kollegial trat der Postbetriebsinspektor und DPG-Amtsgruppenvorsitzende Günther Heinrich (54) vor Gericht auf. Auf Fragen Richter Bürrigs über die politische Haltung Hauckes gab der Kollege Heinrich zu Protokoll, Haucke sei am 1. Mai im Block der „Schwarzen Katze" der Arbeitslosen- und Jobberinitiativen mitmarschiert. Ob denn die „Schwarze Katze" so etwas wie die „Schwarze Hand" und damit „etwas ganz Schlimmes" sei, wollte Richter Bürrig wissen. Die „schwarze Katze" sei „ein linksradikaler Block", erzählte der verfassungsschutzbewußte Gewerkschaftsfunktionär, wobei er nicht umhin kam, Gerd Haucke „Ansehen und Vertrauen" bei den Kollegen zu bescheinigen. Ähnlich solidarisch wie der Kollege Heinrich verhielt sich der Jungpostler Michael Ohlhus, der Haucke überhaupt erst auf das MAD-Paket aufmerksam gemacht hatte. Der etwas linkische Zwanzigjährige ist mittlerweile befördert worden und darf in seiner Heimatstadt Elmshorn Briefe zustellen. „Positive Bemerkungen" habe er von der Betriebsleitung gehört, nachdem er Haucke gemeldet hatte, von den Kollegen habe es „eher kritische Anmerkungen" gegeben. Ein wenig unangenehmer als diesem Typ des pflegeleichten Jungmitarbeiters ist dem Gruppenführer Husemann die Angelegenheit. Im Zeugenstand scharrte er mit den Füßen auf dem Linoleumboden des Gerichtssaals und meinte, nicht gewußt zu haben, welche Folgen die Suche nach dem Paket für Haucke habe. Auch der Zeuge und Postarbeiter Ralf Leonhard (23) wollte erst nicht einen „Kollegen in die Pfanne hauen" und tat es dann doch.

Mehrfache Anschnauzer von Richter Bürrig mußten sich Postkollegen und Freunde von Gerd Haucke im durch eine Trennscheibe vom Gerichtssaal separierten Zuhörerraum anhören. Als sie lachen, weil Bürrig energisch wie auf einem Ostpreußentreffen vom „Gegner" spricht, dem das Paket in die Hände hätte fallen können, attestiert er ihnen, „noch nicht alt und reif genug" zu sein. Als sie nicht aufstehen, als Bürrig zur Urteilsverkündung den Gerichtssaal betritt, verfinstert sich sein Gesicht wie das eines Paukers, der merkt, daß die gesamte Klasse die Hausaufgaben nicht gemacht hat.

In der Urteilsverkündung behauptet Bürrig, Gerd Haucke habe „sehr wohl eine geheimdienstliche Tätigkeit entfaltet". Tätigkeit sei jede Aktivität. Als ihm der ostpreußische Gaul durchgeht und er vom „feindlichen" Geheimdienst statt, wie es das Gesetz vorschreibt, von einem „fremden Geheimdienst" spricht, korrigiert er sich rasch noch im Wort. Gerd Haucke habe mit seinem Verhalten „die Interessen der Bundesrepublik auf das Empfindlichste berührt". Dabei habe das Gericht auch die „Bewußtseinslage" des Angeklagten berücksichtigt, der „über die Spannungsverhältnisse zwischen Ost und West orientiert" sei und einen „zähen Bildungsweg" hinter sich habe: Lehre zum Großhandelskaufmann, Studium zum Diplomvolkswirt, Jurastudium. Das Gericht habe die Frage erörtert, ob Haucke das Wahlrecht und das Recht zum Bekleiden politischer Ämter aberkannt werden sollte, im Rahmen einer „mäßigen Strafzumessung" jedoch darauf verzichtet. Bürrig verschweigt nicht, daß er „Bedenken" habe, die Strafe zur Bewährung auszusetzen. 1981 hat Bürrig in einem Prozeß den IG-Metall-Bildungssekretär Hermann Gaßmann wegen DDR-Kontakten aufgrund desselben § 99 wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit" zu zweieinhalb Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Daß Gerd Haucke ebensowenig wie Hermann Gaßmann ein „Agent" der DDR ist, dürfte selbst den Rebmännern in der Generalbundesanwaltschaft aufgefallen sein, die den Fall an die Hamburger Staatsanwaltschaft übergaben. Gerd Haucke hat in einer Prozeßerklärung betont, daß nachrichtendienstliche Tätigkeit seiner politischen Tätigkeit widerspricht. Auch Staatsschutzrichtern dürfte bekannt sein, daß das Ministerium für Staatssicherheit der DDR seine „Kundschafter an der unsichtbaren Front" als einfältige CDU-Sekretärinnen oder recht Schwadroneure tarnt und nicht gerade unter roten Fahnen durch Hamburg marschieren läßt.

Der aus dem kalten Krieg stammende § 99 sieht Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren vor, wenn jemand „für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist ...". Diese „Tatsachen" brauchen „nicht geheim zu sein", wie es im Kommentar zu § 99 heißt. Das Bundesverfassungsgericht hat am 2. Mai 1981 beschlossen: „Für die Erfüllung des Tatbestandes der geheimdienstlichen Agententätigkeit (ist) es ohne Bedeutung, daß der (Beschuldigte) weder Zugang zu Staatsgeheimnissen gehabt oder gesucht hat und der Eintritt eines Nachteils (für die Bundesrepublik) nicht feststellbar ist ... Das Bestreben der Geheimdienste geht heute dahin, alle Angelegenheiten eines anderen Staats systematisch auszuforschen und dadurch möglichst ein Gesamtbild sowohl der militärischen als auch der politischen, wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Kräfte des Landes zu bekommen ... Es (ist) deshalb nicht erforderlich, daß der von § 99 erfaßte gegenständliche Bereich sich auf geheime Tatsachen oder solche von Bedeutung bezieht ... Es kann sich daher um beliebige Tatsachen aus jedem Bereich, auch aus Wirtschaft und Wissenschaft, handeln."

Im Bedarfsfalle ist jeder ein Agent, der DDR-Bürgern gegenüber freimütig seine Eindrücke von den „wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Kräften" des zweitstärksten imperialistischen Staates der Welt schildert. Der § 99 entstand zu Zeiten, als die Bild-Zeitung stacheldrahtumrandet erschien und Kommunisten in den Zuchthäusern saßen. Zu einer Welt, in der die USA und die UdSSR sich gegenseitig in die Intimitäten ihrer Raketenarsenale gucken lassen, steht der § 99 in einem so zeitgemäßen Verhältnis wie der Kurpfuscher zur Poliklinik. Gerd Haucke und sein Anwalt Thomas Bliwier haben gegen dieses Stück Landsmannschaftsjustiz Revision angekündigt.

Gerd Eggeling

rige ist mittlerweile befördert worden und „Agent" der DDR ist, dürfte selbst den Gerd Eggeling

Türkischer Putschgeneral bei Weizsäcker

Für den 17. Oktober hat der Führer des Militärputsches von 1980 und heutige türkische Staatspräsident Kenan Evren seinen Besuch angekündigt. Es ist ein Gegenbesuch zum Staatsbesuch von Bundespräsident Weizsäcker im Mai 1986. Diese Besuche sind der Höhepunkt an politischer Aufwertung, die dem Folterregime auf der internationalen Bühne — insbesondere durch die BRD — zuteil wird.

Evren, der erst jüngst wieder mit Putsch drohte, falls die „Demokratisierung" in der Türkei nicht nach dem Wunsch der Generäle verlaufe, begann seine Karriere 1950 als Befehlshaber des 4500 Mann starken türkischen Truppenkontingents bei der amerikanischen Intervention im Korea-Krieg. 1978 wurde er vom sozialdemokratischen Regierungschef Ecevit zum Generalstabschef ernannt.

Unter seiner Führung putschte das Militär am 12.9.1980, nachdem es zuvor im Zusammenspiel mit den faschistischen „Grauen Wölfen" und der staatlichen „Konter-Guerilla" den Straßenterror gegen fortschrittliche Menschen massenhaft eskaliert hatte. Die Folgen sind bekannt: Hunderttausende verhaftet und gefoltert, Hunderte zum Tode verurteilt, bei Operationen der „Sicherheitskräfte" oder in den Folterkammern ermordet. Noch immer laufen Prozesse gegen Menschen, die damals verhaftet wurden, wie etwa der zentrale Dev-Yol Prozeß mit über 700 Angeklagten. Evren gehörte und gehört zu den härtesten Verfechtern von Folter und Todesstrafe: *„Sollen wir die Leute etwa ein Leben lang durchfüttern, anstatt sie aufzuhängen?"* (am 3.10.84).

Seine Auffassung von Demokratie ist nicht weniger klar umrissen, wenn er die Bürger auffordert: *„Kümmert Euch zu Hause, am Arbeitsplatz und auf den Straßen nicht um politische Probleme ... Die erste politische Pflicht ist es, die Staatsmänner zu wählen."* (Rede in Diyarbakir am 27.10.82).

Auch nach dem formalen Rückzug der Militärs in die Kasernen blieb Evren als Staatspräsident die graue Eminenz der türkischen Politik. Die Vollmachten, die die oktroyierte Verfassung ihm einräumt, sind umfassend und erlauben ganz nach Bedarf den unverzüglichen Übergang zu einer neuen direkten Militärdiktatur: Ihm obliegt die Ernennung oder Absetzung des Ministerpräsidenten und der Minister, er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen, hat ein Vetorecht gegen vom Parlament verabschiedete Gesetze, setzt den Generalstabschef ein und entscheidet über den Einsatz der Streitkräfte, kann Kriegsrecht oder Ausnahmezustand verhängen und Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen; er ernennt die Universitätsdirektoren ebenso wie die Mitglieder des Verfassungsgerichts (!) und des Staatskontrollrates, der z.B. Vereine, öffentlichen Betriebe und Gewerkschaften kontrolliert ... die Liste ist schier endlos. Seine Einfluß auf Besetzung von Schlüsselpositionen und seine Interventionsrechte machen Evren zum Garanten für die Entwicklungsmöglichkeiten des in- und ausländischen Kapitals wie auch für die Sicherheit südöstlichen Eckpfeilers der NATO — und aus genau diesem Grunde wird er von der Bundesregierung hofiert.

Vorzeigedemokrat Weizsäcker, der schon 1986 voll des Lobes über die *„Einhaltung des Zeitplanes für die Rückkehr zur Demokratie"*, wird gerne weitere Fortschritte konstatieren, und im Windschatten solcher Erklärungen kann dann die Zusammenarbeit im gemeinsame Kampf gegen den „Terrorismus" vertieft werden. Mit Sicherheit wird die Effektivierung der Kooperation von bundesdeutschen und türkischen Geheimdiensten gegen türkische Linke und vor allem gegen den kurdischen „Separatismus" Thema der Gespräche sein. Das geplante Bundesverfassungsschutzgesetz schafft die Grundlage für eine uferlose Ausweitung der bisherigen Praxis: *„Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Informationen an ausländische sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist."* (aus Zimmermanns Referentenentwurf vom November 87)

Weiter wird es um große Geschäfte gehen: nachdem bereits 150 Kampfpanzer „Leopard I" ans türkische Militär geliefert werden, wird über den Verkauf von geländegängigen und für die Aufstandsbekämpfung ausgelegten „Puma" verhandelt. Auch die Lieferung von „Tornado"-Kampfflugzeugen im Werte von über einer Milliarde Mark ist im Gespräch. Im Gegenzug soll die türkische Regierung der Bundeswehr (und möglicherweise auch der NATO) eine Luftwaffen"trainings"basis in der Nähe des zentraltürkischen Konya zur Verfügung stellen — zur Reduzierung des Fluglärms hierzulande und mit dem angenehmen Nebeneffekt, daß der persische Golf dann in der Reichweite bundesdeutscher Bomber liegt.

„Die Einladung an Evren ist ein Schlag ins Gesicht aller demokratischen Menschen in der Türkei und eine Verhöhnung der Menschenrechte", heißt es in einer bereits 1986 veröffentlichten Erklärung von zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen. Am Samstag, dem 15.10. protestierten 2500 Menschen in Bonn gegen den Evren-Besuch. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis türkischer Organisationen (außerhalb des TKP-Spektrums und der PKK). Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der massiv aufgebotenen Polizei, als diese zwei Transparente mit deutschsprachigen Parolen gegen Evren beschlagnahmte bzw. zerstörte.

Jo/AG Türkei

Der Artikel stützt sich im wesentlichen auf Material, das das Informationsbüro Türkei zu einer Pressemappe zusammengestellt hat. Adresse: Informationsbüro Türkei e.V., Postfach 91 11 54, 3000 Hannover 91

Befreit die Cordilleren!

Interview mit einer Vertreterin der Cordillera Peoples' Democratic Front(CPDF)



Ein NFSW-Büro in La Canlota

Die CPDF ist die Untergrund-Massenorganisation in den Cordilleren, der ausgedehnten Bergregion im Norden der philippinischen Hauptinsel Luzon. Die Bewohner dieser Gegend sind in der Mehrzahl Angehörige verschiedener nationaler Minderheiten, die sich zusammengefaßt Igorot nennen.

Die CPDF ist zwar eine eigenständige Organisation, bildet aber faktisch den regionalen Flügel der Nationaldemokratischen Front (NDF), der Untergrundorganisation der philippinischen Befreiungsbewegung.

Wir sprachen mit Chulya Montana, einer Vertreterin der CPDF, über die Besonderheiten einer nationalen Minderheit, über die Entwicklung des Befreiungskampfes in den Cordilleren und über die Anstrengungen der CPDF beim Aufbau der Provisorischen Revolutionsregierung (PRG).
Das Interview führte Ks.

Die Cordilleren sind als Teil der Philippinen bekannt, der von Nationalen Minderheiten bewohnt wird. Kannst Du ein wenig beschreiben, wie die Menschen dort leben?

Die ökonomische Basis und die politische Situation unterscheidet sich in einigen Punkten von der Situation der übrigen Filipinos, die hispanisiert wurden. Der Unterschied liegt darin, daß die Produktionsweise der Igorot, so nennen sich die Völker der Cordilleren, von den Anfängen bis heute dieselbe geblieben ist. Das betrifft vor allem die Landwirtschaft. Wir haben weiterhin die kleinen Landparzellen, die von dem Besitzer bewirtschaftet werden. Dies sind Gegenden, in denen Besitzer und Bewirtschafter identisch sind. Ein Großteil des Landbesitzes gehört den Gemeinden, z. B. Wälder und Weideflächen. Was die sozioökonomischen Strukturen betrifft, so haben wir einen großen Teil unserer Traditionen erhalten, die bis heute in ausreichendem Maße lebensfähig sind.

Die Cordilleren sind als eine Gegend bekannt geworden, in der es den Volksmassen gelungen ist, ihre Rechte zu verteidigen. Wie habt Ihr diese Kraft erworben?

Die Verteidigung des Landes hat eine alte Tradition. Die Menschen leisteten seit je-

Die Verteidigung des Landes hat eine alte Tradition. Die Menschen leisteten seit je-

her Widerstand gegen Eindringlinge. Sie tun das, weil das Land für sie Wert hat. Sie identifizieren sich mit ihm. In der Tat, ohne das Land sind sie nichts. Zuerst verteidigten sie ihr Land gegen die Spanier, später gegen die Amerikaner, die mit betrügerischen Mitteln und Gewalt versuchten, sich Zugang zu unseren Ressourcen zu verschaffen.

Bedeutet das, daß die Stammesvölker in Eurer Gegend daran gewöhnt sind, Waffen zu besitzen?

Ja, die Verwendung von Waffen ist natürlich, um das Land zu verteidigen, um die Dörfer vor Angriffen durch andere Dörfer zu schützen. Dies sind immer Kriegergesellschaften gewesen. Ein Mittel, Stammeskriege zu vermeiden, ist der Abschluß von Friedensverträgen zwischen den Dörfern und Stämmen.

Hat das Militär heute Schwierigkeiten in das Gebiet einzudringen?

Ja, es ist wahr, daß es gewisse Gebiete gibt, die das Militär nicht mehr betreten kann. Dies sind Gebiete, die mit Hilfe der New Peoples Army (NPA, Neue Volksarmee, Anm. Red.) vom Volk selbst verteidigt werden, weil in diesen Gegenden die Dörfer Milizen aufgestellt haben. Dies muß im Zusammenhang mit einem langen Kampf gesehen werden, durch den die Menschen gegangen sind, besonders des revolutionären Kampfes. Die Massenbewegung begann aber früher, nämlich als die Menschen begannen, sich gegen den Chico-River-Staudamm zu wehren.

Bei diesem Projekt wollten der IWF und die Weltbank im Auftrag des damaligen Präsidenten Marcos vier große Dämme in den Cordilleren bauen. Dies geschah damals als Reaktion auf die Ölkrise in den 70er Jahren. Aber als die Menschen merkten, daß ein Großteil ihrer Ländereien überflutet würden, ungefähr zwei Provinzen wären betroffen gewesen, kamen viele Dörfer zusammen. Das war in den Cordilleren nicht selbstverständlich. Ungefähr 25 Dörfer kamen zusammen, weil sie erkannt hatten, daß ihr Land bedroht war und ihr Leben zerstört würde, und so schlossen sie einen Pakt. Wir nennen dies einen Bodong oder Friedensvertrag. Diese Bemühungen erwiesen sich als erfolgreich, weil sich dadurch auch ein Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit der Cordilleren entwickelte. Dieses Projekt ist ein klassisches Beispiel dafür, wie Entwicklungsprojekte die Menschen betreffen können und wie die Menschen in der Lage sind, darauf zu reagieren und Widerstand dagegen zu leisten, so daß der IWF und die Weltbank dieses Projekt zurückziehen mußten.

Wie ward Ihr in der Lage, Erfolge zu erzielen. War es ein militanter und bewaffneter Kampf?

Die Formen des Widerstandes waren sehr unterschiedlich. Die Frauen spielten eine bedeutende Rolle. Zu Anfang, als die Vermessungsingenieure in das Gebiet hineinkamen, haben die Frauen begonnen, die Dörfer zu verteidigen. Sobald sie ihre Zelte aufschlugen, nahmen die Frauen die Zelte und zerstörten die Ausrüstung. Die Männer halfen bei der Verteidigung, mit ihren Waffen natürlich.

Aber wir führen die Stärke der Bewegung auch darauf zurück, daß die New Peoples Army in das Gebiet kam und half, das politische Bewußtsein bei den Menschen zu entwickeln.

Die anderen Formen des Kampfes bestanden in legalem Protest, in Petitionen an Präsident Marcos. Eine Delegation nach der anderen wurde zum Präsidenten geschickt um zu fordern, daß die Chico-Dämme gestoppt werden. Das war die Zeit, wo der Präsident einige Referenden durchführte, in denen es um nationale Fragen ging. Und die Leute boykottierten diese Referenden, um damit gegen die Aktionen der Regierung zu protestieren. Man kann also sagen, daß der Kampf sowohl bewaffnet als auch nicht bewaffnet war. Illegal und legal.

Ihr habt den Kampf gegen die Chico-River-Dämme gewonnen. In welcher Phase befindet sich der revolutionäre Kampf jetzt?

Die Massenbewegung, die durch die Chico-River-Dämme entstanden ist, hat sich ausgeweitet. Sie schließt jetzt Dörfer und Gemeinden ein, so daß in gewissen Gebieten der Cordilleren die Menschen in der Lage sind, ihr Land zu verteidigen und bereits alternative Regierungen aufstellen. Dazu beigetragen haben auch die New Peoples Army und die Milizen der Gemeinden, so daß zu diesem Zeitpunkt die reaktionäre Regierung weniger Ein-

New Peoples Army und die Milizen der Gemeinden, so daß zu diesem Zeitpunkt die reaktionäre Regierung weniger Ein-

fluß auf das Territorium hat.

Kannst Du beschreiben, welche Rolle in diesem Prozeß des Widerstandes die CPDF spielt? Wann hat sie mit dem Widerstand gegen diese Projekte begonnen?

Die CPDF hat erst später begonnen, die Menschen zu organisieren, dies war ungefähr 1981. Die Erfahrung mit dem Chico-River-Staudamm verschaffte uns eine Menge Erfahrungen darüber, für welche Projekte, für welche Ziele die Menschen mobilisiert werden können. In den Cordilleren war es so, daß man eher ganze Gemeinden organisierte als einzelne Gesellschaftsbereiche. Wir fanden heraus, daß in den Cordilleren — sobald die Mehrheit einer Gemeinde in der Lage ist, die Probleme zu verstehen — sich die Gemeinden auf einem viel höheren Niveau dem Kampf anschließen können. Zum einem auf Grund ihrer Tradition des Widerstandes und zum anderen, weil sie ihre Besonderheit als einheimisches Volk sehen.

Es war für sie aber schwierig, die Konzepte, die in den übrigen Philippinen angewandt wurden, zu verstehen. Z.B. wer sind die Grundbesitzer, was sind städtische Arme, was nennen wir national gesinnte Geschäftsleute und all diese Sachen, weil sie keine Erfahrung darin hatten, die Situation in großstädtischen Zentren zu sehen. So führte der Kampf gegen den Chico-River-Damm mit einem kontinuierlichen Fluß von Informationen darüber, was ist der IWF, was sind multinationale Unternehmen, zu einem umfassenden Verständnis der Gesellschaft bei den Völkern der Cordilleren.

Was ist das für ein weiterer Horizont, ist er antiimperialistisch, ist er antikapitalistisch?

Ja, er ist antiimperialistisch, denn sie wenden sich gegen IWF und Weltbank. Er ist antifeudal, weil sie nun etwas über die Folgen wissen, die solche Projekte verursachen. Er beinhaltet auch eine Ausrichtung gegen den bürokratischen Kapitalismus, weil sie gesehen haben, wie Regierungsbeamte und wie das Militär eingesetzt wurden, um sie zu überzeugen, daß diese Dämme notwendig seien. Durch diese sehr konkreten Erfahrungen haben die Menschen gelernt. 1.)

Es scheint, als ob die Cordilleren bereits jetzt oder zumindest in der nahen Zukunft eine Provisorische Revolutionsregierung (PRG) bekommen wird. Was bedeutet das eigentlich?

Z.Zt. organisieren wir die CPDF auf regionaler Ebene. Die CPDF ist von der Ebene der Dörfer hinauf bis zu der Ebene der Gemeinden organisiert. Im letzten Jahr hat die CPDF einen politischen Kongress veranstalten können, wodurch das Niveau der Organisation weiter gehoben wurde. Die revolutionären Kräfte sind nun in der Lage, ungefähr die Hälfte der Bevölkerung der Cordilleren unter ihrer Kontrolle zu halten.

Die Voraussetzungen für eine Provisorische Revolutionsregierung lassen sich klar umreißen. Um eine revolutionäre Regierung aufzustellen, muß es sowohl auf der Dorfebene, als auch auf der Gemeindeebene und auf der Distriktebene eine starke Armee des Volkes geben. Die Kom-

der Dorfebene, als auch auf der Gemeindeebene und auf der Distriktebene eine starke Armee des Volkes geben. Die Kom-

munistische Partei muß entwickelt sein. Es muß eine Miliz geben, die in der Lage ist, die Gemeinde selbst zu verteidigen. Es muß eine starke Massenbewegung geben und die Gemeinde muß frei von Spitzeln oder anderen Feinden des Volkes sein. Dies sind notwendige Voraussetzungen zur Errichtung einer revolutionären Regierung. Das bedeutet zugleich, daß es dann nicht länger eine Kontrolle der reaktionären Kräfte auf die Regierung und Verwaltung der Dörfer, Gemeinden oder Distrikte gibt. Die CPDF wird dann die PRG, die Provisorische Revolutionsregierung.

Ist es richtig zu sagen, daß es z. Zt. eine Art duales System gibt, die Provisorische Revolutionsregierung auf der einen Seite und auf der anderen Seite die offizielle Regierung auch auf der lokalen Ebene?

Um konkret zu sein, auf der Ebene des Dorfes, und das gilt für viele Teile der Philippinen, haben die Menschen Dorfräte eingerichtet, in denen sie sich selbst verwalten können. Und es ist nicht länger die reaktionäre Regierung, die sie regiert. Sie haben also bereits die Zügel der Macht in ihre Hände genommen. Sie haben Komitees gebildet, in denen sie Verwaltungsarbeit in die Hand nehmen können, Steuern, Verteidigung, Rechtssprechung, in denen sie sich um Gesundheitsprobleme und Erziehung kümmern in ihrer Gemeinde. Die Menschen haben diese Art von Verwaltung auf der Ebene der Dörfer bereits in mehreren Gegenden der Philippinen eingerichtet. In den Cordilleren sind von 1.000 Barios oder Dörfern 400 von der CPDF kontrolliert.

Es gibt also 400 Dörfer und wie ist das mit der nächst höheren Ebene?

Benachbarte Dörfer bilden zusammen Gemeinden, Municipalaties. D.h. es gibt auch mehrere organisierte Gemeinden. Einige dieser aneinander grenzenden Gemeinden bilden zusammen einen Distrikt. Und in gewissen Gegenden hat die Organisation die Ebene der Distrikte erreicht.

Bedeutet das, daß auf den Ebenen wo Ihr organisiert seid, auf der Dorfebene, auf der Gemeindeebene oder vielleicht sogar in einem organisierten Distrikt, daß es hier keine offizielle, funktionierende Regierungsstruktur mehr gibt?

Es gibt nach wie vor eine offizielle Regierungsstruktur, z.B. auf der Gemeindeebene. Jedoch existiert auf dieser Ebene bereits eine Gegenstruktur der revolutionären Regierung, der Gemeinderat. 2.) Der Gemeinderat übernimmt hier beide Funktionen, für die reaktionäre Regierung und für die revolutionäre Regierung. D.h. wir haben hier gewonnen.

Bedeutet das, daß in diesen Orten die Regierungsressourcen unter der Kontrolle des Volkes sind?

Ja. Auf dieser Ebene, also auf der Gemeindeebene, haben wir z.B. ein offizielles Büro oder Komitee für Rechtsangelegenheiten oder für auswärtige Angelegenheiten gebildet. Dieses Komitee, dem der Bürgermeister vorsteht, kümmert sich darum, daß es in der reaktionären Regierung repräsentiert ist. Der

dem der Bürgermeister vorsteht, kümmert sich darum, daß es in der reaktionären Regierung repräsentiert ist. Der

Bürgermeister wird bei den Wahlen, die durch die reaktionäre Regierung durchgeführt werden, gewählt. Es geht aber nicht nur um Verwaltung. Es geht auch um Verteidigung. Das ist der Grund dafür, daß es eine stärkere Kontrolle des Gebietes mit bewaffneten Kräften geben muß. Sowohl durch die NPA als auch durch die Miliz.

In welchem Maße kann das Militär Eure Strukturen noch zerstören oder beeinträchtigen und in welchem Ausmaß tut es das?

Das Militär in den Cordilleren kann die Städte bombardieren, es kann die Dörfer bombardieren, aber die Menschen werden trotzdem in der Lage sein, wieder zurückzugehen und das Land zu verteidigen. Wenn wir von Verteidigung des Landes sprechen, dann meinen wir nicht, daß das Militär nicht in dieses Gebiet eindringen kann, sie können uns mit Helikoptern, mit Panzern, mit Flugzeugen angreifen, sie können Durchsuchungsaktionen durchführen. Jedoch können sie die Bevölkerung nicht mehr zwingen, daß Land zu verlassen, weil die Menschen ihre materielle Grundlage verteidigen können. Sie gehen zurück in ihre Gemeinden und arbeiten weiter auf dem Land. In einigen Gebieten haben die Menschen nach den Bombardierungen, die zu Beginn dieses Jahres durchgeführt wurden, Maßnahmen ergriffen, um das Militär zu stoppen, es daran zu hindern, die Nahrungsmittelversorgung zu kontrollieren und eine Lebensmittelblockade einzurichten. Mit geschickten Maßnahmen war es den Menschen möglich, in den Gemeinden zu bleiben. Sie haben sich nicht evakuieren lassen.

In den Cordilleren ist es für das Militär schwierig, Gebiete zu bombardieren, weil die Gegend sehr bergig ist. Es ist auch schwierig für das Militär, größere Zahlen von Soldaten hineinzubringen, weil sie sich dort nicht ernähren können. Wir vermuten, daß es in den Ebenen sein wird, wo das Militär mit allen Mitteln versuchen wird, die revolutionäre Bewegung zu stoppen und an der Expansion zu hindern. Aber in den Cordilleren können sie das nicht mehr. Das ist auch ein Grund dafür, daß die CPDF sehr eng mit der NDF in den benachbarten Regionen zusammenarbeitet.

Welcher Art sind diese Beziehungen. Du sagtest, daß die NDF im Flachland stärker gefährdet ist als Ihr. Helft Ihr oder wie sind diese Beziehungen?

Die Cordilleren — auf Grund ihrer bergigen und schwer zugänglichen Gegend — sind das Gebiet, in das sich die New Peoples Army zurückziehen kann. Sie können somit der NPA als Basis dienen, weil auch die Menschen in den Cordilleren bereit sind, größere Formationen, militärische Formationen zu unterstützen.

Seid Ihr bereits dabei, die Provisorische Revolutionsregierung auf regionaler Ebene aufzubauen?

Gegenwärtig sind wir dabei, in den ganzen Cordilleren eine Provisorische Revolutionsregierung zu errichten. Dieser Aufbau geschieht in einem Prozeß, und es kann 1 — 2 Jahre dauern oder länger. Dies hängt von der Intensität der Interventionen durch die USA und ihrer Verbün-

kann 1 — 2 Jahre dauern oder länger. Dies hängt von der Intensität der Interventionen durch die USA und ihrer Verbün-

deten ab. Wir glauben, daß es auch direkte Interventionen geben kann. Z.Zt. sind es noch indirekte Interventionen, z.B. durch sozioökonomische Programme von der reaktionären Regierung, durch kulturelle Maßnahmen, durch bestimmte Kirchen, durch das Peacecorps.

Hierzu noch eine Frage: Es gibt diese Projekte von der EG. Z.B. Straßenbau oder Infrastrukturmaßnahmen zur Erleichterung des Exports von Agrarprodukten. Kannst Du uns darüber etwas sagen. Welche Rolle spielen diese Projekte in Eurem Kampf?

Z.Zt. sehen wir uns konfrontiert mit einer riesigen Menge von Kapital, das ins Land kommt und ein Programm stammt von der EG. Die Größenordnung beträgt ungefähr 40.000.000 ECU. (1 EQU = 1 DM, Anm. Red.)

Was ist das für ein Programm?

Die Projekte sind zum großen Teil Infrastrukturprojekte, Bewässerungssysteme, Straßenbau, elektrische Leitungen, Brücken. Sie nennen dies Mikroprojekte. Aber im Kontext eines Dorfbewohners können Mikroprojekte auch Makroprojekte sein, weil die Auswirkung dieser Projekte bedeuten kann, daß sich viele ihrer Systeme ändern werden, und es kann dadurch eine Entwicklung in Gang gesetzt werden, auf die sie nicht vorbereitet sind. Deshalb glauben wir, daß diese Maßnahmen gegen den Kampf des Volkes gerichtet sind und eine reformistische Tendenz in Gang setzten sollen, die auch die Menschen verändern wird. Reformistisch heißt hier, daß es den Menschen verwehrt wird, die dringend benötigten Ressourcen in die eigenen Hände zu bekommen. Nützlich ist es nur für große Geschäftsleute oder multinationale Unter-

Fortsetzung nächste Seite

Zeitbombe Landreform

Gespräch mit Jaime Tadeo, Vorsitzender einer Bauernorganisation

Wenn es auf den Philippinen um die Verteilung des fruchtbaren Bodens geht, gibt es zwei Parteien: die der Landbesitzenden und die der Besitzlosen. 20 Prozent der erstgenannten kontrollieren 80 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche der Inseln. Zwei Versuche, diese Zeitbombe der philippinischen Gesellschaft zu entschärfen, hat es in der Vergangenheit schon gegeben, unter den Präsidenten Magsaysay und Marcos. Wie die Landlosen und die in Armut lebenden Bauernfamilien versuchen, sich gegen den dritten Anlauf unter Corazon Aquino zur Wehr zu setzen, erläutert der Vorsitzende der rund drei Millionen zählenden philippinischen Bauernorganisation „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas". Stefan Bub, Mitarbeiter in der Terre des homme Pressestelle Osnabrück, sprach mit Jaime Tadeo:

In den Straßen der philippinischen Hauptstadt Manila ertönte im Februar 1986 des öfteren der Schlager „Tie a yellow ribbon round the old oak tree". Das „gelbe Band" war ein Symbol der damaligen Präsidentschaftskandidatin Corazon Aquino, das die „alte Eiche" in Gestalt des Diktators Ferdinand Marcos umkränzen sollte. Marcos floh am 25. Februar des Jahres ins Ausland, die Eiche war eingewickelt. Welchen Anteil hatte die „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas" (KMP) an dieser Entwicklung?

Gut, sprechen wir über das „gelbe Band". Viele Mitglieder unserer Bauernorganisation unterstützten Aquino bei den Demonstrationen gegen das alte Regime. Im Wahlkampf Anfang 1986 stellte sie zwei, für uns wichtige Themen heraus: die wirtschaftliche Krise auf den Philippinen und den wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Verursacher der sozialen Mißstände. Und, was noch wichtiger war, sie forderte als Konsequenz die Durchführung einer Landreform.

Nach der „people power — Revolution" wurde ich von der neuen Präsidentin Aquino als Repräsentant der philippinischen Bauern ausgewählt. Im Mai 1986 traf sich daraufhin der vereinigte nationale Rat der „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas", um ein Landreformprogramm auszuarbeiten. Am 5. Juni übereichten wir unsere Vorschläge der Präsidentin. Drei Punkte standen für uns im Vordergrund: Erstens die politischen Machtverhältnisse im Lande so zu gestalten, daß der philippinischen Bauernschaft ein ihrer Größe entsprechendes Stimmrecht bei Entscheidungen zufällt. Zweitens die ökonomische Basis dafür zu schaffen, sprich mit der Umverteilung des fruchtbaren Agrarlandes die bislang armen Bauernfamilien in die Wirtschaft des Landes

baren Agrarlandes die bislang armen Bauernfamilien in die Wirtschaft des Landes

einzugliedern. Um drittens dies überhaupt verwirklichen zu können, muß unserer Auffassung nach zuerst einmal eine staatliche Souveränität hergestellt werden. Dies ist nicht möglich, solange die USA durch ihre beiden größten Militär basen in Übersee, Clark Air Field und Subic Naval Base, auf den Philippinen präsent ist.

Zu dem Zeitpunkt, als wir diese Vorschläge Corazon Aquino übermittelten, gab es noch keine neue Verfassung. Die Präsidentin hätte also per Dekret die Durchführung einer Landreform vorantreiben können. Dies war nicht der Fall. Zwei Jahre später, Anfang Juni 1988, unterzeichnet sie einen Gesetzentwurf, das „Comprehensive Agrarian Reform Program" (siehe Kasten), das an den jetzigen Besitz- und somit auch an den Machtverhältnissen nichts ändern wird.

Es war der ehemalige nationalistische Senator der Philippinen, Claro M. Recto, der den Satz prägte, daß „die US-Militärbasen ein Dolch im Rücken des Volkes sind". Wenn Sie sagen, daß eine Landreform im Sinne der KMP nicht möglich ist, solange es diese militärische Bedrohung gibt, wie kann dann dieser „Dolch" entfernt werden?

Unserer Auffassung nach sind die semi-feudalistischen Besitzverhältnisse auf den Philippinen die wirtschaftliche Basis dessen, was wir US-Imperialismus nennen. Werden diese Feudalstrukturen zerstört, ist dieser Imperialismus einer seiner wichtigsten Lebensadern beraubt. Das ist unser Ansatzpunkt als Bauernorganisation.

Halten Sie den bewaffneten Kampf für ein geeignetes Mittel, um diese Besitzverhältnisse zu ändern?

Die Zielsetzungen der „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas" stimmen im wesentlichen zum Beispiel mit denen der „Pambansang Katipunan ng mga Magbubukid" (PKM), der Bauernorganisation der linksgerichteten „Nationalen Demokratischen Front", überein. Es werden aber unterschiedliche Aktionsformen benutzt. Die PKM hält den bewaffneten Kampf für erforderlich, während wir versuchen, mit friedlichen Mitteln weiterzukommen.

Wenn wir allerdings vor die Wahl gestellt werden, uns zu unterwerfen, was bedeutet an Hunger zu sterben, oder für unsere Rechte zu kämpfen, werden wir uns verteidigen.

Verteidigen ist das Stichwort für die nächste Frage. Nach Angaben der Zeitung „Philippine Daily Inquirer" operieren allein auf der südlichen Insel Mindanao rund 70.000 vom Militär bestens ausgerüstete paramilitärische Einheiten, sogenannte Vigilante-Gruppen, gegen den „inneren Aufruhr" seitens der Bauern. Wie können sich Mitglieder oder Sympathisanten ihrer Organisation gegen die Angriffe der Militärs und der Todesschwadrone schützen?

Die Übergriffe in fast allen Teilen des Landes beeinträchtigen die „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas" in beträchtlichem Maße. Auf der Insel Leyte zum Beispiel wurde unsere Organisation fast vollständig zerstört. Auf Cebu, einer Nachbarinsel, reduzierte sich die Mitgliederzahl der KMP um rund 17.000 auf 6.000. Können Sie sich vorstellen, was das heißt?

Wir setzen dem eine noch stärkere Organisierung der KMP-Mitglieder entgegen, um so den Aktionsradius des Militärs und der Vigilanten, die versuchen, unsere Leute für ihre Zwecke umzudrehen, einzudämmen.

Das betrifft jetzt den organisierten Teil der Bauernschaft, ihre Mitglieder und Kader. Wie können sich die weniger organisierten Bauernfamilien der Angriffe erwehren?

Die Situation ist die: Es finden fast täglich Bombenangriffe auf ländliche Gebiete statt. Die Menschen fliehen aus ihren Dörfern. Nach dieser geplanten Vertreibung der Dorfbewohner setzen sich Militärs und Paramilitärs in den Dörfern fest, errichten dort ihre Kontrollstationen.

Organisierte Maßnahmen, sich davor zu schützen, bestehen zum Beispiel darin, eigene Kontrollposten 24 Stunden pro Tag Wache halten zu lassen und die Zufahrtswege eines Dorfes zu verbarrikadieren. Erreichen Militärs oder Todesschwadrone von uns besetzte Gebiete, empfangen sie die Bauern mit ihren langen Schlagmessern (Bolos). Wenn wir eine drohende Evakuierung von Dorfbewohnern nicht verhindern könne, versuchen wir zumindest sicherzustellen, daß die Flüchtenden von KMP-Kadern begleitet werden. Das ist das, was wir tun können. Andere Gruppen, die sich für die Interessen der Bauern einsetzen, sind ja auch nicht untätig.

Wie stark ist Ihre persönliche Sicherheit und die der regionalen KMP-Führer gefährdet?

Ich selbst kann nicht mal mehr ins Büro unserer Organisation in Manila gehen, ohne einen Anschlag auf mein Leben fürchten zu müssen. Die anderen Führer der Organisation befinden sich in ähnlichen Situationen. Wir haben spezielle Häuser eingerichtet, deren genaue Lage nur denen bekannt ist, die sich dort zu Besprechungen aufhalten. Wir müssen darüber hinaus jede Nacht woanders schlafen, um nicht gefangen genommen oder getötet zu werden.

Trotz dieser schwierigen Situation arbeitet die Zeit für uns. Das Machtmonopol der herrschenden Elite und der Großgrundbesitzer stürzt das Land in eine immer größer werdende wirtschaftliche Krise. Die Durchführung einer wirklichen Landreform wäre ein Ausweg daraus.

Wann ist eine solche Landreform Ihrer Ansicht nach zu erwarten?

Ohne eine direkte militärische Intervention der USA bin ich sehr optimistisch. Innerhalb von zwei Jahren.



Vom Militär niedergebranntes Bauernhaus

Aquinos Landreform

Anfang Juni 1988 unterzeichnete die philippinische Präsidentin Corazon Aquino den „Republic Act No. 6657", bekannt unter dem Namen „Comprehensive Agrarian Program", der die gesetzliche Grundlage der seit langem angekündigten „grundle-

genden Neuverteilung" des fruchtbaren
Program", der die gesetzliche Grundlage der seit langem angekündigten „grundle-

genden Neuverteilung" des fruchtbaren Bodens der Inseln darstellt.

Dem Gesetzestext zufolge sollen von insgesamt 9,7 Millionen Hektar zur Zeit nutzbarer landwirtschaftlicher Fläche vorerst nur 2,6 Millionen Hektar staatlicher Grundbesitz an 2,7 Millionen landlose Bauernfamilien umverteilt werden. Danach erst wollen die Regierenden damit beginnen, sich an den Privatbesitz von Ländereien zu wagen. Offiziell soll jeder Landbesitzer nur noch fünf Hektar sein eigen nennen dürfen, jeweils drei Hektar können seine gesetzlichen Erben, oder jene, die dazu ernannt werden, behalten.

Von dieser Regelung ausgenommen bleiben vorerst Ländereien bis zu einer Größe von 50 Hektar, die großen Obst- und Zuckerrohrplantagen, Besitzungen, die der Viehhaltung oder dem Maisanbau dienen und bis zu 24 Hektar große Gebiete, die von ihren Eigentümern als Bauland bezeichnet werden.

In einer Erklärung der „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas" (KMP), der größten Bauernorganisation der Philippinen, wird dazu festgestellt, daß die Reform „die jahrhundertelange Armut und Ausbeutung der Bauern und Landarbeiter nicht beenden wird, weil das Landreformgesetz in der jetzigen Form das Problem der feudalistischen Landmonopole nicht beseitigt". Daß Landbesitzer mit durchschnittlich zwei Erben elf Hektar zurückbehalten dürften, bedeute, daß 75 Prozent der privaten Ländereien von der Reform ausgeschlossen seien.

Die KMP fordert in einem „Programm für eine echte Landreform" die sofortige gerechte Verteilung allen landwirtschaftlichen Besitzes, einschließlich der privaten Ländereien, und unabhängig davon, was darauf angebaut wird. Die Nutznießer einer solchen Reform sollen in erster Linie Bauern sein, die zwar Pächter sind, aber zuwenig Land zum Überleben haben, sowie Landarbeiter und landlose Bauernfamilien, die weder Land gepachtet haben, noch sich als Landarbeiter und Landarbeiterinnen verdingen. (stb)

Fortsetzung von vorheriger Seite

nehmen, die beabsichtigen, in die Cordilleren zu kommen, um die Produkte oder die Ressourcen der Cordilleren auszubeuten. So sollen z.B. Reisterrassen, die dem Reisanbau der Bevölkerung dienen, in Felder für Exportprodukte umgewandelt werden.

Was erwartet Ihr von uns?

Unser Kampf hat jetzt eine neue Qualität erreicht. Wir haben dazu aufgerufen, daß die Bevölkerung sich massenhaft am Kampf beteiligt, nicht allein mehr am Kampf um die Verteidigung, sondern jetzt am Kampf um Befreiung des Landes — der Cordilleren insgesamt. Was die reaktionäre Regierung angeht, so sehen wir voraus, daß die USA mit direkten Interventionen ihr zuhilfe kommen wird. Dagegen brauchen wir Solidarität. Wir brauchen Unterstützung von allen Menschen, Organisationen, Gruppen und Nationen, die sich nach Freiheit, nach Befreiung und Frieden sehnen. Wir bitten, uns bei dem zu unterstützen, was wir erreicht haben. Moralisch und politisch, z.B. indem ihr unser Bemühen um eine Provisorische Revolutionsregierung bekannt macht. Wir begrüßen auch alle materielle Unterstützung, sowohl für den bewaffneten, revolutionären Kampf, als auch für sozioökonomische Projekte und andere Programme in den Dörfern und Gemeinden, um auch in diesem Bereich das Fundament für unsere Provisorische Revolutionsregierung zu stärken.

Jetzt ist die Zeit, die Cordilleren zu befreien.

Anmerkungen:
1.) Imperialismus, Feudalismus und Bürokratischer Kapitalismus sind nach dem Verständnis der Nationaldemokratischen Front (NDF) die Hauptübel der philippinischen Gesellschaft.
2.) Diese Gemeinderäte sind revolutionäre Räte und nicht mit Kommunalparlamenten zu verwechseln.

„Die politischen Freiräume ausnutzen..."

Interview mit Ugo Navarette(FDR) zur Wahlbeteiligung der CD

Interview mit Ugo Navarrete von der Frente Democratico Revolucionario (FDR) zur aktuellen Situation in El Salvador und zur Beteiligung des Parteienbündnisses Convergencia Democratica (CD) an den Präsidentschaftswahlen im März 1989.

Navarrete ist Mitglied im Vorstand des Movimiento Nacional Revolucionario (MNR), einer der beiden Mitgliedsorganisationen der FDR, die sich an den Präsidentschaftswahlen beteiligen wollen (die andere ist der Movimiento Popular Social Christiano). An der Convergencia Democratica ist außer dem MNR und dem MPSC noch die Ende 1985 gegründeten, „legal" in El Salvador agierende Partido Social Democrata (PSD) beteiligt.

Das Interview wurde am 10. September 1988 in Guadalajara, Mexico, von Reimar Paul geführt.

Die Convergencia Democratica hat beschlossen, an den Präsidentschaftswahlen in El Salvador im kommenden März teilzunehmen. Auf welcher Einschätzung der aktuellen politischen Situation basiert diese Entscheidung?

Die Situation in El Salvador hat sich nicht wesentlich verändert. Das Land befindet sich weiterhin im Kriegszustand. Weiterhin werden massiv die Menschenrechte verletzt. Grundlage der Entscheidung, an den Wahlen teilzunehmen, ist eine geringfügige politische, nicht demokratische, Öffnung aufgrund der Vereinbarungen von Esquipulas II. Die Regierung hat sich dabei verpflichtet, mit der Demokratisierung zu beginnen. Wir wollen mit unserer Entscheidung Druck auf die Regierung ausüben, damit sie diesen Verpflichtungen nachkommt.

Politische Öffnung — heißt das, daß Sie unter annähernd gleichberechtigten Bedingungen an den Wahlen teilnehmen und den Wahlkampf führen können? Kann die CD zum Beispiel öffentlich ihre Politik und ihr Programm vertreten?

Das ist nicht einfach. Man kann sich nicht frei im Land bewegen; die Opposition kann sich nicht frei artikulieren. In den größeren Städten gibt es zwar Möglichkeiten, sich zu versammeln, aber in den kleinen Orten oder auf dem Land ist das im legalen Rahmen praktisch nicht möglich. Wir sind deshalb gezwungen, Wege für eine andere Kampagne zu finden.

Haben Sie denn Zugang zu den Medien? Wie weit ist denn die politische Öffnung da fortgeschritten? Ist es für die linke Opposition möglich, im Fernsehen, im Radio oder in den Zeitungen Propaganda zu machen oder werden Sie, wie sonst, nur im Zusammenhang mit dem „Terrorismus" erwähnt?

In den letzten Monaten hat es in einigen Medien eine leichte Öffnung gegeben, vor allem in den Funkmedien. Es gab Möglichkeiten zur öffentlichen Debatte; ich selbst habe an einer Fernsehdiskussion mit dem Minister für Kultur und Kommunikation teilgenommen. Mehrere Radiostationen haben Mitglieder der FDR und der CD zu Interviews eingeladen. In der Presse gibt es dagegen überhaupt noch keine Öffnung. In manchen Zeitungen können wir bezahlte Anzeigen aufgeben.

Haben denn die CD oder die FDR bzw. ihre Mitgliedsorganisationen, kein eigenes Organ, keine eigene Zeitung, die im Land verteilt wird?

Nein. Keine der linken Oppositionsparteien hat ein eigenes Informationsorgan. Wir sind auf die kommerziellen Medien angewiesen, die Redaktionen in den Funkmedien und die Anzeigenseiten in den Zeitungen.

Welche organisatorische Basis haben FDR und CD in El Salvador? Die FDR hat ja in den letzten Jahren fast ausschließlich vom Ausland aus Politik betrieben; die CD ist ein ziemlich neues Gebilde. Existiert so etwas wie eine Struktur? Wieviele Mitglieder haben die FDR und die CD?

Die FDR-Parteien, deren Leitungen sich seit Jahren im Exil befinden, haben natürlich große Teile ihrer Basis verloren. Seitdem wir Ende letzten Jahres begonnen haben, wieder nach El Salvador einzureisen, befinden wir uns in einer Phase der Re-Organisation bzw. des organisatorischen Neuaufbaus. Die dritte Partei der CD ist die 1985 gegründete Sozialdemokratische Partei. Auch sie als neue Partei ist dabei, ihre Basis zu verbreitern.

Es ist doch abzusehen, daß es bei den Wahlen einen massiven Betrug geben wird, vor allem natürlich zuungunsten der CD. Bietet die Teilnahme der CD an den Wahlen dem Regime, egal ob unter einer ARENA- oder einer christdemokratischen Regierung, nicht die ideale Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu „beweisen", wie wenig Unterstützung der „Terrorismus" (in der öffentlichen Propaganda werden FDR und FMLN ständig mit dem Synonym „Terroristen" belegt; R.P.) im Volk findet?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Die politischen Freiräume ausnutzen..."

Interview mit
Ugo Navarette(FDR)
zur Wahlbeteiligung der CD

Das ist eine reale Gefahr. Die Regierung wird das in jedem Fall versuchen. Aber wir vertrauen auf das fortgeschrittene Bewußtsein des Volkes, das Betrugsmanöver zu erkennen und zu durchschauen. Wir haben in der FDR lange über die Vor- und Nachteile einer Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen diskutiert. Überwogen hat schließlich der Aspekt, die politischen Freiräume auszunutzen und auszubauen, Propaganda für unsere Vorstellungen und unser Programm zu machen, die Regierung politisch unter Druck zu setzen. Für all das bietet ein Wahlkampf die Gelegenheit.

Was sind die Kernpunkte Ihres Wahlprogramms?

Das Programm liegt noch nicht vor. Aber Sie kennen die zentralen Forderungen der FDR, von denen sich das Wahlprogramm der CD nicht wesentlich unterscheiden wird: Verhandlungslösung der gesellschaftlichen Konflikte, Wiedererlangung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Blockfreiheit ...

Können sich die drei Parteien auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen?

Ja. Wir werden einen einzigen Präsidentschaftskandidaten und einen einzigen Vize-Präsidentschaftskandidaten benennen.

Wann?

Im Oktober, bei einer Versammlung der Leitungen dieser drei Parteien.

Den Wahlbetrug einmal außer acht gelassen — mit welchem realen Wahlergebnis für die CD rechnen Sie?

Wir glauben, drittstärkste Kraft zu werden (hinter der ARENA und der Christdemokratischen Partei, R.P.). Trotz großer Sympathien, die der CD von der Bevölkerung als neuer, alternativer Kraft entgegengebracht werden, braucht man in einem Wahlkampf viel Geld. Die beiden großen Rechtsparteien werden viele Millionen verschwenden, die Christdemokraten mit Hilfe der USA, die ARENA mit Unterstützung der Oligarchie. Wir haben keine großen finanziellen Möglichkeiten und können mit den Mitteln, die das Volk uns zur Verfügung stellt, nur eine sehr bescheidene Kampagne machen.

Der MNR ist eine sozialdemokratische Partei, ist Mitglied in der Sozialistischen Internationale. Was hat das Auftauchen einer neuen sozialdemokratischen Partei in El Salvador zu bedeuten? Gibt es so große Unterschiede?

Zwischen allen drei Parteien der CD gibt es Unterschiede. Die CD ist lediglich ein Bündnis von Parteien, die sich aufgrund von Übereinstimmung in wichtigen Fragen zusammengeschlossen haben. Der Unterschied zwischen MNR und PSD ist, daß der MNR ein sozialistisches und revolutionäres Selbstverständnis hat. Ein weiterer, daß sich der MNR als Mitgliedsorganisation der FDR zum politischen Bündnis mit der FMLN bekennt.

Die FMLN hat kürzlich in einer Serie von Interviews ihrer Kommandanten die Präsidentschaftswahlen nichts weiter als ein neues Manöver des Aufstandsbekämpfungsprogrammes der US-Regierung bezeichnet, das politisch und militärisch bekämpft werden wird. Wie, glauben Sie, bewertet Ihr Bündnispartner FMLN Ihre Entscheidung, an diesen Wahlen teilzunehmen?

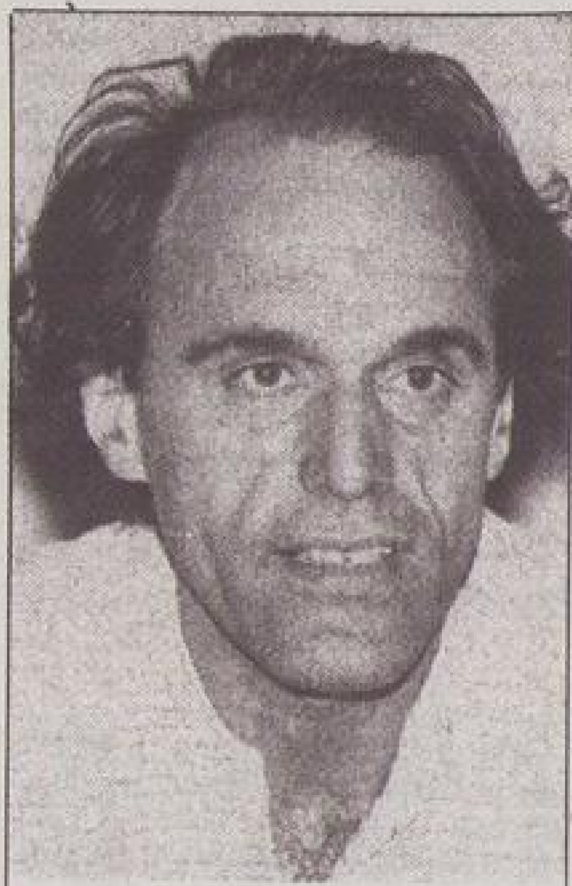
Diese Frage muß natürlich vor allem die FMLN beantworten. Ich denke, daß die FMLN sich nicht gegen die Kandidatur der CD stellen wird. Ich habe zu erklären versucht, daß wir diese Wahlen ebenfalls nicht als demokratisches Ereignis sehen, sondern in der Beteiligung die Gelegenheit suchen, politische Räume auszunutzen und zu erweitern. Daß unsere Entscheidung, an diesen Wahlen teilzunehmen, also eine taktische Entscheidung ist. Die FMLN wird auf der anderen Seite die Kandidatur der CD auch nicht öffentlich unterstützen, sondern, so vermute ich, sich der Kandidatur gegenüber wohlwollend-neutral verhalten.

El Salvador:

Militär gegen linke Ausländer

Die staatliche Repression in dem kleinen mittelamerikanischen Land El Salvador hat sich seit Mitte des vergangenen Jahres massiv verschärft. Spätestens die Ermordung des Präsidenten der regierungsunabhängigen Menschenrechtskommission (CDHES-NG) Herbert Anaya Sanabria am 26.10.1987 — also nur zweieinhalb Monate nach der Unterzeichnung des Friedensplans von Esquipulas — markierte den Punkt, an dem die Sicherheitskräfte wieder unumschränkt zu einer Politik der offenen Repression übergingen. Seit Anfang 1988 und verstärkt seit dem Wahlsieg der ultrarechten ARENA-Partei bei den Bürgermeister- und Parlamentswahlen vom März und dem damit verbundenen endgültigen Scheitern des „Projekts Duarte" richten sich die staatlichen Zwangsmaßnahmen zunehmend auch gegen Mitglieder ausländischer Hilfswerke, Menschenrechtsgruppen und internationale Delegationen. Was mit Einschränkungen im Bewegungsspielraum begann, weitete sich immer mehr aus. Im August begann schließlich eine regelrechte Ausländerhetze. Seit Anfang August sind in El Salvador rund 100 Mitglieder internationaler Organisationen, ausländischer Delegationen und Solidaritätsgruppen festgenommen und des Landes verwiesen worden. Die Ermordung des 42-jährigen Schweizer Theologen und Mitarbeiters des Züricher Mittelamerikasekretariats *Jürg Weis* am 22.8.1988 bildete den bisherigen Höhepunkt dieser Kampagne. *Jürg* hielt sich in El Salvador auf, um die Situation der Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten zu untersuchen. Er wurde zusammen mit seinen beiden einheimischen Begleitern von der Nationalpolizei umgebracht, als er unterwegs war zu einem Dorf, das kurz zuvor von der Armee bombardiert worden war. Auch nach dem Mord an *Jürg Weis* reißt die Hetze der salvadorianischen Sicherheitskräfte gegen AusländerInnen nicht ab.

Am 13.9.1988 wurden insgesamt 11 AusländerInnen, darunter eine fünfköpfige Delegation des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit aus München und der Medizinstudent *Christian Steuber* aus Westberlin in der Hauptstadt San Salvador festgenommen, mißhandelt und tags darauf des Landes verwiesen. Die Mitglieder der Münchner Delegation *Bettina Hecke, Michael Krämer, Anja Romaus, Barbara Wagner* und *Kai Weber* hatten den Auftrag, sich über die Menschenrechtssituation in dem mittelamerikanischen Kleinstaat zu informieren. Aus dem geplanten zwölftägigen Programm, das Gespräche mit Menschenrechts- und Volksorganisationen umfaßte, wurde nichts, aber wie es um die Menschenrechte in El Salvador steht, haben die Mitglieder der Delegation aus München am eigenen Leib erfahren. Bereits am Tag nach ihrer Ankunft in El Salvador und nur eine Viertelstunde, nachdem sie zum ersten Mal gemeinsam ihr Hotel verließen, wurden sie von Anti-Aufstands-Einheiten (anti-motines) der Nationalpolizei in der Nähe des Marktes im Stadtteil San Miguelito festgenommen, als sie gerade auf dem Weg zu einem Gespräch mit der Menschenrechtsabteilung des Gewerkschaftsdachverbandes UNTS (Union Nacional de Trabajadores Salvadorenos) waren. Die schwerbewaffneten Polizisten zwangen sie auf ein Fahrzeug der Nationalpolizei, mit dem sie zum Finanzministerium gefahren wurden.



Jürg Weis

Wurde am 22.8.1988 in EL Salvador ermordet. Die genauen Todesumstände sind noch nicht bekannt und Gegensdtand einer Untersuchung. Mit ihm zusammen wurden zwei Salvadorianer ermodet. Ihnen und Jürg Weis wird vom Miltär vorgeworfen ein bewaffnetes Kommando der FLNM gebildet zu haben

Dort war kurz vorher eine Demonstration der salvadorianischen Nationaluniversität (UES) von Sicherheitskräften unter Einsatz von Schlagstöcken, Tränengas und Schußwaffen aufgelöst worden. Die Studenten, Uni-Angestellten und Professoren hatten für die Auszahlung des gesetzlich vorgesehenen — aber von der Regierung verweigerten — Universitätsetats demonstriert.

Beim Finanzministerium angekommen, wurden die fünf MünchnerInnen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal von der Demonstration gehört hatten, durch ein rund 50 Meter langes Spalier von Polizisten, welche sie mit Schlagstöcken, Holzlatten und Eisenstangen schlugen, bespuckten und beschimpften, in bereitgestellte Linienbusse getrieben. Zusammen mit 235 festgenommenen und z.T. schwerverletzten Salvadorianern wurden sie zur Zentrale der Nationalpolizei transportiert, wo sie unter Schlägen, Drohungen und Beschimpfungen erkennungsdienstlich behandelt und mit verbundenen Augen mehrere Stunden lang verhört wurden. Die Frauen waren darüberhinaus ständigen sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungsdrohungen ausgesetzt.

„Im Vergleich zu den Salvadorenos sind wir allerdings aufgrund unseres Ausländerstatus' noch recht glimpflich davongekommen", gaben die Festgenommenen nach ihrer Rückkehr auf einer Pressekonferenz in München zu bedenken. Immer wieder hörten sie vor allem von Frauen Angst- und Schmerzensschreie, die vom Gejohle und Applaus der z.T. betrunkenen Polizisten begleitet wurden. Es fielen sogar Schüsse in dem Gebäude.

Am späten Nachmittag wurden die sechs Deutschen zusammen mit den beiden ebenfalls festgenommenen Nordamerikanern, zwei Japanern und einem Guatemalteken der salvadorianischen Presse und dem Fernsehen als Rädelsführer und Hauptprovokateure der Studentendemonstration vom Vormittag präsentiert, bei der im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten nach Agenturberichten ein Wasserwerferfahrer erschossen wurde: Im Licht greller Scheinwerfer wurden ihnen für einige Sekunden die Augenbinden abgenommen, Fotos geschossen und gefilmt. Interviews wurden nicht zugelassen.

Noch in der Nacht wurden die AusländerInnen auf einem Kleinlastwagen von schwerbewaffneten Polizisten in Zivil ins Hauptquartier der berüchtigten Finanzpolizei (Policia de Hacienda) gefahren. Dort wurden ihnen die letzten persönlichen Gegenstände abgenommen, sie wurden erneut stundenlang verhört und selbst die Frauen mußten sich vor den Augen der Polizisten ausziehen. Nur mit Polizeiunterwäsche bekleidet und z.T. in Handschellen wurden sie schließlich in kalte Einzelzellen gesperrt. Nach drei Stunden Schlaf wurden die Verhöre fortgesetzt, die Frauen in ihren Zellen gefilmt und erneut massiv bedroht.

Im Laufe des Vormittags wurde dann die deutsche Botschaft verständigt und aufgefordert, die festgenommenen Bundesbürger in Empfang zu nehmen, nachdem am Vorabend auf Anfrage der Botschaft von salvadorianischer Seite mitgeteilt worden war, es seien keine Deutschen unter den Festgenommenen. Freigelassen wurden die Inhaftierten allerdings erst, nachdem sie unterschrieben hatten, daß sie wegen Teilnahme an Straßenunruhen, die gegen die Sicherheit des Staates gerichtet waren, festgenommen wurden, daß sie während der Haft weder bedroht noch körperlich oder seelisch mißhandelt, sondern im Rahmen der Gesetzgebung vernommen wurden, alle persönlichen Gegenstände wieder zurückbekommen hätten und daß sie sich guter Gesundheit erfreuten. Nach ihrer anfänglichen Weigerung, dies — weil unrichtig — zu bestätigen, so berichten die Festgenommenen, habe der Vertreter der deutschen Botschaft ihnen dringend geraten zu unterzeichnen, „sonst kriegen wir Sie hier nicht raus". Unter diesem Druck und angesichts des Schicksals von *Jürg Weis* hätten sie schließlich unterschrieben.

Während die AusländerInnen binnen zwölf Stunden das Land verlassen mußten und die Regierung ihnen ein lebenslanges Einreiseverbot aussprach, wurde der größte Teil der festgenommenen Salvadorianer erst in den Folgetagen und -wochen nach z.T. schwerer Folter freigelassen. Mindestens vier Gefangene gelten nach wie vor als verschwunden.

Die Maßnahmen der salvadorianischen Regierung gegen AusländerInnen hatten sich Anfang August drastisch zugespitzt. Innerhalb kürzester Zeit wurden zwei Engländer, eine 15-köpfige spanische Delegation sowie drei Belgier festgenommen und unter dem Vorwurf der Guerillaunterstützung des Landes verwiesen. Auch im Zusammenhang mit der Rückkehr von rund 1500 salvadorianischen Flüchtlingen aus dem hondurianischen Flüchtlingslager Mesa Grande wurde vom Militär besonders gegen die ausländischen TeilnehmerInnen der Begrüßungskonvois aus der Hauptstadt San Salvador agitiert. Das Militär hatte die Straße nach Chalatenango und zur hondurianischen Grenze gesperrt und hielt den Begrüßungskonvoi mit rund 750 Menschen insgesamt vier Tage lang fest. Wie schon bei zwei Demonstrationen Ende Juli wurde auch hier den ausländischen TeilnehmerInnen von Seiten der Kamerateams des Militärs größte Aufmerksamkeit zuteil. Mit einer Rede versuchte der zuständige Oberkommandeur Stimmung gegen die Ausländer zu machen. Darin appellierte er an die Salvadorianer: „Lassen Sie sich nicht von humanitären und religiösen Gruppen täuschen, Gruppen, die nur Tarnorganisationen der FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti) sind. Diese Kommunisten versuchen, den einfachen Bauer zu betrügen."

Zum gleichen Zeitpunkt verweigerte das Innenministerium 35 Geistlichen aus den Vereinigten Staaten, die die Flüchtlinge von Honduras aus kommend in ihre Dörfer begleiten wollten, die Einreise nach El Salvador. Innenminister *Edgar Belloso* erschien plötzlich an der Grenze, um die Entscheidung der Regierung zu erläutern: „Die Salvadorianer dürfen einreisen, aber die Ausländer nicht, denn die kommen nur, um gegen die Gesetze des Landes zu verstoßen."

Auch in den Zeitungen und im Radio häuften sich Berichte, wonach die AusländerInnen, die als TouristInnen einreisen, die logistische Basis der Guerilla darstellen.

Am 22.8.1988 geschah schließlich das, was selbst Salvador-Kenner nicht ohne weiteres erwartet hatten: Der 42 Jahre alte Theologe *Jürg Weis*, Mitarbeiter des Züricher Zentralamerikasekretariats und führender Kopf der Schweizer El Salvador-Solidarität, wurde zusammen mit zwei Salvadorianern von einer Einheit der Nationalpolizei im Kanton Cerro Colorado bei Ilobasco im Department Cabanas ermordet. Der Mord, dessen genauer Verlauf noch untersucht wird, war propagandistisch gut vorbereitet. Der Hauptadressat der Kampagne ist das Ausland: Der Solidaritätsbewegung in den USA und in Europa soll unmißverständlich klar gemacht werden, daß sie am besten zu Hause bleibt, denn wer sich in die „inneren Angelegenheiten" des Landes einmischt, wird kurzerhand auf die Abschußliste gesetzt.

Gleichzeitig steht die Anti-Ausländer-Kampagne aber auch in engem Zusammenhang mit der Gesamtkonjunktur in El Salvador. Der Konflikt hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugespitzt. Während lange Jahre von einem militärischen Patt gesprochen wurde und sich die USA in Zusammenhang mit dem Konzept der *Low-Intensity-Warfare* (Kriegsführung niederer Intensität) auf einen langandauernden Konflikt einstellten, nahm die ökonomische Krise und die gesellschaftliche Polarisierung immer weiter zu. Nachdem die Massenbewegungen sich reorganisiert hatten und schnell anwuchsen, griff das Regime nach den Jahren der „kontrollierten politischen Spielräume" wieder verstärkt zu den Mitteln der offenen Repression. Seit der Jahreswende 1987/88 werden wieder verstärkt verstümmelte Leichen in den Straßen San Salvadors entdeckt, die die Handschrift der Todesschwadrone tragen. Nicht nur die Todesschwadrone, jene Konstruktion sogenannter rechter Paramilitärs, die in Wahrheit nichts anderes als in Zivil operierende Angehörige von Militär und Polizei sind, wurden reaktiviert. Ganz allgemein überstieg die Zahl der Menschenrechtsverletzungen in den ersten drei Monaten des Jahres 1988 bereits die Gesamtzahl der Menschenrechtsverletzungen des Vorjahres.

Mit dem Wahlsieg der ultrarechten ARENA-Partei bei den Parlaments- und Kommunalwahlen im März diesen Jahres wurde das Scheitern des „christdemokratischen Modells" in El Salvador endgültig besiegelt. *Präsident Duarte* ist von Krebs und Chemotherapie schwer gezeichnet, seine Partei tief gespalten und die Chancen auf einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden März sind ausgesprochen gering. Die ARENA-Partei hat sich mit *Christiani* einen gemäßigten Politiker an die Spitze gesetzt, um von den faschistischen Inhalten ihrer Politik abzulenken und sich vor allem für die Präsidentschaftswahlen im März auch international salonfähig zu machen, und hat an Einfluß gewonnen.

Seit dem Scheitern des „Modells Duarte" haben auch innerhalb des Militärs, dem eigentlichen Zentrum der Macht in El Salvador, die ultrakonservativen Kräfte Aufwind. Zwar blieb bei der Umbesetzung von rund 400 höherrangigen Posten Anfang Juni die konsequente Besetzung der Schlüsselpositionen mit ARENA-Sympathisanten, die allgemein erwartet wurde, aus, doch wurden die älteren Militärbürokraten durch jüngere, kampferfahrene Offiziere in ihrem Einfluß zurückgedrängt. Auch wenn Verteidigungsminister *Vides Casanova* und Generalstabchef *Blandon*, die nach der Heeresverfassung schon längst pensioniert werden müßten, im Amt blieben, was der Fürsprache von US-Außenminister Shultz bei seiner Mittelamerikareise Anfang Juni zugeschrieben wird, setzen sich in der Militärstrategie seit Sommer verstärkt die Hardliner durch, die auf eine Totalisierung des Krieges setzen. Bei der angestrebten Intensivierung des Krieges stören alle Zeugen, die der Weltöffentlichkeit Beweise für die menschenverachtende Politik der salvadorianischen Regierung vorlegen könnten. Die Massaker am Volk sollen unter Ausschluß der Öffentlichkeit verübt werden.

Die Kampagne gegen die AusländerInnen macht aber gleichzeitig deutlich, daß die Gegeninformationen im befreundeten Ausland von der salvadorianischen Regierung nicht als völlig bedeutungslos angesehen wird. Nach wie vor ist es das demokratische Image gegenüber der Weltöffentlichkeit, das dazu beiträgt, daß El Salvador seit 8 Jahren einen Krieg gegen das eigenen Volk führen kann, daß die USA diesen Krieg mit 2,3 Mio Dollar täglich am Laufen halten und daß das salvadorianische Regime von der Bundesregierung mit Entwicklungshilfe unterstützt wird.

Die jüngsten Festnahmen und der Mord an *Jürg Weis* und seinen Begleitern haben der langjährigen Forderung verschiedenster Solidaritätsgruppen, die Bundesregierung soll ihre Entwicklungshilfe für El Salvador einstellen, neue Nahrung gegeben. In einer Pressekonferenz am 26.9.88. mit den in El Salvador festgenommenen DelegationsteilnehmerInnen forderte das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit die Bundesregierung auf, die Menschenrechtssituation in El Salvador in Zukunft kritischer zu beobachten als bisher und die Entwicklungshilfe für das mittelamerikanische Land zu überdenken. Daß dies bitter nötig wäre, macht ein Brief deutlich, in dem die CDU-Bundesgeschäftsstelle zu dem Vorfall Stellung nimmt. Bezugnehmend auf eigene Nachforschungen in Zusammenhang mit der Festnahme der Bundesbürger in dem mittelamerikanischen Kleinstaat taucht der gleiche Fehler bei den Namen der Festgenommenen auf, wie er sich in der vom Presseamt der Streitkräfte El Salvadors verbreiteten Erklärung wiederfindet: Bei einem der Festgenommenen, der vier Vornamen hat, wurde einfach der Nachname vergessen! Auch das Vorgehen der salvadorianischen Polizei wird in dem Brief weitgehend gedeckt: Daß völlig unbeteiligte Ausländer, die sich außerhalb des Gebiets der Demonstration aufhalten, von der Polizei aufgegriffen und abgeschoben werden, wird von der CDU aus der Erfahrung der Verhältnisse in El Salvador „als sehr unwahrscheinlich" angesehen.

Auf einer ähnlichen Ebene liegt das, was das Auswärtige Amt im Zusammenhang mit der Festnahme vom 13.9.1988 bot. Von Freunden und Familienangehörigen sofort alarmiert, zeigte es wenig Engagement: „Entweder waren die Bürozeiten schon beendet oder die Verantwortlichen gerade nicht erreichbar.". Später mußte der Wirbelsturm in der Karibik herhalten, der es dem Auswärtigen Amt unmöglich machte, mit der Botschaft in El Salvador zu telefonieren, obwohl das Ökumenische Büro im selben Zeitraum mehrfach mit salvadorianischen Partnern und der deutschen Botschaft in San Salvador telefonierte.

Während die deutsche Botschaft vor Ort immerhin in einer Note an die zuständigen Stellen die Herausgabe der Flugtickets, des Bargeldes in Höhe von rund 2.000 Dollar und einer kompletten Fotoausrüstung forderte, die den Festgenommenen von Polizisten gestohlen wurden, sah sich das Außenministerium bis heute noch nicht veranlaßt, gegen die Festnahme und die Behandlung der Bundesbürger zu protestieren.

Johannes Zerger

Linke Politik nach dem Plebiszit

Interview mit zwei ehemaligen MIRisten

Das nachstehende Gespräch zur Bedeutung des Plebiszits für die Linke Chiles führten wir mit Emilio und José — und zwar einige Woohen vor dem Plebiszit. Beide waren schon vor Jahren aus dem europäischen Exil illegal nach Chile zurückgekehrt und leben dort im Untergrund. Beide rechnen sich nach wie vor der „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) zu, der sich 1987 gespalten hatte (siehe AK 285). Sie beschreiben ihren gegenwärtigen Standpunkt folgendermaßen: *„Wir meinen, daß im MIR die grundlegenden theoretischen und praktischen Erkenntnisse der chilenischen Revolution verankert sind. Hieraus werden revolutionäre Kerngruppen entspringen mit der Fähigkeit, die historischen Erfahrungen des Kampfes der Chilenen zusammenzufassen. Wir erwarten, im Laufe der Entwicklung der Kämpfe die Widersprüche innerhalb des Volkes zu lösen und, daß andere Gruppen der „Kommunistischen Partei" (PC), der „Patriotischen Front Manuel Rodriguez" (FPMR), die als bewaffneter Arm der PC gilt, aus anderen linken Parteien sich den revolutionären Sektoren anschließen werden, die sich im chilenischen Proletariat herausbilden werden."* (aus ihrem Positionspapier 1987) Die Gesprächspartner gehören weder dem Minderheitsflügel des MIR (MIR-Renovacion) noch dem Mehrheitsflügel um den Generalsekretär Pascal Allende (MIR-Pascal) an. Sie arbeiten in einer
um den Generalsekretär Pascal Allende (MIR-Pascal) an. Sie arbeiten in einer
der aus der MIR-Spaltung entstandenen „revolutionären Kerngruppen", die — autonom agierend — untereinader Absprachen über politisch-praktische Fragen treffen, jedoch nicht als eigene MIR-Fraktion organisiert sind.

Der offenbar sehr selbstsichere Diktator drückte mit dem Plebiszit vom 5. Oktober 1988 mehr als ein Jahr der gesamten chilenischen Opposition seinen Stempel auf. Die Opposition hat sich gebeugt und sich den in der Verfassung von 1980 festgelegten Spielregeln der Diktatur unterworfen. Wieso konnte sich die Diktatur in dieser Frage so reibungslos durchsetzen?

Emilio: Pinochet ist nicht mit Diktatoren wie Marcos (Philippinen) vergleichbar. Pinochet ist viel stärker, sowohl innerhalb der Armee als auch innerhalb der herrschenden Klasse. Pinochet hat nach dem Attentat auf ihn die Initiative zurückgewonnen und hat in den vergangenen zwei Jahren seine vorherige Isolierung überwunden. Durch eine heftige ideologische Kampagne, die Verteilung von Häusern, Stipendien für Arbeiterkinder etc. hat er sogar eine soziale Basis gewonnen. Er hat mit demagogischen Mitteln und vielerlei Initiativen eine offensive Wahlkampagne geführt, eine sehr gute Wahlkampagne in seinem Sinne.

Pinochet hat einige Widersprüche mit den US-Amerikanern. Er hat mehrmals seine relative Unabhängigkeit von ihnen betont. Er spielte in mehreren Reden darauf an, daß Chile keine Kolonie sei, obwohl einige Herren im Norden das meinten. Pinochet macht nicht die Schritte, welche die Nordamerikaner vorschlagen.

Und diese distanzierte Haltung zu den USA entspricht seiner realen Machtposition im Land?

Emilio: Ja. Pinochet hat zum Beispiel innerhalb der Streitkräfte Kritiker ausgeschaltet und ergebene Militärs auf wichtige Posten plaziert. Sein ideologischer Einfluß, sein Antikommunismus, hat große Wirkung auch innerhalb des Bürgertums. Das Bürgertum hat Angst vor der Revolution. Pinochet stellt sich ihnen dar als Garant gegen die Revolution, als Anwalt der Reichen, als Nationalist und Schutz vor Experimenten wie unter Allende. Er sagt, er sei unabhängig und gegen den internationalen Kommunismus.

> *Was geschieht, wenn die Mehrheit mit „Nein"! stimmt? Dies würde die Chancen von Verhandlungen mit der Diktatur unter internationalem Einfluß — Amis und alle übrigen Sorten von Imperialisten — vergrößern.*

Du hältst das Heer für sehr homogen. Drücken die Positionen einiger Oberbefehlshaber von Teilstreitkräften, beispielsweise von Merino, Stange etc., die vorsichtig von ihrer getreuen Pinochet-Unterstützung abrückten, nicht eine gewisse Heterogenität innerhalb der Streitkräfte aus? Oder kann Pinochet auf den homogenen Block der Streitkräfte bauen? Liegt genau darin seine Stärke begründet? Oder sind etwa beispielsweise Carabinieros, Luftwaffe oder Marine eher als Verbündete der USA zu betrachten?

José: Ohne Zweifel gibt es nordamerikanische Einflüsse in den chilenischen Streitkräften. Eine Form der politischen Beziehungen sind die gegenseitigen Besuche von Militärs. Aber welchen Vorteil haben wir von einer Spaltung der Streitkräfte? Was gewinnen wir, wenn die Streitkräfte ein anderes politisches Projekt als Pinochet selbst hätten? Das ist die Frage, die man stellen muß. Denn es könnte sein, daß dies passiert. Aber was gewinnen wir mit der Unterstützung einer bürgerlichen Opposition?

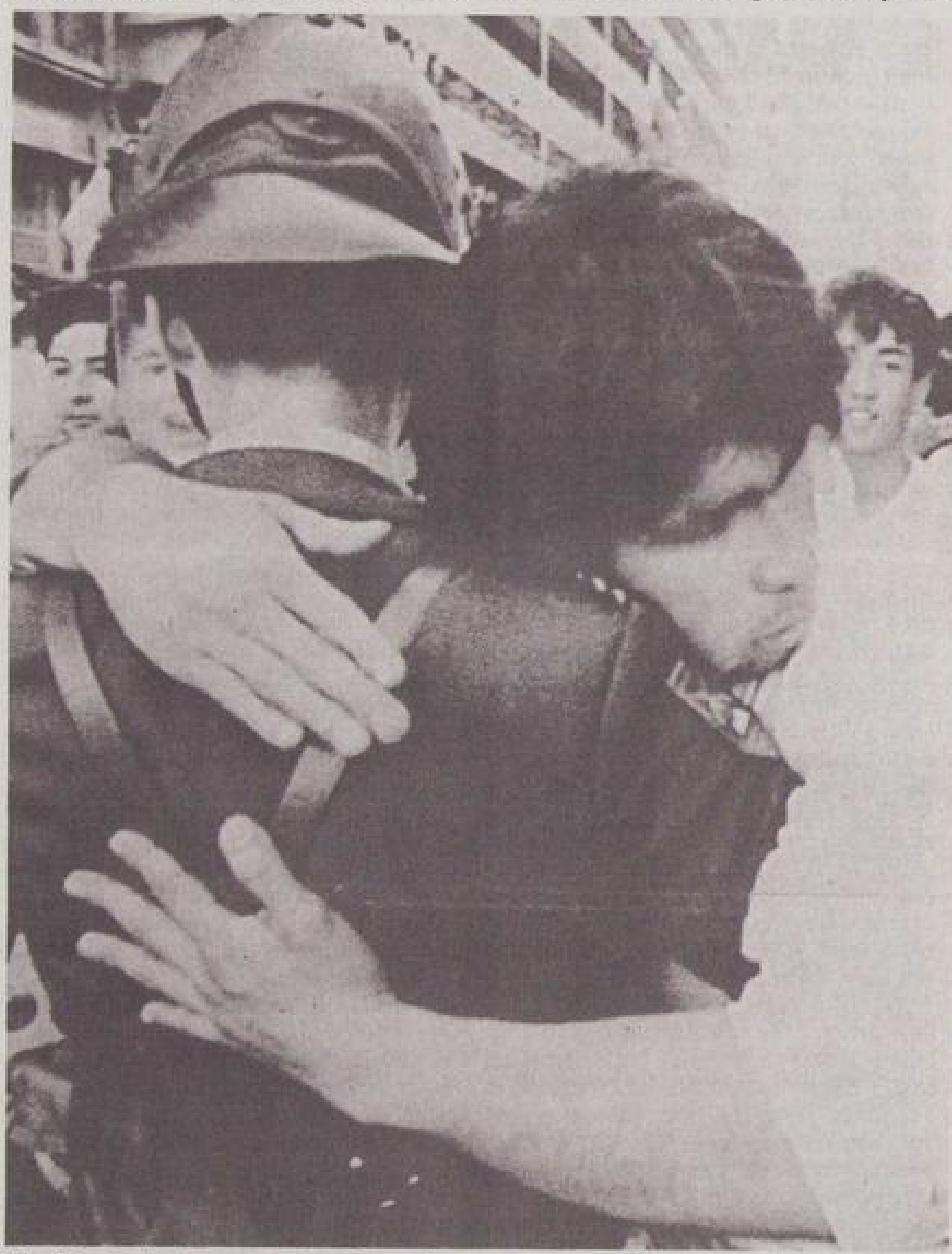
Emilio: Selbstverständlich arbeiten die USA innerhalb der chilenischen Streitkräfte. Die Mehrheit der Offiziere wurden in nordamerikanischen Militärakademien ausgebildet. Es gibt auch verschiedene Meinungen innerhalb der Streitkräfte. Aber wie groß diese Unterschiede sind und ob sie eine Alternative zu Pinochet darstellen, ist sehr fraglich. Es gab einige bekannte Fälle, wo wichtige Offiziere, die den Putsch unterstützt hatten, abgesetzt worden sind, wie im Falle von Danus 1984, dem Kontakte zur chilenischen Christdemokratie und den USA nachgesagt wurden. Es sind aber nicht nur die Yankees, sondern es ist der Impe-
nachgesagt wurden. Es sind aber nicht nur die Yankees, sondern es ist der Impe-
rialismus insgesamt, der diese pinochetkritischen Tendenzen fördert. Beispielsweise besuchte der als pinochetkritisch geltende Chef der Carabinieros, Stange, die BRD, ebenso wie andere, wichtige chilenische Militärs. Auf der anderen Seite hat sich Pinochet bemüht, ihm ergebene Leute bei den wichtigsten Truppenkommandos und in strategisch wichtigen Positionen zu halten.

Es gibt also keine ernsthaften Widersprüche innerhalb der Armee, die den Stuhl von Pinochet zum Wackeln bringen können?

Emilio: Das hängt immer von der Situation ab. Es gibt keinen fest vorgezeichneten Weg. Wenn Pinochet zum Beispiel umgebracht werden würde, ergäben sich möglicherweise neue Konstellationen. Wenn der Kopf fehlt, würden die Yankees sicherlich massiv Einfluß nehmen.

Frage: Was passiert nach dem Plebiszit?

Emilio: Man sollte mit der Behauptung vorsichtig sein, daß sich durch das Plebiszit nichts verändert. Die Situation ist sehr dynamisch; sich schnell entwickelnde Veränderungen sind denkbar. Sollte es dazu kommen, wird es von der Fähigkeit der revolutionären Kräfte abhängen, dies für sich zu nutzen oder — die andere Denkmöglichkeit — es könnte auch zu einer strategischen Niederlage des Volkes kommen. *Was geschieht, wenn die Mehrheit mit* **„Nein!" stimmt?** Dies würde die Chancen von Verhandlungen mit der Diktatur unter internationalem Einfluß — Amis und alle übrigen Sorten von Imperialisten — vergrößern. Aber es bleibt die Frage, ob Pinochet und seine Leute dies akzeptieren werden. Ein Problem sind die Streitkräfte, ein zweites die Massen. Die Massen würden im Falle des Sieges auf die Straßen gehen, „unkontrollierte Todesschwadronen" würden agieren, der ganze Klassenhaß würde ausbrechen. Die Leitungen der bürgerlichen und auch der linken Parteien würden eher bremsend auf die spontane Massenaktivität einwirken. Wir müssen uns auch fragen, was wir mit einer sogenannten Demokratie überhaupt gewinnen. Pinochet hat ja nicht nur innerhalb der Streitkräfte gearbeitet, sondern auch eine sehr demagogische Wahlkampagne gemacht. Die sind sogar in Elendsviertel gegangen, haben armen Familien neue Wohnungen gegeben. Sie haben Familien aus den kämpferischsten Elendsvierteln in andere Landesteile umgesiedelt in einem Versuch, die Situation in diesen Elendsvierteln zu entschärfen. Pinochet hat auch im Bürgertum selbst gearbeitet. Ihr habt vielleicht von der Krise innerhalb der wichtigsten Partei, welche die Diktatur traditionell unterstützte, der „Renovacion Nacional", gehört. Die Leitung dieser Partei hatte der ehemalige Innenminister Pinochets, Onofre Jarpa, inne. Er war fast der einzig mögliche Alternativkandidat zu Pinochet. Er bekam Hilfe von den USA und konnte das Bürgertum einigen. Aber die Partei Jarpas kam in die Krise, als der stellvertretende Parteivorsitzende Guzman Jarpa „beschuldigte", dieser wolle sich als Gegenkandidat Pinochets für das Plebiszit aufbauen. Die Partei hat sich an der Frage des Verhalten zum Plebiszit (Option Pinochet versus mögliche Option Jarpa) gespalten. Ein Teil, die UDI (Union Democratico Independiente), unterstützt heute bedingungslos Pinochets Kandidatur im Plebiszit. Der andere Teil verknüpft die Unterstützung mit der Forderung nach Änderungen der faschistischen Verfassung von 1980. Das zeigt, daß die Diktaur nicht nur repressiv vorgeht. Sie arbeitet auf allen Ebenen, ideologisch, politisch und auch sozial. Falls Pinochet das Plebiszit verliert, müssen wir auch fragen, was mit der politischen Rechten passiert, mit den heute Mächtigen. Die werden sich wahrscheinlich unsicher fühlen, denn Pinochet gibt ihnen heute alle Garantien. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu erwähnen, daß vor kurzem von tausend Unternehmern, fast allen Kapitalisten Chiles, eine Arbeitgebervereinigung gegründet wurde, um das Privateigentum zu verteidigen. Das Privateigentum ist
zu verteidigen. Das Privateigentum ist



Ein Demokrat umarmt einen Polizeioffizier, der eine Anti-Pinochet-Demonstration aufhalten will.

heute in Chile nicht bedroht, es ist seit langem nicht bedroht. Aber hier seht ihr wieder einen Beweis des hohen Klassenbewußtseins der chilenischen Unternehmer. Sie haben sich organisiert, um das Prinzip des Eigentums und die „freie Wirtschaft" zu verteidigen. Da ist eine sehr mächtige Klassenorganisation der Reichen als Klasse entstanden. Und warum haben sie sich gerade vor dem Plebiszit organisiert? Damit sie ihre Interessen verteidigen können, falls Pinochet verliert. Man sieht, daß viele Kräfte in Bewegung sind.

Wenn Pinochet verliert, finden Verhandlungen zwischen Pinochet, den Streitkräften, der Kirchenhierarchie, der bürgerlichen Opposition und imperialistischen Ländern statt. Wenn die Massen entschlossen auf die Straßen gehen, werden sie reprimiert. Was ändert sich also, wenn das „Nein!" gewinnt? Was für eine „Demokratie" werden wir unter solchen Bedingungen haben? Wir glauben, daß eine derart zustandegekommene „Demokratie" vor allem eine „Demokratie zur Aufstandsbekämpfung" wäre, eine volksfeindliche Demokratie. Stellt euch einmal diese „Demokratie" vor: getragen vom Imperialismus, dem chilenischen Militär, den reaktionären Großgrundbesitzern, der konservativen Kirchenführung. Was kann denn das für eine „Demokratie" sein? Welche Hoffnungen können denn die Revolutionäre, das Volk, die Linke mit dieser „Demokratie" verbinden? Welche Möglichkeiten, welche Spielräume kann denn eine derart „gut geregelte Demokratie" geben? Es wird nicht die in Chile althergebrachte Demokratie mit Kommunisten, Sozialisten und Parlament sein. Einige Strömungen der Sozialisten und die Kommunisten werden nicht vertreten sein. Das, wenn alles klappt und die Mehrheit mit „Nein!" stimmt. Wir glauben, es wird eine Diktatur mit demokratischen Formen sein, mit einem formellen Parlament, Gremien, nationalem Sicherheitsrat. Diese Organismen werden dazu da sein, die Widersprüche innerhalb des Bürgertums zu regeln, aber nicht dazu, dem Volk auch nur ein Stückchen mehr Freiheit zu geben. Das ist das Glück, das uns erwartet.

Es wird auch weiterhin Gefängnis, Exil, Morde, Verschwinden lassen für all diejenigen geben, die über die skizzierten Grenzen einer derartigen „gut geregelten Demokratie" hinausgehen?

Emilio: Es gibt ja in Lateinamerika einige Beispiele dafür, was für ein demokratisches Modell die Imperialisten nach der Ablösung der Diktaturen haben. In Argentinien beispielsweise hat die Demokratie die Schaffung einer Armee bedeutet, welche ohne die vorherigen Widersprüche
die Schaffung einer Armee bedeutet, welche ohne die vorherigen Widersprüche
treue Verbündete der USA ist. Die Widersprüche innerhalb der Streitkräfte wurden abgemildert und nach dem Malvinenkrieg sehr gute Beziehungen zu den USA aufgebaut. Daher bekommen sie auch neue Waffen. Und in Chile haben die Streitkräfte noch deutlicher als in anderen Ländern Lateinamerikas Bedingungen gestellt. Sie haben gesagt: Entweder ihr respektiert die Verfassung von 1980 oder wir verurteilen euch wegen „Subversion". Anerkennung der Verfassungsregeln der Militärs oder ein neuer 11. September, das haben die Streitkräfte öfter verlautbart.

Es gibt einen Widerspruch im Verhalten des Bürgertums. Allendes Wirtschaftsmodell war auf die Förderung des nationalen Kapitals ausgerichtet. Das Bürgertum schlug aber dieses Angebot aus und unterstützte den Putsch gegen die parlamentarische Linke, politisches Klassenbewußtsein demonstrierend. Fehlt heute dem Bürgertum dieses reaktionäre Klassenbewußtsein? Ihr betont ja dessen Unterordnung unter die USA. Auch gegenüber der Diktatur zeigt sich das Bürgertum ja nicht als souverän. Nach euren Ausführungen fehlt es dem Bürgertum offenbar heute an politischem Klassenbewußtsein, um zurück zur politischen Macht zu kommen.

Emilio: Das ist eine interessante Sache. Denn obwohl das Industriekapital und auch die Landbesitzer unter Allende aufgrund der höheren Massenkaufkraft viel Geld verdient hatten, unterstützten sie in Verteidigung ihrer strategischen Klasseninteressen den Putsch, aus Angst vor der Revolution. Sie ordneten taktisch ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen dem strategischen Interesse unter, weiterhin ihre Existenz als herrschende Klasse zu verteidigen. Heute nehmen sie die gleiche Haltung ein. Warum? Sie könnten im Bündnis mit der Linken in einer zukünftigen Demokratie den nationalen Markt wieder anzukurbeln versuchen. Aber das sind nicht ihre Pläne. Sie wollen die Linke lediglich als Druckmittel benutzen, um Pinochet loszuwerden, mit den Streitkräften zu verhandeln, sich die US-Unterstützung zu sichern, um schließlich das wirtschaftliche Modell der Diktatur fast unverändert weiterzuführen — von Agrarreformen spricht beispielsweise keiner, obwohl dies immer ein Thema der Christdemokraten war. Sie handeln heute wieder so, wie es ihre strategischen Interessen verlangen. Sie wollen Pinochet loswerden, weil sonst die Gefahr einer Radikalisierung der Massen droht. Solange Pinochet und nicht die Diktatur, nicht die Streitkräfte und nicht die USA den Hauptfeind der Linken darstellt, wird
nicht die Streitkräfte und nicht die USA den Hauptfeind der Linken darstellt, wird
die Bourgeoisie Probleme damit haben, daß Pinochet an der Macht bleibt, denn es droht eine revolutionäre Gefahr. Deshalb haben die Christdemokraten 1984 mit ihrer Kampagne gegen Pinochet angefangen. Sie agitieren ja nur gegen Pinochet, aber nicht gegen seinen Apparat und sein Wirtschaftsmodell. Die sagen zum Beispiel auch kein Wort über die Auslandsschulden, obwohl es nötig wäre. Sie stellen also auch heute ihre strategischen Klasseninteressen, Sicherheit vor einer möglichen revolutionären Gefahr, vor ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen.

Warum hat sich die Kommunistische Partei als einflußreichste linke Kraft voll in diese Strategie der Christdemokratie einbinden lassen? Könnt ihr die Widersprüche in der KP Chiles bezüglich des Plebiszits aus eurer Sicht erläutern? Hat die KP überhaupt einen eigenen Vorschlag?

Emilio: Die KP hält sich immer viele Möglichkeiten offen. Das ist eine Eigenschaft der parlamentarischen, reformistischen Linken. Die KP redet viel von Flexibilität. Aber dies gründet sich darauf, daß es innerhalb der KP verschiedene Meinungen über das richtige Vorgehen gibt. Es gelingt der KP jedoch, eine gewisse Einheit zu gewährleisten, wobei die „monolithische" Partei den Anweisungen der Führung untergeordnet ist. Durch die Arbeit des Widerstands (gemeint ist der MIR, Anm. ak) gab es große Unzufriedenheit an der KP-Basis mit deren Bündnispolitik, die unter dem Schlagwort der „antifaschistischen Front" auf die Zusammenarbeit mit der Christdemokratie ausgerichtet war. Diese Politik hatte die KP etwa zwischen 1973-1984 praktisch gelähmt. Sie hat in dieser Zeit kaum etwas zum antidiktatorischen Widerstand beigetragen, obwohl auch sie viele Opfer, Verschwundene etc. zu beklagen hat. Aber sie waren eben Opfer der Diktatur. Vor allem innerhalb der KP-Jugend kam so Unzufriedenheit angesichts der revolutionären Arbeit des Widerstands auf. Die KP konnte diese Unzufriedenheit durch den Aufbau der „Patriotischen Front Manuel Rodriguez" (FPMR) auffangen und umorientieren. Sie hat dabei das Ziel des bewaffneten Kampf anders definiert. Für die Revolutionäre ist die bewaffnete Auseinandersetzung Teil einer Machtpolitik des Volkes und nicht wie bei der KP ein Element, das man als Druckmittel innerhalb des Verhandlungskonzeptes anwendet. Der bewaffnete Kampf ist in der KP-Strategie nur ein Mittel, der Bourgeoisie zu zeigen, wie weit man zu gehen bereit ist, um sie zu überzeugen, daß es besser ist, mit der KP zu verhandeln. Die KP fördert also die Massenmobilisierung und den bewaffneten Kampf, um ihre Verhandlungsposition mit den Bürgerlichen zu stärken. Sie fordert dabei gewisse Freiräume für sich in einer zukünftigen Demokratie.

Nur so kann man sich erklären, daß der KP-nahe Teil innerhalb der „Patriotischen Front" (FPMR) ebenfalls zum „Nein!" aufgerufen hat. Das steht ja auch in der Prinzipienerklärung, daß die FPMR nur solange bewaffnet kämpfen wird, bis Pinochet, Pinochet als Person, weg ist und daß dann die Waffen abgegeben werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Am Beispiel der Einschreibung in die Wahlregister einiger wichtiger KP-Persönlichkeiten wie Maria Maluenda, Ariel Dorfman usw. wurden Widersprüche innerhalb der KP zur Plebiszitfrage bekannt. Damals, 1987, wurden diese Persönlichkeiten ausgeschlossen, weil die Partei noch die Linie der „Volksrebellion“ (rebelion popular) vertrat und die Teilnahme am Plebiszit ablehnte. Heute ruft die KP zur Teilnahme am Plebiszit auf. Die Linke hat die Initiative an die Diktatur und die bürgerliche Opposition verloren.

In Argentinien beispielsweise hat die Demokratie die Schaffung einer Armee bedeutet, welche ohne die vorherigen Widersprüche treue Verbündete der USA ist.

Auch der MIR und die Sozialistische Partei waren ja ursprünglich gegen die Eintragung in die Wahlregister. Warum konnte die Linke angesichts der Plebiszitfrage keine eigene Strategie entwickeln? Reflektiert das schließliche Sich-Einlassen auf das Plebiszit auch die Schwäche der Linken?

José: Die Hauptströmung der Linken in den Städten beteiligt sich heute am Plebiszit. Dies wurde durch die Unterordnung der Linken unter die Christdemokratie möglich. Dies drückt die allgemeine Schwäche der Linken aus. Es liegt aber auch an der Initiative der Diktatur. Das Plebiszit ist Teil der diktatorischen Verfassung von 1980 und ist als solches ein wichtiger Schritt in der Konsolidierung der Diktatur als politisches System. Es ist der Beginn des Übergangs zu einer modernen Demokratie der Streitkräfte und des Finanzkapitals. Die Linke, die bürgerliche Opposition und die USA wollten ursprünglich kein Plebiszit, weil dies einer Legitimierung der Diktatur und deren Verfassung gleichkäme. Stattdessen forderten sie freie Wahlen mit mehreren Kandidaten. Sie erkannten zunächst das Parteiengesetz der Diktatur nicht an und waren gegen die Einschreibung in Wahlregister. Noch vor zwei Jahren sagten sogar die Leute aus der Mittelschicht, sie würden sich nicht einschreiben, diese Show der Diktatur nicht unterstützen. Aber weder die bürgerliche Opposition und noch weniger die Linke erreichten ihre Ziele. So gaben sie schrittweise ihre Positionen auf. Daran kann man den Verlust von Prinzipien und politischer Kraft ablesen. Dies bedeutet einen klaren Rückschritt. Denn in der Plebiszitkampagne der Opposition ist von wichtigen Forderungen des Volkes wie die Freilassung der politischen Gefangenen, Klärung des Schicksals der Verschwundenen, Verurteilung der Verbrechen der Diktatur etc. kaum mehr die Rede. Um die Verhandlungen mit den Streitkräften zu ermöglichen, werden unsere Geschichte, unsere Toten „vergessen“. Beispielsweise gibt es im „Kommando für das Nein“ keinen direkten Vertreter der politischen Gefangenen, bei Volksmobilisierungen für das „Nein!“ werden die entsprechenden Forderungen nicht energisch vertreten. Es ist gewissermaßen ein „Nein!“, das an keine Bedingungen geknüpft ist. Die Diktatur hingegen ist keinen Millimeter von den eigenen Plänen abgerückt. Sie hat keine Wahlen zugelassen und mit dem Plebiszit die Initiative an sich gerissen.

Es gibt weiterhin Teile der Linken, die nach wie vor gegen das Plebiszit sind. Es fehlt ihnen jedoch an der Möglichkeit, sich öffentlich in massiver Form zu artikulieren. Für uns ist das eine prinzipielle Frage: man kann nicht einerseits mit den Militärs verhandeln und gleichzeitig sagen, wir möchten die Menschenrechte verteidigen. Die Militärs geben in dieser Frage nicht nach; wer hier nachgeben müßte, wäre die Linke. Es ist eine Utopie anzunehmen, daß die Militärs in diesen Fragen verhandlungsbereit wären. Es widerspricht der Logik des Klassenkampfes.

Ihr sagt, daß die revolutionäre Linke isoliert ist, obwohl im Grunde eine hohe Sympathie für eine derartige Politik bestehe. Ihr sagt, es wäre für die revolutionäre Linke sehr schwierig, Aktionen zu machen, weil Polizei und Militär das Land mehr oder weniger unter Kontrolle haben. Bis 1984 gab es ja vom MIR und nach dessen Gründung 1984 auch von der „Patriotischen Front Manuel Rodriguez“ (FPMR) viele Anschläge. Also Strommasten sprengen, Lebensmitteltransporte überfallen und an die arme Bevölkerung austeilen, das geheime „Radio Liberacion“ und sonstige Aktionen, wobei den Repressionsorganen nach unserem Erkenntnisstand nur wenige Verhaftungen gelangen. Sind jetzt diese Aktionen zurückgegangen oder hat sich die Kontrolle intensiviert?

Emilio: Diese Phase der bewaffneten Propaganda war revolutionäre Politik. Mit dieser Strategie gelang es, die Anwendung revolutionärer Gewalt als notwendige Methode zur Befreiung in breiten Teilen des Volkes zu legitimieren, dem Volk die Angst vor der Allmacht der Diktatur zu nehmen und zu zeigen, daß die Diktatur nicht unbesiegbar ist. In all den Jahren haben wir den Volkswiderstand entwickelt. Aber was uns gefehlt hat, war den Aufschwung der Massenbewegung zu nutzen — dies ist nicht instrumentalisierend gemeint. Gemeint ist damit die qualitative Anhebung des Kampfniveaus. Die Linke — ein Teil des MIR eingeschlossen — war von der Notwendigkeit der massenhaften Anwendung revolutionärer Gewalt nicht überzeugt. Während auf der einen Seite die Massen auf den Straßen auch unter Anwendung von gewalttätigen Formen kämpften, kämpfte der Zusammenschluß der Linken, die „Volksdemokratische Bewegung“ (MDP), legalistisch. Es wurde versäumt, die Massenbewegung auf ein höheres Niveau zu heben, wie beispielsweise in El Salvador. Wir waren nicht in der Lage, so etwas zu machen. Auch eine revolutionäre Massenkoordination ist nicht entstanden. So wurden die Massenorganisationen weniger offensiv und friedlicher.

Der bewaffnete Kampf ist in der KP-Strategie nur ein Mittel, der Bourgeoisie zu zeigen, wie weit man zu gehen bereit ist, um sie zu überzeugen, daß es besser ist, mit der KP zu verhandeln.

Ihr sagt, der MIR als Ganzes war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vom eigenen Konzept überzeugt. Gab es denn 1984, auf dem Höhepunkt der Massenbewegung, eine spontane Tendenz hin in diese Richtung? Denn ein solches Konzept setzt ja auch eine gewisse Zustimmung voraus. Die Leute müssen bereit sein, bewaffnet zu kämpfen.

José: Die Jungen sind zu den Milizen gegangen. Diese haben sich unheimlich schnell entwickelt. Diese schnelle Gründung von Milizen hat sich jedoch aus der Anfangsphase herausentwickelt, da die Linke und auch der MIR das Kampfniveau der Massen nicht heben konnten. Man baute eine Miliz, eine zweite Miliz, weitere Milizen. Aber was konnten diese Milizen tun? Diese Milizen waren nur auf die Stadtgebiete beschränkt — das war ein Fehler der Revolutionäre — und sie haben keinen Weg gefunden, sich weiterzuentwickeln. Sie wurden reprimiert und zerschlagen..

Man sollte in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß es schon 1984 in der Leitung des MIR Differenzen darüber gegeben hat, welchen Weg wir anbieten können. Nur Teile der Partei haben die Politik der lokalen Aufstände mitgetragen. So gab es 1984 den großen Aufstand von Pudahuel. In diesem Stadtteil von Santiago hatten hunderttausende Menschen gestreikt, Barrikaden errichtet etc.. Aber ihr Aufstand blieb isoliert. Die „Volksdemokratische Bewegung“ (MDP) war damit nicht einverstanden und im MIR gab es widersprüchliche Diskussionen darüber.



Staat gegen demonstrierende Freude nach Pinochets Urnenniederlage

Weil es zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit gab, etwas anderes zu entwickeln?

Emilio: Pudahuel war ein Beweis dafür, daß man erfolgreich Aufstände organisieren konnte. Aber die Organisatoren des Aufstands hatten zuvor nur Erfahrungen in traditioneller Massenarbeit gemacht. Sie wußten also viele Leute auf die Straße zu bringen, waren aber nicht in der Lage, die Massen für ein höheres Kampfniveau — für Aufstand und Milizen — zu organisieren. Dieser Aufstand blieb isoliert und bekam allein die volle Repression zu spüren. Neben diesem Problem der Verbreitung der aufständischen Gewalt angesichts der Repression sah ein Großteil der Linken schon gar nicht die Notwendigkeit, eine politisch-militärische Kraft auf dem Lande aufzubauen. Denn all diese städtischen Milizen hatten keine geografische Nachhut. Das hat dazu beigetragen, daß die Repressionsapparate sie ausfindig machen und zerschlagen konnten. Hinterher gab es Streit innerhalb der Linken. Aber wir — als Linke — haben auch Fehler gemacht. Einer davon war, — nach der Niederlage von Neltume — keine politische Kraft auf dem Lande aufzubauen. Alles zusammen hat dazu geführt, daß der große Aufschwung der Massenbewegung nicht zu einem Aufschwung der revolutionären Linken geführt hat. Das heißt, wir sind auch mitverantwortlich für die heutige Situation.

Wir haben 1983, 1984 die Massen fast jeden Monat dazu aufgerufen auf die Straßen zu gehen. Die Leuten haben die Aufrufe befolgt. Es gab viele Tote. Das zeigte die Bereitschaft des Volkes, sogar das Leben im Kampf gegen die Diktatur zu opfern. Aber diese Aufrufe dienten leider nicht dazu, um Kraft für die weitere Arbeit an der Basis zu sammeln. Vielmehr sollte gezeigt werden, daß wir (die Linke, Anm. ak) eine politisch relevante Kraft sind und als Partner bei Gesprächen (mit den bürgerlichen Fraktionen der Opposition, Anm. ak) dabeisein wollen. Das war die zugrundeliegende Idee der Protesttage für viele linke Parteien.

Die Massen hatte also unter Umständen eine andere Motivation, an den Protesten teilzunehmen, als die politische Führung, die zu den Protesten aufgerufen hatte. Hat es zwei verschiedene Hauptantriebskräfte gegeben: die Massen wollten eher eine revolutionäre Lösung ihrer Probleme, während die Führer diese Proteste lediglich benutzten, um mit den Christdemokraten ins Geschäft zu kommen?

Emilio: Ja, so ist es gelaufen. Oder besser: sie wollten sich eigentlich der Christdemokratie nicht unterordnen, aber die Politik, die sie gemacht haben, hat letztenendes Endes zu nichts anderem beigetragen.

Das Gespräch mit den chilenischen Genossen führten Wal., He., Al.,

KB-Nürnberg.

Fortsetzung von Seite 1

Freude über das NO, aber eine Diktatur bleibt eine Diktatur

Das von Christdemokraten und gemäßigten Sozialisten geführte Parteienbündnis „Kommando für das NO“ interpretiert das Ergebnis natürlich zu Recht als eine Abfuhr für das Regime. Deshalb müßten so bald als möglich freie Wahlen durchgeführt und die auf Pinochet maßgeschneiderte Verfassung geändert werden. Pinochet habe es nun schwarz auf weiß daß er nicht tragbar sei — deshalb müsse auch das Militär daran interessiert sein, ihn so schnell als möglich loszuwerden. Patricio Aylwin, Chef der Christdemokraten, wird nicht müde, die Militärs zu Verhandlungen aufzufordern. Folglich ist er bemüht, ihnen nicht zu nahe zu treten: Die Niederlage Pinochets bedeute nicht die Niederlage der Streitkräfte („taz“, 11.10.88). Der Christdemokrat geht so weit, zu behaupten, Pinochet habe die Streitkräfte in eine Rolle hineingezwungen, die ihnen nicht liege und die sie auch nicht besonders liebten. Schon werden die Generäle, ohne Pinochet, als ständige Einrichtung der Republik umworben, d.h. man deutet eine bequeme Zukunft für sie an. Auch gegenüber Pinochet selbst hört man seltsame Töne. Ricardo Lagos, Vorsitzender der gemäßigt sozialistischen „Partei für die Demokratie“, fand das Wort, er solle *„mit einer würdigen Geste die Entscheidung treffen, zu der ein geschlagener General verpflichtet ist“* („FAZ“, 13.10.88) — ein vorsichtiges Angebot zu einem ehrenvollen Rücktritt?

Doch die Angebote stoßen auf Granit. Schon vor dem Urnengang hatte Pinochet alle Spekulationen zurückgewiesen. Es mache keinen Sinn, mit dem chilenischen Militär verhandeln zu wollen, das chilenische Militär sei gewohnt, selbst zu handeln. Das Ergebnis erkannte er an, um im Gegenzug auf die Einhaltung der Verfassung der Diktatur zu pochen. Diese sieht für den eingetretenen Ausgang des Plebiszits vor: Eine einjährige Verlängerung seiner Amtszeit als Präsident bis März 1990, danach Ablösung durch einen im Herbst 1989 zu wählenden Nachfolger. Gleichzeitig soll ein Parlament gewählt werden, freilich mit zahlreichen Restriktionen: u.a. können Kommunisten nicht kandidieren, und ein Teil der Senatoren wird vom Militär nominiert. Pinochet selbst würde nach dieser Verfassung Oberbefehlshaber des Heeres bis 1997 und Chef des nationalen Sicherheitsrates bleiben, der die eigentliche Macht in den Händen hält. Modell Chile, Modell Türkei, made in USA. Diese Verfassung, das genaue Gegenteil von Demokratie, ist es, die die chilenische Linke lange zögern ließ, ob man überhaupt an der Volksbefragung teilnehmen solle.

Gerade diejenigen, die sich am meisten über das NO freuen, werden mit ihrer Kritik an dem diktierten Verfahren nicht zurückhalten. Zwar preit das Regime ebenso wie die bürgerliche Opposition, die ausländischen Beobachter und die westliche Presse die Korrektheit der „sauberen“ Abstimmung. Tatsache ist jedoch, daß die blutige Unterdrückung während der Kampagne weiterging, und selbst wenn sie „vorübergehend ausgesetzt“ worden wäre, wäre es eine Täuschung gewesen. Der Wahltag selbst stand unter der unmittelbaren Drohung einer militärischen Intervention, Eliteeinheiten von Polizei und Militär waren mobilisiert, vor Bekanntgabe des Ergebnisses berieten die Oberkommandierenden mit Pinochet und dem Innenminister, ob man auf die Waffen oder die Paragraphen setzt. Es wird wohl auch eine Direktschaltung nach Washington gegeben haben.



Diese Begleitumstände beweisen nur den strikten Grundsatz, daß eine Volksabstimmung in einer Diktatur niemals demokratisch sein kann. Schon der Gegenstand der Abstimmung ist aus demokratischer Sicht eine Farce: Nur der Diktator steht zur Wahl und nur, um *wieviel* seine Amtszeit verlängert wird. Deshalb kann ein solches Verfahren nicht als legitim anerkannt werden, ebensowenig wie die Abstimmung von 1980, mit der die chilenische Militärverfassung sanktioniert worden war. Der Abstimmungserfolg der Mehrheit des chilenischen Volkes wird ja gerade deshalb weltweit bewundert, weil diese Mehrheit selbst unter den von der Diktatur gesetzten Bedingungen, selbst nach 15 Jahren Folter, Terror und Mord nicht zu unterdrücken oder zu verfälschen war. Daraus kann man auf die wirklichen Verhältnisse schließen, auf die Ablehnung, den Haß und die Verachtung, die das Volk für Pinochet empfindet. Niemals könnte er unter demokratischen Umständen 43% für sich angeben.

Es läßt daher in Abgründe blicken, wenn der Leiter der Beobachterdelegation des Bundestages, der CDU-Abgeordnete Schreiber, *jetzt* von der „hohen politischen Kultur und Reife des chilenischen Volkes“ spricht, während die Zeitung („FAZ“, 7.10.88), die das wohlwollend wiedergibt, nicht müde wird, vom „Chaos der Allende-Zeit“ zu schreiben. Die „FAZ“ wertet die Niederlage Pinochets ausdrücklich als einen *„Sieg von Demokraten und Nichtdemokraten“*. Das Kriterium, nach dem sie ihre Zensuren verteilt, ist die Antwort der Pinochet-Gegner auf die Frage, *„ob die Zeit unter Allende mit ihrer Gewalt und ihren Rechtsbrüchen nicht auch nahe an die Diktatur herangeführt habe“*. Nur wer das bejaht, ist „Demokrat“, aber an solchen „klugen und kompetenten Köpfen“ mangele es in Chile. Deshalb werde die chilenische Armee die Militärverfassung „nachhaltig verteidigen“, und die „FAZ“ läßt dafür nachhaltiges Verständnis durchblicken.

Das Blatt schließt seinen Leitkommentar mit offenen Worten: *„Die Rechtsdiktatur in Chile war von vornherein auf Zeit angelegt. Sie hat dem Land mit der Marktwirtschaft Fortschritte gebracht. Ideologische Linksdiktaturen pflegen mit ihrer Planwirtschaft zu scheitern; sie können schon deshalb an freie Wahlen nicht denken. Die Geschichte lehrt, daß eine zu mehr Wohlstand führende Gesellschaftsordnung langfristig auch eine Wendung zu mehr politischer Freiheit zur Folge hat. In der Niederlage Pinochets steckt ein Stück Bestätigung dieser Erfahrung.“* Hier steht nicht nur drin, daß ein Pinochet der „FAZ“ lieber ist als ein Allende, was man ohnehin wußte. Hier steht auch, daß der Putsch um der Marktwirtschaft willen notwendig gewesen sei und daß gerade die Volksabstimmung diese Notwendigkeit bewiesen habe — wegen des erreichten „Wohlstands“, von dem die „FAZ“ gar nicht verschweigt, daß er nur den Privilegierten zugute kommt. Pinochet selbst hat es viel prägnanter ausgedrückt, als er sagte, die Demokratie müsse gelegentlich in Blut gebadet werden. Man lese das Zitat noch einmal. Der Abschnitt versteht sich ganz allgemein. Gemeint ist keineswegs nur die „Dritte Welt“.

de.



„Die Gene sind es nicht ...“ (1)

Anregungen zur Diskussion

Streit ist angesagt: Pro oder contra Gentechnologie? Chance oder Risiko? Neue Produktivkraft oder Seifenblase? Biotechnologisch ausstaffiertes Schlaraffenland oder ökologische und soziale Katastrophe?

Die Meinungen stehen hart gegeneinander. Auch in der weiteren Linken: Horrorgemälde gegen Verharmlosungen. Erwartungen gegen Ängste. Technikfetischismus gegen Natürlichkeitskult. Rufe nach Forschungsverbot gegen Verteidigung von Wissenschaftsfreiheit. Staat als Mittler gegen Staat als Agent. Grundsätzliche Fortschritts- und Vernunftskritik gegen Verteidigung der Aufklärung.

Auch im „ak“ wurde schon heftig gestritten. Nach pro und contra Forschungsverbot verendete der Streit 1986 auf Seitenwegen. In den zurückliegenden Ausgaben haben wir im Gespräch mit dem gen-ethischen Netzwerk und den Frauen des Gen-Archivs Essen, sowie mit einer Skizze bisherigen Widerstands in der BRD den Faden wieder aufgenommen. Ich möchte mit meinen Anregungen für die weitere Vertiefung der Auseinandersetzung und für die Entwicklung einer sozialistischen Politik zur

tere Vertiefung der Auseinandersetzung und für die Entwicklung einer sozialistischen Politik zur

Gentechnologie werben.

Ich danke noch einmal unseren GesprächspartnerInnen aus „ak“ 295 und „ak“ 296, außerdem allen, die mich bei der Entwicklung meiner Überlegungen mit Kritik unterstützt haben und hoffe auf einen fruchtbaren Disput.

Kai Ehlers

„Aufgabe der Revolutionäre ist es, die sich ausbreitende Zukunftsangst ernst zu nehmen, alle „Rinnsale“ dieser Angst (z. B. auch ihre kulturellen Reflexe) zusammenzuführen, mit Argumenten und Fakten die Berechtigung dieser Angst zu untermauern, praktische Schritte des Widerstands an dieser Front zu organisieren — und in all den Fragen, an denen sich Angst und Protest entzünden, deutlich zu machen, daß diese Verhältnisse nur durch den konsequenten Kampf gegen die Herrschenden in diesem Land geändert werden können.“ (aus der Resolution des letzten KB-Kongresses, Jahreswende 1981/82) (2)

*

1. Die Entwicklung der Gentechnologie wirft erneut und schärfer als bisher die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf. Es ist zugleich die Frage nach Erneuerungsmöglichkeiten und Grenzen des Kapitalismus, nach Perspektiven des realen Sozialismus und darüberhinaus nach der Utopie einer anderen, besseren, zukünftigen Gesellschaft. Immer wieder im Lauf dieses Jahrhunderts, zuletzt in Sachen Atomenergie, wurde angesichts von wissenschaftlich-technischen Durchbrüchen diese Frage gestellt. Ebenso oft zeigte sich, daß sie technisch nicht zu beantworten war oder sich nur immer wieder als Entschuldigung herrschender Mißverhältnisse durch Vertröstung auf zukünftige Paradiese entpuppte. Ist Gentechnik nun die neue Chance für eine solche Antwort?

Neue Qualität: Biosteuerung

2. Gentechnologie, d.i. molekularbiologisch „veredelte“ Biotechnologie plus Computerisierung. Ihre Geburtshelfer waren die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Die Untersuchung der genetischen Mutationen von Menschen, Tieren und Pflanzen in der Folge der radioaktiven Verstrahlung führten die Naturwissenschaftler auf den theoretischen Weg in die Molekulargenetik. Die Computerisierung ermöglichte die praktische Untersuchung. Ohne Computerisierung keine

schaftler auf den theoretischen Weg in die Molekulargenetik. Die Computerisierung ermöglichte die praktische Untersuchung. Ohne Computerisierung keine

molekulare Genforschung und keine gentechnischen Anwendungsprogramme. Gentechnologie entstand aus dieser Verschmelzung von sog. exakter Naturwissenschaft, Biologie und Technik. Die Teilchenphysik findet darin ihre Fortsetzung als Beschreibung molekularer, tendenziell sogar atomarer Gesetze biologischer Prozesse. Die Computertechnologie setzt sich in der mikroelektronischen Steuerung dieser Prozesse fort, die ihrerseits auf Intensivierung, Rationalisierung und Flexibilisierung der Technologie zurückwirken. Gentechnologie ist aber nicht nur die Summe bisheriger wissenschaftlicher und technischer Teildisziplinen, nicht einfach nur Fortsetzung wissenschaftlich-industrieller Entwicklung auf höherer Stufe wie noch die Atomtechnologie. Sie ist zugleich Ausgangspunkt für eine nicht mehr nur spontan, also chaotisch sich durchsetzende, sondern für eine zunehmend bewußt zu gestaltende symbiotische Beziehung zwischen Natur, Mensch und Technik. Möglich sind heute künstliche Mutation und Steuerung von lebenden, wachstums-und fortpflanzungsfähigen Organismen und deren Nutzbarmachung für neuartige Produktionsmethoden. Möglich sind serielle Kopien (Klone), Mischformen (Chimären) von Pflanzen und Tieren; in Arbeit ist die „Verbesserung“ menschlicher Erbanlagen. Die Klonung gentechnisch „verbesserter“ Menschen wird als ernstgemeinte Forschungsfrage aufgeworfen. Zugleich wird mit Aussicht auf Erfolg an Computern mit biologischen, speziell auch neurologischen Elementen experimentiert. All dies geschieht im wesentlichen durch Eingriffe in die Steuerungschemie biologischer Mikroprozesse innerhalb der Zelle und — in der Bakteriologie, Virologie, Immunologie und Neurologie — inzwischen sogar unterhalb der Zellebene an der Grenze zwischen belebter und unbelebter Materie, wenn auch die Schaffung neuen Lebens aus unbelebter Materie bisher Wunschtraum der Homunkulogen bleibt. Als Fähigkeit zur millionenfachen künstlichen Beschleunigung der Evolution ist Gentechnologie zweifellos von qualitativ anderer und neuer Art als alle bisherigen Technologien, allerdings vorerst nicht in der geistigen Haltung, sondern technisch: als drohende Möglichkeit der Vorverlagerung von Prävention bis in die vorgeburtliche genetische Manipulation der Menschen und mögliche Zerstörung des gewachsenen ökologischen Gleichgewichts. Ich möchte den Gesamtprozess wegen der wechselseitigen Durchdringung von gentechnisch verfeinerter Biotechnologie und Computersteuerung unter Aktualisierung eines Begriffs der 60er Jahre als Biokybernetik, d.h. Biosteuerung, bezeichnen — Steuerung ohne Ziel allerdings und mit z. Zt. unüberschaubarer Geschwindigkeitszunahme. Die Frage ist: Wer steuert wohin? Ist die Beschleunigung zu kontrollieren? Wenn, dann vom wem? (3)

Sprung in die Zukunft?

3. Die Befürworter der Biokybernetik im Management der Metropolen und deren Agenturen sehen in ihr einen wesentlichen Bestandteil der „3. industriellen Revolution“. DDR-Chefideologe Hager z.B. sieht den Menschen sich „vom Nachahmer der Natur zum Konstrukteur biotechnischer Evolution im Rahmen der Naturgesetze“ entwickeln. Darin liege die „grundsätzlich revolutionierende Potenz der Biotechnologie im Gesamtprozess der modernen Produktivkraftentwicklung“. Ähnlich tönt es in der BRD: Selbst in dem sich kritisch verstehenden Bericht der Enquète-Kommission des Bundestages zu „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ ist von „revolutionären Entwicklungen“ die Rede. Hier wie dort erhofft man sich von der Biokybernetik einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der jetzigen Produktivitätsgrenzen: Intensivierung der Produktion, Rationalisierung, neue Märkte, Milliardenprofite. Intensive Forschungen gelten auch der Frage, ob biokybernetische Methoden entwickelbar sind, die zur langfristigen Lösung des Energie- und Rohstoffproblems beitragen könnten, wie es vor Jahren in West-Prognosen wie „Global 2000“, wie es aktuell im Zuge der Begründung der „sozialökonomischen Beschleunigung“, perestroika, auch in der UdSSR als Überlebensfrage der Menschheit hochgerechnet wurde und wird. Nicht von ungefähr stehen im Westen Öl- und Energie-Multis in der ersten Reihe der Investoren der neuen Technologie, obwohl Bioenergie bisher keineswegs konkurrenzfähig ist. Es geht um prophylaktische Sicherung des Zugriffs auf einen möglichen künftigen Energiemarkt, nachdem dieselben Konzerne die Erforschung anderer „alternativer“ Energieträger bereits an sich gerissen haben. Im RGW geschieht Vergleichbares seitens der staatlichen Planungsbehörden. Untrennbar

derer „alternativer“ Energieträger bereits an sich gerissen haben. Im RGW geschieht Vergleichbares seitens der staatlichen Planungsbehörden. Untrennbar

von diesen Forschungen sind jene nach neuen, kriegsfähigen Waffen bzw. Gegenwaffen. Der Grund solcher Forschungen liegt nicht zuletzt in der Stagnation der Atomtechnik, die die in sie gesetzten Erwartungen als neue konkurrenzfähige Energiequelle bisher nicht erfüllt hat und militärisch keine Entscheidungen ermöglicht. Heute liegen die Investitionsraten im biokybernetischen Bereich unter denen für die nationalen Atomprogramme. Sie steigen aber seit Anfang der 80er in Relation dazu mit der Anlage biologischer Forschungszentren und anwendungsbezogener Pilotprojekte steil an, nicht zuletzt auch seitens der Atomindustrie, wie in der BRD beispielhaft am Kernforschungszentrum Jülich zu verfolgen. Sie steigen mit der Aufnahme erster Massenproduktionen im Pharma- und Agrarbereich wie der biokybernetischen Produktion von Insulin, von Wachstumshormonen für die Tierzucht, mit der herbizidresistenten Saatgut „veredelung“ u.ä. Sie steigen mit der Entstehung eines breiten Mittelfelds biokybernetischer Kleinindustrie im Ernährungs- und Futtermittelsektor. Und sie steigen, als Defensivforschung deklariert, mit den offenen und verdeckten Etats der biologischen Kriegswaffenforschung, ungeachtet der Ächtung biologischer Waffen und, wie zu befürchten, unabhängig von den politischen Systemen. Vom XI. Parteitag der DDR wurde Gentechnologie 1986 in Übereinkunft mit dem „RGW-Komplexprogramm 2000“ von 1985 als „Hauptrichtung der wissenschaftlich technischen Revolution“ gekennzeichnet, deren Entwicklung bis 1990 um das Dreifache zu steigern sei. In der BRD entwickelte sich Biokybernetik im Rahmen des Programms „Angewandte Biologie und Biotechnologie“ seit Mitte der “70er Jahre zum Forschungsschwerpunkt und wird unter Hinweis auf US-amerikanische und besonders japanische Konkurrenz mit wachsenden Finanzierungsprogrammen gefördert. 1980 waren es 92,4 Mio., 1986 180,7 Mio. DM. Das ist niedrig, gemessen am Gesamtforschungsvolumen von ca. 13 Milliarden DM und im Vergleich zu anderen Forschungsbereichen (Weltraum: 7220 Mio., Informationstechnologie: 779 Mio., beides 1985), ganz zu schweigen von Militärforschung. Es enthält aber eine Steigerungsrate um 50% von 1981 auf 1985, Tendenz steigend von Jahr zu Jahr, und dies nach wie vor. Hinzu kommt, daß die Förderung der neuen Technologie weniger durch Ausgabensteigerung als durch Umorganisation des Verhältnisses von Kapital und Universitätsforschung erreicht werden soll. In der Gentechnologie sollen Wissenschaft und Kapital nach US-Vorbild in anwendungsbezogener Forschung auf neuer Stufe direkter als bisher verschmolzen werden. (4) 1986 wurden laut Bericht der Enquète-Kommission an 38 Universitäten, 15 Max-Planck-Instituten und diversen Großforschungszentren wie dem „Deutschen Krebsforschungszentrum“, der „Gesellschaft für Biotechnologische Forschung“, Atomforschungszentren wie Jülich, Karlsruhe und Neuherberg 1271 anwendungsbezogene gentechnische Forschungsvorhaben in einem unüberschaubaren Gewirr von Industriesubventionen, Bundes-, Landes- und Projekt-und Institutsförderungen bereits auf diese Weise durchgeführt. 200 Mio. jährlich wendet die Industrie zusätzlich für eigene Projekte auf. Auch in den USA ist man hart am Ball: 1986 waren es 511 Mio. Dollar staatliche Subvention. US-Multis wie Du Pont oder Monsanto in-

für eigene Projekte auf. Auch in den USA ist man hart am Ball: 1986 waren es 511 Mio. Dollar staatliche Subvention. US-Multis wie Du Pont oder Monsanto in-

vestieren inzwischen mehr als ein Fünftel ihres Forschungsbudgets in anwendungsbezogene Genforschung. Mit der Erklärung der Entschlüsselung des menschlichen Genoms zum nationalen 10-Jahres-Projekt wurden in den USA, ebenfalls unter Hinweis auf die japanische Konkurrenz, soeben weitere Millionen locker gemacht. US-Schätzungen für den Weltmarktanteil biokybernetischer Erzeugnisse zum Jahr 2000 schwanken zwischen 25 und 200 Mrd. Dollar. Der japanische Staat finanziert seit Mitte 81 ein 10-Jahres-Programm zur Förderung von Schlüssel-
technologien mit insgesamt ca. 1,24 Mrd. DM, davon für die Gentechnologie 20 Mio. DM. Die jährliche Steigerungsrate in Japan für Gentechnologie beträgt 20 bis 40%. Dies sind Schlaglichter auf aktuelle Entwicklungen. Exakte Schätzungen des Investitions- und Marktvolumens, d.h. letztlich der Entwicklungschancen und -richtung der Biokybernetik, sind bei der breiten Streuung, insbesondere der unüberschaubaren Integration von Computer-, allgemeiner Bio- und spezieller Gentechnologie, einschließlich sonstiger Zubringer- oder Folgebereiche, schwerer festzumachen als bei der atomaren Großtechnologie. Zahlen werden zudem selten genannt, aus Konkurrenzgründen eher verschleiert. Sie sind wohl auch den Betreibern nicht klar, wie die schwankenden Markteinschätzungen zeigen. Ob die Erwartungen sich, im Gegensatz zur Atomtechnologie, diesmal erfüllen, ist offen.

Akzeptanzlinien

4. Der Durchbruch zur Profitabilität der Biokybernetik hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob die Mehrheit der Menschen vom Nutzen, zumindest aber der Ungefährlichkeit der neuen Technologie überzeugt oder, vor allem in Ländern der „3. Welt“, in ausreichender Unwissenheit gehalten werden kann. In großangelegten Akzeptanzprogrammen, die auf den Erfahrungen mit Auseinandersetzungen um die Atomtechnologie aufbauen, wird der (Welt) Bevölkerung von Betreibern, Befürwortern und Nutznießern der Biokybernetik daher, sofern nicht einfach Fakten geschaffen werden, die endgültige Lösung des Versorgungsproblems der Menschheit, der endgültige Sieg über Hunger und Krankheit in einer nach eigenen Maßstäben der Individuen geschaffenen, krisensicher planbaren, gesunden Umwelt in Aussicht gestellt. Die Biokybernetik ermöglicht solche Versprechen in ganz anderem Maßstab als seinerzeit die durch Hiroshima und Nagasaki belastete Atomtechnologie. Nehmen wir z. B. die Programme der DDR und der BRD (5): Angekündigt wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität: durch bakteriologische Methoden des Erzabbaus, durch Anreicherung und vollständigere Nutzung von Rohstoffen und Abfallprodukten, durch Einführung neuer energie- und materialsparender Technologien auf der Basis mikrobiologischer Umwandlungsprozesse, etwa in der Kunststoffgewinnung und -verarbeitung. Erwartet und konkret forciert wird die Nutzung gen- und zelltechnischer Methoden zur weiteren Leistungssteigerung in der Pflanzen-und Tierproduktion, insbesondere in der Züchtungstechnik. Versprochen wird die Verbesserung der medizinischen Versorgung durch gentechnisch gewonnene Diagnostika und Pharmaka für die Hormon-, Immun- und Psychosteuerung. Versprochen wird vor allem eine Revolutionierung der Vorsorgemedizin durch genetische Frühdiagnostik, insbesondere der Schwangerschaftsbetreuung. Pränatale Schwangerschaftstests mit anschließender humangenetischer Beratung sollen das Risiko der Geburt erblich belasteter Kinder vermindern. Versprochen wird schließlich eine gesündere Nahrungsmittelversorgung durch Umstellung von chemischen auf biologische Methoden in der Nahrungsmittelindustrie sowie ökologische Effekte wie bakteriologische Abwässerentsorgung, Schadstoffbeseitigung u.a. bis hin zur Umweltkontrolle durch Einsatz von Bioindikatoren. In solchen Versprechungen sind sich die Planer in

u.a. bis hin zur Umweltkontrolle durch Einsatz von Bioindikatoren. In solchen Versprechungen sind sich die Planer in

Ost wie West ganz und gar einig. Die militärischen Erwartungen dagegen werden, mehr noch als in der Atomtechnologie, vollkommen heruntergespielt.

Die Reaktion der Menschen schwankt zwischen Faszination über zukünftige Möglichkeiten, Gleichgültigkeit und tief verschreckter Ablehnung. Herkömmliche ethische Vorstellungen vom Sinn des Lebens und des menschlichen Zusammenlebens erscheinen vor der globalen biokybernetischen Perspektive als endgültig nicht mehr tragfähig. „Neue Ethiken“, neue kosmologische „Paradigmen“, „neues Denken“ wird allenthalben mit neuer Dringlichkeit gefordert. Ein Wissenschaftskritiker wie der Engländer Gordon Taylor sprach bereits in den Sechzigern von der bevorstehenden „biologischen Zeitbombe“, die zu einer Revolution der Verhältnisse oder zum Ende der Menschheit führen werde. Mit der Kritik, die neue Technologie schaffe nicht neue Ordnung, sondern beschleunige nur das Chaos durch noch intensivere Verwendung immer knapper werdender, nicht erneuerbarer Energie- und Rohstoffquellen, ziehen Fundamentalisten wie der US-Kritiker Jeremy Rifkin seit Ende der “70er mit großer Publizität gegen das „algenische Zeitalter“ zu Felde. Vergleichbare Stimmen aus den realsozialistischen Ländern über die offiziellen Parolen zum „neuen Denken“ hinaus sind bei uns bisher nicht bekannt. BRD-KritikerInnen wie Regine Kollek, Friedrich Hansen, Karl Heinz Roth u.v.a. warnen vor der „neuen sozialen Waffe“, mit der die Bevölkerung eugenisch manipuliert werden könne oder auch schärfer: solle. Starke Kräfte bei den GÜNEN und in der Frauenbewegung lehnen Biokybernetik grundsätzlich ab. Darüberhinaus gewinnen irrationale fundamentalistische Strömungen innerhalb wie außerhalb der Metropolen an Boden, die den wissen-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schaftlich-technischen Fortschritt, auch wenn sie ihn durchaus zu nutzen verstehen, generell zum Teufelswerk erklären, ja seine Folgen sogar als Strafe Gottes, Rache der Natur und nahende Apokalypse abfeiern. Konservative und faschistische Kräfte können auf diesem Boden heranwachsen. Ein Akzeptanzprogramm besonderer Art, das diesen Stimmungen gerecht wird, ist z. Zt. der Umgang mit AIDS. Weltweit wird es als Vehikel zur Legitimation und Beschleunigung biokybernetischer Forschungen und Herrschaftsfestigung benutzt, statt gerade an diesem möglichen Produkt unkontrollierter Genmanipulation deren Gefahren zu problematisieren.

Neue Produktivkraft

5. Technisch beinhaltet die Biokybernetik durchaus die Voraussetzungen zur Entwicklung einer neuen Qualität der Produktivkräfte: Übergang von der extensiven Ausbeutung mechanischer Kräfte und Muskelkraft, von der Verbrennung, der Spaltung, dem einmaligen Einsatz der Ressourcen zur Beschleunigung und intensiven Nutzung sich selbst erneuernder biologischer Prozesse. Das Wesen der Sache wäre: Abkürzung des Energiekreislaufs von der Photosynthese zum Menschen durch Entwicklung neuer Arten der Nahrungs- und Energiegewinnung. Die bereits hochtechnisierten, aber doch immer noch vom natürlichen Wachstumstempo abhängigen biotechnischen Veredelungsmethoden des Nahrungskreislaufs Pflanze/Tier/Mensch könnten durch gentechnische Methoden künstlich beschleunigt, ergänzt, in einzelnen Fällen auch schon ersetzt werden. Erste Produkte dieser Art werden bereits angeboten. Biokybernetisch gesteuerte Biomassen, sog. nachwachsende Rohstoffe, könnten als Ausgangspunkt neuer Formen der Energiegewinnung dienen. Technisch könnten sie bei weiterer günstiger Entwicklung die Energiegewinnung aus bisher benutzten, trotz Energiesparmaßnahmen absehbar nicht mehr profitabel gewinnbaren fossilen Rohstoffen wie Kohle oder Öl, die umweltbelastende chemische Industrie, die Kernspaltung oder -fusion ergänzen, einschränken oder gar verdrängen. Das könnte zu einer Produk-

-fusion ergänzen, einschränken oder gar verdrängen. Das könnte zu einer Produk-

tion unter biologisch verträglichen Bedingungen führen: niedrige Temperaturen, kein Lärm, kleine Produktionseinheiten etc. Biokybernetische Produktion verschiebt darüberhinaus das Verhältnis von Planung und Produktion entschieden in Richtung des wissenschaftlichen, experimentellen und organisationstechnischen, d.h. insgesamt planerischen und organisatorischen Vorlaufs bzw. auch marktsteuernden Nachlaufs. Die ersten Erfahrungen mit biokybernetischer Produktion lassen erkennen, daß sich dieser, dem Kapital ohnehin immanente Prozess, in der Entwicklung dieser Technologie sprunghaft beschleunigt. Die neue Technologie resultiert geradezu aus dieser gesteigerten Vernetzung. Eine wahrhaft gesamtgesellschaftliche und ökologische Wechselwirkung wird in Umrissen erkennbar, wenn auch z. Zt. hauptsächlich in ihren negativen Auswirkungen. Das alles bedeutet: Technisch könnte die Biokybernetik die mechanische Ausbeutung der Natur und des Menschen durch den Menschen auf die Ebene einer das Leben der Gesellschaften bereichernden ökologisch-industriellen Nutzung heben. Das liefe auf eine, von utopischen Denkern aller Jahrhunderte erträumte, allseitige, in den Naturkreislauf eingebettete Indienstnahme und Pflege der Natur- und Menschenkräfte hinaus, statt des bisher üblichen bloßen Verbrauchs oder sogar der Vernichtung von Natur und Mensch. In dieser Weise könnte eine biokybernetische Erneuerung der Produktivkräfte den kollektiven Reichtum der Menschheit wesentlich anheben, und so die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zu einer emanzipatorischen Gesellschaft. D.h. die Notwendigkeit und Möglichkeit der Industriestaaten zur Planung im gesamtgesellschaftlichen statt im privaten Interesse erheblich steigern.

Realität

6. In der Realität allerdings liegen die Gefahren der Biokybernetik mehr noch als bei früheren Technologien, selbst der Atomtechnologie, in ihren unbekannten und bisher unkontrollierbaren Folgen und in ihrer bloßen Profitbindung. Die Folgen der Atomtechnologie sind bekannt, ja sogar an Menschen erprobt. Kurzfristig: Zerstörung, langfristig: unumkehrbare Verstrahlung und genetische Mutation. In diesem Wissen kann der Bau und Betrieb von AKWs, zwar nur auf einem zu beklagenden Stand der Verstrahlung, doch immerhin technisch gestoppt werden. Die Atombombe müßte immerhin erst im Einsatz gezündet werden, bevor weitere Katastrophen eintreten können. Biokybernetisch manipulierte Organismen und Kreaturen dagegen sind, einmal freigesetzt, nicht nur ein unumkehrbares, sondern darüberhinaus auch noch ein sich selbst vermehrendes Risiko, sozusagen die genetische Wirkung einer Atombombe in Zeitlupentempo ohne deren offensichtlich zerstörerische, d.h. ihren Einsatz begrenzende Explosivkraft und Strahlung. Das verführt zu grenzenlosem, schnellem Einsatz dieser Technologie auf dem gegebenen Entwicklungsstand. Eine derartige technische Beschleunigung der Mutationen ist z. Zt. aber weder wissenschaftlich überschaubar, noch technisch kontrollierbar oder sozial tragbar. Das gilt auf jeden Fall für den heutigen embryonalen Stand unserer Kenntnis ökologischer Gesetze und der entsprechenden Unfähigkeit, biologische Prozesse zu kalkulieren, geschweige denn, sie zu kontrollieren und ggflls. wieder abzubrechen. Selbst wenn es gelingen sollte, den Einsatz von Mikroorganismen und biokybernetischen Methoden in großem Maßstab für die Produktion, für die Tier- und Pflanzenzüchtung sowie Nahrungsmittelindustrie effektiv, also profitabel, zu organisieren, so ist doch bisher unübersehbar, ob nicht langfristig gefährlichere Entsorgungsprobleme und fatalere unbekannte Folgen dabei auftreten als bei allen bisherigen Technologien. Ausreichende Erfahrungen dazu liegen bisher weder aus der Forschung, noch aus der Anwendung vor. Wo sie vorliegen könnten, werden sie vertuscht oder geleugnet wie kürzlich beispielhaft auf der internationalen Konferenz der Freisetzer, REGEM, in

Konferenz der Freisetzer, REGEM, in

Großbritannien, wo die Sicherheitsforderungen der ersten großen Konferenz von Asilomar zu gentechnologischen Fragen für überholt erklärt wurden. (6) Tatsächlich sind die Sicherheitsprobleme ungelöst. Das gilt für Erzabbau durch den „kleinsten Stahlarbeiter der Welt“ (7) nicht weniger als für andere geplante Umwandlungsprozesse, für biokybernetisch gewonnene Wachstumshormone wie für die Herstellung neuartiger Arzneimittel. Das gilt insbesondere für die virologischen, bakteriologischen, immunologischen und neurologischen Experimente der militärischen Forschungslabors. Alles spricht z. B. dafür, daß AIDS eine erste Folge solcher Experimente ist, gleichgültig ob gewollt oder ungewollt. Weitere Unfälle dieser Art sind jederzeit möglich. Aber mehr noch als in einem Unfall oder im Mißbrauch liegt die Gefahr der Biokybernetik in ihrem schnellen Erfolg: Wenn alles das praktisch umgesetzt wird, was heute technisch machbar, das heißt unter den heutigen Bedingungen profitabel und militärisch vorteilhaft scheint und z. T. bereits experimentell erprobt wird, könnte die Welt in nicht wiederzuerkennender Weise mutiert sein, bevor überhaupt zu beweisen war, ob die langfristigen ökonomischen Erwartungen und Versprechungen berechtigt waren oder nicht.

Fataler Forschungsansatz: Sozialbiologie und militärische Biostrategien

7. In der bisherigen Entwicklungsrichtung der Biokybernetik spitzen sich zudem früher schon in der herrschenden Biologie, Anthropologie und Medizin wie auch in der Atomforschung entwickelte reduktionistische Denkweisen und Forschungsmethoden zu einer einengenden Konzentration auf bloße Teilchenanalyse zu. Der wissenschaftliche Erkenntnisprozess wird zur Einbahnstraße: Belebtes wird in Unbelebtes zerlegt, das Ganze in seine Teile. Die komplizierten Wechselwirkungen zwischen Mensch, Natur und Kosmos, zwischen Seele, Körper und Geist, zwischen Genom und Zelle, Zelle und Mensch, Mensch und Gesellschaft, Gesellschaft und biologischer Umwelt, Umwelt und Kosmos werden auf das Genom, das Genom aufs einzelne Gen und dieses auf seine molekularbiologischen Bausteine reduziert. Zusammenhang und Wechselwirkung werden nicht bzw. nur in schematisierender und deterministischer Verallgemeinerung der Teilergebnisse gedacht bzw. wiederhergestellt. Was theoretisch so zerstückelt wurde, soll dann gewaltsam politisch wieder zusammengekocht werden: Eugenische Theorien und Planspiele, die die Gesetze der molekularen Realität nicht nur neo-, sondern platt-darwinistisch auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft übertragen, gewinnen im Zuge dieses Denkens nach zeitweiligem Verruf solcher Utopien durch den Faschismus erneut an Boden. Der Mensch ist darin nur noch ein vorherbestimmtes Produkt seiner Molekularstrukturen. Den in der Sexualität wirkenden Zufall, die Unberechenbarkeit individueller Gefühle, die Unruhe sozialer Kämpfe möchte man technisch überwinden. Menschenzüchtung aus „Genen der Besten“, Genmanipulation an noch nicht geborenen Individuen, gentechnische „Verbesserung“, Spezialisierung und Anpassung des Menschen an die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse statt Veränderung dieser Verhältnisse, das ist das gesellschaftspolitische Credo dieser unter der unverdächtigen Etikette „Sozialbiologie“ biokybernetisch erneuerten Eugenik. Ihr Experimentierfeld ist die kombinierte Gen- und Fortpflanzungstechnologie, insbesondere die Embryoforschung, in Verbindung mit medizinischen, bevölkerungspolitischen und militärischen Präventionsstrategien. Es ist diese brisante Synthese aus Sozialdarwinismus, Revolutionierung biokybernetischer Manipulationstechniken und militärischer Forschung, die das Denken und die Forschungspraxis der Mehrzahl der Biokybernetiker heute bestimmt. (8)

Eine Unterscheidung in zivile und militärische Forschung entspricht in der Biokybernetik ebensowenig der Realität wie zuvor in der Atomtechnologie: Krebsforschung, AIDS-Forschung, bakteriologische und neurologische Experimente sind zugleich militärische Grundlagenforschung, auch wenn sie in zivilen Einrichtungen stattfinden und über zivile Forschungsprogramme finanziert werden. Große Teile dieser Forschung finden auch direkt in militärischen Forschungslabors und direkt durch Militär finanziert statt. (9) Bei Beibehaltung dieses menschenverachtenden Forschungsansatzes sind die Folgen der Biokybernetik für das gesellschaftliche Zusammenleben nicht mehr nur unabsehbar. Sie sind dann absehbar katastrophal: Gesundheitsvorsorge kann sich unter den Bedingungen biokybernetischer Verbesserungstechniken in Anpassungsdruck an eine normierte Volksgesundheit verwandeln. Aus der Möglichkeit zu gezielteren Therapien durch biokybernetisch gewonnene Hormon-, Immun- oder Neuro-Präparate kann die Manipulationswirklichkeit einer anpassungsorientierten Symptommedizin hervorgehen, die Ursachen überhaupt nicht mehr bekämpfen, sondern nur noch ertragbar machen soll. Die technische Machbarkeit genetischer Eugenik führt zu Versuchen ihrer Anwendung, gleich ob die endgültige Reduzierung des Menschen auf seine Gene erreichbar ist oder nicht. Es gilt das bekannte Motto: Was möglich ist, wird gemacht. Aber was heute möglich ist, ist schon zuviel. Die menschliche Gesellschaft ist der neuen Technologie ethisch und sozial bisher nicht gewachsen. Spitze dieser Entwicklung ist z. Zt. die pränatale Schwangerschaftsdiagnostik und Fortpflanzungstechnologie, insbesondere die Praxis der humangenetischen Beratungsstellen. Die Forschung nach perfekten, d.h. gezielt dosierbaren Biowaffen bildet dazu die tödliche Ergänzung.

Marktkämpfe, soziale Umschichtungen

8. Vorausgesetzt, eine biokybernetische Produktion kommt ökonomisch so in Gang, wie es von ihren Förderern erwartet wird, und bleibt nicht unterhalb der Rentabilitätsgrenze stecken wie die Atomindustrie, dann wird sie die Kurve der Kapitalkonzentration weltweit hochschnellen lassen. Biokybernetische Produktion nach den Vorstellungen der Planer in den Chefetagen, das würde bedeuten: Intensivierung, Automatisierung, Rationalisierung in bisher unbekannten Dimensionen, Ersetzung arbeitsintensiver mechanischer und chemischer Produktionsprozesse durch weitgehend automatisierte biokybernetische Produktion. Es hieße: enorme Beschleunigung der Arbeitsteilung unter verstärkter Verwissenschaftlichung der Produktion, forcierte Herausbildung des in den letzten Jahrzehnten ohnehin stetig wachsenden elitären Wissenschaftsproletariats zum einen, massenhafte Dequalifizierung manueller Arbeitskraft, Zunahme der Entfremdung vom Produkt der eigenen Arbeit, steigende Arbeitslosigkeit zum andern. Stichwort: Von der Blaumann- zur Weißkittelproduktion. An den ersten biokybernetischen Entwicklungsfirmen läßt sich diese Entwicklung exemplarisch erkennen: So waren von 31 Mitarbeiterinnen einer neugegründeten BRD-Firma, „Progen Biotech GmbH“, 14 WissenschaftlerInnen, 9 AssisstenInnen und LaborantInnen, 8 MitarbeiterInnen aus dem Bereich Verwaltung und Technik. Dazu kommen die Personaleinsparungen. In ihren ersten biokybernetischen Produktionsanlagen reduzierte etwa Hoechst den schon recht niedrigen Personalkostenanteil der chemischen Industrie von nur 11 bis 18 Prozent auf ganze 3 Prozent. (10) Soziale Umschichtungen in großem Ausmaß deuten sich hier an, dies umso mehr, wenn sich der Kampf um den biokybernetischen Markt verschärft. Auch dies ist absehbar: Gerade in einer biokybernetischen Erneuerung der Produktion siegt das stärkere Kapital: Nur dort ist die notwendige Grundlagenforschung finanzierbar, allenfalls staatlich subventioniert.

wendige Grundlagenforschung finanzierbar, allenfalls staatlich subventioniert.

Nur dort finden sich genügend wissenschaftlich-technisches know how, ausreichend computerisierte Produktionsanlagen, die Verfügung über die Ressourcen und der notwendige Marktverteiler. Die Konzentration ist nach anfänglichem Boom kleinerer Entwicklungsfirmen Anfang der "70er inzwischen weltweit zu beobachten. Zwar findet Forschung, selbst Produktion weiterhin auch dezentral statt, ja, wird die Dezentraliserung, der Technologie entsprechend, sogar forciert, aber dies in zunehmendem Maße unter Lizenzen und Kommandos der Multis. Es ist absehbar, daß diese Entwicklung alle Industriestaaten, einschließlich der realsozialistischen, noch mehr als bisher dem Zwang eines einheitlichen Weltmarkts, also verschärfter Konkurrenz, unterwerfen wird. Anders gesagt: Eine biokybernetische Erneuerung der Produktion dürfte den Widerspruch des Kapitalismus zwischen dem Prozess der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und der Organisation dieses Prozesses in der Rechtsform des Privateigentums entscheidend zuspitzen: hier enorme Erhöhung der Produktivität, dort Intensivierung der Ausbeutung, Deklassierung, Arbeitslosigkeit; hier Wachstum gesellschaftlicher Potenzen unter privater Verfügungsgewalt, dort wachsende Ohnmacht und Abhängigkeit von diesen Potenzen; hier Anwachsen der Planungsmöglichkeit, dort wachsende Unsicherheit, hier private Verursacher, dort umfassende, ggflls. und zunehmend katastrophale soziale und politische Wirkungen. Von linken Gewerkschaftern wird schon seit längerem auf diese Gefahren der biokybernetischen Produktion hingewiesen, ohne daß die Gewerkschaftsführungen das bisher öffentlich aufgenommen hätten. Sie machen sich auch in Sachen Biokybernetik lieber zum Sachwalter einer ihrer Ansicht nach „arbeitsplatzsichernden“ neuen Technologie. Hier öffnet sich ein weites Feld schärfster sozialer und politischer Auseinandersetzungen.

Beschleunigung der Agrarkrise

9. Besonders der Widerspruch zwischen Stadt und Land droht sich durch die neue Entwicklung zu vertiefen, national wie international. National, wenn z. B. die Bauern in dem biokybernetisch beschleunigten Prozeß der ohnehin stattfindenden Industrialisierung der Landwirtschaft noch schneller, noch radikaler zu Handlangern biotechnisch normierter und artenmäßig verarmender Nahrungsmittelproduktion werden, während die Konzerne sich mittels Anlage von Gen-Banken die Verfügungsgewalt über die Artenvielfalt sichern. Dieser Druck auf die Bauern ruft in Verbindung mit der EG-Agrarpolitik in der BRD schon jetzt erhebliche Unruhen hervor. So z. Zt. den Widerstand gegen die Einführung gentechnisch manipulierter Wachstumshormone, die lediglich die Milchseen und Fleischberge der EG noch weiter aufpumpen würden, zu Lasten der Bauern und Verbraucher, zugunsten der besseren Profitmaximierung der am Projekt beteiligten Pharmaunternehmen. Genkybernetik erweist sich hier als Treibsatz einer ohnehin konfliktträchtigen Entwicklung. Sie wird sie generell und längerfristig zu einer neuen Bauernfrage zuspitzen, in deren Verlauf die Bauern sich gegen ihre endgültige Verproletarisierung wehren werden. International droht sich der in den letzten Jahren im Zuge der sog. Grünen Revolution schon scharf hervorgetretene Konflikt zwischen abhängig gehaltenen landwirtschaftlichen Monokulturproduktionen der sog. unterentwickelten Länder und der zunehmenden Macht der biotechnisch gesicherten Saatgut-, Verarbeitungs- und Marktmonopole der Metropolen durch Einführung gentechnologischer Methoden erheblich zuzuspitzen. In den letzten Jahren haben wenige Öl-, Chemie- und Pharmamultis das Saatgutmonopol samt gentechnischer Züchtungsforschung an sich gerissen. Ähnliches bahnt sich für die Tierhaltung an. Schon die ersten großangelegten Versuche mit Monokulturen „nachwachsender Rohstoffe“ tragen ein weiteres zur Zerstörung der nationalen Agrar- und Sozialstrukturen bei. (11) Im

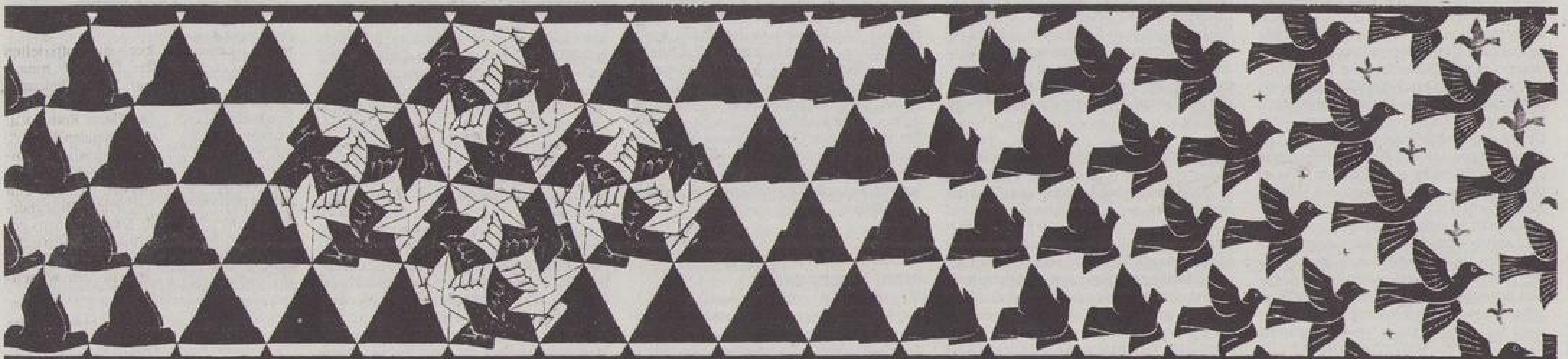
Agrar- und Sozialstrukturen bei. (11) Im

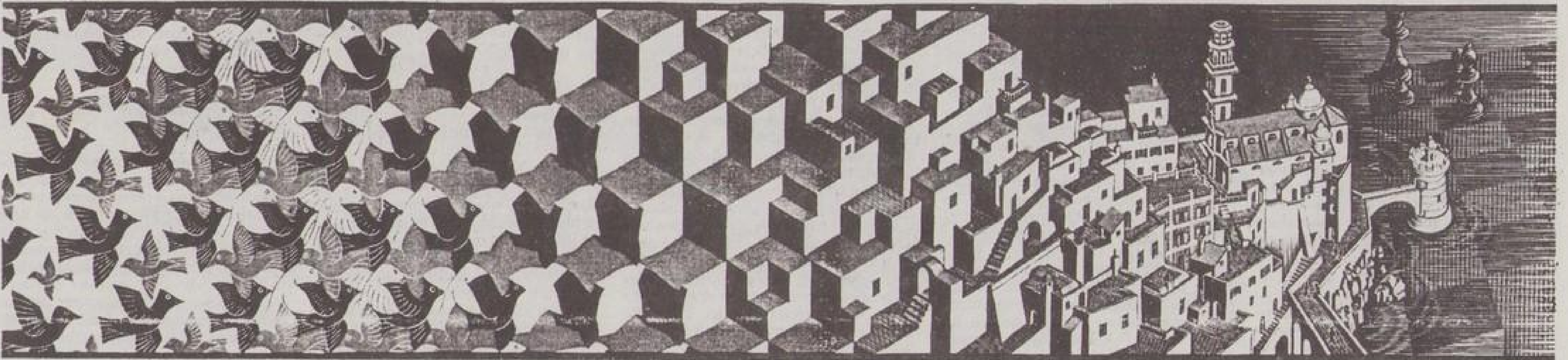
Prozeß der biokybernetischen Umwandlung des Weltmarkts könnten die Länder der „3. Welt“ als Lieferanten von Biorohstoffen zum einen, als Biomülldeponie der Metropolen zum andern noch fester in den Zangengriff der imperialistischen Auspressung geraten. Nationale Industrialisierungsprozesse wirken diesem Prozeß z. Zt. nicht entgegen, sondern beschleunigen ihn eher. Die imperialistisch eingesetzte Biokybernetik wird die Ausbeutung der „3. Welt“ durch den Imperialismus, die Vereinseitigung ihrer Entwicklung, die Abhängigkeit, kurz Hunger und Elend, Unterdrückung, lokale Kriege nicht beenden, sondern entschieden intensivieren. (12)

Staat: Diktat der Gesundheit

10. Der Staat, als Büroratie des Kapitals, wird — und dies in rasch zunehmendem Maße — nicht Ort des Interessenausgleichs in Sachen Biokybernetik, sondern der Organisator des biokybernetischen Innovationsprozesses sein, nicht zuletzt auch durch seine Forschungspolitik. Er hat zugleich für dessen Akzeptanz zu sorgen, ggflls. auch mit — verdeckten oder offenen — Formen von Gewalt. Forschungspolitik ist Machtsicherung. Die Entwicklung folgt dem Muster der Atomtechnologie, nur daß, dem Charakter der neuen Technologie entsprechend, weitere Kreise in die Dienstbarkeit gezogen werden, ohne ihrerseits einen Überblick über den Gesamtprozeß gewinnen zu können. Interessenvertretungen und Parteien der repräsentativen Demokratie könnten durch die Komplexität biokybernetischer Vorgänge noch schneller als bisher zur

Fortsetzung nächste Seite





Fortsetzung von vorheriger Seite

Staffage der wissenschaftlich-technischen Staatsbürokratie und ihrer Exekutive herabgedrückt werden. Staatliche, selbst parlamentarische Kontrolle des biokybernetischen Entwicklungsprozesses verwandelt sich unter solchen Umständen schon heute in ihr Gegenteil: die Sicherung des Betreibermonopols vor öffentlicher Kritik. Die Arbeit der Enquète-Kommission des Bundestages der BRD ist dafür symptomatisch. Sie kanalisierte Expertenkritik in nicht-öffentlichen Sitzungen, statt geheime Planungen offenzulegen und betroffene Interessengruppen zu aktivieren.

Parallel zum Abbau realer demokratischer Eingriffsmöglichkeiten der Individuen wachsen dem Staat durch neue biokybernetische Herrschaftsmechanismen wie genetische Identifizierung, genomanalytische Klassifizierungen, gesundheitspolitische Selektionen etc., und vermittelt über die sich verbreiternde Schicht des kapitalabhängigen Wissenschaftsproletariats neue Machtmittel gegenüber den Individuen zu. Der Staat zeigt in diesem Prozeß zudem die Tendenz, als biokybernetischer Repräsentant einer Eugenik des „besseren", d.h. angepaßteren Menschen, für ein „besseres", d.h. vor Unruhe von unten und außen gesichertes Gemeinwesen des volksgemeinschaftlich kontrollierten Mittelmaßes zu funktionieren. Moral und Ethik drohen weiter entindividualisiert und Präventionskriterien unterworfen zu werden, wie es sich heute an AIDS beispielhaft zeigt. Das Individuum droht vom Staat als der einzigen homogenisierenden und normativen Ganzheit auch innerlich endgültig abhängig zu werden. Seine Existenzberechtigung würde das Individuum unter diesen Bedingungen nur noch aus seiner funktionalen Angepaßtheit nehmen. Unter Bedingungen der Aufrechterhaltung, gar Verteidigung der kapitalistischen Organisation der Produktion gegen nationalen wie internationalen Widerstand der durch eine biokybernetische Erneuerung Betroffenen könnte die Biokybernetik zudem Herrschafts- und Vernichtungswissen sowie Zerstörungspotentiale in bisher nicht gekannter Qualität produzieren: weitere unkontrollierbare Krankheitserreger wie AIDS, biokybernetische Menschen-
nicht gekannter Qualität produzieren: weitere unkontrollierbare Krankheitserreger wie AIDS, biokybernetische Menschen-
züchtungs-, Kontroll- und Steuerungstechniken, gentechnisch hergestellte Biowaffen. Der an die Biokybernetik geknüpfte Wunsch zur totalen Verwertung der Arbeitskraft könnte in totaler Entwertung des Menschen enden, die neue Entfesselung der Produktivkräfte in Zerstörung mit unkontrollierbaren ökologischen Folgen, die mögliche Erneuerung der Produktion in vertiefter Stagnation, in bisher nicht gekannten Formen von Gewaltherrschaft und Steigerung der allgemeinen Kriegsgefahr, statt in neuen Impulsen für die Entwicklung der Menschheit.

Realsozialistische Variante

11. Diese Entwicklung droht nicht nur für kapitalistische, sondern auch für realsozialistische Länder, sofern diese es nicht schaffen, die notwendige Demokratisierung und Dezentralisierung der Produktion unter einem zentralen gesellschaftlichen Plan durchzuführen bzw. die zentrale gesamtgesellschaftliche Planung durch eine ökologisch und emanzipatorisch orientierte Dezentralisierung zu qualifizieren und zu stärken. Sie droht besonders, wenn die realsozialistischen Staaten es nicht schaffen, die Verwertung des „Faktors Mensch" nach anderen als profitmaximierenden Kriterien zu bestimmen, erst recht, wenn sie unter dem Druck der internationalen Konkurrenz zu solchen Kriterien der Kapitalbildung und Profitmaximierung zurückkehren, wie es gegenwärtig in der VR-China und UdSSR zu geschehen scheint. Bloße Profitorientierung dürfte sich auch unter dem Etikett des realen Sozialismus als unvereinbar mit einer verantwortlichen Entwicklung der Biokybernetik erweisen. Mehr noch: Das aus dem bisherigen historischen Prozeß der realen Sozialismen erkennbare System sozialer Kontrolle und weitgehend willkürlicher Verfügungsgewalt der Staats- und Parteibürokratien über die Individuen als verschiebbare Produktions-und Kalkulationsmasse hat eine Voraussetzung für eine biokybernetische etatistische Fehlentwicklung herausgebildet, die der Kapitalismus bisher nicht bzw. nicht dauerhaft und nur mit dem Terror des Faschismus zu entwickeln imstande war. Die Entwicklung der Biokybernetik ist in den realsozialistischen Ländern z. Zt. mindestens demselben, wenn nicht größerem Anwendungsdruck unterworfen wie in westlichen Ländern, zugleich aber noch geringerer bis gar keiner öffentlichen Kontrolle. Ob dieses Erbe im Zuge des „Neuen Denkens" aufgeknackt werden kann, ist offen. In der VR-China kommt zudem noch die konfuzianische Tradition des über 2000jährigen Staatsabsolutismus hinzu, in dem eine Individuation des Einzelnen wie in der europäischen Aufklärung nie wirklich stattgefunden hat.

Sozialistischer Imperativ

12. Eine Aufhebung der skizzierten Widersprüche im Rahmen der herrschenden Verhältnisse halte ich nicht für möglich. Sie entwickeln sich antagonistisch. In der kapitalistischen Welt wird Biokybernetik die herrschenden Verhältnisse nicht reformieren, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen notwendig zur Fessel für die Entwicklung einer ökologisch gebundenen biokybernetischen Produktion werden. Ebenso notwendig liegt darin die Gefahr der Stagnation in etatistischer Barbarei oder einem evolutionären Kurzschluß. Die Freisetzung der in der Genkybernetik angelegten Chancen der Menschheit ist nur im radikalen Bruch mit bloßer Profitorientierung von Produktion, profitorientierter Forschung, Moral und Ethik, letztlich also nur durch revolutionäre Umgestaltung der herrschenden Verhältnisse möglich. Dies beinhaltet zugleich die Notwendigkeit der Überwindung des herrschenden reduktionistischen und deterministischen Weltbildes zugunsten einer am Menschen als geistiges, soziales, umweltbezogenes und geschichtliches Wesen allseitig orientierten materialistischen Ethik in Forschung, Lehre und gesellschaftlicher Praxis. Letztlich wird sich die Bereitschaft zu ei-
materialistischen Ethik in Forschung, Lehre und gesellschaftlicher Praxis. Letztlich wird sich die Bereitschaft zu ei-
ner solchen Umwälzung aber daran entscheiden, ob, wie lange, für wen und auf wessen Kosten der biokybernetische Innovationsprozeß die versprochene Garantie der Lebens- und Zukunftssicherung in den Metropolen tatsächlich einlösen kann. Die Stabilität einer biokybernetisch produzierenden Gesellschaft wird davon abhängen, ob es dem Kapital gelingt, sich über die hochbezahlten wissenschaftlichen Eliten hinaus auch die Loyalität des die Biokybernetik tragenden breiten Wissenschaftsproletariats zu erkaufen und diese langfristig zu halten. Diese Schicht wäre das soziale Bollwerk gegen die weiter anwachsende Masse einer dequalifizierten Arbeiterschaft, proletarisierter Bauern und Angestellter und der generell im Prozeß der Biokybernetisierung sozial Entwerteten, national wie auch international. Für die realsozialistischen Verhältnisse gilt — im Prinzip — ähnliches. Dort sind die Ausgangsbedingungen für die notwendige Umwälzung insofern günstiger, als es „nur" um die Erneuerung des revolutionären Impulses, nicht mehr um die Entmachtung des Kapitals gehen müßte. Tatsächlich ist zu befürchten, daß Konkurrenz und politischer Widerspruch zum Kapitalismus selbst bei KritikerInnen der systemeigenen realsozialistischen Biokybernetik eine Unterordnung der inneren Widersprüche unter das Argument des Aufholbedarfs erzwingen.

Angelpunkt: Fortschrittskritik

13. Die Auseinandersetzung um Chancen und Risiken der Biokybernetik muß auf die Frage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Spannungsfeld zwischen dessen Verherrlichung zum einen und fundamentalistischen Verurteilung zum andern konzentriert werden. Bei Kritik der sozialen und politischen Folgen der neuen Technologie und allen Versuchen ihrer Verharmlosung, gleich von welcher Seite, muß herausgearbeitet werden, wohin die heute mögliche Beschleunigung der Evolution unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, dem herrschenden Forschungs- und Entwicklungsansatz, und zwar in Ost wie West, widersinnigerweise zu führen droht, nämlich, biologisch gesprochen, in eine finale Reduktion der Artenvielfalt, sozial gesprochen, in die Gleichschaltung politischer, sozialer und kultureller Vielfalt, tendenziell Ausschaltung statt deren allseitiger Entfaltung. Aber auch den Parolen der Umkehr zu „natürlicheren" Verhältnissen muß, und zwar entschieden, begegnet werden. Sie können nur auf eine Rückkehr zu vorindustriellen Idealen des Feudalismus, der Ständegesellschaft und des Glaubens an einen außerhalb der Natur existierenden Schöpfer hinauslaufen, der den Menschen die Verantwortung abnimmt, d.h. den Profiteuren der Biokybernetik überläßt. Ideologische Begleiterscheinung der aktuellen Entwicklung ist bezeichnenderweise das Anwachsen allgemeiner Aufklärungskritik im Gewand der Wiederbelebung spätbürgerlicher, antisozialistischer, elitärer bis tendenziell faschistischer Ideologien in dem durch die Krise des Sozialismus entstehenden ideologischen Vakuum. Kern der Kritik: Der technisch-industrielle Fortschritt und mit ihm Demokratismus und Sozialismus habe nicht mehr Lebensqualität, sondern lediglich wachsende Konsumquantität, Herrschaft des Mittelmaßes und kulturelle Nivellierung gebracht und drohe menschliche Kultur nun in einem bloß technisch-zivilisatorischen Ameisenstaat zu ersticken. Es gilt, den materiell berechtigten Kern dieser Kritik, nämlich die Kritik der Entfremdung im Zuge der Entstehung der technischen Zivilisation des Kapitalismus und ihrer Fortsetzung im Realsozialismus, aufzugreifen, um gerade daran deutlich zu machen, daß die Konsequenz nicht weniger, sondern ein anderer Fortschritt, nicht weniger Forschung, sondern mehr Forschung unter geänderten Zielsetzungen und geänderten gesellschaftlichen Bedingungen sein muß. Voraussetzung für die allseitige Entfaltung der Individuen war nie Einschränkung, sondern Anhebung des allgemeinen Lebensniveaus. Der von der Horde über den Feudalismus bis heute zurück-
kung, sondern Anhebung des allgemeinen Lebensniveaus. Der von der Horde über den Feudalismus bis heute zurück-
gelegte Weg der Menschheit ist nur um den Preis der Zerstörung des Erreichten umkehrbar. Die einzige Chance, eine biokybernetische Fehlentwicklung zu verhindern und mit der neuen Technologie nicht nur zu leben, sondern — was zu wünschen wäre — sogar besser als bisher zu leben, liegt im Aufbruch zu Verhältnissen, die dem allseitigen, auf Planung, Steuerung und kollektives Handeln drängenden Charakter der neuen Erkenntnisse und technologischen Möglichkeiten politisch gerecht werden, das heißt eben Verhältnissen, wie sie die Altväter des Sozialismus seinerzeit im „kommunistischen Manifest" als erstrebenswert skizziert hatten. Die Grenzen der technologischen Entwicklung unter den heutigen Bedingungen sind nicht gleichbedeutend mit den Grenzen gesellschaftlicher Entwicklung überhaupt, sondern mit den Grenzen der kapitalistischen und heutigen realsozialistischen Welt. Der mögliche Untergang des Kapitalismus als gesellschaftliche Formation, ja selbst die Sprengung der heutigen Formen des realen Sozialismus muß nicht gleichbedeutend mit dem physischen Untergang der Menschheit sein, sondern kann den Weg frei machen für weitere Schritte in Richtung einer, eine mögliche biokybernetische Fehlentwicklung verhindernden Utopie einer emanzipatorischen Gesellschaft im globalen Maßstab. Dies ist all denen entgegenzuhalten, die im Namen der Rettung der Gattung Mensch zur Anpassung an die heutigen Verhältnisse auffordern. Sie betreiben das Geschäft der herrschenden Kräfte, wissentlich oder unwissentlich.

Utopie: Menschlichkeit, nicht Übermensch

14. Die radikalste emanzipatorische Utopie ist heute nicht die biokybernetisch denkbare Vervollkommnung des Menschen in einem optimal produktiven, perfekt gesteuerten und gesicherten Staatswesen, wie sie die Fantasie der heutigen Eugeniker entwirft. Dieses zur Diktatur funktionaler Gesundheit und fleißiger Verfügbarkeit getriebene Sozialstaatsmodell, seinerseits bereits eine bürgerliche Verzerrung der frühen Sozialismusentwürfe, ist nur die auf den Spuren von Nietzsches Übermensch daherkommende spätbürgerliche Utopie des schönen neuen Menschen bzw. deren Verwandlung zu diversen Helden des realen Sozialismus à la UdSSR und VR-China. Solche Vorstellungen werden z. Zt. weltweit in den Chefetagen des wissenschaftlich-technischen Managements gedacht und praktisch forciert. Die Nietzsche-Renaissance in Ost und West erscheint vor diesem Hintergrund als symptomatischer Ausdruck weltweit sich vollziehender sozialer Umwälzungen, d.h. der Herausbildung der ins Kapital zunehmend integrierten, im Realsozialismus die private Verfügungsgewalt der Kapitaleigentümer sogar ablösenden, wissenschaftlich-technischen Eliten als herrschende und eines breiten Wissenschaftsproletariats als staatstragende Schicht. In den Entwürfen einer neuzeitlichen Eugenik, die Nietzsches Traum des Übermenschen durch biokybernetische Züchtung verwirklichen möchte, spiegeln sich ihre Herrschaftsfantasien. Die radikalste emanzipatorische Utopie ist entgegen solchen Vorstellungen heute die Erhaltung und der Schutz selbstbestimmter Unvollkommenheit, Vielfalt und allseitiger Entwicklungsmöglichkeiten des menschlichen Lebens und der lebendigen Natur. Allerdings: Friedliches Nebeneinander, kooperierende Dezentralisation, gegenseitige Achtung setzt den Plan im gesamtgesellschaftlichen Interesse voraus, das Recht auf selbstbestimmte Unvollkommenheit, die Förderung von Selbstbestimmung, die Selbstbestimmung, die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Menschen überall auf dem Globus! Anders gesagt: Die Beseitigung der sozialen Ungleichheit und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist die unabdingbare Voraussetzung, die einer biokybernetischen „Vervollkommnung" der Menschheit, noch ganz abgesehen von der Frage der technischen Machbarkeit, überhaupt erst ihren Sinn
nung" der Menschheit, noch ganz abgesehen von der Frage der technischen Machbarkeit, überhaupt erst ihren Sinn
und ein erkennbares Maß geben könnte. Solche Voraussetzungen sind aber gleichbedeutend mit einem Niveau des menschlichen Zusammenlebens und Bewußtseins, für das der Kampf erst geführt werden muß. Der Weg zu dieser Utopie beginnt hier und jetzt in der Ablehnung jeder bloß technischen Menschen „verbesserung", aber auch jeder Vertröstung auf ein zukünftiges Paradies.

Interessen organisieren!

15. Gleichgültigkeit auf Grundlage privilegierten und gesicherten Lebensstandards bei den einen, Unkenntnis der wissenschaftlichen Zusammenhänge bei den anderen, wechselweise Sensations-oder Ohnmachtsgefühle bei den dritten, fallweise auch alles zusammen ergeben ein öffentliches Bewußtsein aus Akzeptanz und Endzeitresignation, das eine sachliche Diskussion über Biokybernetik außerordentlich erschwert. Zu schnell wird mit Glaubenssätzen statt mit Tatsachen argumentiert, zu schnell werden vermeintliche Sachzwänge als unveränderliche Tatsachen gegen prinzipielle Einwände ausgespielt. In diesem Mehrfrontenkrieg kommt die Debatte nur schwer in Gang, zumal Teile der Linken dazu neigen, Biokybernetik als Modethema abzutun. Seit Mitte der 80er versuchen kritische WissenschaftlerInnen, Kräfte bei den GRÜNEN, wenige linke Gewerkschafter, Teile der Frauenbewegung und militante Gruppen wie die „Rote Zora", Öffentlichkeit zu dem Thema herzustellen. Die jüngsten Maßnahmen des BKA gegen GegnerInnen der Biokybernetik führten kurzfristig zu breiterer Aufmerksamkeit. All dies ist nur als Auftakt zu begreifen: Die Auseinandersetzung um Biokybernetik muß mit Vorrang gesucht werden. Grundstrategie wird weiterhin vor allem Aufklärung sein müssen, aber es geht nicht nur um den Austausch von Meinungen. Es geht auch keineswegs vorrangig um einen klassenübergreifenden Appell an die Vernunft zur Rettung der Gattung Mensch. Es geht um einen Kampf sich gegenseitig ausschließender sozialer und politischer Interessen: Profiteure der Biokybernetik auf der einen, aktuelle und potentielle, ökonomische, soziale und politische Opfer, GegnerInnen auf der andern. Allererste Forderung in Sachen Biokybernetik wird auch weiterhin die Forderung nach Offenlegung und öffentlicher Kontrolle der gegenwärtigen zentralen biokybernetischen Forschungsprogramme der Bundesregierung bleiben müssen, desgleichen ihrer Kontrolltätigkeit gegenüber privatwirtschaftlichen Einzelprogrammen. Die stillschweigende öffentliche Akzeptanz der biokybernetischen Förderungsprogramme der Bundesregierung, insbesondere auch der offenen Biowaffenforschung, kann nur anhand von Fakten durchbrochen werden, die die Gefahren, den Stand der Entwicklung, die von Industrie, Militär und Staat projektierten Forschungsvorhaben konkret erkennbar und nach dem Verursacherprinzip bekämpfbar machen. Eine solche Öffentlichkeit wird, unabhängig von salbungsvollen Ethik-, Enquète-und sonstigen Kommissionen, mehr als bisher durch außerparlamentarische Aktivitäten erzwungen werden müssen: Publikationen, Aktionen, Kampagnen, konkretisiert auf bestimmte Themen, Institutionen, Personen, wie es mit Aktivitäten gegen die Freisetzung oder das Wachstumshormon jetzt zu beginnen scheint.

Minimalkonsens

16) Als Minimalkonsens einer kritischen Bewegung zum Thema Biokybernetik könnte für die nächste Zeit formuliert werden: Erstens die Unterbindung solcher biokybernetischer Experimente, deren biologische und soziale Auswirkungen nicht eingrenzbar sind, insonderheit jeglicher Biowaffenforschung, und dies ersatzlos und einseitig. Zweitens die Unterbindung der industriellen Anwendungen und Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen, wo die Folgen der jeweiligen Anwendung nicht erwiesenermaßen eingrenzbar und kontrollier-
nipulierter Organismen, wo die Folgen der jeweiligen Anwendung nicht erwiesenermaßen eingrenzbar und kontrollier-
bar sind. Drittens die Unterbindung jeglicher Manipulation am menschlichen Erbgut sowie der Freisetzung von Artenzwittern bei Pflanzen und Tieren. Generelle Forschungsverbote dagegen sind weder sinnvoll noch durchsetzbar. Zu fordern ist nicht ein Forschungsstop, sondern eine andere theoretische und praktische Ausrichtung der Forschung, nicht Einengung, sondern Ausweitung auf die biologischen, sozialen und ökologischen Zusammenhänge, die die einzelnen Forschungsebenen wie Genom, Zelle, Organismus etc. verbindet. Statt schematischer Übertragung molekularer Gesetze auf die Biologie und biologischer auf die Gesellschaft usw. brauchen wir über die Analyse der Teilbereiche hinaus ein Studium der Gesetze, nach denen die unterschiedlichen Realitätsebenen aufeinander einwirken. Kenntnis der Zusammenhänge und Gesetze der Wechselwirkung, d.h. ein historisch-dialektisches und materialistisches Wissenschaftsverständnis und eine entsprechende Praxis, würden überhaupt erst die Voraussetzung für eine zu verantwortende und sinnvolle Nutzung von Biokybernetik schaffen. Die molekulare, später gar atomare Genanalyse kann durchaus ein sinnvoller Teil dieser Forschung sein. Der Reduktion biologischer und sozialer Vorgänge auf bloße, zudem bloß anwendungsbezogene Teilchenforschung aber muß der Kampf angesagt werden.

Für Aktivitäten würde dieser Minimalkonsens, ggflls. in Anknüpfung an bereits erfolgte Ansätze, z. Zt. eine Konzentration auf folgende Schwerpunkte bedeuten: a) Stop jeder direkten und indirekten Biowaffenforschung; b) gegen die Freisetzung unkontrollierbarer biokybernetisch manipulierter Organismen, pflanzlicher und tierischer Artenzwitter; c) gegen den massenhaften Einsatz von biokybernetisch gewonnenen Wachstums-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

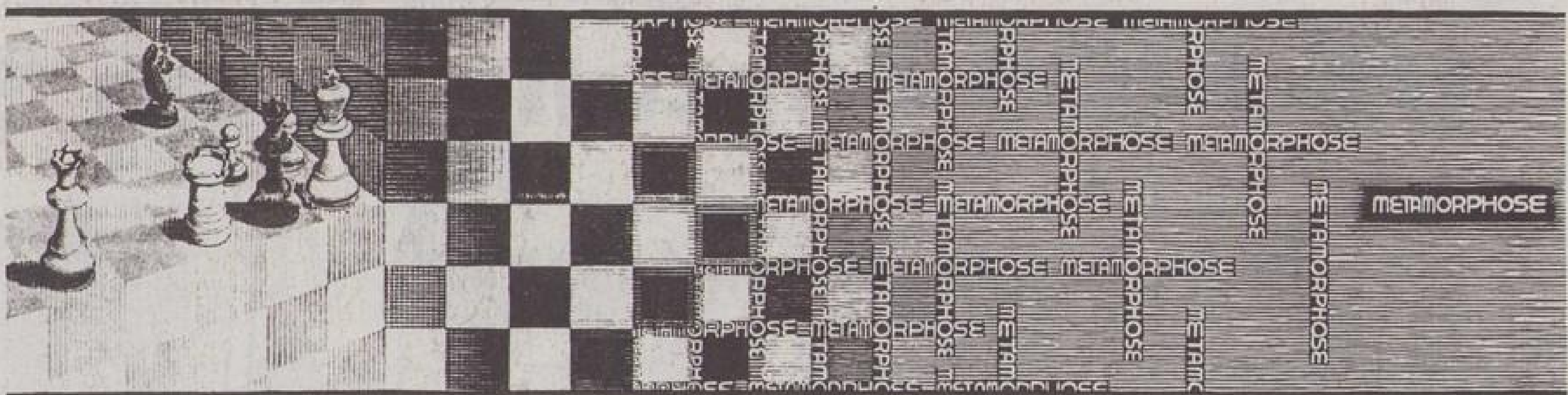
hormonen in der Milch- und Fleischtierhaltung; d) gegen die private Aneignung von biokybernetisch manipulierten Organismen und Kreaturen durch Einführung ihrer Patentierbarkeit; e) gegen die Einführung genomanalytischer Einstellungsuntersuchungen in Betrieben; f) gegen Manipulationen am menschlichen Erbgut, d.h. vor allem entsprechende Kontrolle der Embryonenforschung; g) gegen die Funktionalisierung von AIDS als Einfallstor genomanalytischer Teilchenforschung, Massentests und eugenischer Selektion. Zu diesen Fragen muß die kritische Presse- und sonstige Informationsarbeit vertieft und verbreitert werden. Sie muß sich nicht zuletzt auch systematisch darum bemühen, verantwortliche Personen, Institutionen und konkret angreifbare Projekte herauszuarbeiten. (13) Darüberhinaus wären eigene Forschungsprogramme zu den ökologischen Auswirkungen der Biokybernetik sinnvoll.

Ausblick

17. Eine sozialistische Politik muß über eine aktuelle Schadensbegrenzung im Rahmen entsprechender Bündnispolitik hinaus die Gelegenheit wahrnehmen, in der Auseinandersetzung mit den sozialen, politischen und kulturellen Folgen der Biokybernetik in West wie Ost die Notwendigkeit — aber auch die Möglichkeit — der grundsätzlichen Umgestaltung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse herauszuarbeiten und praktisch für diese Alternative einzutreten. Das bedeutet, eine marxistische Ökologie als Bestandteil, nicht in Konkurrenz zu der notwendigen revolutionären Veränderung der Gesellschaft, zu entwickeln.

Anmerkungen

(1) Zitiert nach dem Buchtitel: „Die Gene sind es nicht... — Biologie, Ideologie und menschliche Natur", von Lewontin/Rose/Kamin, Psychologie Vlgs. Union, 1988. Siehe auch nebenstehende Kurzbesprechung. Dort sind auch, soweit nicht gesondert auf sie verwiesen wird, die übrigen Titel vorgestellt, auf die ich mich im Text beziehe.
(2) Aus: „Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf", verabschiedet auf dem letzten Kongreß des KB, dem sog. Zeitungskongreß, zum Jahreswechsel 81/82.
(3) Definition von Kybernetik nach dem „philosophischen Wörterbuch" von Buhr/Klaus, DDR: „Wissenschaft von den allgemeinen wesentlichen Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten der Regelung und Informationsverarbeitung in dynamischen Systemen sowie dieser Systeme selbst." Lt. Duden bezogen auf die Steuerung technischer, biologischer und sozialer Systeme.
(4) Forum der Wissenschaft, Studienhefte 3: Forschungs- & Technologiepolitik, Kritik & Alternativen.
(5) Vergleiche dazu den Bericht der Enquête-Kommission des BRD-Parlaments und das Propaganda-Broschürchen des
tik & Alternativen.
(5) Vergleiche dazu den Bericht der Enquête-Kommission des BRD-Parlaments und das Propaganda-Broschürchen des
XI. Parteitags der SED, beides nebenstehend vorgestellt.
(6) Siehe dazu „ak" 298, S. 25.
(7) Nach: „Fluch und Segen der Genforschung, AIDS und der kleinste Stahlarbeiter der Welt", Broschüre der KAZ, München 1987, dort kongenial aus der Broschüre des XI. Parteitags der SED „Kleine Wesen, große Wirkung" übernommen.
(8) Siehe: „Die Gene sind es nicht..." und „Biokybernetik: Die neue soziale Waffe", außerdem Gena Corea: „MutterMaschine". Vorstellung im Beiartikel zur Literatur.
Siehe auch den Bericht über die erste Genetikertagung auf (west)deutschem Boden nach 50jähriger Pause in Westberlin am vom 22. - 26.9. 1986. Über den „Internationalen Kongreß für Humangenetik" berichtet „e.coli-bri" in Nr. 1. S. 2. (als Nachdruck erschienen 1988).
(9) Siehe dazu u.a. „SIPRI Rüstungsjahrbuch 5" und Auseinandersetzung mit den sog. Segal-Thesen in AK 280 ff „AIDS — Schicksalschlag der Natur oder Super-Gau der Gentechnologie?"
(10) Angaben nach Ruben Scheller: „Das Gen-Geschäft", Weltkreis Vlg., 1985. Siehe auch nebenstehende Besprechung. Außerdem: „Forum der Wissenschaft, Studienhefte 1: Gentechnologie", Hrsg. Bund demokratischer Wissenschaftler, Marburg 1986, S. 34.
(11) Dieser Prozeß ist z. Zt. beispielhaft an Brasilien zu studieren, wo inzwischen 80% der anbaufähigen Fläche für den industriellen Anbau von Zuckerrohr für die biotechnische Treibstoffherstellung genutzt wird.
(12) Siehe dazu „Gen-ethischer Informationsdienst", Ausgabe 35 vom August 1988: Joachim Spangenberg: „Chance oder Bedrohung für die Dritte Welt?"
(13) Zur Anregung sei ein Blick in das 1986 in Hamburg erschienene „Schwarzbuch — von Mäusen zu Menschen" empfohlen, in dem vor allem für den Raum Hamburg Roß und Reiter der genkybernetischen Betreiberszene faßbar gemacht werden.



Wahl ohne Qual —

Ausgesuchtes zum Thema Gentechnolgie

Aus der Fülle der schnell anwachsenden Literatur möchte ich ein paar Bücher vorstellen, die geeignet sind, einen gründlichen und vielseitigen Einstieg ins Thema zu ermöglichen.

Beginnen wir mit dem Titel, der meinen Thesen die Überschrift gegeben hat: **„Die Gene sind es nicht... — Biologie, Ideologie und menschliche Natur", Lewontin/Rose/Kamin, Psychologie Vlgs. Union, 1988**: Außerordentlich lesenswert! Es handelt sich um eine grundlegende und kenntnisreiche Kritik an der Tradition des sich mit der Gentechnologie erneuernden reduktionistischen und deterministischen wissenschaftlichen Denkens und des unter dem Begriff „Sozialbiologie" erneuerten eugenischen Sozialdarwinismus.

Die Autoren geben eine historische, systematische und thematische Übersicht über Entstehung, wesentliche Denkmuster und wissenschaftliche wie gesellschaftliche Erscheinungsformen des biologischen Determinismus vom Beginn der bürgerlichen Gesellschaft bis heute. Erkennbar wird die Wiederbelebung der eugenischen Tradition, nachdem sie durch den Faschismus vorübergehend in Verruf geraten war: Die Erneuerung der klassischen Warnung vor der genetischen Degeneration. Der Stand der Medizin setze die natürliche Selektion außer Kraft. Die Ablösung platt rassistischer durch gentechnisch modernisierte Züchtungsvorstellungen. Die allgemeine Akzeptanz dieser neuaufgelegten Eugenik in der heutigen Generation der Genetiker und die Ausstrahlung dieser Ideologie in Sozialwissenschaft, Sozialpsychologie und Politik.

Im Detail durchforsten die Autoren die Praxis der IQ-Tests, die „Biologie des Geschlechts", die Eugenisierung der Psychiatrie, die entlang vorgefaßter Klassifikationsschemata entwickelte dummdreiste Methodik sozialwissenschaftlich-medizinischer Studien. In der Kennzeichnung der „Sozialbiologie" als „totale Synthese" bisheriger sozialdarwinistischer und eugenischer Konzepte fassen sie ihre Kritik der herrschenden Wissenschafts-
nung der „Sozialbiologie" als „totale Synthese" bisheriger sozialdarwinistischer und eugenischer Konzepte fassen sie ihre Kritik der herrschenden Wissenschafts-
ideologie zusammen. Es wird klar, daß nicht die Erforschung der Genstruktur, sondern deren Erforschung unter den Prämissen der herrschenden reduktionistischen Wissenschaftsideologie als Ausdruck der gegebenen politischen Verhältnisse die Gefahr ist: Genforschung als biologische Legitimation der bestehenden sozialen Verhältnisse. Gesucht wird das „Mördergen", das „Arbeitergen", die Gene, die einen Einstein machen oder nach denen Mozarts und Nietzsches im Dutzend hergestellt werden können. Der Mensch wird wieder auf die Biologie reduziert. Was früher die Rasse war, ist jetzt die genetische Information. Soziale Ungleichheit ist Ausdruck molekularer Strukturen im Gen. Unfaßbar, zu welch unmenschlichen Dummheiten die Crème der Wissenschaft sich in der schematisierenden Verallgemeinerung ihres bornierten Spezialistentums hinreißen läßt. Allein schon diese Tatsache signalisiert einen gesellschaftlichen Notstand!

Die Autoren Lewontin/Rose/Kamin sind Professoren der Anthropologie, der Biologie und der Psychologie, zwei US-Amerikaner aus Harvard und Princetown, ein Engländer von der „open university". Sie kennzeichnen ihren Standort als „radikale Wissenschaft". Sie erklären sich als Wissenschaftler der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft verpflichtet, ohne sich — wie sie ausdrücklich bedauern — gegebenen Vorstellungen anschließen zu können. Sie kritisieren das Wissenschaftsverständnis des realen Sozialismus, weisen nach, daß der dort herrschende Positivismus denselben Vorstellungen folgt wie in den kapitalistischen Staaten. Der „Holismus" andererseits, insbesondere in Form der spirituellen Ganzheitlichkeitslehre des new age, ist für sie ebenfalls keine Alternative. Die Plattitüden beider Seiten seien zu vermeiden: die des realen Sozialismus, nach der es, ohne den reduktionistischen Grundansatz zu ändern, allein auf die Anwendung ankomme, aber auch die des new age, wonach alles mit allem zusammenhänge, weshalb der Mensch nicht willkürlich in die Natur eingreifen dürfe.

Unter dem Motto: „Neue Biologie gegen alte Ideologie" entwickeln sie am Schluß ihres Buches demgegenüber den Ansatz für eine marxistische Betrachtung der Gentechnologie, die über die Untersuchung der einzelnen Realitätsebenen hinaus — die mikrobiologische, die zellulare, die organische, die menschliche, die gesellschaftliche, die biologische und die kosmologische — auch den Zusammenhang, die gegenseitige Beeinflussung und die Gesetze des Übergangs von einer Ebene in die andere berücksichtigt und erforscht.

Zwei Zitate können vielleicht ein wenig Appetit machen, mehr zu lesen. Das eine stammt aus der Einleitung, das andere ist der Schlußsatz des Buches: *„Die Ideen des biologischen Determinismus sind Teil des Versuchs, die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft aufrechtzuerhalten und die menschliche Natur diesem Bild anzupassen. Die Trugschlüsse und politischen Inhalte dieser Ideen herauszuarbeiten, ist Teil des Kampfes, die Ungleichheiten aufzuheben und unsere Gesellschaft zu verändern. Mit diesem Kampf verändern wir unsere eigene Natur."* Der Schlußsatz lautet: *„Für biologische Deterministen sind wir unfrei, weil unser Leben von einer relativ kleinen Zahl interner Ursachen, nämlich den Genen für bestimmte Verhaltensweisen oder Bereitschaften zu bestimmten Verhaltensweisen, bestimmt wird. Aber damit verfehlen sie das Wesen des Unterschieds zwischen der Biologie des Menschen und der anderer Organismen. Unsere Hirne, Hände und Zungen haben uns von vielen einzelnen bedeutenden Merkmalen der Außenwelt unabhängig gemacht. Unsere Biologie hat uns zu Wesen werden lassen, die beständig ihre eigenen psychischen und materiellen Umwelten gestalten und deren individuelle Existenz das Ergebnis*
Biologie hat uns zu Wesen werden lassen, die beständig ihre eigenen psychischen und materiellen Umwelten gestalten und deren individuelle Existenz das Ergebnis
einer außergewöhnlichen Mannigfaltigkeit sich überschneidender Kausalbahnen ist. Was uns also frei macht, ist unsere Biologie."

Ich wiederhole: Dieses Buch ist z. Zt. der heißeste Tip für die Entwicklung einer marxistischen Kritik der Biokybernetik und der in ihrem Schlepptau erneuerten eugenischen Utopien.

Weiteres zur Sache

— **„Die biologische Zeitbombe", Gordon Rattay Taylor, Fischer, 1987:** Neuauflage der Erstveröffentlichung von 1968. Taylor skizziert die stürmische Entwicklung der Biotechnologie in diesem Jahrhundert, im besonderen auch die Entwicklung der Genetik sowie die ersten Erfolge der Gentechnologie. Er tut es, wenn auch kritisch, noch mit dem Blick des Science-Fiktion-Autors. Manche Passage liest sich wie Visionen des bekannten Science-Fiktion Autors Isaac Asimov, häufig werden dessen Fantasien sogar wörtlich zitiert. Taylors Buch verdeutlicht die zunehmende Geschwindigkeit sowie den Wandel der Erwartungen in Sachen wissenschaftlich-technischen, vor allem biotechnologischen Fortschritts.

— **„Der Bioboom — Möglichkeiten und Gefahren der Genmanipulation", Jost Herbig, Stern-Buch, 1984:** Ein flott geschriebenes Grundlagenbuch für ein erstes Eintauchen ins Thema. Abwägung von Chancen und Risiken aus politischer und pragmatischer Sicht.

— **„Das Gen-Geschäft", Ruben Scheller, Weltkreis, 1985:** Fundierte Grundlagenfakten, Abwägung der technischen und gesellschaftlichen Auswirkungen auf die Veränderung des Produktionsprozesses und gesellschaftlicher Folgen aus gewerkschaftlicher Sicht.

— **„Entropie, ein neues Weltbild", Jeremy Rifkin, Ullstein, 1985:** Eine prinzipielle, durchaus anregende Kritik des wissenschaftlich-technischen Fortschrittsbegriffs der Nachaufklärung als Verschwendungs- und Zerstörungsideologie. Gute Übersicht über Entwicklungsweg und -stand der Industriegesellschaft. Dann allerdings Ausklang in der Verkündigung eines alternativen, ökologisch-spirituellen Weltbildes einer neuen Bescheidenheit, in der Konsequenz sehr pastoral.

— **„Genesis zwei", J. Rifkin, Rowohlt, 1986:** Ein brilliant geschriebener Überblick über den Entwicklungsstand der Gentechnologie, Definition der neuen Qualität der wissenschaftlich-technischen Entwicklung als „Algenie" (im Vergleich zur bisherigen Alchemie) im ersten Teil. Im zweiten Teil entwickelt Rifkin eine sehr holzschnittartige Kritik des (Neo-)Darwinismus als Ideologisierung imperialistischen Machtstrebens, die mit dem Neo-Darwinismus zugleich die Aufklärung in Bausch und Bogen als Ursache für das jetzige Fortschrittsdilemma verurteilt und anstelle dessen eine neue spirituelle Gesundheit durch Einordnung statt Eingreifen in die „Natur" propagiert.

— **„Gen-Technologie: Die neue soziale Waffe", F. Hansen, R. Kollek, Konkret Literatur, 1985:** Ein Sammelband von Kritiken der Gentechnologie zu verschiedenen Aspekten, wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Bevölkerungspolitik. Herausragend R. Kolleks Grundlageneinführung und K.H.Roths Porträt des „linken" Genetikers Muller, einem der Protagonisten genetischer Eugenik.

— **„Genzeit — die Industrialisierung von Pflanze, Tier und Mensch. Ermittlungen in der Schweiz", Frauenkollektiv, Limmat Vlg., 1987:** Eine Sammlung faktenreicher, gut recherchierter Fallstudien zu diversen Aspekten der Gen- und
lungen in der Schweiz", Frauenkollektiv, Limmat Vlg., 1987: Eine Sammlung faktenreicher, gut recherchierter Fallstudien zu diversen Aspekten der Gen- und
Reproduktionstechnologie am Beispiel der Schweizer Entwicklung und der Politik der Schweizer Konzerne wie dem Pharmamulti Ciba Geigy.

— **Aus der Reihe „Ökonomie aktuell": „Biotechnologie: kleine Wesen — große Wirkung", Dietz Vlg., Ost-Berlin, 1986:** Ein volksnahes, sehr verständliches, mit vielen Bildern, Tafeln und Kurzdefinitionen aufgemachtes Propagandaheftchen von 80 Seiten im Auftrag des XI. Parteitags der SED zur Herstellung von Akzeptanz in der Bevölkerung. Kernsatz: *„Für solche Arbeiten benötigen wir hochqualifizierte und disponible Werktätige".*

— **Sipri-Rüstungsjahrbuch: „Gentechnik als Waffe", Rowohlt, 1985:** Hier handelt es sich genaugenommen um das „SIPRI Rüstungsjahrbuch 5" von 1984, worin sich ein Kapitel mit den Folgen der Gentechnik für die chemischen und biologischen Waffen befaßt.

— **Bericht der Enquète-Kommission des Bundestags über „Chancen und Risiken der Gentechnologie", J. Schweitzer Vlg., 1987:** Im Gegensatz zu dem DDR-Heftchen eine knochentrocken und abschreckend aufgemachte Technologiefolgeerörterung, deren Sinn nur sein kann, wissenschaftliche und politische Laien vom Lesen abzuschrecken. Als Grundlage der Auseinandersetzung mit der genkybernetischen Realität der BRD ist der Bericht allerdings unentbehrlich. Beachtenswert darin außerdem, wenn auch in seinem Fundamentalismus kaum politikfähig das Sondervotum der GRÜNEN.

— **MutterMaschine: Reproduktionstechnologien — von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter", Gena Corea, Fischer tb, 1988:** Eine gut geschriebene, sachlich fundierte, schockierende Übersicht über den Stand der Fortpflanzungstechnologien bei Tieren und Menschen, samt der darin liegenden gentechnisch effektivierbaren eugenischen Möglichkeiten der Menschenzüchtung aus feministischer Sicht. Ein Buch, das Mann wie Frau zur Kenntnis nehmen sollte, um die Qualität der biokybernetischen Umwälzungen für die Humangenetik im konkreten zu erfassen, auch wenn mensch die feministische Ideologisierung des Themas nicht teilt.

— **Bisherige und laufende Ausgaben des „Gen-ethischen Informationsdienstes", G.I.D.:** Der G.I.D. wird seit Ende 1985 herausgegeben. Eine vollständige Ausgabe dürfte die wesentlichen Entwicklungsschritte auf dem Weg der Biokybernetik, vor allem in der BRD, erkennen lassen und kann als Unterlage für entsprechende Untersuchungen dienen.

— **„E-coli-bri — Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie", Nr. 1 und 2 von 1987, im Nachdruck von 1988:** Darin besonders: der Bericht über den Internationalen Kongreß der Humangenetiker in Westberlin im September 1968 sowie Berichte über Praktiken der Humangenetischen Beratungsstellen in der BRD und Bevölkerungspolitische Strategien der Metropolenstaaten in den Ländern der sog. 3. Welt. „E-coli-bri" erscheint seit Mitte 1987 vierteljährlich.

— **„Droht der gemeinsame Untergang?", Buntbuch, 1980:** Eine Zusammenstellung von Texten aus dem Werk von Marx und Engels zu Fragen von Produktivkraft, Gesellschaft, Natur. Als Orientierungshilfe recht brauchbar.

AIDS

„AIDS — eine Krankheit und ihre Folgen", Frank Rühmann, Edition Qumran, 1985: Rühmanns Arbeit war eine der ersten kritischen Veröffentlichungen zum Thema. Er führt vor allem den Nachweis der medizinischen und politischen Folgen der Medialisierung, d.h. der politischen Funktionalisierung von AIDS.

— **„AIDS kann schneller besiegt werden", Rolf Rosenbrock, USA, 1986:** Wurde als Vorschlag für eine „sanfte" Präventionsstrategie zum Arbeitsbuch der AIDS-Hilfen.

— **„AIDS als Risiko — über den gesellschaftlichen Umgang mit einer Krankheit", konkret Literatur, 1987:** Nach wie vor die brauchbarste Aufsatzsammlung der diversen kritischen Positionen in Sachen AIDS.

Neuauflage: „Wohltätermafia"

Die Wohltätermafia — vom Erbgesundheitsgericht zur humangenetischen Beratung", herausgegeben von Udo Sierck, Selbstverlag, Juni 1984.

Das Büchlein informiert auf Grundlage vorliegenden Aktenmaterials sachlich und handfest über die aus dem Nationalsozialistischen Denken stammende Kontinuität biologistisch-rassistischer Vorstellungen in westdeutschen Humangenetikerkreisen und über die Neuauflage dieser Vorstellungen in der Praxis der humangenetischen Beratungsstellen.

Nachdem es längere Zeit vergriffen war, ist das Buch jetzt neu aufgelegt. Kauf lohnt!

US-AIDS-Forschung im Streit

Kritik am AIDS-Establishment



Der AIDS-Streit, der sich hierzulande um die Namen Gauweiler und Süßmuth rankt, ist in erster Linie einer der Politik, zu deren Zweck inbesondere unterschiedliche Einschätzungen der vorliegenden Daten und unterschiedliche Prognosen, also Spekulationen in die Zukunft, dargeboten werden. Über die Sache an sich, die Krankheit, scheint dagegen weitgehend Einigkeit zu herrschen. Glaubt mensch etwa den Bekundungen des BGA-offiziösen Professors Koch, so gibt es enorme Erkenntnis-Fortschritte, und letztlich steht nur der Zeitpunkt noch aus, wann ein Heilmittel oder ein Impfstoff entwickelt sein wird. Dennoch, auch er räumt schließlich doch ein, daß eine der zentralsten Fragen — wie die Krankheit eigentlich entsteht bzw. wirkt (Pathogenese) — unklar ist (vgl. AK 297).

Seit längerem ist deutlich, daß eine Einheitsfront aller Forscher nicht besteht, da das AIDS-Establishment (aus offiziöser Wissenschaft, Medizin-Industrie und Politik) keine Antworten auf einige der grundlegendsten Fragen hat bzw. diese Fragen überhaupt zu klären sich weigert: Nicht nur, wie die Krankheit entsteht und wirkt, ist unklar („Black Box"); nach dem Zusammenhang eilfertig angebotener Spekulationen über die afrikanische Herkunft und den tierischen Ursprung der HIV-Viren wird die Frage ihres Auftauchens nunmehr schlicht beiseitegelegt. Als einzig sinnvolle Hypothese ist nämlich übriggeblieben, daß HIV ein gentechnisches Produkt sein kann/muß.

Darüber herrscht unter Gen-Technik-KritikerInnen inzwischen weitgehend Einigkeit, wenn auch selbst dort, da offensichtlich ein Interesse an gen-technischer Experimentierfreiheit vorhanden ist, manche Einsicht noch fehlt (vgl. die Kontroverse innerhalb des „Bundes demokratischer Wissenschaftler", dokumentiert in: Forum Wissenschaft, Studienheft 1: Gentechnologie, 1986).

mokratischer Wissenschaftler", dokumentiert in: Forum Wissenschaft, Studienheft 1: Gentechnologie, 1986).

Über das genaue Szenario gibt es freilich unterschiedliche Vorstellungen (am extremsten die Segal-These von der militär-technischen Produziertheit von AIDS; andererseits die von R. Kollek und B. Hatch vertretene These, daß HIV ein zwar nicht geplantes, aber auch nicht zufälliges Produkt der Gen-Technologie ist; vgl. zuletzt: „Wechselwirkung", August '88).

Am hehren Bild der interessefreien, lautere humanitäre Ziele verfolgenden Wissenschaft, die alles tut, um AIDS zu bekämpfen, wird nun auch — seit rund einem Jahr — von einer Kritikergruppe in den USA gekratzt; ihre Protagonisten sind gestandene Fachwissenschaftler von der Top-Universität Berkeley, California. Die Professoren Peter Duesberg und Harry Rubin, beide Molekularbiologen und Spezialisten der Virus-Forschung, greifen die vorherrschende AIDS-Forschung (wie sie durch AIDS-„Entdecker" Gallo oder die AIDS-Experten Anthony Fauci und William Haseltine repräsentiert wird) in verschiedenen Grundfragen an: in ihren theoretischen Voraussetzungen, dem widersprüchlichen und z.T. willkürlichen Umgang mit Fakten und den auf dieser Grundlage abgeleiteten Schlußfolgerungen. Folgt mensch den Zweifeln Duesbergs und seiner Kollegen auch nur in einigen Punkten, dann ist weder geklärt, ob HIV tatsächlich der (alleinige) AIDS-Auslöser ist, noch ob AIDS überhaupt eine Virus-Krankheit ist, noch ob es sich bei AIDS um eine einzige Krankheit handelt. Mit anderen Worten: Die angeblich sicheren Erkenntnisse der etablierten AIDS-Forschung sind möglicherweise falsch, irreführend, zumindest einseitig. Was das für die Forschung, den Wissenschaftsbetrieb und seine Etats, die Medizin-Industrie und die AIDS-Politik bedeuten könnte, läßt sich erahnen, wenn mensch die Reaktion des AIDS-Establishments auf diese Kritik betrachtet.

Nachdem Duesberg anfänglich offenbar totgeschwiegen werden sollte, wurde mittlerweile der Versuch unternommen, ihn quasi nach den Regeln der Kunst fertigzumachen. Dazu veranstaltete die American Foundation for AIDS Research (AmFAR) am 9. April '88 an der Universität Washington extra eine „wissenschaftliche Konferenz", angeblich, um Experten mit verschiedener Meinung über HIV und AIDS diskutieren zu lassen. Selbst der gewiß nicht Duesberg-freundliche Reporter der „Washington Post", Michael Specter, fand, tatsächlich sei die Konferenz *„ein Versuch gewesen, Duesbergs Theorien zu begraben."* Entsprechend war das Klima. Der Wissenschaftsjournalist John Lauritsen vermittelt in einem ausführlichen Konferenzbericht („Kangoroo Court Etiology", in: New York Native, 9. Mai '88, S. 14-18) einen Eindruck von der Auseinandersetzung um die HIV/AIDS-Hypothese. Die folgenden Ausschnitte umfassen etwa die Hälfte des Originalartikels (die Zwischenüberschriften sind eingefügt); zur nähren Information müßte die amerikanische Literatur herangezogen werden (siehe Kasten).

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Theoriestreit: Wann macht ein Virus krank?

Ein Gespenst ging durch die Konferenz: das von Robert Koch und seinen Postulaten über *„die Feststellung eines bestimmten pathogenen Mikroorganismus"*. Ein Jahrhundert lang hat die Medizin Kochs Bedingungen als Maßstab dafür genommen, wann es als bewiesen gilt, daß ein bestimmter Mikroorganismus eine bestimmte Krankheit hervorruft. Als erste Bedingung postuliert Koch, daß die Mikrobe in allen Krankheitsfällen vorhanden sein muß. Die zweite besagt, daß die Mikrobe, wenn sie in Reinkultur aufgezogen wurde, bei Tieren, denen sie injiziert wird, die gleiche Krankheit hervorruft. Das dritte Postulat besagt, daß der mikrobische Erreger die Krankheit durch Übertragung von Tieren erzeugt, denen die Krankheit eingeimpft wurde.

Duesberg vertritt die Ansicht, daß Kochs erste Bedingung in konservativer Richtung ergänzt werden sollte — derge-

Duesberg vertritt die Ansicht, daß Kochs erste Bedingung in konservativer Richtung ergänzt werden sollte — derge-

stalt, daß die Mikrobe nicht nur in allen Fällen vorhanden sondern auch, in klinisch relevantem Ausmaß, biochemisch aktiv sein muß. Seine Überlegung ist, daß heutige Technologie es ermöglicht, Viren zu finden, die noch vor 10 Jahren unentdeckt und unentdeckbar geblieben wären. Heute ist es möglich, ein Virus festzustellen, das in nur einer von 100.000 T-Zellen vorhanden ist. Es genügt also nicht, eine Mikrobe zu entdecken, es muß auch bewiesen werden, daß die Mikrobe einen Schaden anrichtet — und zwar in einem Ausmaß, daß daraus eine Krankheit entsteht. Duesberg ist außerdem der Meinung, daß es, falls Kochs erste Bedingung nicht erfüllt ist, keinen Grund gibt, sich mit den restlichen zu befassen.

Die Befürworter der These, daß HIV AIDS verursacht, wollen dagegen Kochs Postulate lockerer ausgelegt wissen: Es sei nicht länger notwendig, die Mikrobe in allen Krankheitsfällen festzustellen. Schon Korrelationen (Beziehungen) zwischen den mikrobischen Antikörpern und dem Verlauf der Krankheit seien ausreichend, um die verursachende Natur der Mikrobe zu belegen. HIV könne deshalb „epidemiologisch" als AIDS-Verursacher nachgewiesen werden.

Zwei Wahrheiten — öffentlich zugänglich, privat und geheim

Duesberg stützt seine Kritik der HIV-Hypothese auf eine gründliche Durchsicht der veröffentlichten Literatur zu AIDS. Im Verlauf der Konferenz wurde deutlich, daß die HIV-Verfechter ihre Argumente dadurch abzusichern suchten, daß sie die Fakten revidierten. Insbesondere ging es dabei um die entscheidenden Fragen der biochemischen Aktivität von HIV in AIDS-Kranken und der Nachweisbarkeit von HIV bei allen Erkrankten.

Mehrfach wurde Duesberg (...) vorgeworfen, seine Argumente auf einen „überholten" Forschungsstand zu stützen. (...) Dem liegt eine grundlegende Kontroverse zugrunde, die klar benannt werden muß: Duesberg und sein Kollege Harry Rubin (Berkeley Universität) fragten Fauci und Haseltine mehrere Male nach Quellenangaben für bestimmte ihrer Behauptungen — und jedesmal wurden sie ihnen brüsk verweigert. Sowohl Duesberg als auch Rubin gehören zur alten Schule derjenigen, die Fakten erst dann für tatsächlich „gegeben" halten, wenn sie veröffentlicht sind. (...)

Für Duesberg und Rubin ist Wissenschaft eine öffentliche Angelegenheit, wobei Wissenschaftler ihre Arbeit wechselseitig überprüfen, um so der Wahrheit näherzukommen.

Bedauerlicherweise haben sich regierungsamtliche und andere Forscher des AIDS-Establishments gelegentlich von anderen Überlegungen leiten lassen als der Suche nach der Wahrheit. Aus Profitgründen, Prestige- und Public Relations-Interessen haben sie zu Geheimniskrämerei und Täuschungsmanövern gegriffen. Beispielhaft ist die hinreichend belegte Episode, wie Robert Gallo (National Cancer Institute) versucht hat, den Franzosen den Ruhm für die Entdeckung des „AIDS-Virus" zu stehlen.

Dieser Unterschied in den Herangehensweisen muß betont werden. (...)

Krank ohne Virus?

Der nächste Redner war Marcel Beluda, Professor für Pathologie an der Universität von Californien, Los Angeles. Seine Darlegungen befaßten sich mit der komplexen Struktur und den Reproduktionszyklen von Retroviren sowie damit, welchen Regeln ein Retrovirus folgen müßte, um eine Krankheit hervorzurufen. Beluda zufolge sollten — mit Blick auf Kochs erstes Postulat — retrovirale DNA in 100 Prozent aller AIDS-Fälle vorhanden sein. Die Feststellung, daß HIV der Krankheitsverursacher ist, wird erheblich dadurch entkräftet, daß diese Bedingung nicht erfüllt wird. (...)

Er kam zu einer klaren und eindeutigen Ausage: *„Wir müssen das biologische Phänomen der HIV-,Black Box' lösen."* (...)

„AIDS" — viel zu einfach

„AIDS" — viel zu einfach

Harry Rubin, Professor für molekulare Biologie an der Universität Berkeley, Californien, ist einer der Pioniere auf dem Gebiet der Retroviren-Forschung. (...)

Rubin sagte, daß er von der Simplizität der Kausalerklärung irritiert sei, die vom AIDS-Establishment vorgebracht wird. Das Syndrom erworbener Immunschwäche, AIDS, ist eine enorm komplexe Zusammensetzung von Krankheitszuständen. Nicht weniger als 20 unterschiedliche Krankheiten werden unter „AIDS" klassifiziert. Rubin erklärte, der Cartesische Reduktionismus — die Vorstellung, daß komplexe Phänomene auf eine einzelne Ursache reduziert, zurückgeführt werden können — ergebe im gegebenen Zusammenhang wenig Sinn. Die allzu einfache Vorstellung einer einzelnen einheitlichen Krankheit, die von einem einzelnen Virus verursacht werden soll, übersieht die Rolle, die der Zustand des Wirtskörpers, d.h. die komplexe, lebenslange Interaktion zwischen Wirt, Umwelt und Mikrobe, spielt. (...)

Rubin zufolge ist die Erklärung, daß AIDS durch HIV verursacht wird, vereinfachend, wirft eine Reihe von Fragen auf und erinnert an eine Theorie, die vor 20 Jahren zur Erklärung von Krebs im Schwange war. Die „Immun-Überwachungstheorie" ging davon aus, daß der Körper auf irgendeine Weise seine Immunkräfte verloren hat und infolgedessen Krebs nicht mehr in Schach gehalten werden kann. Diese Theorie steht nicht mehr zur Debatte, was auf Experimente mit athymischen Mäusen — sogenannten „nackten Mäusen" — zurückgeht. (Da sie keine Thymus-Drüse haben, können „nackte Mäuse" keine T-Zellen herstellen, und deshalb haben sie kein zelluläres Immun-System.) Das Aus für die „Immun-Überwachungstheorie" kam, als entdeckt wurde, daß „nackte Mäuse", die durchaus für viele verschiedene Krankheiten empfänglich waren, keine höheren Krebsraten aufwiesen als Mäuse mit normalem Immun-System. Wie können wir also, fragte Rubin, davon ausgehen, daß die „Immun-Schwäche" für die Krebsarten verantwortlich ist, die als Teil des „AIDS" genannten Syndroms angesehen werden?

Jede Erklärung des enorm komplexen Krankheits-Bildes aus einer einzigen Ursache, schloß Rubin, sei beiweitem zu unzureichend. Während er nicht ausschließen mochte, daß HIV eine gewisse Rolle in einigen AIDS-Fällen spielen könnte, war er genausowenig *„bereit, es einfach als die alleinige Ursache des gesamten Krankheitskomplexes anzuerkennen."* Rubin stellte die Frage: In welchem Ausmaß ist das Virus selbst eine opportunistische Infektion? Er fand es unverantwortlich, die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die vermutete virale Ursache zu richten, während die — sich gegenseitig ergänzenden — Lebensgewohnheiten von „Hoch-Risiko"-Gruppen außer Betracht blieben: intensiver Gebrauch von Drogen, übermäßige Einnahme von Antibiotika, promiskes Sexualverhalten. Allein schon diese Gewohnheiten beeinträchtigten bekanntlich das Immun-System. (...)

Duesberg: Das „paradoxe" Virus HIV

Im wesentlichen vertrat Duesberg die An-

Im wesentlichen vertrat Duesberg die Ansicht, daß HIV gar nicht über die nötigen Eigenschaften eines Krankheitserregers verfügt, geschweige denn über die eines für solch verheerendes Krankheitsbild wie AIDS verantwortlichen. Laut Duesberg strotzt die HIV-Hypothese vor Widersprüchen oder „Paradoxien" und verletzt die Regeln, nach denen sich alle anderen Mikroben richten, wenn sie Krankheiten hervorrufen. Teilweise widerspreche die Hypothese sogar den Grundregeln von Ursache und Wirkung.

Als erstes attackierte Duesberg die vorherrschende Hypothese, daß HIV T-Zellen erst nach einer seltsamen Latenzzeit von fünf bis acht Jahren zerstört. Das kann nicht stimmen, sagte er, denn Retroviren zerstören keine Zellen. Tatsächlich veranlassen Viren Zellen zu schnellerem Wachstum. Die „AIDS-Virus"-Hypothese dient derzeit als Grundlage für über eine Million Dollar an Forschungsausgaben jährlich, was es zum teuersten Virus der Geschichte macht. Auf die HIV-Hypothese gründet sich der sogenannte „AIDS-Test", der eigentlich nur ein Test auf HIV-Antikörper ist. Antikörper, die 200 Jahre lang als gute Nachricht aufgefaßt wurden, werden bei AIDS als Todesboten aufgenommen. (...)

Jetzt wird das Vorhandensein von HIV-Antikörpern benutzt, um eine Behandlung mit AZT zu rechtfertigen — selbst bei Personen ohne Symptome. Dabei hat AZT einen bekannten Effekt: Es verhindert die DNS-Synthese. Was AZT in einer menschlichen Zelle bewirkt, ist entweder deren Tod oder Mutation.

Die „AIDS-Virus"-Hypothese basiert lediglich auf der Korrelation zwischen HIV-Antikörpern und AIDS — eine Korrelation, die bei 80-90 Prozent vorliegt. *„Niemals heißt es: 100 Prozent"*. Nach Duesberg würde selbst eine 100 prozentige Entsprechung keine Kausalität beweisen. Darüber hinaus sind Antikörper nicht dasselbe wie das Virus, das extrem schwierig aufzuspüren ist (nur in den US-Labors, die auf fortgeschrittenstem Stand sind, gelingt das und selbst dort nur in etwa der Hälfte aller AIDS-Fälle).

Alle bekannten Viren (Kinderlähmung, Hepatitis u.a.) sind biochemisch aktiv, wenn sie Krankheiten hervorrufen. Sie müssen mehr Zellen abtöten oder vergiften als der Wirt regenerieren kann. Duesberg wies darauf hin, daß HIV inaktiv und latent ist, selbst in Patienten, die an AIDS sterben. Ein Virus kann keinen Schaden bewirken, ohne etwas zu tun. Obwohl Viren latente Perioden durchlaufen können, sind weder Herpes noch irgendwelche anderen Viren inaktiv, wenn sie krankheitserregend sind. HIV infiziert aktiv weniger als eine von 10.000 T-Zellen, selbst bei AIDS-Fällen mit tödlichem Ausgang: Das ist unbedeutend, es entspricht dem Blutverlust von einem Tropfen pro Tag. (...)

Kein bekanntes Virus macht zwischen Frauen und Männern einen Unterschied — oder zwischen Hetero- und Homosexuellen. Dennoch scheint AIDS — im achten Jahr der Epidemie — vorwiegend Männer zu treffen, die 92 Prozent der Fälle ausmachen. (...)

Nach einfacher Logik müßte ein Virus zumindest dann vorhanden sein, wenn es eine Krankheit hervorruft (Kochs erste Bedingung). HIV kann aber keineswegs in allen AIDS-Fällen nachgewiesen werden; das Virus kann lediglich in 50 Prozent der Fälle festgestellt werden, in

den; das Virus kann lediglich in 50 Prozent der Fälle festgestellt werden, in

denen das versucht wird. Obwohl unveröffentlichte Befunde besagen, daß die Zahl bis zu 100 Prozent gesteigert werden kann, widerspricht das der Tatsache, daß pro-virale DNA in einer erheblichen Zahl von AIDS-Fällen nicht nachgewiesen werden kann. (Gallo konnte pro-virale DNA in 15 Prozent feststellen; in einem unlängst erschienenen Artikel in „Sience" wird berichtet, daß es nicht möglich war, pro-virale DNA in einer signifikanten Zahl von AIDS-Fällen zu finden, selbst bei Anwendung empfindlichster Methoden.) (...)

Duesberg behauptet, daß die Propaganda des AIDS-Establishments aus einem latenten Retrovirus, das Zellen nicht abtötet — aus einem ,Dornröschen' — ein bösartiges Killervirus gemacht hat. Auf propagandistischem Wege ist ein komplexes Syndrom auf eine einzelne Krankheit mit einzelner Ursache reduziert worden. Was getan werden muß, ist, das „Risikoverhalten" zu untersuchen, welches möglicherweise Erklärungen für die vielen Krankheiten bietet, die AIDS genannt werden.

Fortsetzung nächste Seite

Literatur zur Duesberg-Kontroverse

Duesberg, Peter H., „Retroviruses as Carcinogens and Pathogens. Expectations and Reality", Cancer Research, 1. März '87. — „A Challenge to the AIDS-Establishment", Bio/Technology, Nov.'87. — Farber, Celia, „a.i.d.s.: Words from the front", Spin, Jan.'88. — Lauritsen, John, „Saying No to HIV: An Interview with Professor Peter Duesberg", New York Native, 6. Juli '87. — Schoch, Russell, „The ,AIDS Virus' Tests Negative", California Monthly, Dez. '87. — Specter, Michael, „Panel Rebuts Biologist's Claims on Cause of AIDS", Washington Post, 10. April '88. — Bialy, Harvey, „Commentary: Where is the Virus? And where is the Press?", Bio/Technology, Febr.'88. — Lauritsen, John, „AZT on Trial", Native, 19. Okt.'87, und „AZT: Iatrogenic Genocide", Native 28. März '88.

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Deutliche Fakten"...

Anthony Fauci, Direktor des National Institute of Allergy and Infections Diseases, ist inzwischen das in der Öffentlichkeit bekannteste Mitglied des AIDS-Establishments. (...)

Es sei nicht wahr, sagte Fauci, daß HIV inaktiv ist. Manchmal gebe es „Aktivitätsausbrüche". Laut Fauci ist es falsch zu behaupten, daß nichts passiere; HIV sei vielmehr *„insgeheim dabei, das Immunsystem"* zu infizieren oder symptomlose Personen *„zu zerstören"*.

Fauci sagte, das „AIDS-Virus" sei insofern einzigartig, als sein Hauptangriffsziel das Immunsystem selbst sei. Die Krankheit bestehe nicht in der HIV-Infektion, sondern in *„den opportunistischen Infektionen und Neoplasmen, die das Individuum töten"*. Auto-immune Phänomene etc. könnten ebenfalls in Erwägung gezogen werden, zusätzlich zu der direkt zelltötenden Wirkung, die in vitro (im Teströhrchen) eindeutig gezeigt werden könne. Nach Fauci können die Makrophagen im Blut als Reservoir dienen, in welchem sich das Virus *„verstecken"* kann, ohne vom Immunsystem aufgespürt zu werden.

Wenn man HIV-Antikörper-positiv ist, bedeutet das laut Duesberg: „Hurra, dein Körper hat gewonnen". Fauci sagte, das widerspreche eklatant den Fakten (einer unveröffentlichten Untersuchung über San Francisco): Innerhalb von 5 Jahren würden 90 Prozent der seropositiven Individuen an schädlichen Auswirkungen auf ihr Immunsystem leiden.

Zu Duesbergs „Unterscheidungs"-Argument — daß das Virus vor allem Männer anzugreifen scheint — bemerkte Fauci, daß es auf den Mechanismus der Übertragung ankomme. „Risikoverhalten" bedeute einfach, mit dem Virus in Kontakt zu kommen. (...)

Zum Problem des ersten Kochschen Postulats versicherte Fauci, daß „gute Labors" das Virus in 90 bis 95 Prozent aller AIDS-Fälle nachweisen könnten und daß es zu viel verlangt sei, 100 Prozent zu erwarten, da jede Methode ihre Grenzen habe. Seine Schlußfolgerung: *„Die Fakten lassen sehr deutlich, wenn nicht unabweisbar die Annahme zu, daß HIV die Ursache von AIDS ist"*. (Das ist ein Schritt zurück: Vor ein paar Wochen fand Fauci die Faktenlage noch „unabweisbar".) In der anschließenden Diskussion fragte Beluda Fauci, ob genügend Beweise dafür vorlägen, daß HIV notwendig ist, um AIDS zu bekommen. Daraufhin Fauci: Er hoffe, die Epidemiologen würden diese Frage beantworten.

Fauci: Er hoffe, die Epidemiologen würden diese Frage beantworten.

Also meine Herren, Sie haben gesehen, diese Operation, von der man behauptete, sie wäre unmöglich, ist tadellos gelungen ...
— Aber Hr. Doktor, die Kranke ist tot ... —
Unwichtig! Ohne Operation wäre sie noch viel toter.

aus: Francisco de Goya von Jutta Held

... und gefälschte Belege

William Haseltine, Chef des Laboratory of Biochemical Pharmacology am Dana-Farber-Krebs-Zentrum der Harvard-Medical-School, schien verärgert. Sein Vortrag bestand weitgehend aus persönlichen Angriffen gegen Duesberg. (...) Haseltines Zorn mag auf (die) diesjährige Januar-Ausgabe von „Spin" (zurückgehen), wo Duesberg festgestellt hat: *„William Haseltine und Max Essex, zwei der führenden 5 AIDS-Forscher des Landes, haben Millionen in Aktien einer von ihnen gegründeten Firma investiert, die AIDS-Tests entwickelt hat und verkaufen wird. Wie könnten sie noch objektiv sein?"*

„Ich weise entschieden zurück, daß meine geschäftlichen Verbindungen meinen Arbeit beeinflußt haben „, sagte Haseltine, der Duesberg beschuldigte, *„die Fakten erheblich wirr und falsch dargestellt"* zu haben. (...)

Haseltine versicherte, daß *„HIV nachweisbar Zellen angreift"*, aber er sagte nicht, wie. Er zitierte Duesbergs Ausspruch, Antikörper seien eine „gute Nachricht". Durchaus nicht, sagte er. Antikörper-positiv zu sein, sei sehr schlecht für die Gesundheit des Individuums.

Es stimme nicht, sagte Haseltine, daß es keine nachweisbare Viruserkrankung bei AIDS-Patienten gäbe. Er werde ein Dia *„zur aktuellen Erkenntnis bezüglich der Viruserkrankung"* zeigen. (...)

Gegen Duesbergs „Paradoxon" (daß das „AIDS-Virus" angeblich fähig ist, zwischen männlich und weiblich zu unterscheiden) brachte er vor, dies sei außerhalb der USA nicht der Fall — in Afrika entwickelten Frauen und Männer AIDS in etwa gleicher Zahl. (Haseltine scheint das Paradoxon übersehen zu haben, daß eine Mikrobe in einem Land den Geschlechtsunterschied machen können soll, in einem anderen jedoch nicht.) Haseltine zufolge sind sich Rubin und Duesberg über „nackte Mäuse" im Unklaren, denn bestimmte Mäusearten seien in der Lage, *„eine starke Immunabwehr aufzubauen"*.

Als er sein erstes Dia zeigte, sagte Haseltine: *„Dies faßt die Virologie zusammen: Dr. Duesberg versichert, daß man während der späteren Phasen der Krankheit keine freien Viren zirkulieren sieht. In den Patienten stellt sich das im allgemeinen anders dar. Während der Spätphase der Krankheit bedeutet die schwarze Kurve entweder Virus-Titer oder virale Antigene, die direkt in der Blutzirkulation nachweisbar sind. Die Kurve steigt am Ende der Krankheit. Der Anstieg fällt mit der Periode zusammen, in der die T-Zellen abnehmen. Also trifft seine zentrale Aussage, daß man keine Viruserkrankung hat, nicht zu"*.

An dieser Stelle fragte Duesberg: *„Warum gibt es auf diesem Dia keine Maßeinheiten?"* *„Unterbrechen Sie mich nicht"*, reagierte Haseltine, *„ich habe Sie ja auch nicht unterbrochen."* *„Ich wollte ja nur wissen, warum auf dem Dia keine Einheiten sind"*, entgegnete Duesberg. (...)

Duesberg ließ sich dann das Dia noch einmal vorführen und fragte, ob es versehentlich keine Maßeinheiten zeige. (...) Haseltine konnte die Frage nicht beantworten und bat Dr. Robert Redfield vom Walter Reed Army Research Institute, der unter den Zuhörern saß, zu erklären, wie das Dia zustandegekommen sei. Redfield sagte irgendetwas darüber, daß *„unterschiedliche Messungen vorgenommen worden seien"*.

Die Wahrheit über das Dia ohne Maßeinheiten kam am gleichen Abend während einer Party bei Dr. Harris Coulter heraus (Autor des Buches „AIDS and Syphilis: The Hidden Link"). In angenehmer und entspannter Athmosphäre gab Redfield zu (...), daß die Kurve eine theoretische Möglichkeit darstellen sollte. Es war einfach deshalb keine Maßeinheit da, weil gar keine Meßergebnisse vorlagen.

Es ist schwer, an eine harmlose Erklärung für Haseltines Verhalten zu glauben. Falls er nicht wußte, was das Dia bedeutete oder ob es Erfindung oder Realität darstellte, hätte er keinen Gebrauch davon machen sollen. Haseltine präsentierte das Dia, als ob es wissenschaftliche Feststellungen darstelle — in Wirklichkeit illustrierte Spekulationen. (...)

Epidemiologie

Warren Winkelstein, Professor für Biomedizin an der School of Public Health der Universität von California, Berkeley, hielt einen Vortrag mit dem Titel „Epidemiologische Beobachtungen über die kausale Natur des Zusammenhangs zwischen einer Infektion durch HIV und dem Syndrom Erworbener Immunschwäche". (...)

Kurz zusammengefaßt läuft Winkelsteins Darlegung darauf hinaus, daß Kochs Postulat durch neue Standards der Feststellung einer kausalen Beziehung zuwischen Mikroben und Krankheiten ersetzt werden sollte. Diese Standards sollten auf der „Epidemiologie" beruhen oder gewissermaßen auf Korrelationen verschiedener Art. Winkelstein und seine Kollegen in San Francisco (unter Federführung von Faucis National Institute of Allergy and Infections Diseases) untersuchten eine Stichprobe alleinstehender Männer (Alter 25 bis 54 Jahre) über eine Zeitraum von dreieinhalb Jahren. (...)

Die epidemiologischen Daten ihrer Studie zusammen mit Daten aus einer ähnlichen Studie in San Francisco (über eine Gruppe schwuler Männer, die 1978 für eine Hepatitis-B-Untersuchung in Kliniken für Geschlechtskrankheiten ausgesucht wurden) ließen Winkelstein und seine Kollegen zu dem Schluß kommen, dadurch werde *„die Hypothese eines kausalen Zusammenhangs zwischen HIV-Infektion und AIDS"* unterstützt. Alles in allem ein furchtbares Szenario, wonach ein positives Ergebnis beim HIV-Antikörpertest tatsächlich eine „Todesprognose" bedeuten würde.

Ich bin skeptisch. Wer sich mit Sozialforschung auskennt, sollte mit der Beurteilung abwarten; die vollständigen Daten beider Untersuchungen aus San Francisco müssen vorliegen. Zumindest wären genaue Beschreibungen der Methoden, alle Fragebögen, die Erhebungsbögen und das Interview-Material, die Informationen über die Auswahlverfahren und die Computeraufbereitung notwendig.

Auf keinen Fall akzeptiere ich den Vorschlag, daß Kochs Postulat von epidemiologischen Korrelationen abgelöst werden sollte. Das wäre ein Schritt zurück, ein Schritt weg von dem Zwang zu wissenschaftlicher Genauigkeit, ein Schritt in Richtung Impressionismus und Verwirrung. (...)

Roger Detels, Professor für öffentliche Gesundheit an der Universität von California, Los Angeles, versicherte zunächst einmal, es sei durchaus positiv, wenn Ansichten immer wieder in Frage gestellt würden. Im gegebenen Zusammenhang kam das einer Entschuldigung gegenüber Duesberg und Rubin gleich — für die Grobheit, mit der sie während der Konferenz behandelt worden waren; es war eine noble Geste seitens Detels'. Detels setzte sich mit der Untersuchung aus San Francisco auseinander, in der eine jährliche „Angriffsrate" von 5 Prozent unter den untersuchten seropositiven schwulen Männern festgestellt wurde. (Das heißt, jedes Jahr wurden 5 Prozent der Seropositiven AIDS-krank.) Rubin war es später, der darauf hinwies, daß eigentlich (falls ein bis drei Millionen Amerikaner seropositiv sind, wie die US-Krankheitsüberwachung — Centers for Disease Control — schätzt, und falls die jährliche Angriffsrate 5 Prozent beträgt) jedes Jahr in den USA 50.000 bis 150.000 Menschen AIDS bekommen müßten.

Während der anschließenden Diskussion kam die Sprache nochmals auf die Pathogenese, und Haseltine stürzte sich in die Schlacht, indem er versicherte, es gebe zahlreiche Mechanismen, mit denen sich die Pathogenese erklären läßt. Darüber zu diskutieren sei überflüssig.

Unklare Methoden

Der zweite Beitrag aus dem Auditorium kam von Coulter, der fragte, ob Ergebnisse der San Francisco Clinic-Studie, die auf einer Stichprobe männlicher Schwuler basiert, die Hepatitis B hatten und hochpromisk sowie schwer drogenabhängig waren, auf alle seropositiven US-Bürger übertragen werden könnten. Aus irgendeinem Grund konnten oder wollten die Epidemiologen die Frage nicht beantworten. Coulter bestand darauf, stellte die Frage mehrfach in unterschiedlicher Form (wobei jede Fassung völlig klar war), aber die „AIDS-Experten" antworteten nicht. Das war um so erstaunlicher, als die Frage eine der grundlegendsten für die gesamte Statistik ist. Es ist die Fragen, wie repräsentativ eine Stichprobe für ein bestimmtes Ganzes oder für eine Population ist — d.h. ob man Erkenntnisse von der Stichprobe auf das Ganze übertragen kann, um das es gerade geht.

Chemie, AZT

Als nächster sprach Dr. Nathaniel Lehrman, Wissenschaftler aus Long Island, der betonte, daß es notwendig sei, die Ätiologie von AIDS genauer zu untersuchen — nicht nur wegen der von Duesberg und anderen aufgeworfenen Fragen, sondern weil die Ätiologie von AIDS weit mehr einer toxischen als einer Infektionskrankheit entspricht. (...)

Chemische Ursachen von Immunschwäche, stellte Lehrman fest, sind seit langem bekannt, und eine Gruppe von Chemikalien, die bekanntermaßen Immunität unterdrückt, könnte eine Ursache von AIDS in der Homosexuellenszene sein: inhalierte Nitrite oder „Poppers". Obwohl Poppers im Staat New York verboten sind, kann man sie ohne Schwierigkeiten in New York auf der Straße kaufen. Könnten weitere Chemikalien daran beteiligt sein, Immunität zu unterdrücken und AIDS hervorzurufen?

Lehrman schloß damit, die Möglichkeit, daß chemische Toxidität eine bedeutende kausale Rolle für AIDS spielt, müsse untersucht werden, und deshalb sollten bei der Diagnose und Behandlung sowie Erforschung des Syndroms Veränderungen vorgenommen oder zumindest zusätzliche Methoden angewandt werden. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, Gewebe von AIDS-Patienten mit spektrophotometrischen und ähnlichen Mitteln auf ungewöhnliche, immunitätsunterdrückende Substanzen in ihrem Körper zu untersuchen.

Danach sagte ich, (...) es sei eine Schande, (...) daß AZT immer noch auf dem Markt sei — ein giftiger Stoff ohne einen einzigen wissenschaftlich bewiesenen Nutzen. Wann werde das AIDS-Establishment endlich zugeben, daß die AZT-Anhörungen, auf denen die Zulassung als Medikament basiert, Lug und Trug waren?

Offene Fragen

Um in der Diskussion über die Ursache oder die Ursachen von AIDS voranzukommen, muß eine Reihe von Fragen gelöst werden. Tötet HIV Zellen in vivo (in lebenden Organismen)? Wenn ja, wie? Belege, Quellen? Ist HIV tatsächlich *„komplexer in seiner genetischen Struktur als irgendein sonst bekanntes Retrovirus"* (wie in dem AmFAR-Bericht „Review of Operations: 1985-1986" behauptet wird)? Belege, Quellen? Bei wieviel Prozent AIDS-Kranker kann HIV isoliert werden? Bei wieviel Prozent AIDS-Kranker kann pro-virale DNA festgestellt werden? Belege, Quellen? Wie lautet die Definition für ein „gutes Labor"? Quellen, Belege? Ist eine Viruserkrankung bei AIDS-Kranken feststellbar? Wenn ja, welche Virus-Titer werden gefunden, wann, wie, etc.? Quellen, Belege? Gibt es, wie von Gallo und anderen behauptet, sowohl

wie, etc.? Quellen, Belege? Gibt es, wie von Gallo und anderen behauptet, sowohl

pathogene als auch nicht-pathogene HIV-Stämme? Wenn ja, wie unterscheiden sie sich? Belege, Quellen? Können „nackte Mäuse" wirklich eine starke Immun-Abwehr aufbauen (wie von Haseltine behauptet)? Gibt es einen umfassenden Bericht über epidemiologische Forschungen, die in San Francisco durchgeführt wurden?

Die Konferenz hat den Bankrott der Argumentation vorgeführt, die von den HIV-Advokaten benutzt wird. Noch vor wenigen Wochen gingen sie mit mindestens einem halben Dutzend spekulativer Mechanismen hausieren, um zu erklären, wie HIV *möglicherweise* AIDS verursachen *könnte*. Während der Konferenz wurden solche Spekulationen fallengelassen, und die offizielle Parole lautete: „Wir brauchen die Pathogenese nicht zu erklären." Die „AIDS-Virus"-Leute können sich noch nicht einmal auf die allerentscheidendsten Fakten einigen. Einen Moment lang tötet HIV wie wild T-Zellen; im nächsten Moment suchen die „AIDS-Experten" verzweifelt nach „indirekten Mechanismen". Als ein letztes Rettungsmanöver ist man auf die „Epidemiologie" verfallen, um die HIV-Hypothese zu retten. Die Epidemiologie, wie sie bislang vom AIDS-Establishment vorgeführt wird, ist allerdings — nach den Maßstäben seriöser Sozialforschung (wovon die „Epidemiologie" nur eine Unterart ist) vollkommen unzulänglich. Während die San Francisco-Studien die HIV-Hypothese „deutlich unterstützen" mögen, könnten sie sie dennoch selbst dann nicht beweisen, wenn die Daten korrekt wären (und das kann erst bei Vorliegen eines ordentlichen Berichts festgestellt werden). Denn alternative Erklärungen bleiben gültig; Erklärungen, die die Korrelation zwischen HIV-Antikörpern und AIDS berücksichtigen: Danach ist HIV selbst eine opportunistische Infektion innerhalb des erworbenen Immunschwäche-Syndroms; HIV ist ein Signal, das AIDS anzeigt.

Wenn die Befürworter der HIV-Hypothese sich ihrer Sache sicher wären, würden sie dafür eintreten, Duesberg und uns alle aufklären zu können. Sie würden dafür sein, ihre Argumente in einer angemessenen wissenschaftlichen Zeitschrift zu veröffentlichen, vervollständigt durch Quellenangaben. Sie wären nicht gezwungen, ihr Heil in langen Redeschlachten, Täuschungsmanövern und persönlichen Beleidigungen zu suchen.

Genomanalyse im Strafverfahren

von Hartmut Wächtler

Am Mittwoch, den 11. Oktober fand vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages eine Anhörung zum Thema: „Genomanalyse im Strafverfahren" statt. Das Interesse der Abgeordneten war gering — die Materie allerdings hochbrisant, wie der Beitrag des Münchner Rechtsanwalts Hartmut Wächtler zeigt.

1. Tatsächlich eingesetzt wurde die Genomanalyse im Umfeld von Straftaten und StraftäterInnen auf zwei Ebenen. Einmal als Identifizierungshilfsmittel („genetischer Fingerabdruck") und zum anderen als Grundlage einer umfassenden Persönlichkeitsaussage bei der Untersuchung von inhaftierten Jugendlichen in den USA in den 70er Jahren. Es ist heute üblich, sich von der 2. Anwendung der Genomanalyse zu distanzieren, während die erste begrüßt und für unbedenklich gehalten wird. Dem gegenüber bin ich der Auffassung, daß jede Art von Untersuchung der menschlichen Gene aus dem Strafverfahren und seinem Umfeld ferngehalten werden sollte. Da die Zulässigkeit von Genomanalysen nach geltendem Recht im einzelnen strittig ist, empfehle ich, um Klarheit zu schaffen, ein gesetzliches Verbot von Genomanalysen im Strafverfahren auszusprechen.

Die Unbedenklichkeit der Einführung von Genomanalysen im Strafverfahren wird unter anderem damit begründet, die von dem englischen Forscher Jefferys entwickelte und inzwischen von der Firma ICI kommerziell genutzte Methode des „genetischen Fingerabdrucks" beschränke sich auf die nicht-codierenden Sequenzen des menschlichen Genoms. Für den Täterschaftsnachweis sei nur die Feststellung übereinstimmender sogenannter Minisatelliten notwendig, aus diesen könnten keine weitergehenden Erkenntnisse über Krankheitsdispositionen oder Persönlichkeit gewonnen werden (1). Dieses Argument verkennt die beträchtliche Dynamik, die mit der bereits im vollen Gang befindlichen Einführung gentechnischer Methoden auch im Bereich des Strafverfahrens verbunden ist. In den Landeskriminalämtern mindestens von Berlin, Baden-Württemberg und Hessen sowie am Bundeskriminalamt wird z.Zt. intensiv am Aufbau von Abteilungen zur Anwendung gentechnischer Methoden gearbeitet (2). Nach neuesten Zeitungsberichten, die allerdings von Sprechern der Polizei nur teilweise bestätigt wurden, sollen die notwendigen Geräte für die Untersuchung des genetischen Fingerabdrucks schon bereitstehen, entsprechende Stellen schon besetzt sein oder noch ausgeschrieben werden (3). Der „Spiegel" berichtet in Heft 36/88 vom ersten Fall in der deutschen Rechtsgeschichte, bei dem es um die Überführung eines Mörders und Vergewaltigers in Berlin mit Hilfe von Blut- und Spermaproben geht. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Zurückhaltung der Ermittlungsbehörden bei Auskünften über dieses Thema hat der Senator für Justiz in Berlin durch eine Pressemitteilung vom 12.08.88 ausdrücklich bestätigt, daß sich der Tatverdacht gegen den Beschuldigten insbesondere durch das in Großbritannien erstellte Gutachten (DNA-Fingerprinting) erhärtet habe. Auf eine kleine Anfrage eines Abgeordneten räumte der Berliner Innensenator in einer Antwort des Senats vom 15.06.88 ein, daß der Berliner Senat plant, bei der Berliner Polizei gentechnische Untersuchungsmethoden zu nutzen. Etwa im August 1988 würden die erforderlichen Umbauten in den Labors der Direktion polizeitechnische Untersuchungen abgeschlossen werden. In einem anderen Fall, den der SPIEGEL gleichfalls referiert, wird durch die Koblenzer Staatsanwaltschaft die Blutprobe eines flüchtigen Verdächtigen, die noch von einem früheren Alkoholtest übrig sei, jetzt für eine Genomanalyse herangezogen (4). Bemerkenswert ist an dieser Entwicklung, daß sie stattfindet, obwohl die gesetzlichen Grundlagen sowohl für die Anordnung wie auch für die Durchführung von Genomanalysen im Strafverfahren völlig offen und im einzelnen strittig sind. Es wiederholt sich hier eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie aus dem Bereich beispielsweise der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung und der Schaffung von Datenbanken von Polizei und Geheimdiensten kennen.

Die in Großbritannien entwickelte und bis jetzt in der Bundesrepublik angewandte Methode der Genomanalyse beschränkt sich auf die nicht-codierenden Sequenzen der menschlichen Genome. Um den Täterschaftsnachweis zu erbringen, werden lediglich diejenigen Bereiche verglichen, die keine (z.T. auswertbaren) sonstigen Erkenntnisse über den Betroffenen enthalten sollen. Die britische Methode ist patentrechtlich Eigentum der Firma ICI, die sie auch kommerziell auswertet. In der Bundesrepublik und anderswo wird jedoch selbstverständlich an Alternativen gearbeitet. Der Mainzer Professor Rittner hat einen anderen Weg eingeschlagen. Er nutzt Bereiche des Erbguts, die für die Produktion von Eiweißen verantwortlich sind, deshalb zum codierenden Bereich des menschlichen Erbguts gehören und Aussagen über die Frage der Identität hinaus zulassen. Nach Auffassung von Professor Rittner ist die von ihm verwendete Methode der von Jeffreys entwickelten insbesondere auch deshalb überlegen, weil sie sicherer sei. Die statistischen Berechnungen von Jeffreys über die Sicherheit der Aussagen, die aufgrund seiner genetischen Fingerabdrücke gewonnen werden, seien „mit Vorsicht zu genießen" (5)

Es kann demnach kein Zweifel daran bestehen, daß in Kürze gentechnische Methoden zur Verfügung stehen, die auch die codierenden Sequenzen des menschlichen Erbguts untersuchen. Wenn sie, wie behauptet, auch hinsichtlich der Sicherheit ihrer Aussagen der von Jeffreys entwickelten Methode überlegen sein werden, wird man sich gegen ihre Anwendung dann nicht sperren können, wenn gentechnische Methoden im Strafverfahren überhaupt zugelassen werden.

Abgesehen von dieser abzusehenden Entwicklung, die sich aus der Dynamik der Wissenschaft selbst und des dabei eingesetzten Kapitals ergibt, ist zu beachten, daß die Verheißungen der Gentechnologie einem weitverbreiteten Wunsch entgegenkommen, abweichendes kriminelles Verhalten von Menschen naturwissenschaftlich zu erklären. In der Kriminologie finden wir seit Lombrosos Zeiten immer wieder Versuche, Kriminalität als erblich bedingt aufzufassen und damit „einfach" zu erklären. In diesem Sinne ist in den 70er Jahren in den USA versucht worden, einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Vorhandensein von XYY-Chromosomen und charakterlichen und sozialen Auffälligkeiten wie z.B. besondere Aggressivität. Die Enquete-Kommission hat dazu ausgeführt, die daraus abgeleiteten Thesen seien „inzwischen widerlegt" (7). Andererseits ist aus den Selbstzeugnissen von Frau Dr. Marianne Stoeckenius, der Leiterin der human-genetischen Beratungsstelle Hamburg bekannt, daß sie in Fällen, in denen die Täter XYY-Chromosomen aufwiesen, einem Schwangerschaftsabbruch gutachterlich zustimmte, weil sie die Vererbung von „auffälligem" oder „abartigem" Verhalten befürchtet (8).

Ist die Genomanalyse einmal als erlaubtes Mittel im Strafverfahren eingeführt, wird es nicht zu verhindern sein, daß Untersuchungen an menschlichen Genen durchgeführt werden, die weit über die Frage der Identifizierung eines Verdächtigen hinausgehen. Solche weitergehenden Untersuchungen können durchaus mit dem gesetzlich umrissenen Zweck des Strafverfahrens begründet werden. Nach den §§ 20, 21 StGB ist die Schuldfähigkeit eines Beschuldigten zu untersuchen, für die Frage einer möglichen Strafaussetzung kommt es auf die persönliche Schuld des Täters und die über ihn anzustellende Sozialprognose an. Da die moderne mit gentechnologischen Mitteln arbeitende Medizin einen Zusammenhang vom Auftreten bestimmter Krankheiten eines Menschen mit der Struktur seiner Gene behauptet und einen solchen Zusammenhang in Bezug auf bestimmte Geisteskrankheiten für möglich bzw. wahrscheinlich hält und z.Zt. intensiv erforscht, läßt sich die künftige Notwendigkeit solcher weitergehenden Genomanalysen gesetzesimmanent begründen. Schon jetzt sind gemäß § 81a StPO in der Regel auf Anordnung des Richters ärztliche Untersuchungen des Beschuldigten bis hin zur Feststellung etwaiger Geisteskrankheiten auch gegen seinen Willen möglich.

Aus den angeführten Gründen teile ich daher den Optimismus von Sternberg-Lieben nicht, der es für praktikabel hält, die zulässige genetische Untersuchung auf die nicht-codierenden Abschnitte des menschlichen Genoms zu beschränken und alle darüber hinausgehenden Untersuchungen für schlichten „Mißbrauch" erklärt, den es zu unterbinden gelte (9). Was Sternberg-Lieben als Mißbrauch bezeichnet, ist in Wirklichkeit die logische Weiterentwicklung des einmal eingeschlagenen Wegs der Genomanalyse im Strafverfahren.

2. Die Einführung der Genomanalyse im Strafverfahren wird von der Enquete-Kommission für zulässig gehalten, soweit sie allein dafür verwendet wird, Straftäter zu überführen. Niemand kann, heißt es zunächst einleuchtend, ein schützenswertes Interesse geltend machen, nicht als Täter einer Straftat identifiziert zu werden. Genomanalysen sollen nach dieser Meinung nicht zulässig sein gegen eine bloß verdächtige Person oder aus allgemeinen präventiv-polizeilichen Gründen (10). Diese differenzierte Zustimmung zur Einführung gentechnischer Analysen verschleiert mehr als sie erhellt. Sie übersieht, daß es schon heute nicht mehr möglich ist, die polizeilichen Aufgaben der Repression und der Prävention zu trennen, wie gerade auch von Praktikern anerkannt wird (11). Dies wird an folgendem Beispiel aus der polizeilichen Praxis deutlich:

Die erkennungsdienstliche Behandlung eines Beschuldigten wird in der Regel auf § 81b StPO gestützt (12). Diese Vorschrift, die von den Nazis im Rahmen des Ausführungsgesetzes zum sogenannten Gewohnheitsverbrechergesetz im November 1933 eingeführt wurde, sieht die Möglichkeit, Lichtbilder und Fingerabdrücke zu nehmen und Messungen und „ähnliche Maßnahmen" am Beschuldigten durchzuführen vor und zwar sowohl für die (repressiven) Zwecke der Durchführung des Strafverfahrens (1. Alternative) als auch für präventiv-polizeiliche Zwecke (2. Alternative). Praktisch werden in Bayern auf dieser gesetzlichen Grundlage insbesondere im Bereich der politischen Kriminalität alle von der Polizei als Verdächtige festgehaltenen Personen erkennungsdienstlich behandelt und ihre personenbezogenen Daten gespeichert und verarbeitet.

Oppositionelle Flugblattverteiler, deren Druckschrift eine fehlerhaftes Impressum enthält, werden hierbei ebenso erfaßt wie Personen, denen Wandschmierereien oder Delikte im Demonstrationsbereich vorgeworfen werden. Für den Betroffenen ist jeweils undurchschaubar, ob er jetzt repressiv oder präventiv fotografiert wird. Die Polizei äußert sich zunächst zum Rechtsgrund der erkennungsdienstlichen Behandlung nicht, alle Anordnungen ergehen mündlich ohne Begründung und Rechtsmittelbelehrung, obwohl je nach Anordnungsgrund jeweils der Rechtsweg zu den allgemeinen Gerichten oder zu den Verwaltungsgerichten einzuschlagen ist. Die erhobenen Daten selbst erfahren in vielen Fällen im Laufe ihrer Aufbewahrung eine Umwidmung: Während ihre Erhebung oft mit Zwecken des Strafverfahrens motiviert sein kann, wird ihre spätere Aufbewahrung regelmäßig mit dem Präventionsgrund der „vorbeugenden Straftatenbekämpfung" (Artikel 17 Abs. 1 Ziff. 2 PAG) gerechtfertigt, d.h. es wird eine Wiederholungsgefahr behauptet. Eine solche soll nach der Kommentierung an „Erkenntnisse der Kriminologie" anknüpfen, wobei „vor allem Trieb-, Neigungs-, Hang- und Gewohnheitstäter" in Betracht kommen sollen (13). Nach den Erkenntnissen der bayerischen Polizei sollen zu diesen Kategorien auch Beschuldigte in politischen Straftaten zählen. Das Bayerische Landeskriminalamt lehnte z.B. die Vernichtung der erkennungsdienstlichen Unterlagen eines 20-jährigen Allgäuers, der beschuldigt worden war, an eine Hauswand „WAA-Nie" gesprüht zu haben, mit der Begründung ab, es sei „bei politisch motivierten Straftaten, bei denen die Ermittlungen und Beweisführung wegen der Vorgehensweise der Täter typischerweise erschwert sind, nach kriminalistischer Erfahrung im allgemeinen die Annahme einer Wiederholungsgefahr erlaubt. Demgemäß sind die erkennungsdienstlichen und personenbezogenen Unterlagen über in früheren Fällen Beschuldigte in erhöhtem Maß geeignet, die Ermittlungsarbeit der Polizei auf diesem Gebiet zu fördern" (14).

Bei ihren Prognosen und angeblichen kriminalistischen Erfahrungen wird die Polizei auch durch den rechtskräftigen Freispruch des jungen Mannes vor nahezu 2 Jahren nicht beeinflußt. Der ursprüngliche Verdacht sei durch die Hauptverhandlung „nicht ausgeräumt worden". Der Beschuldigte sei von Zeugen „nur nicht mit hundertprozentiger Sicherheit wiedererkannt" worden. Die Aufbewahrung des gespeicherten erkennungsdienstlichen Materials werde daher dazu führen, daß der Freigesprochene „zukünftig mit einer schnellen Überführung rechnen muß", weshalb die Kenntnis davon dazu beitragen könne, „Straftaten Ihres Mandanten künftig zu verhindern", wie die Polizei schreibt (15).

Die von der Polizei hier vertretene Rechtsauffassung, die Beschuldigten eines Strafverfahrens nach eigenen Kriterien in „Überführte" und „noch nicht Überführte" einzuteilen, ist kein Einzelfall. Sie wird von führenden Kommentatoren zu § 81b StPO und auch von einigen Obergerichten geteilt (16). Die in der Sache anhängige Verwaltungsgerichtsklage auf Löschung der Daten muß daher in ihrem Ausgang als offen bezeichnet werden.

Dieses typische Beispiel aus dem Bereich des § 81b StPO ist so ausführlich referiert worden, weil die daraus gewonnenen Erkenntnisse durchaus auch auf die Diskussion über die Zulassung von Genomanalysen im Rahmen des Strafverfahrens übertragbar sind. Sie zeigen nicht nur, daß es in der Praxis keine scharf zu ziehende Grenze zwischen repressiven und präventiven Maßnahmen der Polizei gibt, sondern darüber hinaus auch, daß die scheinbar eindeutigeren Begriffe des „Beschuldigten" oder „Verdächtigen" im Lichte sogenannter kriminalistischer Erfahrung soweit ausgedünnt werden, daß auch der rechtskräftig freigesprochene dazu gezählt werden kann. Die Einführung der Genomanalyse begrenzt auf die Zwecke der Strafverfolgung und auf den Personenkreis des Beschuldigten wird daher aller Erfahrung nach keineswegs garantieren, daß die Polizei nicht gleichwohl die einmal erhaltenen Daten auf Vorrat speichert und nach ihren eigenen Kriterien verarbeitet. Es wird zum Aufbau von genetischen Datenbanken der Polizei kommen, auch wenn es hierfür (zunächst) keine Rechtsgrundlage gibt, ebenso wie es zum Aufbau von polizeilichen Datenbanken über personenbezogene Daten ohne gesetzliche Grundlage gekommen ist. Der einzige Weg, diese absehbare Entwicklung zu stoppen, ist, die Genomanalyse im Strafverfahren in allen ihren Spielarten nicht zuzulassen (17).

3. Ist die Genomanalyse einmal zum Zwecke der Täteridentifizierung eingeführt, so werden die mit erheblichem Kostenaufwand installierten wissenschaftlichen Abteilungen der Polizei darauf hinarbeiten, die Methode auf andere Erkenntnismöglichkeiten auszuweiten. Es ist oben bereits darauf hingewiesen worden, daß neuerdings außerdem behauptet wird, mit einer Ausdehnung der Genomanalyse auf codierende Bereiche des menschlichen Erbguts eine größere Sicherheit auch für den Identifizierungsnachweis gegenüber der von Jeffreys entwickelten Methode zu erreichen. Diesem Streit der Wissenschaftler ist der entscheidende Richter ohne eigene Fachkompetenz ausgesetzt. Wenn die zuständigen Sachverständigen darüber hinaus behaupten, mit Hilfe der Genomanalyse weitgehende Aufschlüsse über Persönlichkeit, (Geistes-)Krankheiten und Verhaltensauffälligkeiten des Verdächtigen oder Gesuchten zu erhalten, so wird sich dem der Richter nicht verschließen können, falls das Gesetz gentechnische Analysen an sich erlaubt.

Der anordnende Richter hat auch keine Möglichkeit, über die weitere Verwertung, Aufbewahrung oder Vernichtung der erhaltenen Informationen zu befinden und sie zu kontrollieren. Er ist hier in der gleichen Situation wie der Ermittlungsrichter, der eine Haussuchung zwecks Auffindung und Beschlagnahme von Beweismitteln gemäß §§ 102, 94 ff. StPO anordnet. Er hat auch weder Kompetenz noch Möglichkeit, zu kontrollieren, was mit den dabei erhobenen Daten weiter geschieht. So wird der die Genomanalyse anordnende Richter insbesondere nicht verhindern können, daß die erhobenen Daten später für andere Zwecke „umgewidmet werden".

Nach den vorliegenden Gesetzesentwürfen über die Verarbeitung und Weitergabe von Daten, die aus Anlaß eines Strafverfahrens erhoben werden, wird die Rechtsposition des betroffenen Bürgers noch ungünstiger als sie jetzt schon ist (18). Da er kein subjektives Recht auf umfassende Information über die von ihm erhobenen Daten haben soll, soweit diese Daten bei den Sicherheitsbehörden gelandet sind, ist für den betroffenen Bürger auch eine richterliche Kontrolle ineffektiv. Der Richter könnte sich über die vom Gesetz selbst vorgesehenen Einschränkungen des Auskunftsrechts nicht hinwegsetzen. Kann der Bürger aber nicht einmal umfassend erfahren, was über ihn an Daten vorliegt, so ist es mit seinem Kontrollrecht dieser Daten schlecht bestellt. Daraus folgt, daß auch eine auf den Richter beschränkte Anordnungskompetenz nicht wird verhindern können, daß unkontrollierte Datenbanken der Sicherheits- und Gesundheitsbehörden entstehen, wie sie bereits jetzt in den Vereinigten Staaten aufgebaut werden mit dem Ziel, möglichst umfassende genetische Informationen über straffällig gewordene oder verdächtigte Personen zu sammeln (19).

Anmerkungen:

(1) Sternberg-Lieben, NJW 87, 1242, 1244
(2) Steinke, Kriminalistik 10/87
(3) Gen-ethischer Informationsdienst GID 6/88 Nr. 33, S.3
(4) DER SPIEGEL 36/88, S. 59, 61
(5) Deutsches Allg. Sonntagsblatt Nr. 59/88: Beweise aus dem Zellkern
(6) New Scientist vom 18.08.88
(7) Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie" Drucksache 10/6776 S. 176
(8) Das Zitat aus den Stoeckenius-Aufzeichnungen ist in E.coli-bri Nr. 1/2 Hamburg 1988, S.9 abgedruckt; zum Fall Stoeckenius vgl. Regula Schmidt-Bott in „Gentechnologie, die neue soziale Waffe", 2. Aufl. 1987, S. 73ff
(9) a.a.O. (Anm. 1)
(10) Enquete-Kommission, a.a.O. (Anm. 7) und Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1)
(11) Vgl. z.B. Schoreit in KritV 1988, 157 und Ahlf in KritV 1988, 136 sowie Behrendes in Die Polizei 1988, 220
(12) Darüber hinaus gibt es in Bayern für den Präventions-Bereich noch die Regelung in Art. 13 bay PAG, 14. Aufl. 1987, Anm. 2 zu Art. 13; entsprechende Kommentierungen finden sich ebenso zu § 81b 2. Alt. StPO, vgl. z.B. Kleinknecht/Meyer, 38. Aufl. 18/§81b
(14) Widerspruchsbescheid des BayLKA in der Sache 12-401/3-68/87 vom 25.11.87
(15) BayLKA a.a.O. (Anm. 14)
(16) z.B. Kleinknecht/Meyer, a.a.O., Anm. 7 und 18 zu § 81b m.w.Nw.
(17) Die Zeitschrift „Nature" berichtet in ihrer Ausgabe vom Jan. 88 vom Aufbau einer „DNA-Fingerprint"-Datenbank beim General-StA in California/USA, die mit den 5000 Blut- und Spermaproben von verurteilten Sextätern der letzten fünf Jahre gespeist werden soll.
(18) vgl. die vorliegenden Entwürfe für ein JustizmitteilungsG., Gesetz zur Regelung der rechtlichen Grundlagen für Fahndungsmaßnahmen, Fahndungshilfsmittel ... im Strafverfahren, allgemeine Bestimmungen über die Speicherung, Verwendung und Übermittlung personenbezogener Daten durch die Strafverfolgungsbehörden, BundesdatenschutzG, ArtikelG sowie Sicherheitsrichtlinien vom 11.11.87
(19) Vgl. „Nature", a.a.O. (Anm. 17)

Was bringt die Perestroika den Frauen?

Jahrzehntelang galt die Frau in der Sowjetunion — glaubte man den offiziellen Verlautbarungen — als völlig emanzipiert. Seit der Oktoberrevolution ist sie dem Mann juristisch gleichgestellt. Als praktischer Beweis wurde besonders der hohe Grad des Frauenanteils im Produktionsprozeß angeführt, der mit 93 % in der Tat der höchste in der Welt ist. Über Widersprüche oder Auseinandersetzungen mit dieser rein ökonomischen Sichtweise von Emanzipation wurde zumindest nicht öffentlich gesprochen. Das hat sich seit Beginn der Debatte um Perestroika und Glasnost drastisch geändert. In Äußerungen, Artikeln oder Interviews, die uns aus sowjetischen Publikationen zugänglich sind, wird inzwischen sehr offen über die Situation der Frauen diskutiert: über ihre Probleme wie Dreifachbelastung durch Beruf, Haushalt und Schlangestehen, Benachteiligung am Arbeitsplatz, über die hohe Abtreibungsrate und die große Zahl der Ehescheidungen.

Die Konsequenzen, die daraus in der Mehrzahl der Beiträge gezogen werden, stimmen jedoch bedenklich. Viele Äußerungen — sowohl von Männern als auch von Frauen — gehen in die Richtung, nicht nur das bisherige Verständnis von Gleichberechtigung infrage zu stellen, sondern als Reaktion auf die real vorhandenen Belastungen eine uralte Lösung anzubieten: die Rückbesinnung der Frau auf ihre „natürlichen Aufgaben", sprich Familie und Kinder. Die Wiederherstellung von „intakten" Familien (mit der Frau und Mutter als Mittelpunkt) wird zugleich als wichtigstes Rezept gegen die zunehmenden Jugendprobleme (Bandenbildung, Kriminalität, Rauschgift u.a.) empfohlen. Unausgesprochen scheint hinter dieser Heim-und-Herd-Propaganda auch die Tendenz zu stehen, die anstehende Rationalisierungswelle vor allem durch Verdrängung von Frauen aus der Lohnarbeit anzugehen.

Es gibt dabei unterschiedliche ideologische Varianten. Die offizielle vertritt der Generalsekretär und frisch gekürte Staatschef Gorbatschow. Er möchte, daß es den Frauen endlich „ermöglicht" werden müßte, *„zu ihren eigentlichen weiblichen Lebensaufgaben zurückzukehren."* Er versteht darunter Haushalt, Erziehung der Kinder und die *„Schaffung einer familiären Atmosphäre."* Eine Position, die man hierzulande wohl rechts von Rita Süßmuth einordnen würde, die aber in der Sowjetunion noch als gemäßigt gelten kann.

Wesentlich krasseres bietet beispielsweise ein Text des sowjetischen Schriftstellers Anatoli Afanasjew (nicht zu verwechseln mit dem Reformhistoriker Jurij Afanasjew), den wir hier dokumentieren. Sein Rückgriff auf Klassiker wie die *„seelische Veranlagung"* und das *„biologische Wesen"* der Frauen kann nur als reaktionär bezeichnet werden. Seine Thesen, daß die Frau ihren angeborenen Wunsch, *„zu glänzen und zu bezaubern"*, *„den Mann erbeben zu lassen"* und vor allem *„ihre wichtigste Eigenschaft: ihr Geheimnis"* in der *„prosaischen Umgebung eines Labors oder einer Werkhalle"* nicht wahren könne, erinnert fatal an das Frauenbild in vielen Filmen des Dritten Reichs. Recht hat Afanasjew mit seiner Feststellung, daß alles das, was er bei den sowjetischen Frauen als *„falsche Bedürfnisse"* verwirft, in den 20er Jahren aufkam. Man könnte auch sagen: nach der Oktoberrevolution. Unterm Zaren war die Welt, so betrachtet, noch in Ordnung.

Der Artikel Afanasjews wurde zunächst in der Zeitschrift „Technika i nauka" publiziert und dann vom deutschsprachigen „Sputnik" übernommen. „Sputnik" erscheint monatlich als Digest der sowjetischen Presse für das Ausland, stützt sich auf die interessantesten Publikationen und soll über das Leben in der Sowjetunion, insbesondere über die Perestroika, informieren.

Wollte man deshalb den Artikel von A. Afanasjew nicht ganz unkommentiert und unwidersprochen stehen lassen? Exklusiv für „Sputnik" schrieb die Soziologin Nina Simakowa eine Replik, die wir ebenfalls dokumentieren. Gar so groß sind die Unterschiede jedoch nicht. Wo der Schriftsteller kategorisch anordnet, *„daß die bloße Präsenz der Frau in der Produktion ihrem biologischen wie psychischen Wesen widerspricht"*, möchte die Soziologin der Frau immerhin eine Nische in der Lohnarbeit offenhalten: erstens weil kaum eine Familie ohne doppeltes Gehalt auskommt, und zweitens aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Aber Schwerpunkt müsse ganz eindeutig Ehe und Familie werden. Das soll durch eine geschlechtsspezifische Erziehung gefördert werden: *„verstärkte Ausrichtung der Mädchen auf den weiblichen Verhaltenstyp"*, als da wären Ehestand, Kinderkriegen, Erziehung plus Sorge um Mann und Haus.

Thesen, die in den meisten kapitalistischen Industrieländern nur noch von Greisen und Randgruppen vorgetragen werden, bestimmen in der Sowjetunion den öffentlichen Diskurs zur „Frauenfrage". Auf Lenin wird man sich dabei nicht berufen können. Er verstand die Befreiung der Frauen aus der *„Haussklaverei"*, *„die sie an die Küche und das Kinderzimmer fesselt"*, als wesentliche Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft.



(aus: „Sputnik", Oktober 1988)
Zeichnung: Alexey Tertysch

Dokumentation aus „Sputnik"

Wir alle müssen uns besinnen

(Anatoli Afanasjew)

Bis in die jüngste Zeit hinein waren wir stolz darauf, daß nirgends in der Welt so viele Frauen einer Berufstätigkeit nachgehen wie in der Sowjetunion. Die Schattenseiten dieses Umstands schienen wir nicht zu bemerken: Die Zahl der Familien nimmt immer mehr ab, unsere Kinder vermissen häusliche Fürsorge, die verwandtschaftlichen Bindungen und die ehelichen Bande werden zunehmend lockerer. Zu diesen Schattenseiten gehören auch die vielen alleinstehenden Mütter und „schwererziehbaren" Kinder.

Wie steht es nun eigentlich: bringt die Emanzipation der Frau der Gesellschaft mehr Nutzen oder mehr Schaden? (Vorspann der Redaktion „Sputnik")

Ich will es gleich vorwegnehmen: Ich habe nicht die Absicht, auf die Frauen als Vertreter des Menschengeschlechts auch nur den geringsten Schatten zu werfen. Falls jemand in meinen Worten ein, wie es ihm scheint, negatives Urteil finden sollte, dann bezieht sich dieses keineswegs auf die weibliche Natur und Psyche.

Für mich steht fest: Die Arbeit der Frau in der Produktion hat bei ihr im Laufe der Zeit Vorstellungen aufkommen lassen, die weder ihrer seelischen Veranlagung noch ihrer biologischen Beschaffenheit entsprechen. Soziologen nannten diese Vorstellungen später „falsche Bedürfnisse". Dazu müssen wohl das Bedürfnis nach sozialem Erfolg, das Bedürfnis nach Macht in ihrer rein männlichen Variante — also nach der Macht über ein Kollektiv — und das Streben nach Ruhm gezählt werden. Die Frau wähnte plötzlich, die Bewunderung ihrer weiblichen Reize erniedrige sie, während die Verehrung ihres beruflichen Könnens sie erhöhe. In unserem Land kam diese Ansicht in den 20er Jahren auf.

Als die „falschen Bedürfnisse" die Frau zu einem Umdenken veranlaßt und bei ihr die Illusion geweckt hatten, sie sei in der Produktion unentbehrlich, begann sie Enttäuschung zu empfinden. Ohne in der gesellschaftlichen Arbeit Erfüllung gefunden zu haben, rückte sie in der Regel zunehmend von ihrer Familie ab, für die ihr einfach die Zeit fehlte, und letzten Endes war ihr Leben weder hier noch da vollwertig und gab ihr nicht, was sie sich insgeheim erhofft hatte. Möglicherweise trage ich zu stark auf, aber 40 Prozent der Ingenieure in unserem Land sind ja doch Frauen. Eine haarsträubende Zahl!

Ich glaube, es ist an der Zeit einzugestehen, daß wir Männer den Emanzipationsbegriff ein wenig zu primitiv auffassen. Es bringt uns merkwürdigerweise nicht in Verlegenheit, daß wir viele gesundheitsschädliche Arbeiten auf die Schultern unserer Schwestern, Mütter, Bräute und Ehefrauen abgewälzt haben. Uns geht von der seelischen und körperlichen Gesundheit der ganzen Gesellschaft viel zu viel verloren, wenn wir die Frauen auf diese Weise den Männern gleichsetzen.

Das Wichtigste, was wir für die Frau tun können und müssen, besteht darin, ihr in eine ihrer biologischen Natur adäquate Lebensumgebung zurückkehren zu helfen, dorthin, wo sie nicht bloß den Worten nach, sondern tatsächlich glücklich sein wird. Oder jedenfalls die reale Möglichkeit haben wird, es zu sein... Ich erkühne mich zu glauben, daß gerade die Familie jener Ort ist, wo die Frau auf Glück wenigstens hoffen kann.

Wenn die Frau den heimischen Herd flieht, so bedeutet das, daß dieser Herd am Erlöschen ist. Also müssen wir zugeben, daß sich die Familie überlebt hat. Dann muß man für sie aber irgendeine Alternative suchen. Entweder man muß für die Familie eine neue Form ausarbeiten, oder aber die Frau muß, falls wir uns darauf einigen, daß die Familie in ihrer bisherigen Form ihre Möglichkeiten noch nicht erschöpft hat, in diese zurückkehren.

Ich will selbstverständlich nicht behaupten, daß alle weiblichen Ingenieure von vornherein unglücklich sind und das alle, die sich nur ihren Familien widmen, automatisch ein wolkenlos glückliches Leben führen. Wenn jedoch unsere Frauen in einem westlichen Film ihre ausländischen Zeitgenossinnen sich inmitten ihrer gepflegten Kinder auf dem Strand der Adriaküste aalen sehen und sie darum beneiden, so ist das für uns alle ein bitterer Vorwurf. Wer hat es nicht gehört, wie eine Frau sehnsüchtig davon spricht, daß sie sich nichts auf der Welt so sehnlich wünscht, als einfach einmal richtig auszuschlafen. Glück ist für sie allein schon die Möglichkeit, einen Tag mal in aller Ruhe daliegen und ausspannen zu können.

Hätte ein heutiger Nekrassow Gedichte über das Frauenlos geschrieben, dann wären seine Verse wohl ebenso wehmütig gewesen wie vor hundert Jahren. Die Wehmut ist die alte, und das Problem der arbeitenden Frau ist auch schon vom Staub der Jahrhunderte bedeckt. Es ist aber an der Zeit, diesem Problem eine neue Ausrichtung zu verleihen. Irgendwann muß man entscheiden, was eine Frau anstreben soll: eine technische Hochschulbildung oder ein glückliches Familienleben. Und ob sich nicht das eine mit dem anderen harmonisch verknüpfen läßt. Vielleicht sind in der Frau aber längst unwiderrufliche Wandlungen vor sich gegangen? Vielleicht hat sie für den Erwerb organischer Fähigkeiten des Produktionslebens einen Teil ihres biologischen Wesens hingegeben? Ich sage das und fühle, wie töricht und furchtbar das klingt.

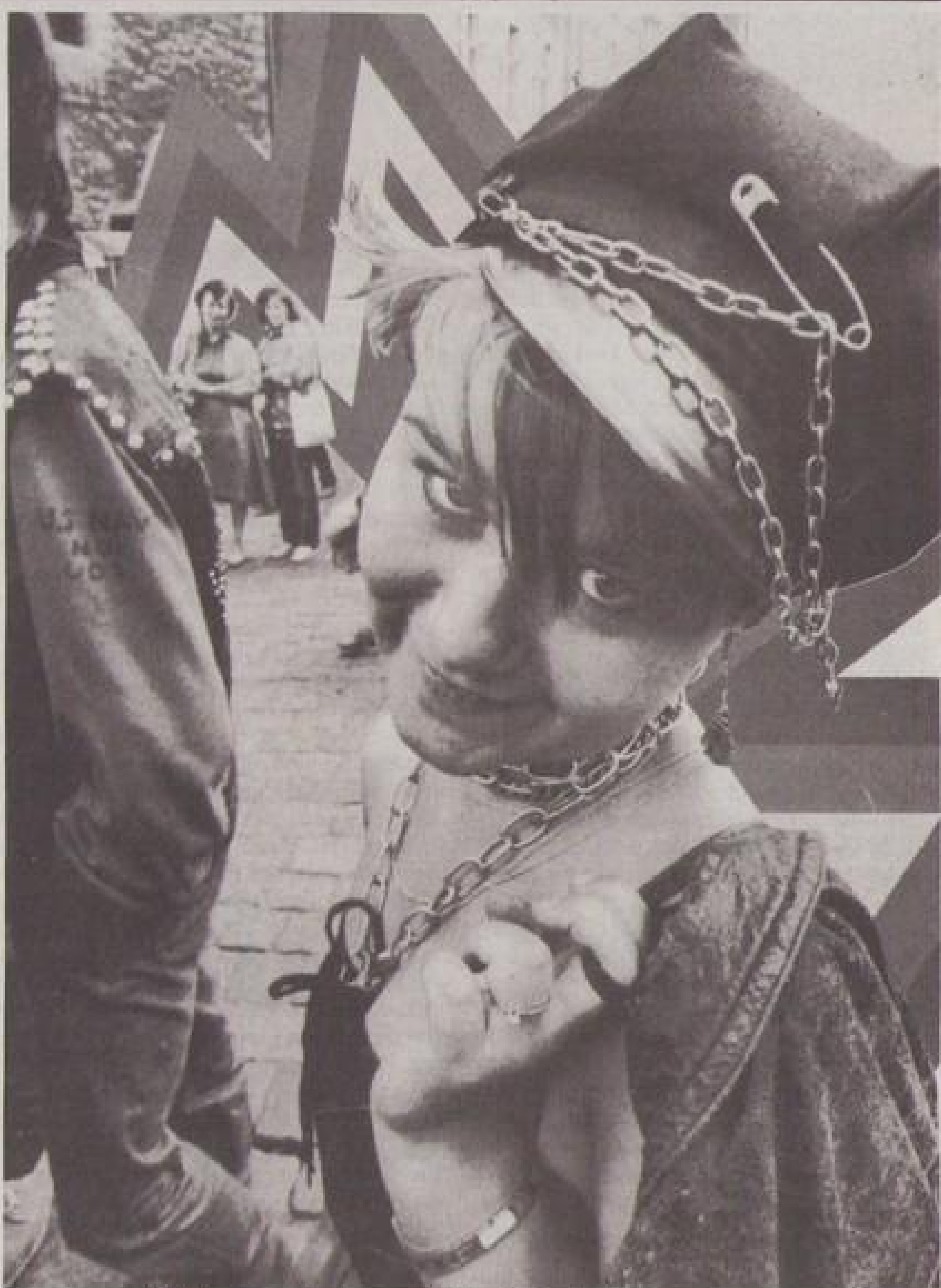
Die Frau, die voller Freude zur Arbeit eilt, hofft, dort etwas zu finden, was sie zu Hause vermißt. Das sollte man nicht verurteilen. Der Frau ist der Wunsch eigen zu glänzen und zu bezaubern. Auf einem anderen Blatte steht, daß sie diesen ihren Wunsch unter ausgesprochen ungünstigen Bedingungen befriedigen muß. Nicht bei einem rauschenden Kostümfest, sondern in der prosaischen Umgebung eines Labors oder einer Werkhalle.

Bei einem Kostümfest oder noch früher bei einem Ball bewahrte die Frau, während sie sich zur Schau stellte, eine ihrer wichtigsten Eigenschaften: ihr Geheimnis. Sie entblößte ihre Seele nicht. Die Frau in der Produktion ist viel zu durchsichtig. Sie läßt den Mann nicht erbeben. Eine Frau, die in der Produktion ihr weibliches Ich zu verteidigen sucht, nimmt einen ungleichen und zermürbenden Kampf auf. Sie stellt sich selbst bloß, sie weiß nicht einmal, wie abwegig ein solches Verhalten wirkt, mit welchen Augen man sie ansieht. Vor eventuellen moralischen Erschütterungen rettet sie hier nur, daß eine Frau nie etwas glaubt, was ihr nicht paßt. Jene Wahrheit, die den Mann ruinieren kann, wird die Frau nicht einmal berühren. Die Frau wird sie einfach von sich stoßen.

Ich bin überzeugt, daß die bloße Präsenz der Frau in der Produktion ihrem biologischen wie psychischen Wesen widerspricht.

Ich kenne Frauen, die voller Bangen daran denken, daß man sie bald in Rente schicken wird. Sie tun mir leid. Eine Frau, die aufrichtig glaubt, ihr Leben sei zu Ende, sobald sie sich von einem zweitausendköpfigen Kollektiv trennen müsse, finde ich alles andere als komisch. Leider hat diese Frau höchstwahrscheinlich viel zu wenig echte Freuden erlebt.

Die Gesellschaft hat die Frau sehr lange betrogen und dabei soziale Notwendigkeit vorgeschützt. Bis auf die Curie gab es wohl keine weiblichen „Stars" in der Wissenschaft und bis auf die Sappho keine weiblichen Größen in der Philosophie. Den Frauen ist diese Tatsache bekannt, aber sie hat in ihrem Bewußtsein folgende Lesart erhalten: So etwas gab es nicht, solange wir nicht da waren. Sie rechnen, wo man ihnen doch schon den „Schleier" abgenommen hat, darauf, eine zweitausendjährige Evolution innerhalb von dreißig Jahren nachholen zu können. Man hat sie das glauben gemacht.



„Frauenrealität gegen Heim- und Herdideologie"
Foto aus „Sputnik", September 1988

So mancher mag wohl meine Haltung gegenüber den Frauen ausgesprochen spießerhaft und sogar spöttisch finden. Für mich verknüpft sich die Zukunft der gesamten menschlichen Zivilisation mit der Hoffnung auf eine gesunde Frauenmoral. Der weiblichen Natur wohnt keine aggressive Vernichtungssucht inne, der Geist militärischer Rivalität, krankhaftes Streben nach globaler Zerstörung, wie es sich mitunter des von Arroganz erfüllten Mannes bemächtigt, ist ihr fremd. Die Eigenschaften, die die Frau von Natur aus besitzt, können die Welt retten.

Seit eh und je richteten die Männer diese beste aller Welten nach ihrem eigenen Gutdünken ein und vergaßen dabei schlicht und einfach die Frau. Wie auch vieles andere, widerfuhr dies der Menschheit zum erstenmal. Das heißt, funktional, rein physiologisch existiert die Frau nach wie vor, mancherorts wird sie sogar angebetet, Dichter widmen ihr Verse, und manch einer liebt sie auch, so gut er kann. Wer aber begreift es und erinnert sich heut noch daran, daß nur sie allein den wahren Preis von Leben und Tod kennt...

Ich glaube, die Zeit ist nicht mehr fern, da der Traum der „Emanzen" in Erfüllung gehen wird: Man wird mit der Frau und über die Frau in der Sprache des Intellekts und der Wahrheit reden. Einen anderen Weg, die „Frauenprobleme" zu lösen, sehe ich nicht. Sind aber die Frauen dazu bereit, das Gespräch auf diesem Niveau zu führen?

Aus der Zeitschrift TECHNIKA I NAUKA (gekürzt aus „Sputnik")

Dokumentation aus „Sputnik“

Nachdenken tut not

(Nina Simakowa)

Ein Schriftsteller mag sich vielleicht eine Frau mehr als emotional denn als sozial geprägte Gestalt denken können.

Man begegnet auch der Meinung, daß die Einbeziehung der Frau in die gesellschaftliche Produktion so etwas wie eine Schrulle von ihr ist oder — wie Afanasjew schreibt — das Resultat „falscher Bedürfnisse“, die die Frau zwingen, „sich völlig umzuorientieren“, nach Ruhm, nach Macht über das Kollektiv zu streben. Das ist jedoch nicht ganz so, genauer gesagt, ganz und gar nicht so.

Heute wundert sich niemand darüber, daß schon im Kindergarten viele Mädchen davon träumen, Kosmonaut oder Flieger zu werden oder einen anderen „männlichen“ Beruf zu ergreifen. Andere weibliche Heldengestalten werden ja von unseren Massenmedien kaum präsentiert. Dagegen gibt beispielsweise in Indien jedes Mädchen schon im Alter von fünf oder zwölf Jahren, nach seinen Zukunftsplänen befragt, in der Regel nur die eine Antwort: „Ich werde Ehefrau.“ Und mit 15 Jahren ist sie es dann auch. Scheidungen gibt es laut Statistik in diesem Land fast überhaupt keine.

Einst existierten Knaben- und Mädchengymnasien, später Knaben- und Mädchenschulen. Zu dieser Zeit lag die Zahl der Scheidungen ebenso wie die der in der Produktion beschäftigten Frauen wesentlich niedriger als heute. Schon seit über einem Vierteljahrhundert wird an unseren Schulen kein Unterschied mehr in der Erziehung von Jungen und Mädchen gemacht. Und die überwältigende Mehrheit der Lehrer sind Frauen.

Wer ist aus der Sicht der Lehrerin der beste Schüler in der Klasse? Natürlich der fleißige, gehorsame, stille und gutmütige Junge. Zugleich stützt sich die Lehrerin in ihrer Arbeit oft auf die Hilfe von Mädchen, die sie dadurch zu besonders energischen und aktiven Mitgliedern des Klassenkollektivs erzieht, die in der Lage sind, sich zu behaupten; das aber sind ja doch Eigenschaften, wie sie später von einer leitenden Kraft in der Produktion verlangt werden. Im Ergebnis kommt es zu einer Vermischung der geschlechtsspezifischen Rollenunterschiede, zu der ganz allgemein das gesamte System der heutigen schulischen Erziehung beiträgt, das ein typisches Rollenverhalten keineswegs fördert. Ich erinnere mich noch, wie ich alle meine zehn Schuljahre hindurch als Klassenälteste den Lehrern helfen mußte, für Disziplin zu sorgen, wie ich an der Organisation des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der Schüler teilnahm — zunächst als Freundschaftsratsvorsitzende, später als Konsomolsekretärin. Ich durfte mir keine Schwäche und Nachgiebigkeit leisten, sonst wäre ich mit meiner Rolle, die meine Lehrer und meine Mitschüler (eine Art Mikrogesellschaft) als natürlich und ehrenvoll für mich ansahen, nicht zurechtgekommen. Im Laufe dieser zehn Jahre war es für mich zu einem Bedürfnis geworden, am Leben eines großen Kollek-
rechtgekommen. Im Laufe dieser zehn Jahre war es für mich zu einem Bedürfnis geworden, am Leben eines großen Kollek-
tivs teilzuhaben, in dem um so mehr geschätzt und gelobt wurde, je mehr Kraft und Zeit man dafür opferte. Ich war stolz und freute mich aufrichtig, wenn es mir im Mathematikzirkel der Schule schneller als allen Jungen gelang, eine schwierige Aufgabe richtig zu lösen und wenn ich bei Stadt- und Republikolympiaden im Fach Physik siegte. Ebenso stolz und glücklich war ich, als ich in die physikalisch-mathematische Schule bei der Sibirischen Abteilung der AdW der UdSSR in Akademgorodok bei Nowosibirsk aufgenommen wurde.

Daher schien mir ein technisches Hochschulstudium die einfachste und natürlichste Sache der Welt zu sein. Und es wundert mich daher auch nicht, daß es auch zwanzig Jahre später — im Jahre 1986 — an den technischen Hochschulen 44 Prozent weibliche Studenten gibt, hat sich doch am System der Schulbildung seitdem nichts verändert. Auf diese Weise ist die weitgehende Aufhebung der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung nach wie vor eine Realität, die man im Zeitalter des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht außer acht lassen darf.

Einer der wichtigsten Faktoren, die ein Mädchen zur Wahl eines ingenieur-technischen Berufs bewegen, ist meines Erachtens das Fehlen der sozialen Garantien für ein stabil gesichertes Leben im Ehestand, ja generell für eine Eheschließung, wie sie bei der patriarchalischen Lebensweise der Vergangenheit gegeben waren. Die ökonomische Selbständigkeit und Unabhängigkeit wird zum Hauptmotiv für die Wahl des Lebensweges. Es gibt bei uns vorläufig nur wenige Familien, die ohne den Verdienst der Frau als Beitrag zum Familienbudget auskommen können, besonders wenn die Frau ebensoviel verdient wie der Mann.

Dennoch wird die Frau in der Familie dringend gebraucht. Sie muß, wie sich die bulgarische Wissenschaftlerin F. Purakova ausdrückt, 24 Stunden am Tage sowohl ein „aktiver und vorzüglicher Spezialist sein (die Konkurrenz ist stark, und die Kollegen neigen nicht gerade zu Ritterlichkeit) als auch ein Mensch mit einer ausgeprägten staatsbürgerlichen Haltung, kompromißlos und fähig, seine moralischen Prinzipien zu verteidigen. Abends dann, zu Hause, muß sie sich in eine ruhige und kompromißbereite Ehefrau verwandeln, die verzeihen kann, in einen Sexualpartner, in eine Frau mit guter Figur und gutem Geschmack, in eine glänzende Wirtschafterin und Köchin, eine liebende Mutter, einen Menschen, der es versteht, unaufdringlich die häusliche Ordnung aufrechtzuerhalten.“ In dieser Kette von wechselseitigen Beziehungen geht jedoch hier und da eines der Glieder in die Brüche. Die Statistik bezeugt, daß die Frauen gewöhnlich dann an eine Scheidung denken, wenn sie am Ende ihrer physischen und psychischen Kräfte sind.

Daraus gibt es, jedenfalls in der jetzigen Etappe, nur einen Ausweg: Verkürzung der Arbeitszeit für die Frauen, sowohl der Angestellten als auch der Produktionsarbeiterinnen, ohne Minderung der bestehenden Löhne und Gehälter. Aber mehr Freizeit und materieller Wohlstand für die Frauen ist noch nicht alles. Nicht weniger wichtig ist es, den Frauen beizubringen, diese Möglichkeiten auch zum Wohle der Familie zu nutzen.

Interessant ist zum Beispiel das Problem der Frauenbeschäftigung in Japan gelöst. Die Frauen arbeiten hier nur zweimal in ihrem Leben: Vor der Eheschließung und wenn die Kinder erwachsen sind. Die gesamte übrige Zeit besteht ihre Hauptaufgabe darin, die Kinder bestmöglich zu bilden und zu erziehen, um sie quasi konkurrenzfähig zu machen. Denn schon vom Kindergarten an ist das Kind einem System von Wettbewerben unterworfen und muß in der Lage sein, da mitzuhalten. Vielleicht hat Japan deswegen die höchste Arbeitsproduktivität in der Welt aufzuweisen?

Wäre es in diesem Falle nicht einfacher, die Frau überhaupt von der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion zu befreien, sie für immer in den Schoß der Familie zurückzuführen, wie es Afanasjew fordert?

Einfacher zweifellos, aber nur auf den ersten Blick. Nehmen wir einmal an, daß die Frauen — die allermeisten Ökonomen, Ingenieure für Arbeitsnormung und Fachschulingenieure sind Frauen — morgen aus der Produktion ausscheiden würden. Wer aber wird ihren Platz einnehmen? Und noch eins: Eine vom Staat sanktionierte Ausschaltung der Frauen aus der gesellschaftlichen Produktion würde praktisch das Ende der Emanzipation bedeuten, da die absolute Mehrheit der Frauen heute aus den verschiedensten Motiven heraus nicht bereit wäre, ihre Arbeit auszugeben.
Mehrheit der Frauen heute aus den verschiedensten Motiven heraus nicht bereit wäre, ihre Arbeit auszugeben.

Übrigens ist derzeit in der ganzen Welt die entgegengesetzte Tendenz zu beobachten: eine systematische und stabile Erhöhung des prozentualen Anteils der Frauen in Produktion und Wissenschaft. Darauf beruhen auch die Prognosen, daß die sozialökonomische Rolle der Frau in der absehbaren Zukunft ziemlich groß bleiben wird. Man muß die Frauen planmäßig unterstützen. Ein rascher Effekt ließe sich dabei mit bestimmten Vergünstigungen für die Frauen erzielen. Erstmals seit vielen Jahren betrug die Zahl der Neugeborenen (pro Jahr) in unserem Land im Jahre 1983 5,4 Mill. und erreichte 1986 5,5 Mill. Dazu sei es gekommen, meinen die Ökonomen, nachdem den Frauen ein anderthalbjähriger Baby-Urlaub gewährt wurde. In der nächsten Zeit wird dieser Urlaub ebenso wie der Schwangerschaftsurlaub weiter verlängert werden. Auch das System der gesellschaftlichen Erziehung ist mit von der Partie: Die Arbeit im Bereich der geschlechtsspezifischen Erziehung in Vorschuleinrichtungen und Schulen soll verstärkt werden. Das Ergebnis muß eine verstärkte Ausrichtung der Mädchen auf den weiblichen Verhaltenstyp sein: auf den Ehestand, auf das Kinderkriegen und die Erziehung der Kinder, auf die Sorge um Mann und Haus. Die Frau muß innerlich darauf vorbereitet werden, daß ihre soziale Orientierung allmählich hauptsächlich zu Ehe und Familie hinüberwechseln wird. Einstweilen muß erst einmal die Sozialpolitik des Staates in immer stärkerem Maße berücksichtigen, daß die Frau für die Familie unentbehrlich ist und deshalb materielle Unterstützung braucht, daß jedoch noch wichtiger für sie freie — von Arbeit in der Produktion freie — Zeit ist. Und wir sollten alle darüber nachdenken, wie das am besten erreicht werden kann.

Exklusiv für „Sputnik“

Ist es bald zu spät für die „Spätaussiedler“?

von Yaron Matras

„Ein Zustrom von Scheinasylanten ergießt sich über unser Land“. Mit diesen Worten rechtfertigte im Sommer 1986 Berlins damaliger Polizei- und Abschiebesenator Lummer seinen Entwurf für ein verschärftes Asylgesetz. Knapp zwei Jahre sind vergangen und eine neue „Asylantenflut“ strömt in die Bundesrepublik, diesmal aber ein Zustrom reinen deutschen Blutes: 200.000 „deutschstämmige Spätaussiedler“ werden bis Ende dieses Jahres erwartet. Keine „Kulturüberfremdung“, sondern „Landsleute“, kein „Mißbrauch des Asylrechts“, sondern eine pure „Übersiedlung“ in die eigentliche Heimat. Wenn Deutschland nicht mehr bis zu den Ostgebieten geht, dann siedeln die Deutschen aus den Ostgebieten einfach nach Deutschland über.

Eine technische Debatte

Erst das ungewöhnliche Ausmaß des Exodus lenkte die Aufmerksamkeit der Medien auf eine äußerst merkwürdige Praxis, die bisher kaum jemand aufgefallen war. Was im Amtsdeutsch als „Prämien zur Förderung der Rückkehrbereitschaft“ von „Gastarbeitern“ bezeichnet wurde, schien nicht im Widerspruch zu stehen zu dem rituellen Neujahrsgrußwort an die „Landsleute drüben“, mit dem herzlichen Wunsch versehen, diese könnten bald „zu uns übersiedeln“. Es gehörte einfach zu den Selbstverständlichkeiten des Alltags, zuzuschauen, wie der Staat an die Türken Geld zahlt, damit sie ausreisen, und gleichzeitig Millionenbeträge an realsozialistische Regierungen überweist, damit die Deutschen von dort hier einreisen können.

Um die prinzipiellen Aspekte schien sich auch zu Anfang der aktuellen Debatte niemand kümmern zu wollen. Wie Sachbearbeiter, die kein „warum?“, sondern bestenfalls das „wie?“ kennen, machten sich die westdeutschen Journalisten und Kleinpolitiker an die Ausführung des von oben Verordneten heran. Gelder und Wohnungen mußten her; „eine nationale Anstrengung“ forderte Genscher, „eine nationale Herausforderung“ ermutigte Kohl, „Taten sind gefragt“ stimmte die Frankfurter Rundschau mit ein, „eine schnelle und unbürokratische Behandlung“ wünschten sich die zur Hilfe gerufenen Berater und Betreuer.

Die Unterbringung von Einwanderern stellt sich als ein bautechnisches Problem dar, von der notorischen „Grenze der Belastbarkeit“ — der allgegenwärtige Begriff, wenn es um die Unterbringung von Asylbewerbern beispielsweise geht — war auf einmal nichts zu merken. Denn hier geht es lediglich darum, die notwendigen Mittel möglichst schnell und am richtigen Ort zur Verfügung zu stellen, die fremdsprachigen Neuankömmlinge an den passenden Deutschkurs zu verweisen. Im Einwanderungsland Bundesrepublik gibt es Platz für alle, die „jung, hochqualifiziert, strebsam und genüg-
sen. Im Einwanderungsland Bundesrepublik gibt es Platz für alle, die „jung, hochqualifiziert, strebsam und genüg-
sam“ sind.

Türken raus und Deutsche rein

Den GRÜNEN in Bremerhaven konnte die Bundesregierung in den letzten Wochen dadurch eine Lektion erteilen in einer unkomplizierten Abwicklung versorgungspolitischer Angelegenheiten. Der dortige Kreisverband erklärte neulich, daß „die Belastung für den Sozialetat inzwischen zu hoch geworden“ sei, um Leute, die nach Auffassung der GRÜNEN keine politischen Flüchtlinge seien, aber „in einer großen Anzahl auf einmal eingereist“ seien, auch noch aufnehmen zu können. Zweifel an der deutsch-deutschen Einheit? Keineswegs. Die Erkläung bezog sich nämlich auf mehrere Roma-Familien, die aus Jugoslawien in Bremerhaven angekommen waren. Das Argument, man könne aus ökologischen Gründen nicht die Probleme der ganzen Welt in Deutschland lösen, wagt man nur in einigen Zusammenhängen — wenn es um „Fremdlinge“, um „Ausländer“ geht — zu äußern.

Wenn es aber um Deutsche geht, fügt sich die gesamte Nation in den heiligen Konsens ein. Einstimmig und unwidersprochen erklärte sie die Bundesrepublik zum Land der Väter und Mütter aller deutsch-sprachigen und teutonisch-stämmigen Minderheiten der Welt, in dem sie mehr als willkommen sind; die aktive Teilnahme an der Aufnahme der Landsleute ist zur Zeit die brisanteste Front, an der das Kollektivbewußtsein der Deutschen sich ausleben läßt. Hier kämpfen endlich nicht mehr Glanz- gegen Subkultur, Freaks gegen Flicks. Endlich gibt es eine neue nationale Aufgabe, der erste Trost seit dem Wiederaufbau.

Ist nun die Bundesrepublik ein Einwanderungsland oder nicht? So weit die Harmonisierung der Asyl- und Einreisegesetze in den EG-Ländern auch vorankommt, bleibt die BRD bislang der einzige westeuropäische Staat, der in seinen Gesetzen verkündet: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland; sie strebt nicht an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen gezielt durch Einbürgerung zu vermehren“.

„Wir sind ein reiches Land“, sagt heute Kohl, und fordert das Volk auf, die Zugereisten aufzunehmen, es seien schließlich *„arbeitswillige Leute, die bereit seien, eine Menge Kinder in die Welt zu setzen“.* Das Argument klingt bekannt, aus einem anderen Zusammenhang: „Die Bundesrepublik ist eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt“ und bedarf daher keiner weiteren Einwanderung, so begründet das Bundesinnenministerium die geplante Verschärfung des „Ausländerrechts“.

„Türken raus und Deutsche rein“ lautet also die Politik des freiheitlichsten deutschen Staates. Besorgt einmal über die demographische Bilanz, die in einigen Jahrzehnten sich zuungunsten der ethnischen Homogenität auszuwirken droht, das historische Erbe wiederum mit sich tragend, gestaltet die BRD ihre Einwanderungspolitik nach dem Prinzip „teile und herrsche“. Die historische Zugehörigkeit zur Ethnie ist damit die Eintrittskarte zum Netz der politischen Privilegien. Aus der Tatsache, daß man im Land geboren oder aufgewachsen ist, ist jedoch — wenn man nicht der herrschenden Nation, sondern eben einer Minderheit angehört —, kein politisch-rechtlicher Anspruch abzuleiten.

So muß nach geltendem Recht die *„freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland“* nachgewiesen sein, bevor ein Ausländer — auch ein im Land geborener Einwanderer der zweiten Generation — die Staatsangehörigkeit und damit erst das uneingeschränkte Bleiberecht erhalten kann. Die Einbürgerung kann allerdings *„nicht in Betracht kommen, wenn sie lediglich zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile erstrebt wird, ohne daß die Hinwendung zu Deutschland erkennbar ist“.* Eine *„Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“* und das *„Einleben in die deutsche Umwelt“* — alles Kategorien, die dem famosen „Ermessensspielraum“ der Behörden unterliegen — sind ebenfalls eine Voraussetzung.

Was gilt dann als positive Qualifikation, die den Einbürgerungskandidaten als „Härtefall“ klassifizieren läßt? *„Deutscher Wehrdienst während des letzten Weltkrieges und daraufhin gemeinsam mit Deutschen erlittene Gefangenschaft“, „eine schwere Kriegsbeschädigung in deutschen Diensten“* oder *„Angehörige bei der deutschen Wehrmacht oder gleichgestellten Verbänden“.* Für die Kollaboration mit einem solchen „Verband“ — dies ist die offizielle Benennung für die SS — bekommt man also einen Orden.

Zurück zu den Rassenkontrollen

Zurück zu den Rassenkontrollen

Wer sind also die „deutsch-stämmigen Spätaussiedler“? Nach dem Grundgesetz sind es „deutsche Volkszugehörige“, denen die bundesrepublikanische Staatsangehörigkeit automatisch — ohne Einbürgerungsverfahren — zusteht. „Deutscher Volkszugehöriger“, erklärt das Gesetz, ist wer sich *„zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird“.* Mit diesen Paragraphen wird die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik mit der ethnischen Zugehörigkeit zur deutschen Nation gleichgesetzt. Es ist die staatsrechtliche Grundlage für die Einteilung in „Flüchtlinge“ und „Asylanten“, in „Aussiedler“ und „Ausländer“. Abstammungskontrollen sind also in Deutschland wieder an der Tagesordnung.

Was von der ausländischen Presse zur Zeit mit Spott und beinah Abscheu kommentiert wird, ist jedoch in der Bundesrepublik noch eine tot-ernste Angelegenheit. Ausgerüstet mit Taufscheinen, Stammbüchern und Wehrmachtsurkunden müssen die Aussiedler nachweisen, daß auch sie dem Führer treu gedient haben. Denn der Nachweis über Deutschstämmigkeit wird nicht erlassen, und als besonders zuverlässig gilt der Verweis auf einen Nazi-Vater: Eine kurze Nachfrage bei der Dokumentationsstelle in Berlin, in der die Mitgliederkartei der NSDAP noch unter Verschluß bewahrt wird, genügt nämlich, um die Zugehörigkeit zur Täter-Nation amtlich zu bescheinigen.

Der Unmut wächst

Vierzig Jahre lang rührte sich niemand, um die gesetzlich geregelten Praktiken der erneuten Rassenkontrollen anzufechten. Auch in der Bundesrepublik der 80iger Jahre, einem de facto multinationalen Einwanderungsland, fordert kein bedeutsamer Teil der Öffentlichkeit eine Antwort auf die Frage, warum das Zuzugsrecht und der Bürgerstatus von der ethnischen Abstammung nicht getrennt werden. Es galt und gilt als Konsens, daß die Bundesrepublik nicht der Staat seiner Bewohner — welcher Abstammung auch immer — ist, sondern der Staat der gesamten deutschen Ethnie, jenseits der eigentlichen Heimat ihrer Angehörigen.

Ironischerweise droht dieser Nationalkonsens erst jetzt zusammenzubrechen, wenn es um das Geld, um den Komfort oder um die Platzängste der Bundesbürger geht. Für manche sind die kommenden Deutschen nicht deutsch genug, um eine Sonderbehandlung zu verdienen. Sie sprechen in der Regel kein Deutsch, sind an eine andere Lebensweise gewöhnt, kommen sogar aus den entferntesten asiatischen Gebieten wie Kasachstan und Kirgisien ... Das eingeprägte Argument der Herrschenden, man sei nur seinesgleichen gegenüber verpflichtet, wendet sich jetzt also gegen sie.

„Wie verkraftet die kranke und zum Teil sterbende Natur in der Bundesrepublik diese ungeheure Belastung?“ klagen Leserbriefschreiber. Es sind Töne, die man bis vor kurzem nur in Bezug auf „Asylanten aus fremden Kulturkreisen“ hörte, alarmierende Töne, die man von Amts wegen seit Jahren ermutigte, um für die Politik der dichten Grenzen zu werben, ohne damit zu rechnen, daß sie im ungünstigen Moment Peinlichkeiten und Abweichungen produzieren würden.

Das Tabu antasten

Schadenfreude ist besonders dann unangebracht, wenn es sich um das Schicksal ganzer Familien handelt. Nichtsdestotrotz bildet die eröffnete Debatte um die Aufnahme hunderttausender Stammesgenossen eine einmalige Herausforderung an diejenigen Teile innerhalb der „kritischen Öffentlichkeit“, für die sich die Perspektive einer multinationalen Gesellschaft in diesem Lande stellt. Denn gerade durch den wachsenden Unmut, den Neid und den Ärger gegen die „Spätaussiedler“ werden der Staat und seine Behörden in eine Rechtfertigungsposition gedrängt. Ihre krumme Logik, die auf der Überprüfung der Blutszugehörigkeit gekaufter Flüchtlinge basiert, wird samt ihrer verfassungsrechtlichen Grundlage endlich auch in der bundesdeutschen Presse offen zur Diskussion gestellt.

Wurde bisher die Forderung nach offenen Grenzen für alle Flüchtlinge durch die Verantwortung der Metropole gegenüber den Opfern ihrer Ausbeutungspolitik begründet, und galten die Schließung der Grenzen, der Asylstopp und die Politik der „Begrenzung“ als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, so müssen sich nun die Einwanderer- und Asylinitiativen auch mit der spezifischen völkischen Qualität der bundesdeutschen Bevölkerungspolitik auseinandersetzen:
auch mit der spezifischen völkischen Qualität der bundesdeutschen Bevölkerungspolitik auseinandersetzen:

Keine kurzfristigen Profitinteressen erklären den Milliardenaufwand, den die Aus-, Über-, Um- und Ansiedlung von Volksdeutschen erfordert. Im ökonomischen Sinne kommen die Spätaussiedler wirklich zu spät; ihr Beitrag wird vielmehr im Bereich der kulturellen Stabilisierung erwartet, denn sie sollen als brave Deutsche eingegliedert werden, die die Dreieinigkeit Staat-Gesellschaft-Nation wieder einmal betonen lassen.

Diese Dreieinigkeit ist aber brüchig, und sie kann in einer multi-ethnischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik nur noch brüchiger werden. Ohne die vollständige Trennung zwischen ethnischer Abstammung und politischen Rechten werden nämlich die nationalen und eingewanderten Minderheiten in diesem Land nie ihre Gleichstellung erlangen können. Die Auffassung derjenigen, die zur Aufnahme der Deutschstämmigen aufrufen, und dann die gleichen Argumente verwenden, um die Abschiebung anderer zu rechtfertigen, muß gerade vor ihrem rassisch-völkischen Hintergrund angeprangert werden.

Das Recht der deutschen Spätaussiedler, in die Bundesrepublik einzuwandern, muß vor allem angesichts der gegen sie begonnenen Hetze verteidigt werden; es soll jedoch kein anderes Recht sein als das Recht des freien Zuzugs und der freien Einwanderung überhaupt, ungeachtet der Nationalität, der Herkunft oder des kulturellen Bekenntnisses.

Quellen:
FR 16.07.88 — 15.08.88, 10.-12.09.88; taz 27.07.88, 11.08.88, 25.08.88; taz-Bremen 11.07.-2.08.88; Die Zeit 12.08.88, 2.09.88; Le Monde 27.08.88; Der Spiegel 22.8.88; Rede des parlamentarischen Staatssekretärs beim Innenministerium Carl-Dieter Spranger, 1.11.87; Grundgesetz, Ausländergesetz, Bundesvertriebenengesetz, Einbürgerungsrichtlinien der Bundesrepublik Deutschland.

Religion Privatsache?

Trennung von Kirche und Staat bei den Grünen umstritten



Seit mehr als einem Jahr bemüht sich der Kreisverband Rastatt/Baden-Baden der Grünen um die Erweiterung grüner Programmatik. Der Versuch, den im Sommer letzten Jahres beschlossenen Antrag „Trennung von Staat und Kirche" auf Landesebene durchzusetzen, erwies sich als reichlich zermürbende Unternehmung. Ein Landesparteitag vertagte die Entscheidung auf den nächsten; Sasbachwalden (Oktober 87) beauftragte Biberach (Mai 88), Biberach beschloß eine Kongreß in Karlsruhe. Eine Woche vor der Landesdelegiertenkonferenz in Schwäbisch-Hall (21. — 23.10.) deutet alles auf weitere Verschleppung hin.

Dabei ist das Anliegen des KV Rastatt/Baden-Baden rein reformerisch und 100 % gesetzestreu. Nicht etwa die Enteignung allen Kirchenbesitzes oder die Umwandlung der Gotteshäuser in Turnhallen wird gefordert. Vielmehr geht es um die Verwirklichung des Grundgesetzartikels 4. Das dort garantierte Grundrecht der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit verträgt sich schlecht mit der Praxis staatlicher Förderung für die beiden Großkirchen. Was fordert also der grüne Kreisverband aus dem Badischen in authentischer Auslegung des Grundgesetzes? *„Abschaffung des Kirchensteuerprivilegs und Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus der Kirchen und Religionsgemeinschaften, Abschaffung des Religionsunterrichts, Abschaffung aller gegenüber anderen gemeinnützigen Institutionen hinausgehenden steuer- und gebührenrechtlichen Sondervorteile der Kirchen und Religionsgemeinschaften".* Und dann noch dies: *„Ungeachtet unserer friedenspolitischen Forderungen muß auch die Befreiung bzw. Rückstellung von Militär- und Zivildienst, die Geistlichen und Theologiestudenten unter Mißachtung des Gleichheitsgrundsatzes gewährt wird, beseitigt werden."* Daß diese Passage für Mißverständnisse und Fehlinterpretationen anfällig ist, gestehen die Verfasser inzwischen zu und bieten eine andere Formulierung an: *„Ausdehnung des Privilegs der Befreiung bzw. Rückstellung vom Militär- und Zivildienst, das bislang unter Mißachtung des Gleichheitsgrundsatzes nur Geistlichen und Theologiestudenten gewährt wird, auf alle".* (Der Antragstext ist im AK 295 vollständig dokumentiert).

Auseinandersetzung verhindert

Aus der von den Antragstellern erhofften breiten Debatte wurde nichts. Nicht etwa, weil der Antragstext für einen Meinungsstreit nichts hergegeben hätte. Dem Landesvorstand paßte die ganze Richtung nicht. Im März dieses Jahres forderte er den KV Rastatt/Baden-Baden auf, den Antrag zurückzuziehen. Die Redaktion des Mitgliederinfos „Grüne Blätter" verweigerte den Abdruck. Ein Artikel zum Thema, verfaßt von einem der Antragsteller, wurde von der „Grüne Blätter"-Redaktion „aus Platzgründen" gekürzt: u.a. um die hübsche Formulierung, einige grüne „Promis" würden mit ihren Beiträgen für das unlängst erschienene Buch „Die Grünen und die Religion" (Athenäum) *„den Sofortausstieg aus der Vernunft vorexerzieren".*

Nicht gerade aufrichtig wirkt auch die Kritik des Landesarbeitskreises (LAK) „Demokratie und Recht" an dem Rastätter Antrag. Die LAK-Mitglieder gebärden sich besonders radikal: *„Die Forderung (...) darf also im Bereich der kirchlich geleisteten Sozialarbeit nicht sein: Abschaffung der Privilegien, sondern Einräumen dieser Privilegien für andere gesellschaftliche Gruppen und Institutionen, z.B. für Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, für Gewerkschaften und evtl. gar für politische Parteien".* Was wollen die Kritiker damit sagen? Fordern sie etwa, wie einer der Verfasser des Rastätter Antrags in seiner Anti-Kritik argwöhnt, ein *„Steuererhebungsrecht für Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Gewerkschaften und politische Parteien"*? Wie verträgt sich diese skurrile Forderung mit dem Vorwurf an die Rastätter und Baden-Badener, ihr Antrag sei „realitätsfern"? So ganz ernst scheint das also nicht gemeint zu sein, der Radikalismus ist Fassade. Wozu sonst die Beschwörung, vor der Verabschiedung eines Programmteils „Kirche und Staat" unbedingt und ausgiebig mit „Vertretern der Kirchen" zu diskutieren? Bündnispartner für die Abschaffung kirchlicher Privilegien wird mensch dort am allerwenigsten finden. Die grünen Spezialisten für „Demokratie und Recht" versteigen sich gar zu der Warnung: *„Die Grünen sollten sich dabei nicht zum Büttel einer antiklerikalen Lobby machen".*

Ungleich ehrlicher gehen die in einer Landesarbeitsgruppe organisierten „Christen bei den Grünen" zur Werke. Sie wollen schlicht das Evangelium zum Handlungsmaßstab für die Partei machen. Das wäre, wenn es sich durchsetzen ließe, ein schwerer Schlag für die Etikettenschwindler von den „C-Parteien" und Ausdruck echten christlichen Selbstbewußtseins: nur grüne Politik kann gottgefällige Politik sein. Jesus war ja sowieso ein Grüner.

Der Landesvorstand weist den Weg

Gerade noch rechtzeitig zum Karlsruher Kongreß *„Verflechtung oder Trennung? Brauchen wir ein neues Verhältnis von Staat und Kirche?* griff der grüne Landesvorstand steuernd in die allgemeine Verwirrung ein. Bedauerlicherweise „argumentiert" sein Entwurf für eine (Schäbisch-)„Haller Erklärung der Grünen" haarscharf am Thema vorbei. Nicht zur Trennung von Staat und Kirche werden Standpunkte formuliert, sondern zum überkonfessionellen Dialog. Der Landesvorstand sieht da einen erheblichen grünen Nachholbedarf. Trotz aller Übereinstimmung mit den *„entwicklungspolitischen Konzepten der Kirchen"* gebe es doch leider auch *„eine große Distanz zwischen Amtskirchen und Grünen. Und es fehlt in unseren Reihen eine fruchtbare Auseinandersetzung über den Wertbezug unserer Politik. Dieses Schweigen wollen wir durch das vorliegende Papier brechen".*

Das wird auch Zeit, denn *„die Gesellschaft ist in der Krise... Dem Monopol kirchlicher Moralvorstellungen ist eine Phase ethischer Beliebigkeit gefolgt".* Dem grünen Landesvorstand ist die Agitationstätigkeit der christlichen Kirchen nicht offensiv genug. Die Folge kirchlicher Zurückhaltung in der Ethikdiskussion: „Viele Menschen" begeben sich individuell auf die Suche nach dem Sinn des Lebens und landen bei den „New-Age"-Bewegungen oder in Therapien. Die Kirchen sind also gefordert, Flagge zu zeigen: *„Wir brauchen keine weitere Verdrängung ethischer Fragen in der Öffentlichkeit, sondern ihre Aufwertung".* Natürlich kann es dabei *„keinen Wahrheitsanspruch der Kirchen aus Amtsautorität mehr geben".* Die Grünen sind schließlich kritische, antiautoritäre Köpfe: *„Auch das Wort des Papstes muß sich der Diskussion stellen".*

Die sich aus dem Verhältnis von Kirche und Staat ergebenden Fragen läßt der Landesvorstand ausdrücklich offen, wohl wissend, *„daß diese Diskussion nur dann sinnvoll geführt werden kann, wenn es gelingt, vorschnelle Schuldzuweisungen und Vorverurteilungen zuvermeiden".* Die Frage der Kirchensteuer etwa — der KV Rastatt/Baden-Baden empfiehlt Abschaffung — will der Landesvorstand aus ganz andere Perspektive diskutieren. In seiner Themenliste heißt es dazu ganz vorurteilslos: *„— die finanziellen Verknüpfungen der Kirchen mit dem Staat. Wie ist die Unabhängigkeit der Kirchen von staatlichem Einfluß zu gewährleisten?"*

Antiklerikale in der Minderheit? Aber nicht hoffnungslos!

Die lebhafte und kontroverse Debatte des von knapp 150 Menschen besuchten Karlsruher Kongresses dürfte sich auf dem bevorstehenden Landesparteitag in Schwäbisch-Hall (21. — 23.10.) fortsetzen. Bei der zu erwartenden Zuspitzung auf die Anträge des KV-Rastatt/Baden-Baden und des Landesvorstands ist der Ausgang unschwer vorauszusagen. Das diskussionsfreudige und vorurteilslose Vorstandspapier dürfte das Rennen machen. „Alles andere wäre eine Sensation", meint einer der Verfasser des Gegenantrags. Immerhin würde der Minderheitsantrag schon bei mindestens 20 % Fürstimmen Programmbestandteil werden. Das wäre dann hinreichende Grundlage dafür, künftig auch Bundesparteitage der Grünen mit dem Thema zu behelligen.

Unabhängig vom Ergebnis des baden-württembergischen Landesparteitags ist es ja nicht auszuschließen, daß einzelne grüne Mandatsträger wenigstens so viel Rückgrat beweisen wie der bayerische SPD-Abgeordnete Pausch-Gruber. Der hatte über eine detaillierte Anfrage an die Landesregierung die ungeheuren Zuschüsse, die den christlichen Kirchen aus Landes- und Bundeshaushalt gezahlt werden, ermittelt und sie den — weit geringeren — Zahlungen an nicht konfessionell gebundene Einrichtungen gegenübergestellt. Die Hoffnung des Kreisverbandes Rastatt/Baden-Baden: *„Vielleicht findet sich irgendwann einmal ein grüner Abgeordneter im Stuttgarter Landtag, der ähnlich mutige Anfragen an die Landesregierung richtet".*

Js./Hamburg

Grüne Bruchstücke

Sie stecken anhaltend in der größten Krise seit ihrer Parteiexistenz, die Grünen. Zwar denkt noch niemand ernsthaft über den möglichen Verlust der parlamentarischen Existenz nach, doch sind die Fäulniserscheinungen allgegenwärtig. Schon lange trägt die Partei nichts mehr zur politischen Debatte bei. Stattdessen verstrickt sie sich in die selbstgeschaffenen Skandale, tragen ihre Flügel die Auseinandersetzung unterhalb der Gürtellinie, vorzugsweise im „Spiegel", an Finanzfragen aus. Gesetzes- und steuer-treuer Obersaubermann ist dabei der langjährige Grünen-Vorständler Lukas Beckmann, der offenkundig nichts unversucht läßt, sein Hühnchen mit den politischen Gegnern im grünen Bundesvorstand zu rupfen. Nichts ist diesen Leuten zu blöd, die als „Grüner Arbeitskreis Glasnost" in der „taz" vom 14.10. ihre Enthüllungen zum Besten geben. *„Öffentlichkeit ist unsere schärfste, gewaltfreie und grüne Waffe"*, kalauern die Glasnostiker unfreiwillig. Andererseits kommt zum Vorschein, wie tief sich die verbliebenen Linken bei den Grünen in die Apparatepolitik verstrickt haben, die ihnen das Genick brechen könnte.

Lukas Beckmann ist auch Mitinitiator der Gruppe „Grüner Aufbruch '88", die ihren Vorschlag einer Urabstimmung über grüne Strömungs-Manifeste wie ein Faß Sauerbier anpreist. Der Aufbruch hat jetzt den ersten von fünf konkreten Schritten unternommen, der die Kreisverbände der Grünen bitte bis zum Karlsruher Parteitag (Anfang Dezember) einer Urabstimmung über all jene Manifeste zuzustimmen, die von einem Quorum von 500 Mitgliedern unterstützt werden. Stimmt ein Drittel (120) der grünen Kreisverbände für die Urabstimmung, soll danach jedes Mitglied vermutlich im Mai 1989 ankreuzen können, welches der Manifeste es unterstützt. Die Ergebnisse dieser bürokratischen Basisdemokratie sollen danach *„in einem Dokumentenband festgehalten"* werden (Eingang finden alle Manifeste, die 10% oder mehr erhalten). Dieser wundersame Prozeß soll selbstverständlich von intensiven Diskussionen begleitet sein und die Grünen per Dokumentenband aus der Krise reißen. Der „Aufbruch" um die langjährigen Funktionärinnen/Abgeordneten Vollmer und Nickels und den langjährigsten Grünen-Funktionär Beckmann hat null politische Perspektive zu bieten und lebt vor allem von der Demagogie gegen die politischen Flügel Fundis und Realos. Das Kostüm der authentischen Basis, in dem der „Aufbruch" als Alternative daherkommt, steht dem Kontaktkreis der InitiatorInnen allerdings schlecht. Von den 28 Kontaktadressen des „Aufbruch" sind mir allein 19 als genau die (langjährigen) Berufspolitiker/innen, zumeist sogar Multi-Funktionäre bekannt, gegen die polemisiert wird, nur einer kann als kommunaler Abgeordneter den Teilanspruch von Basis stellen, 8 sind mir unbekannt. Diese Feststellung relativiert sich insofern, als diese Zusammensetzung heute nicht untypisch für die grüne Basis aus überwiegend Partei- und Parlamentsfunktionären ist. Allerdings reklamiert der „Aufbruch" für sich das genaue Gegenteil dessen, was er repräsentiert.

Nachdenken worüber?

Der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Ralf Fücks, einer der Initiatoren des „Aufbruch", hat mehr unfreiwillig das derzeitige Grünen-Dilemma schonungslos beschrieben, damit aber auch dessen gewollten Optimismus konterkariert (siehe Kasten). Würde das grüne Projekt nur zur *„Verteidigung der parlamentarischen Existenz als Selbstzweck"* verkommen, „wäre das ein trauriges Ende einer mitreißenden Idee", klagt Fücks. Als Perspektive bietet auch er nur eines: „Urabstimmung".

Das bloße Kreuzchen für oder gegen ein Manifest würde *die innere Öffnung"* der Partei nach dem grünen Perspektivenkongreß vom Juni sehr schnell stoppen, *„die neue Diskussionsdynamik würde erneut in enge Formen gegossen"*, beschweren sich die Gegner des Verfahrens von der neuen linken Mitte, die als „Linkes Forum" firmieren. Der Kreis um die tendenziellen Null-Tolerierer (die Rest-MOZ-Leute um Stamm, die ehemaligen GIM-Leute von der „Horizonte"-Gruppe) und zahlreiche Einzelpersonen (Stratmann, L. Volmer, Frieder O. Wolf) fordert statt schneller Abstimmung „Zeit zum Nachdenken" (1). Die Begeisterung über die „ganz neuen Diskussionsformen", die der grüne Diskussionskongreß „freigesetzt" habe, ist den Initiatoren des „Linken Forums" aus jeder Zeile ihrer Einladung herauszulesen. Doch außer dieser Begeisterung, der wiederholten Abgrenzung in Äquidistanz zu den Realos („Ministerflügel") und Fundis („Beschwörung grüner Radikalität") und der Hoffnung auf Zulauf aus Ratlosigkeit haben sie auch nichts zu bieten. Eine Tatsache, die die VerfasserInnen zu beschönigen versuchen, wenn sie die Ratlosigkeit als beabsichtigt beschreiben, da es *„uns zunächst darum ging, unser grundsätzliches Verständnis von den Möglichkeiten und Grenzen grüner Politik darzustellen und ein Bewußtsein für die Fehler der Vergangenheit (und Gegenwart), so wie wir sie sehen, herzustellen."*

Seitens der verbliebenen Ökosozialisten und Fundis herrscht Funkstille, „Aufbruch" und „Linkes Forum" machen sich vor allem selber Mut, das grüne Projekt stagniert. Insbesondere der linke Frust hat die grüne Partei in ihren städtischen Hochburgen Hamburg und neuerdings Westberlin voll ergriffen. Vielleicht stimmt, was der Berichterstatter des SPD-Parteivorstands Malte Ristau über seine Beobachtungen auf dem Perspektivenkongreß notiert hat, daß *„die inhaltlichen wie die personellen Ressourcen* (von Fundis und Ökosozialisten) *erheblich überschätzt worden sind."* Die neue Mehrheit von 90% bei den Grünen, warnt Ristau die SPD vor allzu schneller Freude auf den Zerfall, könnte in der Annäherung der „undogmatischen Linken", des „Aufbruch" und der Mehrheit der Realos liegen. Das könnte realistisch sein, weil das Überleben um jeden Preis diese Notgemeinschaft zusammenführen dürfte. Das „Primat der Inhalte" dürfte dabei folgenlosen Perspektivenkongressen, bzw. perspektivlosen Folgekongressen vorbehalten sein.

hr.

Anmerkung:
1) Linkes Forum: „Zeit zum Nachdenken" — Arbeitstagung am 5./6.11.88 in Westberlin. Themen: Modernisierung der Industriegesellschaft und Perestroika und die Linke der BRD.
Materialien für 5 DM in Briefmarken bei: Birgit Arkenstette, c/o Alternative Liste, Badensche Straße 29, 1000 Berlin-West 31

Unternehmen Abbruch

Nach der Klage über zunehmende grüne Öffentlichkeitsdefizite und des gesunkenen Mediensterns der Partei, kommt Ralf Fücks zu einer treffenden Zustandsschilderung der grünen Partei:

„Ob der Parteikörper in besserer Verfassung ist als die Bonner Spitze, darf bezweifelt werden. Viele Orts- und Kreisverbände leiden an personeller und politischer Auszehrung. Ein schrumpfender Kreis von Multiaktivisten verbraucht seine Energien in unzähligen parlamentarischen und Partei-Gremien, während eine wachsende Mitgliedermehrheit aus der Parteiarbeit emigriert. Die Kunst der exemplarischen Aktion, die Fähigkeit zur außerparlamentarischen Intervention hat die Partei flächendeckend verloren. Was einmal als grüne Bewegung begann, ist heute zur Behörde geworden. Die Partei, das sind Büros, Gremien, Fraktionen, MitarbeiterInnenstäbe und PressesprecherInnen. Während der output an bedrucktem Papier beängstigend wächst, wird die gesellschaftliche Resonanz immer schwächer, die wir mit unserem geschäftigen Politikbetrieb noch auslösen.

Die Grünen haben aufgehört, als provozierendes Mittel gesellschaftlicher Veränderungen zu wirken, als ein Laboratorium für demokratische und kulturelle Innovationen. Es ist uns — vielleicht mit Ausnahme der Quotierung — kaum gelungen, alternative Parteistrukturen aufzubauen und neue Regulative für unser sogenanntes Parteileben zu entwickeln.

Einheit in der Vielfalt, Konsensprinzip, Rotation sind nur noch potemkinsche Fassaden, hinter denen sich die Entwicklung der Grünen zu einer stinknormalen Partei verbirgt. Es herrscht die freie Wildbahn individueller Profilierungsübungen und fraktioneller Machtspiele. Dagegen sind Verantwortung und Loyalität gegenüber dem grünen Gesamtprojekt Mangelware."

(Auszug aus: Ralf Fücks, Aufbruch oder Abbruch der Grünen? September 1988)

Abschied von der traditionellen „Partei der Arbeiterklasse"

Interview mit Georg Fülberth

Du hast in deinen Artikeln zur DKP-Diskussion eine radikal andere Bewertung des INF-Abkommens über die Reduzierung der Mittelstreckenraketen zwischen den USA und der UDSSR vorgenommen, als es deine Partei und die Friedensbewegung tun. Was hat sich da aus deiner Sicht abgespielt?

Bei der Bewertung kommt man um die Raketenzählerei nicht herum. Wichtige Argumente der Friedensbewegung, z.B. von Gerd Bastian, beruhten ja vernünftigerweise auf Raketenzählerei. Wenn wir nach Vollzug des INF-Abkommens die Raketen zählen werden, müssen wir feststellen, daß rein militärisch der Westen stärker geworden ist und die Sowjetunion sich für einige Zeit entschieden hat,sich mit der militärischen Überlegenheit der NATO abzufinden. Dies ist insofern nichts Neues, weil seit Existenz zweier Weltsysteme das kapitalistische dem sozialistischen militärisch überlegen war. Ich nehme an, daß die Überlegenheit der USA in den letzten zwanzig Jahren nicht ab-, sondern zugenommen hat. Dieses Kräfteverhältnis ist im INF-Abkommen festgehalten und von der UDSSR zunächst einmal vernünftigerweise ratifiziert worden, genauso wie der Friedensvertrag von Brest-Litowsk 1918 zwischen dem jungen Sowjetrußland und Deutschland eine unvermeidbare Tatsache gewesen ist. Falsch wäre es, dieses Ratifizieren einer Niederlage im Wettrüsten als einen Sieg über das Wettrüsten ausgeben zu wollen.

Du sprichst von einer „Pax Americana". Was meint das in Bezug auf das internationale Kräfteverhältnis?

„Pax Americana", besser muß man von einer „Pax Imperialistica" sprechen, bedeutet, daß die drei imperialistischen Zentren, die USA, Westeuropa und Japan nicht nur selbst einen Krieg fürchten müssen angesichts der neuen Qualität der Vernichtungsmittel, sondern daß sie ihre ökonomischen und politischen Ziele ohne großen Krieg werden durchsetzen können. Der Imperialismus ist auf einen großen Krieg nicht mehr angewiesen. Er hat gute Chancen, auch den Frieden zu gewinnen.

Für mich sieht es zur Zeit so aus, als wenn eine Vision des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, nämlich die Vision der „One World", die er im Laufe des Zweiten Weltkriegs entwickelt hat, jetzt Wirklichkeit werden könnte. Diese „One World" tauchte bereits in der „Atlantik-Charta" auf, die kurz nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die UDSSR von Churchill und Roosevelt formuliert worden ist. Sie verkündet viele Freiheiten, selbstverständlich auch die Freiheit

fall Hitler-Deutschlands auf die UDSSR von Churchill und Roosevelt formuliert worden ist. Sie verkündet viele Freiheiten, selbstverständlich auch die Freiheit

des Handels. In dieser Vision von 1941 kommt Sowjetrußland überhaupt nicht mehr vor, weil die Hitler-Armee auf dem Marsch nach Moskau ist. Der Hauptfeind sind der japanische und der deutsche Imperialismus, die geschlagen werden müssen, dann wäre die Vision von einer Welt, die eine einzige britisch-amerikanische Freihandelszone ist, realisiert.

Pax Imperialistica

Hieran hat Roosevelt festgehalten bis zu seinem Tod 1945, allerdings nach Stalingrad unter Einschluß der Sowjetunion. Roosevelt ging auch dann noch davon aus, daß die Durchsetzung der ökonomischen Interessen der USA durchaus möglich sei, ohne daß die politischen Systeme verändert werden müssen, ohne daß das politische System der UDSSR abgeräumt werden muß, wenn die SU ökonomisch bereit ist, Teil eines kapitalistischen Weltsystems zu sein. Das wurde ihm zu Recht als Naivität ausgelegt, es scheiterte schnell und ging in den „Kalten Krieg" über.

Wir müssen uns fragen, ob nicht mittlerweile die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses an einen Punkt zurückkehrt, der vor über 40 Jahren aus der Sicht der USA schon einmal als erreicht angesehen wurde. Man muß analysieren, ob nicht schon weit früher als die Sowjetunion die VR China entscheidende Schritte gegangen ist, Teil dieser „One World" zu werden.

Gehst du also von einer derzeit nicht kriegerischen Offensive des Imperialismus und einer Defensive der UDSSR und des realsozialistischen Lagers aus? Was sind die historischen Voraussetzungen dieser Entwicklung gewesen?

Es handelt sich um einen Umgruppierungsprozeß, offensichtlich auch in der Außenpolitik der UDSSR. Die UDSSR hat sich spätestens seit Ende der zwanziger Jahre auf einen Prozeß der deformierten Industrialisierung, der deformierten ökonomischen Entwicklung einlassen müssen. Wir haben in Prozessen ursprünglicher Akkumulation, auch wenn es eine sozialistische Akkumulation ist, notwendig immer ein Mißverhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion. Dieses Mißverhältnis ist in der UDSSR seit dem ersten Fünfjahresplan besonders kraß ausgefallen, weil auf der Seite der Akkumulation noch zusätzlich Akkumulation für die Rüstungswirtschaft veranschlagt werden mußte.

Diese Politik mußte die UDSSR bis heute machen. Sie mußte seit Ende der zwanziger Jahre eine Art „Katastrophenökonomie" betreiben, mußte sie so proportionieren, daß sie in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus bestehen konnte. Die Logik der sowjetischen Militärpolitik bestand darin, daß man einen großen Krieg



Georg Fülberth ist Professor für Politikwissenschaft in Marburg, Verfasser und Co-Autor mehrerer Bücher zur Geschichte der Arbeiterbewegung, SPD und Gewerkschaften. Als Mitglied der DKP hat er sich mit bislang zwei in der Partei vieldiskutierten Beiträgen in die derzeitige Krisendiskussion der Partei eingemischt („Das Ende als Anfang" und „Der Subjektive Faktor", „Marxistische Blätter" 11/87 und 8/88).

mit dem Imperialismus allenfalls dadurch verhindern kann, daß man entweder der Waffenparität herstellt und diese halten kann oder doch das Risiko für den Angreifer unkalkulierbar hoch macht. Damit mußte man aber auch die Kosten, die das zu Lasten des Konsums und zu Lasten einer rationalen Proportionierung der Volkswirtschaft verursacht, hinnehmen.

mit mußte man aber auch die Kosten, die das zu Lasten des Konsums und zu Lasten einer rationalen Proportionierung der Volkswirtschaft verursacht, hinnehmen.

Es kann sein, daß der INF-Vertrag einen Paradigmawechsel bedeutet. Einerseits scheint die notwendige „Katastrophenökonomie" die Kräfte der UDSSR zu übersteigen. Andererseits scheint die Führung der UDSSR tatsächlich davon auszugehen, daß auch jenseits der Abschreckungslogik ein großer Krieg zu vermeiden ist, man daher ein zeitweiliges Waffenungleichgewicht hinnehmen kann. Das ist, glaube ich, seit dem INF-Vertrag von 1987 die Ausgangslage. Ob daraus langfristig ein eindeutiges Verhältnis von Defensive der sozialistischen Länder und Offensive des Imperialismus entstehen wird, kann m.E. gegenwärtig nicht definitiv gesagt werden. Im Augenblick sieht es sehr stark danach aus, daß dieser Paradigmawechsel in der sowjetischen Politik zugunsten einer ökonomischen und politischen Offensive des Westens ausgehen wird.

Wenn es soweit kommen sollte, daß die UDSSR in den imperialistischen Weltmarkt so stark eingebunden wird, daß sie in den wesentlichen Indikatoren ihrerseits nur noch ein Teil einer kapitalistischen Weltökonomie ist, also etwa durch eine Mitgliedschaft im IWF, wobei der UDSSR die Bedingungen des IWF diktiert würden, dann hätte der Imperialismus eine Chance der Offensive gewonnen, die eine kriegerische Auseinandersetzung mit der UDSSR tatsächlich überflüssig machen würde.

Die von dir beschriebene Entwicklung hätte doch weitgehende Auswirkungen auf die „Dritte Welt", insbesondere den Befreiungskampf. Welche Rolle spielt dabei die Lösung der „Regionalen Konflikte"?

Der Begriff „Regionale Konflikte" taucht im Abschlußdokument des Moskauer Gipfeltreffens auf. Es sieht so aus, als wenn jetzt auch eine Bilanz gezogen werden würde über den Kampf der Völker der „Dritten Welt", den Befreiungskampf von den 40er bis zu den 80er Jahren. Beide Seiten in diesen regionalen Konflikten, z.B. in Afrika die Befreiungsbewegungen einerseits und die USA/Südafrika andererseits, scheinen Abschied zu nehmen von einer Politik des „Endsiegs". Es ist möglich, daß die USA sich mit der Befreiung Nicaraguas abfinden. Es kann sein, daß Mocambique und Angola nicht einfach liquidiert werden. In Afghanistan dagegen scheint es für die Revolution böse zu enden. In Palästina könnte unter Umständen eine Kompromißlösung möglich sein.

Vision einer regulierten Weltgesellschaft unter US-Hegemonie

Aber soweit es sich um Kompromisse handelt (in Afghanistan ist das, wie gesagt, nicht der Fall), so bleiben sie doch in allen Fällen weit hinter dem zurück, was die Völker, die für ihre Befreiung gekämpft haben, sich einmal unter ihrer endgültigen Befreiung vom Imperialismus vorgestellt haben. Der Verzicht der USA auf eine Zerstörung revolutionärer Regimes ist wahrscheinlich Teil einer Kalkulation, die davon ausgeht, daß es möglich ist, diese Länder in vermittelter Weise in ein kapitalistisches Weltsystem

gimes ist wahrscheinlich Teil einer Kalkulation, die davon ausgeht, daß es möglich ist, diese Länder in vermittelter Weise in ein kapitalistisches Weltsystem

einzubeziehen. Das würde den Verzicht auf offene Konterrevolution bedeuten. Die Ausnutzung des jetzt schon vorhandenen Übergewichts des Imperialismus ist für eine solche Strategie wichtiger als das militärische Draufschlagen.

Die ökonomische Durchdringung dieser Länder würde damit ja eindeutig vom imperialistischen Interesse bestimmt sein. Absehbar wären damit weitere soziale Konflikte vorprogrammiert, der heutige internationale „Friedensprozeß" kann doch bestenfalls als Übergang betrachtet werden?

Es handelt sich beim beschriebenen Prozeß ja nur um eine Kalkulation. Ob diese aufgehen wird, weiß ich natürlich nicht.

Wo sind die Gegenkräfte, werden die Befreiungsbewegungen aktuell nicht noch zusätzlich geschwächt?

Was da Friedensprozeß genannt wird, ist ja zunächst einmal eine diplomatische Regulierung auf höchster Ebene, auf Gipfeltreffen. Das läßt Momentaufnahmen auf die Kräfteverhältnisse zu, die man in Form von Verhandlungsergebnissen zu fixieren versucht. Davon werden neue Entwicklungslinien ausgehen, die noch nicht genau bestimmbar sind. Dazu gehört m.E. zweifellos die Annahme, daß eine Anlehnung von Mocambique, von Angola, vielleicht auch von Nicaragua an den IWF und die kapitalistische Weltökonomie sehr wahrscheinlich sein wird, so daß eine prokapitalistische Entwicklung in diesen Ländern möglich wird. Das könnte die eine Entwicklungsrichtung sein.

Eine ganz andere Frage ist, ob es dem Imperialismus gelingt, die angestrebte globale, katastrophenfreie Steuerung ökonomischer Prozesse zu erreichen, wie es die Ideologie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds ist. Wenn man sich die Ergebnisse der Politik des IWF anschaut, muß man sagen, daß es keine positive Prognose geben kann, denn letztenendes haben Weltbank und IWF eine Katastrophenpolitik gesteuert, die zur Destabilisierung in zahlreichen Ländern geführt hat, die den nichtkapitalistischen Weg noch gar nicht gegangen sind. Zur „One World"-Politik gehört die Vorstellung hochgradiger kapitalistischer Vergesellschaftung, durch die man imstande ist, in Kategorien der kapitalistischen Weltgesellschaft zu denken. Es werden also Regulierungsprozesse, wie wir sie in einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern tatsächlich haben, auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen und die Steuerbarkeit nationaler und sozialer Prozesse in Entwicklungsländern projiziert. In der Realität ist bei der Steuerung der ökonomischen Prozesse von einigen imperialistischen Zentren aus nur eine katastrophenträchtige zusätzliche Polarisierung in der „Dritten Welt" herausgekommen.

Liegt da aber nicht der Schwachpunkt deiner These von der „Pax Imperialistica"? Du kannst sie vielleicht so definieren für das Verhältnis des Imperialismus zum realsozialistischen Lager, China einbezogen. Aber außerhalb dieser Länder liegt doch ein weites Widerspruchsfeld der „One World" im Wege?

Ich habe seit einiger Zeit gelernt, mit Prognosen etwas vorsichtiger umzugehen. Die „Pax Imperialistica" erhebt einen globalen Anspruch. Sie ist aber in ihren Auswirkungen bislang nicht global. Sie bezieht die Regulierung des Ost-West-Verhältnisses ein sowie die Beziehungen zwischen den imperialistischen Subzentren (z.B. Südafrika, Israel) und den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Das ist der Bereich, der momentan regulierungsfähig zu sein scheint. Das schließt aber weltweite Polarisierungsprozesse ein. Die Teile, die nicht erfaßt werden, müssen sich immer katastrophenträchtiger entwickeln. Dieser Polarisierungsprozeß kann über Zwischenstufen erfolgen. Solche Zwischenstufen sind wahrscheinlich Garcia in Peru, Afonsin in Argentinien. Von da aus kann es nach oben oder nach unten weitergehen, eine Lift-Situation. Es gibt Bemühungen der Einbeziehung dieser Länder in die „Globalsteuerung", allerdings steht es da nicht zum Besten.

Bleiben bei den jetzigen internationalen Vereinbarungen nicht die Interessen des Befreiungskampfes auf der Strecke?

Bleiben bei den jetzigen internationalen Vereinbarungen nicht die Interessen des Befreiungskampfes auf der Strecke?

Wenn ich von der Möglichkeit friedlicher Koexistenz spreche, dann meine ich damit nicht eine *absolut* friedliche Koexistenz, sondern eine *relative*, die strukturelle Gewalt einschließt. Ich würde euch recht geben, daß sich die Vereinbarungen vor allem auf die beiden großen Systeme beziehen. Es kann sich hier nur um eine Teillösung handeln.

„Wir schützen die Sowjetunion"

Kommen wir auf die Auswirkungen der veränderten Lage auf die Politik und die Linke hierzulande zu sprechen. Wie wirkt sich deine Analyse auf die gängige Bewertung des INF-Abkommens als Sieg der weltweiten Friedensbewegung aus?

Das Gerede vom Sieg der Friedensbewegung ist Unsinn. Auf die kommunistische Bewegung Westeuropas hat der Paradigmawechsel große Auswirkungen. Es könnte sein — um das mal im historischen Rundschlag zu beschreiben —, daß die kommunistischen Parteien in die dritte Phase ihrer Entwicklung eintreten müssen, wenn sie noch eine weitere Existenzberechtigung haben wollen.

Die erste Phase ist ja sehr kurz gewesen. Von 1917 bis 1924 haben sich die kommunistischen Parteien Westeuropas als Teil einer Weltpartei verstanden, nämlich der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale. Diese Komintern einschließlich ihrer nationalen Sektionen stellte sich die unmittelbare, auf wenige Jahre veranschlagte Aufgabe, die Revolution in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern zu machen, um den Vorstoß, den Sowjetrußland im Oktober 1917 unternommen hat, überhaupt erst historisch zu legitimieren. Es war ja nicht nur die Auffassung von Trotzki, sondern auch die von Lenin und zunächst der Bolschewiki insgesamt, daß die Oktoberrevolution nur das erste Gefecht eines weltrevolutionären Prozesses sein kann, dessen Hauptschlacht in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern geschlagen wird. Die Kommunistische Internationale wurde damals als die Lokomotive verstanden und Sowjetrußland als der Waggon, der rausgezogen werden muß.

Das änderte sich ab 1923/24. Spätestens nach dem Scheitern des sogenannten deutschen Oktober 1923 zeigte sich, daß das Verhältnis umgekehrt werden muß, zeigte sich, daß mit einer Revolution im Westen vorerst nicht zu rechnen ist. Wie lange das dauern würde, wußte niemand. Man erwartete eine Atempause von wenigen Jahren. Daraus wurden Jahrzehnte, während der die Kommunisten gelernt haben, daß die Entscheidung über die Perspektive des Sozialismus an zwei Punkten fällt: Erstens in der Systemauseinandersetzung zwischen Imperialismus und UDSSR außenpolitisch und zweitens innenpolitisch an der Frage, ob es gelingen kann, die Sowjetunion und später die Volksdemokratien zu attraktiven Gesellschaftssystemen weiterzuentwickeln, an denen sichtbar werden kann, was einmal Kommunismus sein wird. Aus dieser Perspektive leitete sich zumindest für die Periode des Faschismus und des „Kalten Kriegs" sinnvollerweise die Aufgabe ab, der UDSSR bei der Realisierung ihrer Ziele Hilfestellung zu leisten. Ich halte es für völlig richtig, daß die kommunistischen Parteien in dieser Zeit ihre Politik als Teil eines Prozesses verstanden haben, in dem die UDSSR die Hauptlast zu tragen hatte.

Das hältst du bis in die jüngste Zeit hinein für richtig?

Ich halte es für richtig bis zu einem bestimmten Punkt, der überschritten ist. Wann dieser Punkt historisch gewesen ist, darüber müßte man diskutieren. Es war, glaube ich, während der ganzen Stalinzeit richtig. Der letzte Ausläufer dieser Politik war im Grunde genommen die Friedensbewegung, in der ich als Kommunist in einer Doppelrolle teilgenommen habe:

Erstens: Es ist ja kein Zufall, daß die Friedensbewegung nur in einigen höchstentwickelten kapitalistischen Ländern stark gewesen ist, in Teilen Mitteleuropas und den USA. Menschen, deren Wohlergehen zu einem erheblichen Teil auch davon abhängt, daß sie von der Ausplünderung der Völker der „Dritten Welt" leben, sahen diesen behaglichen Zustand plötzlich dadurch gefährdet, daß er durch einen Dritten Weltkrieg beendet

Ausplünderung der Völker der „Dritten Welt" leben, sahen diesen behaglichen Zustand plötzlich dadurch gefährdet, daß er durch einen Dritten Weltkrieg beendet

werden könnte. Er bedrohte neben dem Sozialismus nun ausgerechnet die kapitalistischen Länder Westeuropas, was die soziale Breite dieser Bewegung erklären könnte. Die Weltkriegsgefahr wurde klassenübergreifend wahrgenommen. Insofern ist die Friedensbewegung ein Stück weit auch imperialistischer Reflex, Wohlstandsrevolte gewesen.

Zweitens: Meine Teilnahme als Kommunist an der Friedensbewegung war auch noch einmal dadurch bestimmt, die Sowjetunion gegen die Raketenbedrohung zu schützen. So gesehen war dies die Fortsetzung einer Bewegung „Schützt die Sowjetunion", wie sie seit den zwanziger Jahren typisch für die kommunistische Bewegung gewesen ist.

Ökonomistisches Klassenkampfverständnis

Die Stationierung der Raketen hat gezeigt, daß die Kommunisten Westeuropas diese Aufgabe nicht lösen konnten, sie haben eine Niederlage erlitten. Die SU mußte sich zu ihrem Schutz nach anderen Mitteln umsehen. Ein Mittel ist die Diplomatie, das Arrangement mit den USA über die Köpfe der Friedensbewegung und der kommunistischen Parteien hinweg gewesen. Das halte ich für rational und vernünftig.

Das bedeutet aber auch, daß die kommunistischen Parteien im Westen andere Aufgaben haben. Thomas Neumann hat in „Konkret" dazu geschrieben, daß Westeuropas Kommunisten nicht mehr im alten Maße Politik in Ableitung vom internationalen Kräfteverhältnis, vom Ost-West-Verhältnis machen können.

ortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wir kritisieren an der DKP, daß sie als Minimalkonsens-Stifter die Entwicklung von Klassenkampf hierzulande eher behindert hat. Die radikale Linke hierzulande hat in der Friedensbewegung oft genug mit der DKP im Clinch gelegen, wenn sie die SPD als eine Variante imperialistischer Politik meinte. Warum kam der qualitative Erkenntnisumschlag erst mit der Friedensbewegung, warum so spät?

Ich habe von der Bedeutung des Ost-West-Verhältnisses für unsere Haltung gesprochen. Jetzt sprichst du den Klassenkampf an. Wir Kommunisten sind immer eine Partei des Klassenkampfs gewesen. Allerdings würde ich dir an dem Punkt recht geben, daß unsere Definition von Klassenkampf sehr stark restringiert gewesen ist. Das hat etwas zu tun mit einem Zurückbleiben der Analyse von Klassenverhältnissen durch die Partei selbst. Wir haben immer ein stark ökonomistisches Klassenkampfverständnis gehabt, eine Auffassung von Klassenkampf, die sich auf die traditionellen Arbeiter-Kategorien aus den sogenannten Schornsteinindustrien stützte. Entsprechend war die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ein sehr starkes Politikfeld, zusammen mit der Friedensarbeit. Dazu kam noch ein drittes Arbeitsfeld, mit dem unsere Partei viel zu wenig angefangen hat, das ist die Intelligenz- und Hochschulpolitik.

Die DKP hat Klassenkampf geführt, hat ihn aber sehr stark beschränkt auf das, was man die „alte soziale Frage" nennt.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß die DKP sich in einem langen Diskussionsprozeß bemüht hat, Arbeiterklasse neu zu definieren. Dabei mußte sie die Erkenntnishöhe erklimmen, die das ihr nahestehende wissenschaftliche Institut für Marxistische Studien und Forschung (IMSF) schon längst Anfang der siebziger Jahre in seiner eigenen Klassenanalyse formuliert hat.

Jetzt findet aber in der DKP ein vielfältiger Paradigmawechsel statt. Einmal ausgelöst durch die Veränderung der sowjetischen Politik. Es ist ganz offensichtlich , daß wir uns erst in dem Augenblick von einer bedingungslosen Anhänglichkeit an die jeweilige Variante sowjetischer Politik abnabeln, da die Sowjetunion ihre Außen- und Innenpolitik selbst in Frage stellt. Dieser Prozeß verläuft keineswegs unabhängig, sondern wir verhalten uns wie freigelassen.

Einen zweiten Anstoß haben wir durch den Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen, den Aufstieg der Grünen bekommen. Es wurden neue Fragestellungen in die Partei hineingeprügelt, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis Mensch/Natur mit tiefgreifenden Entwicklungen, die zu sehen wir uns lange Zeit geweigert haben.

Reduzierte Bedeutung der „alten sozialen Frage"

Reduzierte Bedeutung der „alten sozialen Frage"

Beide Erkenntnisprozesse, Veränderung sowjetischer Politik und die Rückwirkung des Aufstiegs der Neuen Sozialen Bewegungen, sind uns aufgezwungen worden.

Du hast eine marxistische Neubestimmung für die politische Orientierung gefordert. Was bedeutet die „Notwendigkeit einer Ablösung des Marxismus von einem traditionellen System der Bedürfnisse in den imperialistischen Ländern"?

Das soll kein Postulat sein, sondern eine simple Feststellung. Marx hat die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus aus zwei Argumentationen hergeleitet. Einmal meinte er durch die Analyse des kapitalistischen Gesamtprozesses den Punkt gefunden zu haben, an dem ökonomisch eine Selbstreproduktion des Kapitalismus nicht mehr möglich ist. Das ist allerdings kein rein ökonomischer Prozeß, sondern die Engpässe des Kapitalismus — von Marx besonders verdeutlicht am allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation und am tendenziellen Fall der Profitrate — lösen zugleich soziale Bewegungen aus, die mit politischen Mitteln den Kapitalismus überwinden werden, weil dieser nicht imstande ist, wichtige Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Diese Grundargumentation hat Marx mit zeitgeschichtlichen Beobachtungen eingefärbt. Dazu gehörte die Wahrnehmung der sozialen Frage, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestellt hat: der Hunger, das Wohnungselend. Engels sah die Wohnungsfrage nur als lösbar an mit der Überwindung des Kapitalismus. Unter Lenin kam als weiteres Element der Unvereinbarkeit mit der Existenz des Kapitalismus die Frage des Friedens hinzu bis 1916/17, als Lenin den Gedanken eines allerdings nur kurzfristig denkbaren imperialistischen Friedens aufblitzen ließ.

Beseitigung von Hunger, Wohnungsnot und Erhaltung des Friedens galten als nicht möglich im Kapitalismus. Wir können inzwischen beobachten, daß es ihm in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern gelungen ist, einige dieser Bedürfnisse, etwa die Wohnungsfrage und die Anhebung des Existenzminimums, weitgehend zu befriedigen. Einige der Bedürfnisse, die vor Jahrzehnten als soziale Fragen formuliert worden sind, sind für Teile der Menschen — den beschäftigten Teil in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern — so reguliert worden, daß davon eine systemsprengende Kraft auf absehbare Zeit (wahrscheinlich sogar auf immer) nicht ausgehen wird.

Damit ist nicht gesagt, daß die zerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus schwächer geworden sind. Es ist offensichtlich der klassische Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat teilreguliert worden, indem wichtige Konfliktpotentiale aus dem Widerspruchsfeld zwischen den beiden Hauptklassen herausgedrängt worden sind in andere Felder, die zunächst einmal für das Kräfteverhältnis in den Metropolen selber weniger explosiv sind. Ein Teil dieser Konflikte ist in die in neokolonialer Abhängigkeit gehaltenen Länder exportiert worden, ein Teil ist offensichtlich abgeschoben worden zugunsten einer deformierten Produktivkraftentwicklung.

Ist das die Ökologiefrage auf marxistisch?

Das Bedürfnis der Menschen nach besserem Leben, nach erträglichem Reallohn und Konsum ist in den letzten Jahrzehnten, ausgehend von den USA in den zwanziger Jahren, durch Formen der Massenproduktion und der Massenkonsumtion reguliert und befriedigt worden, die den Gesichtspunkt der technischen Zusammensetzung des Kapitals ganz wichtig werden lassen.

Deformierte Produktivkraftentwicklung

An der Stelle im „Kapital", an der er die organische Zusammensetzung des Kapitals erläutert, unterscheidet Marx zwischen seiner organischen und seiner technischen Zusammensetzung. Steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bedeutet, daß der Wert des konstanten Kapitals ständig zunimmt. Technische Zusammensetzung des Kapitals bedeutet, daß immer mehr stoffliche Elemente in den Produktionsprozeß eingeführt, verbraucht und verunstaltet werden, ohne daß dadurch der Wertanteil des konstanten Kapitals steigt.

Bisher galt die Ansicht, daß dies im Regelfall zu einer Erhöhung des Werts des konstanten Kapitals führt. Beispiel: Wenn ich mehr Rohstoffe in den Produktionsprozeß einführe, ist schon Arbeit auf deren Bearbeitung und Herstellung verwandt worden, die in den Wert des konstanten Kapitals eingeht. Habe ich Stoffe, in die vergleichsweise wenig Vorarbeit eingegangen ist, erhöht sich zwar die technische Zusammensetzung des Kapitals,

in die vergleichsweise wenig Vorarbeit eingegangen ist, erhöht sich zwar die technische Zusammensetzung des Kapitals,

ohne daß sich aber in gleichem Maße der Wert des konstanten Kapitals erhöht. Das heißt, der Kapitalist verfügt über Ressourcen, für die er nicht bezahlen muß, freie Güter, in die noch keine Arbeit eingegangen ist, wie z.B. Luft und Wasser.

Wahrscheinlich ist sogar der Zugriff auf die Gentechnologie eine besonders dramatische Variante der Verfügung über freie Güter, in die noch nicht Arbeit eingegangen ist; denn wenn die Anfangsinvestition für Gentechnologie einmal getätigt worden ist, wird man danach praktisch auf Naturprozesse zurückgreifen können, die gespeichert sind, ohne daß menschliche Arbeit, für die schon einmal bezahlt werden mußte, dort eingegangen ist. Marx meinte die Erhöhung der technischen Zusammensetzung des Kapitals vernachlässigen zu können. Das, was wir heute als Umweltproblematik kennen, zeigt, daß an dieser Stelle der Marxismus weitergeschrieben werden muß.

Ich glaube, hier liegt der Kern der sogenannten ökologischen Problematik. Marxisten müssen imstande sein, sie von dem Allgemeinplatz Ökologie wegzuführen, um klarzumachen, daß es sich hier um eine deformierte Produktivkraftentwicklung handelt. Politisch gesehen liegt das Problem darin, daß die Bedürfnisse, die dadurch verletzt werden, klassenmäßig zur Zeit (es könnte sich um ein Übergangsstadium handeln) nicht so klar zu fixieren sind, wie die alte soziale Frage. Schon haben wir mit Ulrich Becks Buch „Risikogesellschaft" einen postmodernen Soziologieschlager auf dem Markt, der die These aufstellt, Hunger sei hierarchisch, Smog sei demokratisch. Daran mag von der Objektseite einiges dran sein. Das Hierarchische an der sogenannten Risikogesellschaft besteht aber einfach darin, daß es Risikokapitalismus ist, daß es nicht „Gesellschaft" an sich ist, sondern daß es Kapitalismus ist, der Risiken erzeugt, allerdings den Leidensdruck auch so streut, daß eine Formierung von Gegenwehr für einige Zeit schwerer geworden ist. Ich finde, das hat Klaus Dörre in seinem Buch „Risikokapitalismus" gut nachgewiesen.

Also: Ein Marxismus, der sich in erster Linie auf die Wohnungs- oder die Lohnfrage stützt, würde irrtümlicherweise von einer Sprengwirkung dieser Fragen ausgehen, die sie heute nicht mehr haben. Wohlgemerkt: in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern.

Gewerkschafter oder Kommunisten?

Marx sprach vom Kommunismus als dem „Reich der Freiheit", Lenin hat in „Was tun" den Ökonomismus kritisiert, und von den Revolutionären verlangt, sich mit allen Fragen der Gesellschaftsentwicklung auseinanderzusetzen. War es nicht immer schon eine Verkürzung des Marxismus, wenn man ihn auf die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung reduzierte?

Das ist ein interessanter Punkt. Wenn Marxisten anfangen, operative Politik zu machen, geraten sie immer wieder in die Situation, eigene theoretische Prämissen zu verengen (was im übrigen Lenin in seiner Imperialismusschrift auch passiert ist). Nehmen wir mal das Beispiel von Marx/Engels „Kommunistischem Manifest", das die Serie der Frühschriften abschließt. Da wird eine künftige Gesellschaft definiert als eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller" ist. Hier wird ein Bild der künftigen Gesellschaft angedeutet, und dann verschwindet es wieder, weil dieser Vorgriff auf den utopischen Kommunismus verbunden war mit der Abgrenzung von der voluntaristischen Komponente bei den utopischen Kommunisten. Zugleich wird im Manifest aber auch in einer zeitlich sehr kurzen Perspektive die Selbstaufhebung des Kapitalismus durch die Not, die er erzeugt, beschrieben. Die Technik, die die beiden beschreiben, sind Telegraphie und Dampfkraft. Sie gehen aus von einer bestimmten Stufe der Produktivkraftentwicklung, die eine bestimmte Form der „Sozialen Frage" aufwirft. Diese ist im „Manifest" sehr eng mit absoluter Verelendung verbunden, etwa mit der Lohnfrage. Marx und Engels haben keine Produktivkraftanalyse vorgenommen. Sie nehmen die in ihrer Zeit geschaffenen Produktivkräfte als gegeben an und können sich eine qualitativ neue Entwicklung im Kapitalismus nicht vorstellen.

Wenn man „Was tun" ausführlich liest und nicht nur die Organisationsanweisungen, die ja sehr zeitbedingt gewesen sind, läßt sich bei Lenin eine ganze Menge Kritik an der Verkürzung der Aufgaben einer politischen Partei auf den Ökonomismus, auf die Arbeit einer Gewerkschaft, lernen. Die Partei, die er sich vorstellt, muß auch imstande sein, die Interessen religiöser Sekten, die von den Liberalen verteidigten Kreisverwaltungen (Semstwos) gegen die zaristische Selbstherrschaft zu vertreten ebenso wie die Interessen der Studenten und der Volksschullehrer — al-

gegen die zaristische Selbstherrschaft zu vertreten ebenso wie die Interessen der Studenten und der Volksschullehrer — al-

lerdings immer im Verbund mit den Kämpfen der industriellen Arbeiterklasse. Lenin fixiert sich zu seiner Zeit bereits nicht auf die „alte soziale Frage".

Übertragen auf die Gegenwart müßte das bedeuten, daß die gesellschaftlichen Konfliktpotentiale zurückgeführt werden auf durch den Kapitalismus hervorgerufene deformierte Produktivkraftentwicklung. Eine darauf aufbauende Kommunistische Partei kann dann nicht mehr nur Partei der traditionellen Arbeiterklasse sein.

Kommen wir auf die Auswirkungen auf euren Parteitypus zu sprechen. Wie wird, wie soll er sich verändern, mit welchen Inhalten?

Abschied von der traditionellen „Partei der Arbeiterklasse"

Der Begriff Partei der Arbeiterklasse ist dann problematisch, wenn er Denkfaulheit legitimiert. Im Protokoll der 13. Parteivorstandstagung der DKP (Anm.: vom Sept. 1988) arbeiten Vertreter des sogenannten Mehrheitspapiers sehr stark den Charakter der DKP als Partei der Arbeiterklasse heraus. Damit wollen sie ein Projekt von Vertretern des sogenannten Minderheitspapiers abwehren, das man ohne große Polemik so bezeichnen kann, als gehe es ihnen um die Darstellung der DKP als Menschheitspartei. Merkwürdigerweise gelingt es einigen DKP-Genossen, denen bislang ein eher laxes Verhältnis zur Theorie nachgesagt wurde, mit diesem Kampfbegriff: Partei der Arbeiterklasse, die ganze Haltlosigkeit des Projekts Menschheitspartei zu entlarven. Allerdings ist bei ihnen der Begriff Arbeiterklasse doch in hohem Maße eine Blackbox, wo man nicht so recht weiß, was drin ist. Der Begriff Partei der Arbeiterklasse ist für die DKP, das kann sie von anderen europäischen KPs unterscheiden, dann völlig haltlos, wenn man ihn ausschließlich empirisch darstellt. In der empirisch vorhandenen Arbeiterklasse ist die DKP bekanntermaßen weniger verankert als z.B. SPD und CDU. Auch ihre soziale Zusammensetzung ist nicht durch ein Übergewicht von Leuten aus der traditionellen Arbeiterklasse bestimmt. Noch einmal, weil's wehtut: CDU und SPD sind empirisch in der traditionellen Arbeiterklasse stärker verankert als die DKP.

Wir haben nun — 1987 — den Versuch unternommen, den Begriff der Arbeiterklasse neu zu definieren. Weniger ausgehend von primären Tätigkeitsmerkmalen als von der Tatsache der Lohnabhängigkeit. Auch da haben die Führungsgremien 1987 nur das nachvollzogen, was insbesondere im IMSF schon lange vorher wissenschaftlich durchgearbeitet worden ist. Dabei ist bislang allerdings auch nicht mehr herausgekommen als eine präzisere Bestimmung dessen, was Marx die „Arbeiterklasse *an sich*" genannt hat, jetzt natürlich bezogen auf die BRD. Die Definition der erweiterten Arbeiterklasse kann damit noch nicht die Konstituierung jenes Subjekts ersetzen, welches Marx als „Klasse *für sich*" bezeichnet hat, ebensowenig wie die DKP als Stellvertreter für diese „Klasse für sich" firmieren kann. Weil das so ist, ist mein Vorschlag, daß wir uns nicht mehr so sehr auf den Begriff Partei der Arbeiterklasse stützen, sondern daß wir stärker als zuvor den Charakter der DKP als eine antikapitalistische Partei hervorkehren. Vorschläge von Glotz und anderen, die sogenannte Erneuerung der Labour Party unter Kinnock, der angekündigte Parteitag der „Wende" der italienischen Kommunisten mit seiner Politik der „antagonistischen Kooperation" mit dem Kapital — so etwas scheidet für eine kommunistische Partei wie die DKP nicht nur mangels Masse aus, sondern auch, weil meiner Überzeugung nach für uns eine gemeinsame Politik mit der Gegenklasse, mit der Bourgeoisie prinzipiell ausgeschlossen sein muß. Wir müssen uns als antikapitalistische Partei ausschließlich auf die Lohnabhängigen stützen.

Bedeuten deine Ausführungen nicht, daß die DKP sich im Sinne einer nachholenden Modernisierung regenerieren muß, ansonsten aber ihren Weg fortsetzt? Wenn es nicht um neue, andere Inhalte eurer Politik geht, kann das für Linke außerhalb der DKP doch kaum attraktiv sein?

Es findet tatsächlich in zumindest zwei Bereichen ein Prozeß nachholender Modernisierung statt: Ökologie und Frauenpolitik. Aber: Ich glaube, daß die DKP in der Friedensbewegung zwischen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre eine Vordenkerfunktion für große Teile der linken Bewegung gehabt hat. Auch die Teile unserer Partei, die Betriebsarbeit geleistet haben, sind meines Erachtens all die Jahre auf der Höhe der Problematik gewesen. Auf allen anderen Politikfeldern haben wir lange Zeit eine attentistische Haltung *(Attentismus = abwartende Haltung; Anm. der Red.)*

Problematik gewesen. Auf allen anderen Politikfeldern haben wir lange Zeit eine attentistische Haltung *(Attentismus = abwartende Haltung; Anm. der Red.)*

eingenommen, das stimmt sicherlich. Jeder von uns kann gegenwärtig an sich selbst beobachten, wie wir plötzlich wie trockene Schwämme neue Themen und Vorarbeit, die von anderen geleistet worden ist, in uns aufsaugen.

Insofern kann ich es schon verstehen, wenn Leute, die lange Zeit in der Ökologiebewegung gearbeitet haben, sagen, diese Partei ist derzeit für mich nicht interessant, denn sie holt Dinge nach, die wir schon 10 bis 15 Jahre vor euch betrieben haben. Sie haben recht. Für uns ist das aber ein wichtiger parteiinterner Prozeß. Von diesem Prozeß kann gegenwärtig notwendigerweise keine Attraktivität ausgehen, wir allerdings können auf dieses Nachholen nicht verzichten.

Den „Gemeinwohlcharakter" des Ökologiebegriffs sprengen

Perspektivisch erwarte ich natürlich, daß wir sehr bald dazu kommen werden, die spezifisch kapitalistischef Form des Stoffwechsels Mensch/Natur zu definieren und daraus andere Schlußfolgerungen zu ziehen als die heutige Ökologiebewegung. Marxisten muß es recht bald gelingen, den Begriff Ökologie überhaupt zu sprengen. Derzeit sehe ich schon, daß wir im Prozeß der nachholenden Modernisierung vor allem die schlechten Seiten des Ökologiebegriffs rezipiert haben. Etwa, wenn im außenpolitischen Teil von „BRD 2000" vom „Gemeinsamen Europäischen Haus" gesprochen wird, dann ist das ein zutiefst ökologischer Begriff im schlechten Sinne, geht offensichtlich auf das griechische „oikos" (das Haus) zurück, Ökologie als ein System, bei dem kein Teilelement so stark betont werden darf, daß das Ganze zerstört wird. Dieser globale Begriff von Ökologie ist der Minimalkonsens der heutigen Ökologiebewegung. Das ist der Minimalkonsens, auf dem Lothar Späth, Kurt Biedenkopf und — auf dem Feld der Außenpolitik — Politiker der DDR sich finden können. Diesen Gemeinwohlcharakter des Ökologiebegriffs gilt es zu sprengen.

Obwohl ihr mit eurem „Global"-Begriff den Gemeinwohlcharakter auf die Weltebene transportiert! Aber es geht mir nicht darum, eure Diskussion mit unangemessener Häme zu quittieren. Linke Kritik an der DKP meinte immer mehr. Sie bezog sich auf eure Theorie der friedlichen Transformation dieser Gesellschaft, eure Politik des weitgehenden Entrismus in die sozialdemokratischen Gewerkschaften, euren Umgang mit der SPD, eure Minimal-Konsenserei. Du hast in deiner Analyse der DKP zwar ihre bisherige Orientierung „Massenpartei" radikal angegriffen, jedoch ohne eine Entsprechung in den Inhalten und der strategischen Orientierung. Auch „BRD 2000" ist da nur eine Fortschreibung des Alten. Muß nicht ein Zusammenhang zwischen Ende der Massenpartei und deren Inhalten hergestellt werden?

„BRD 2000" mußt du mit großer philologischer Genauigkeit lesen. Es ist ein Entwurf, der mehrere Verfasser hat und uneinheitlich ist. Da gibt es für mich nicht-akzeptable Abschnitte, etwa der zweite Abschnitt, der die internationalen Beziehungen auf das Ost-West-Verhältnis reduziert, das Nord-Süd- und das innerimperialistische Verhältnis aber nur als Anhängsel aufgreift. Abschnitt vier dagegen enthält in meinen Augen sehr Wichtiges über „deformierte Produktivkraftentwicklung".

„Die DKP ist in erster Linie mit sich selbst beschäftigt"

Trotzdem gebe ich dir in deiner Kritik recht. Offensichtlich kann die DKP ihre Politik so nicht mehr weiterführen. Unser Konzept „Massenpartei" ist eindeutig gescheitert, es wird in absehbarer Zeit hier keine kommunistische Partei geben, deren Masseneinfluß sich oberhalb der kommunalen Ebene parlamentarisch auswirken wird. Damit unterlagen wir einer Illusion, die an ein Ende geraten ist. Über den Ausweg, der aus der Katastrophe der bisherigen Massenarbeitspolitik gefunden werden muß, wird gestritten. Das Ende ist offen. Zum zweiten wird der notwendige Paradigmawechsel unseres Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern — wenn er eintritt — unseren Parteityp vollständig ändern müssen und uns den Zugang zu bislang vernachlässigten Fragen öffnen.

Eure opportunistische Politik des „Bündnis mit der SPD" leitete sich doch aus eurer Sicht von zwei Parteien der Arbeiterklasse ab, die es zusammenzufüh-

nis mit der SPD" leitete sich doch aus eurer Sicht von zwei Parteien der Arbeiterklasse ab, die es zusammenzufüh-

ren gelte. Muß die nicht geändert werden?

Es gibt Begriffe in unserer Parteiterminologie, die ich eigentlich nie verstanden, sondern immer nur geduldet habe. Ein solcher Begriff ist der der Aktionseinheit. Darunter kann ich mir überhaupt nichts vorstellen. Er ist im Umfeld des 7. Weltkongresses der Komintern in Kritik an der Sozialfaschismus-These entwickelt worden. Wir hatten in der Weimarer Republik tatsächlich zwei große Massenparteien, die SPD und die KPD. Damals gab es eine reale Basis für ein kalkuliertes Bündnis zwischen beiden Parteien, von den Wählermassen her gesehen. Es gab vielleicht eine kleine Chance. Damals hätte und im antifaschistischen Widerstand hat der Begriff einen Sinn für die kleinen, parteiübergreifenden Widerstandsgruppen gehabt.

Doch Ende der vierziger Jahre hat eine Vereinheitlichung der politischen Repräsentanz der westdeutschen Arbeiterklasse stattgefunden: sowohl in der SPD, als auch mit einem recht großen Anteil über die Sozialausschüsse in der CDU. Damit war die Basis für die Herstellung einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse über ein Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten entfallen. Wenn man sich die klassische Vorstellung von Aktionseinheit als Massenbündnis betrachtet, dann wäre die Große Koalition von 1966-69 zwischen SPD und CDU/CSU eher eine solche Form der Aktionseinheit gewesen, was sie sozialpolitisch ja durchaus auch gewesen ist.

Es gilt, daß dieser Begriff der Aktionseinheit ein historischer ist, der auf die Wirklichkeit der BRD gar nicht angewandt werden kann. Mir ist eine reale Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und DKP überhaupt nicht bekannt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Das ist sicher richtig, hier hat es sich wohl eher um ein einseitiges Bündnisbitten gehandelt. Aber eurem Reformprogramm „BRD 2000“ fehlt doch die Definition eines realen Trägers gesellschaftlicher Reformen außerhalb bestehender Formationen. Damit bleiben doch wieder nur die SPD, vielleicht noch die Grünen, und die DKP in der Rolle der vermittelnden Kraft. Das kennen wir aus diversen Wahlen, aber auch außerparlamentarischen Bewegungen. Was ist neu?

Vielleicht schätzt ihr die Bedeutung von „BRD 2000“ für das einzelne DKP-Mitglied falsch ein. Viele von uns haben in den letzten Jahren in zahlreichen Initiativen, gegen Kernkraft, gegen Gentechnologie mitgearbeitet, viele von uns haben sich mit der Verteidigung dessen beschäftigt, was Habermas „Lebenswelt“ nennt, gegen kapitalistische Zumutungen. Aber wir konnten das, was wir gemacht haben, nicht wiederfinden in den großen Dokumenten der Partei, weil diese orientiert war auf ökonomistischen Kampf, zum Teil sehr detailliert ausgeführt. Und da ist die DKP auch ganz gut gewesen, in Hattingen, in Rheinhausen. In Parteidokumenten haben wir dann sehr Vernünftiges zur Friedensfrage entdeckt. Das waren die beiden Hauptorientierungen.

Die Theorieentwicklung der Partei hinkte der Tätigkeit der Mitglieder hinterher. „BRD 2000“ holt dies nun nach. Es steht tatsächlich drin, daß die Abwehrkämpfe zu einem erfolgreichen Ende geführt werden müssen auch bei Weiterbestehen des Kapitalismus. Insofern ist es ein Dokument innerkapitalistischer Reformpolitik. Aber anders habt ihr ja mit eurem Engagement in der Bewegung gegen Kernkraftwerke auch nicht gewirkt. Ihr habt argumentiert, daß die Dinger wegmüssen und können, ohne daß damit gleich der Kapitalismus fällt. Es stimmt, daß die DKP mit „BRD 2000“ nicht weiter ist als die Fülle der Bewegungen, die es in der BRD gibt. Aber wenn sie das für sich realisiert, was drinsteht, ist sie hinter diesen Bewegungen nicht mehr so stark zurück wie zuvor.

Der Reformismusvorwurf an „BRD 2000“ ist ja auch zugleich ein Vorwurf an sämtliche alten und neuen sozialen Bewegungen in der BRD und ein Vorwurf an die Praxis, die wir alle gemacht haben.

Warum? Die sozialen Bewegungen erheben für sich doch nicht den Anspruch, revolutionäre Partei zu sein. Unsere Kritik geht doch nicht gegen Reformen und Reformpolitik. Wir kritisieren, daß ihr als Erneuerung einen erneuten Entwurf für die Massenarbeit vorlegt, mit Inhalten, die weitgehend bei SPD und Grünen zu finden sind. Wozu dann aber eine DKP?

Ich wäre eigentlich recht froh, wenn die besten Teile dieses Programms zunächst einmal von der Partei aufgegriffen würden. Es läßt sich überhaupt nicht leugnen, daß die DKP in erster Linie mit sich selbst beschäftigt ist. Das muß sein, das
einmal von der Partei aufgegriffen würden. Es läßt sich überhaupt nicht leugnen, daß die DKP in erster Linie mit sich selbst beschäftigt ist. Das muß sein, das
ist gut, die Partei muß viele Dinge intern mit sich abmachen, bevor sie wieder nach außen treten kann. Von uns derzeit ausgereifte Vorschläge an die Linke zu erwarten, wäre zu viel verlangt.

Aber ihr formuliert doch sogar mehr, einen massenpolitischen Entwurf.

Mag sein. Mir würde es aber vollständig reichen, wenn „BRD 2000“ dazu führen wird, den Attentismus, der in großen Teilen der Parteiführung vorhanden ist, zu überwinden. Ich verstehe dieses Dokument in erster Linie als eines, das nach innen in die Partei hineinwirken muß. In unserer Debatte wirst du bei aufmerksamem Lesen z.B. der UZ feststellen, daß „BRD 2000“ eine immer geringere Rolle spielt, während das Mehrheits- und Minderheitspapier der beiden Vorstandsrichtungen eine immer größere Rolle spielt bis hin zu Überlegungen, das Dokument auf dem Parteitag gar nicht zu verabschieden, weil die Partei mit beiden Dokumenten („BRD 2000“ und „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“) tatsächlich überfordert ist.

DKP als Bewegungspartei?

Es kommt nicht selten vor, daß einzelne Genossinnen und Genossen ähnlich reagieren wie ihr. Sie sagen, da stehen viele Dinge drin, die von anderen schon formuliert worden sind, und wozu braucht man dann noch einen spezifischen Beitrag der Kommunistischen Partei? Außerdem liege vieles in „BRD 2000“ quer zur bisherigen Haltung der Partei. Das heißt, wer mit offenen Augen als Kommunist das Dokument „BRD 2000“ liest, kommt zum Ergebnis, daß die Partei in ihrem jetzigen Zustand wahrscheinlich noch gar nicht in der Lage ist, angemessen die Fragen, die in diesem Dokument aufgeworfen werden, zu beantworten.

Und sofort fängt jemand, der als Kommunist „BRD 2000“ rezipiert, an, über den Zustand der Partei nachzudenken. Das führte dann auch im Parteidiskussionsprozeß dazu, daß seit einiger Zeit gar nicht mehr so stark über die inhaltlichen Probleme von „BRD 2000“ diskutiert wird, sondern in erster Linie über den Zustand der Partei. Und damit bist du bei der Diskussion der 13. Parteivorstandstagung. Wenn's gut ausgeht, wird die Partei in einen Zustand versetzt werden, der es allen Mitgliedern der Partei ermöglicht, tatsächlich ihre tagtägliche Praxis in Übereinstimmung mit neuen Orientierungen der Partei zu bringen. Viele Kommunistinnen und Kommunisten führen ein Doppelleben: sie sind in ihren Inititiativen aktiv, und sie marschieren alle vierzehn Tage in ihre Grundeinheit, wo Dinge diskutiert werden, die in ihrer tagtäglichen politischen Auseinandersetzung nicht mehr vorkommen.

Die DKP also als Bewegungspartei statt als kommunistische Massenpartei?

Die Gefahr, daß die Partei sich in allgemeine linke Bewegungen auflöst, ist sicherlich vorhanden. Aber erst dann wird es wirklich interessant, denn dies wird einen innerparteilichen Kampf auslösen müssen. Dann werde ich wahrscheinlich einer von den Leuten auf dem linken Flügel sein, die sagen: So, mich interessiert nun von all diesen neuen sozialen Fragen, von all diesen ökologischen Fragen immer nur die antikapitalistische Substanz. Erst dann werden wir imstande sein, historisch, materialistisch und antikapitalistisch in den real vorhandenen linken Bewegungen Fragen zu stellen, die diese Bewegungen selbst nicht stellen.
Erst dann werden wir imstande sein, historisch, materialistisch und antikapitalistisch in den real vorhandenen linken Bewegungen Fragen zu stellen, die diese Bewegungen selbst nicht stellen.

Das heißt, die von dir formulierte „kleine, theoretisch qualifizierte, marxistische Organisation mit für lange Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten“ ist offenkundig eine Prögnose.

Das ist ein Wunsch von mir.

Wie ihr wißt, hat die DKP starke Mitgliederverluste gehabt. Wir haben Leute verloren, die in Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen, die insbesondere in der Auseinandersetzung um die Atomkraft und jetzt um die Gentechnologie aktiv sind und die nun in diesen Bewegungen ihre politische Heimat gefunden haben.

Viele sind aus moralischen Gründen noch in der DKP geblieben, haben aber von der Partei keinerlei Anleitung mehr für ihre praktische Arbeit bekommen. Da besteht nicht nur die Gefahr einer quantitativen Auszehrung, sondern auch einer qualitativen. Es scheint so, daß andere linke Gruppen dieses Problem auch haben ...



Wem sagst du das?

... ich kann es nur von meiner eigenen Partei sagen. Es ist die Frage, was man dagegen tun kann. Wir haben einige Zeit versucht, die Leute moralisch zu vergattern, d.h. es wurde gesagt, wer aus der Partei rausgeht, ist ein Renegat. Mit dem historisch überholten Begriff des Renegaten kamen wir natürlich nicht weiter. Sanktionierung des Renegatentums ergibt nur in der Illegalität einen Sinn, wo der Renegat immer in der Gefahr steht, auch ein Verräter zu sein. Das Problem haben wir heute nicht. Wenn ich mich frage,
gibt nur in der Illegalität einen Sinn, wo der Renegat immer in der Gefahr steht, auch ein Verräter zu sein. Das Problem haben wir heute nicht. Wenn ich mich frage,
wie das Abwandern von Mitgliedern zu stoppen ist, dann muß ich vorher ein anderes Problem lösen, nämlich: Es steht die Frage nach der Veränderung der Partei. Sie muß in ihre tägliche Arbeit überhaupt erst einmal aufnehmen, was die tagtägliche Praxis ihrer Mitglieder ist, die zum großen Teil außerhalb der Partei stattfindet. Das klingt reformistisch, aber was machen denn die Mitglieder, die machen doch radikale Reformpolitik, das machst du doch auch ...

... aber dafür brauche ich heute keine kommunistische Organisation ...

Nicht so schnell! Denn: Wenn es denn mal soweit ist, werden wir immer noch Mitglieder verlieren, weil sie feststellen, jetzt befindet sich meine Partei auf der Höhe der Gesamtlinken. Aber was unterscheidet sie? Irgendwann, am besten gleich, müßte klargemacht werden, daß bisher alle Gegenbewegungen, die wir in der BRD haben, Erfolgsaussichten nur hatten, wenn sie dem Konzept der antagonistischen Kooperation gefolgt sind.

Einfachstes Beispiel: Wenn es gelingen sollte, in den nächsten zehn Jahren einen Ausstieg aus der Kernenergie zu bewerkstelligen, wird das — solange die BRD eine kapitalistische Gesellschaft bleibt — so laufen, daß in der Energieerzeugung andere Profitquellen erschlossen werden. Das wäre dann das Ergebnis von Jahrzehnten des Kampfes gegen die Atommafia, der sich letztlich als antagonistische Kooperation herausstellen würde.

Eine kleine kommunistische Partei hat daher eigentlich keine andere Aufgabe als zu überlegen, wie es gelingen kann, über
de.

Eine kleine kommunistische Partei hat daher eigentlich keine andere Aufgabe als zu überlegen, wie es gelingen kann, über
diesen Zustand der antagonistischen Kooperation hinauszukommen. Für die SPD, auch für die Linken in der SPD, ist diese antagonistische Kooperation der Endpunkt. Aber eine kommunistische Partei wird den Punkt finden müssen, wo die Reformbewegung über den Punkt der antagonistischen Kooperation hinauskommt, das heißt, daß die Kommunisten in diesen Bewegungen eher ein wenig sektiererisch werden auftreten müssen, denn als Massenpartei.



Gegenpropaganda der DKP zur KB-Demo am 1.5.1973

Über die Organisierung von Sonderzügen

Das muß nicht zwangsläufig sektiererisch sein. Es kann ja auch nicht darum gehen, eine Reformbewegung abzulehnen, solange eine andere Form der gesellschaftlichen Veränderung nicht in Sicht ist. Nur fragen wir natürlich, ob es Aufgabe von Kommunisten in solchen „Wohlstandsrevolten“ wie der Friedensbewegung ist, diese Bewegungen auf einem minimalen Nenner zu harmonisieren (Minimalkonsens) und nicht auch zu polarisieren, wenn es um eine anti-westliche, Anti-NATO-Stoßrichtung geht.

Ich gebe dir da recht. Wenn sich Leute zusammenfinden, um ein Problem zu lösen, dann werden sie ohnehin sehr schnell ihren Minimalkonsens finden, da brauchst du nicht noch eine Organisation, die den Minimalkonsens stiftet, da brauchst du vielleicht noch jemand, der den Sonderzug zur nächsten Demo organisiert, das wäre vielleicht ein Minimalkonsens, das muß sein...

... da konnte man sich übrigens immer mit uns einigen ...

.,. ja, ich glaube, daß die Kommunisten, was die Frage der Organisierung von Sonderzügen anbelangt, auch gar nicht schlecht gewesen sind, auch in der Friedensbewegung. Es stimmt, wir müssen den Punkt herauszufinden versuchen, an dem es möglich ist, in Perspektive über den Zustand der antagonistischen Kooperation, den meinetwegen die Sozialdemokraten und die Grünen verwalten sollen, hinauszukommen. Das ist ihre spezifische Aufgabe. Der Minimalkonsens stiftet sich von selbst. Die linke SPD will dasselbe, was die Realos bei den Grünen wollen, dann sollen die das gefälligst machen, die sind insofern auch hegemonial. Wenn ich in diesem Zusammenhang „sektiererisch“ sage, dann ist dieser Begriff für mich positiv besetzt und hat dennoch Anführungszeichen.

Es könnte aber sein, daß du trotzdem schief liegst, was die historische Beurteilung der Friedensbewegung angeht. Es kann sein, daß es in den Anfängen der Friedensbewegung richtig war, erst einmal den Minimalkonsens, Abwehr der Raketenstationierung, zu finden. Als der sogenannte Nachrüstungsbeschluß 1979 gefaßt wurde, gab es kaum eine Friedensbewegung. Es gab seit 1975 das KOFAZ in Köln, das frühzeitig von der Kriegsgefahr sprach. Aber denen hat kein Mensch geglaubt. Die Leute waren mit der Kernenergiefrage beschäftigt. Auf dem SPD-Parteitag 1979 wurde so nebenbei im voraus der „Nach“rüstungsbeschluß gutgeheißen, während die Kernkraftfrage des Hauptthema der Linken auf diesem Parteitag war. Und wir standen händeringend daneben und sagten, es gibt eine große Gefahr, und das ist die „Nach“rüstung. Das große Verdienst des „Krefelder Appells“ ist es gewesen, einen Minimalkonsens gefunden zu haben, um den sich dann plötzlich eine riesige Friedensbewegung gesammelt hat. Die Initiatoren des „Krefelder Appells“ haben ja schon als Personengruppe den Minimalkonsens verkörpert: da war ein Kommunist drin, aber es gab auch andere. Irgendwann war aber wahrscheinlich der Punkt erreicht, wo es die Aufgabe der Kommunisten gewesen wäre, nicht mehr dabei stehen zu bleiben, sondern zu überlegen, wie ist denn ein Friede möglich, der mehr ist als imperialistischer Friede. Also: nicht immer ist es falsch, glaube ich, von einem Minimalkonsens auszugehen. Aber in der gegenwärtigen Etappe würde ich dir Recht geben. Wenn du sagst, man könne gegenwärtig keine linke Massenbewegung hinbekommen, dann findest du dich natürlich zunächst einmal mit realogrüner und linkssozialdemokratischer Hegemonie als realem Zustand ab. Da kann es nicht unsere Aufgabe sein, die Arbeit, die die ohnehin machen, zu verdoppeln.

Zurück zur DKP. Die DKP wird ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie sich erst einmal auf die Höhe der sachlichen Fragen der Linken begibt, auf denen zur Zeit der Minimalkonsens gefunden wird. „BRD 2000“ ist in erster Linie ein parteiinternes Dokument, das sehr um-
chen Fragen der Linken begibt, auf denen zur Zeit der Minimalkonsens gefunden wird. „BRD 2000“ ist in erster Linie ein parteiinternes Dokument, das sehr um-
stritten ist, weil es innerhalb der Partei immer noch Leute gibt, die sich attentistisch verhalten. Die sagen, wir haben eine Reform-Aufgabe, das sind die Gewerkschaften, und wir haben eine Friedensaufgabe, und alles andere, diese Frauenfrage und diese ganzen Umweltfragen, die lenken von den beiden Hauptaufgaben nur ab. Das ist noch eine ganz starke Richtung in der DKP, die erst überwunden werden muß.

Mir ist nun aufgefallen, daß die Diskussion in der UZ kaum über die von dir aufgeworfene Problematik „Ende der Massenpartei“ geht. Die Anhänger des Konzepts Menschheitspartei befürworten „BRD 2000“, die Kritik an dem Dokument artikuliert sich vordergründig an der Frage Reform oder Revolution, als wenn von der Reformpartei DKP auf einmal die Revolution verraten wird. Ist dies das attentistische Element?

Menschheitspartei gegen Attentismus

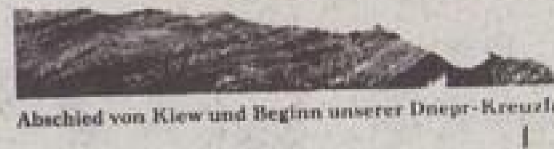
Die Genossen, die sagen: Reform oder Revolution, die meinen nicht Reform oder Revolution, sondern die meinen in Wirklichkeit Reform oder Attentismus. Da du mir nicht sagen kannst und ich dir nicht sagen kann, wie im Augenblick die Revolution zu machen ist, vermute ich, daß auch diese Genossen nicht wissen, wie sie Revolution machen sollen. Sie ersetzen Revolution durch Attentismus, bei dem sie gern stehenbleiben würden. Wenn dir einer sagt, mit „BRD 2000“ wird die Klassenfrage vernachlässigt, dann will er eigentlich nur sagen, daß er fürchtet, daß die DKP sich in tausend Fragen auflöst, um die er sich nicht küm-

Fortsetzung nächste Seite

Erneuerer wollen aussteigen

DKP und Atomkraft


...mpfang auf der Kapitänsbrücke


Abschied von Kiew und Beginn unserer Dnepr-Kreuzf...

Kreuzfahrt auf dem Dnepr

Mitten ins Herz

Ja, Lena, Valenti-

Ja, ich war dort. Neun Tage Schiffsreise auf dem Dnepr von Kiew nach Odessa. Und ich habe mich wahnsinnig auf diese Reise gefreut. Es war meine erste Begegnung mit der Sowjetunion und meine erste Schiffsreise. Das Ungewöhnliche an dieser Reise war vor allem ihr Zeitpunkt: wenige Wochen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Als ich Bekannten und Freunden von meinem Vorhaben erzählte, hielten mich einige für bekloppt oder belächelten mich sanft. Auch wenn ich es nicht so zeigte, hatte ich doch ängstliche Gefühle. Gefahren bin ich schließlich, weil der Reiseveranstalter, hansa tourist, glaubhaft versicherte, daß diese Fahrt ungefährlich ist, und ich auch davon überzeugt bin, daß die Sowjetunion sich keine Touristen ins Land holen würde, wenn für ihre Gesundheit eine Gefahr besteht. Meine Überzeugung wurde durch wissenschaftliche Informationen („Die Strahlenwerte sind jetzt wieder auf einem zulässigen Stand und liegen ...

wie vorsichtig man mit ...allgemeinerungen, die w... gern im Kopf haben, ... muß. Doch eine Verallgem... nerung bestätigt sich au... im Gespräch mit der junge... Ukrainerin: dieser allgeg... wärtige Wunsch nach Fr... den. Überall, ob auf Transp... renden oder bei der Vera... schiedung im Bus („Wir ... schen Ihnen Gesu... Wohlergehen und ... trifft man auf d... Wörtchen „Mir" –

Überzeugung wurde durch wissenschaftliche Informationen („Die Strahlenwerte sind jetzt wieder auf einem zulässigen Stand und liegen in ähnlicher Größenordnung wie in Ihrem Land"), die wir während der ganzen Reise offen und ohne Verharmlosung oder Beschönigung erhielten, untermauert.

DKP-Entwarnung 3 Monate nach Tschernobyl (UZ, 25. Juli 1986)

Als Markenzeichen der DKP in der AKW-Frage, gilt bis heute ihre Überzeugung, daß Atomkraftwerke im „realen Sozialismus" ebenso nützlich seien, wie im kapitalistischen Westen verwerflich. Diese Sichtweise hat es der DKP in der Anti-AKW-Bewegung immer schwer gemacht. Vordergründig mag man/frau diese Inkonsequenz aus ihrer Solidarität mit den Ländern des realexistierenden Sozialismus erklären. Es verhält sich allerdings ziemlich genau andersherum. Die Überzeugung von der Nützlichkeit der Atomkraftwerke im realen Sozialismus ergibt sich für die DKP aus der prinzipiellen Befürwortung der friedlichen Nutzung der Atomenergie als Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte. Die Ablehnung der Atomenergie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen folgt aus der Annahme, diese Technologie sei für die -gemäß der Abfolge von Gesellschaftsformationen — weniger entwickelten kapitalistischen Verhältnisse zu weit fortgeschritten. Atomkraftwerke seien erst im Sozialismus beherrschbar.

Grundlegend wurde diese Position 1978 auf dem Mannheimer Parteitag formuliert. Die entscheidenden Passagen aus dem dort verabschiedeten Parteiprogramm lauten: *„Die DKP ist dafür, alle Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu nutzen, um die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes zu verbessern. Deshalb ist sie auch grundsätzlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Sie wendet sich jedoch entschieden gegen ihren Mißbrauch für Zwecke großkapitalistischer Profitmacherei und imperialistischer Machtpolitik, gegen jeden Versuch, den Atomwaffensperrvertrag zu umgehen"* (5. Aufl., 1987, S.43). Diese Grundposition wurde seitdem immer wieder schöpferisch auf die konkrete Wirklichkeit angewandt. „Alle Unfälle in Kernkraftwerken der Bundesrepublik", hieß es z.B. in den Vorschlägen der DKP „Für einen wirksamen Umweltschutz" von 1984, seien nur darauf zurückzuführen, daß *„die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik voll dem Prinzip unterliegt, alles dem Profitstreben unterzuordnen"* (S.3). Zum Beleg wurden zwei Unfälle referiert: einer im AKW Brunsbüttel vom 18. Juni 1978 und der Beinahe-Gau in Harrisburg vom März 1979. Der Unfall in Brunsbüttel, so die DKP, wurde vom Schichtleiter verursacht, *„um seinem Unternehmen Verluste in Millionenhöhe zu ersparen"* (S.33). Der Unfall in Harrisburg, werden wir belehrt, war *„darauf zurückzuführen, daß den Besitzern des Kernkraftwerkes, der Gesellschaft Metropolitan Edison, der Profit wichtiger war als die Gesundheit von Beschäftigten und Anwohnern"* (S.33). Zur Beunruhigung über die Sicherheit der Kraftwerke schlechthin gab es demnach keinen Grund. Grund zur Beunruhigung gab es lediglich wegen der Gefahren einer rücksichtslosen Anwendung dieser Technik.

Nach Tschernobyl.

Selbst nach Tschernobyl änderte sich die Haltung der DKP im Grundsatz nicht. Das hat ihr in der Anti-AKW-Bewegung bei einigen Teilen sogar Haß eingetragen.

Eine Ausnahme im DKP-Spektrum war die sehr schnelle Reaktion des Hamburger „Bündnis", ein zum Eingreifen in die Wahlen gegründeter Zusammenschluß unter starker Hegemonie der Hamburger DKP. In einer bereits am 30. April verteilten Erklärung zu Tschernobyl, mit der das Bündnis jeder offiziellen Stellungnahme der DKP zuvorkam, hieß es: *„Dieser Unfall ist ein erneutes Signal dafür, daß die Gefahren der Kernenergie-Erzeugung wesentlich größer sind, als von Betreibern der Atomkraftwerke in Ost und West angegeben. Er ist auch ein Signal zum Umdenken für die Kernenergiebefürworter in unseren eigenen Reihen!"* Solange „absolute Sicherheit" und „risikofreie Entsorgung" nicht gewährleistet werden könnten, unterstütze das Bündnis *„die Forderung der Umweltinitiativen und -verbände nach Stillegung aller Atomkraftwerke"*. International müßten „alternative Energiekonzepte" entwickelt und ein *„weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie"* erreicht werden. Diese Position blieb seinerzeit isoliert.

wickelt und ein „weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie" erreicht werden. Diese Position blieb seinerzeit isoliert.

In der Erklärung des Präsidiums des Parteivorstandes vom 21. Mai 1986 hieß es zu Tschernobyl nach ein paar einleitenden Floskeln der Betroffenheit: *„Wir bleiben bei dem in unserem Parteiprogramm begründeten grundsätzlichen Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie"* (abgedruckt in „Hamburger Utsichten", Mai 1986). Das im folgenden ausgeführte Nein der DKP zum Bonner Atomprogramm unterschied sich in nichts von Vorstellungen, die auch die SPD vertrat: Keine WAA, kein Schneller Brüter, keine Inbetriebnahme von Brokdorf, Sicherheitsüberprüfungen aller in Betrieb befindlichen AKWs und kerntechnischen Anlagen.

Die DKP-Hamburg gab damals die Parteilinie wieder, plädierte aber im einem eigenen Beitrag dafür, die Kernenergie *„zu einer Art Übergangstechnologie mit begrenzter zeitlicher Perspektive zu machen"*. („Hamburger Utsichten", Mai 1986,S.3). Dies konnte man als eine vorsichtige Relativierung, wie sie in der SPD-Rethorik üblich ist, verstehen. Mit einer weiteren Erklärung vom 17.6.86 schloß der Parteivorstand — zumindest an der Oberfläche — die Reihen. In Festigkeit war dort zu lesen: *„Es entspricht darum nicht unserer Weltanschauung, die Beherrschbarkeit neuer Technologien prinzipiell in Zweifel zu ziehen"*. *„Wir bekräftigen die Aussage der Thesen unseres 8. Parteitages, in denen es heißt: Die DKP bejaht den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, weil er materielle Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen und für den sozialen Fortschritt schafft. Wir beurteilen die neuen Technologien und die Produktivkraftentwicklung insgesamt danach, inwieweit sie den Interessen des arbeitenden Menschen, der zugleich die Hauptproduktivkraft ist, nutzen. Damit sind zugleich die Voraussetzungen umschrieben, an die unser grundsätzliches Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gebunden ist."*

Die Formel für den Kampf gegen das Bonner Atomprogramm hieß jetzt: *„Die DKP tritt für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Kernenergie in der Bundesrepublik und dafür ein, die nationale Energiewirtschaft vorrangig auf die heimische Kohle zu orientieren."* (S.8).

Die Debatte ist eröffnet.

Was die Katastrophe von Tschernobyl nicht gebracht hat, eine rigorose Korrektur in der AKW-Frage, scheint im Zuge der DKP-Krisendebatte ins Rollen zu kommen. Kritik auch an „realsozialistischen" AKWs wird nicht mehr nur gedacht, sondern auch diskutiert und in Anträge gepackt.

In der DKP-Hamburg steht ein Positionspapier „Thesen zur zivilen Nutzung der Atomenergie" zur Diskussion, dessen AutorInnen sich — so heißt es in einer Ankündigung — nicht nur für den „sofortigen Ausstieg in der BRD", sondern „prinzipiell gegen die Nutzung der Atomenergie und für einen weltweiten Ausstieg" aussprechen -(„forum extra", Sept. 88, materialien zum entwurf „reformen für Hamburg",S.3). Das Papier soll auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz am 18.-20. November 1988 zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Thesen zielen auch auf die bundesweite Diskussion der DKP über ihr Reformprogramm „BRD 2000".

Ihrem Inhalt nach und teils auch bis in die Formulierungen hinein, geben sie die o.g. Position wieder, mit der am 30.

Ihrem Inhalt nach und teils auch bis in die Formulierungen hinein, geben sie die o.g. Position wieder, mit der am 30. April 1986 das Hamburger „Bündnis" auf die Katastrophe von Tschernobyl reagiert hatte. These 1 beginnt mit einer Selbstkritik. *„Die Atomkatastrophe von Tschernobyl"* heißt es dort, *„ist für uns ein Signal zum Umdenken: Grundsätzliche Fragen des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur wurden bisher von uns undialektisch auf dessen gesellschaftliche Form reduziert. Die systemübergreifenden Risiken, spezifischen Gefahren und qualitativ neue Verantwortungsdimensionen der Produktivkraftentwicklung in der wissenschaftlich-technischen Revolution wurden nur ungenügend zur Kenntnis genommen. Insbesondere hat sich unsere Haltung zur zivilen Nutzung der Kernenergie als falsch erwiesen"* (S.4).

Sofortausstieg — noch eine Variante

In der Tat nimmt man/frau in der DKP den Sofortausstieg mittlerweile in den Mund. *„Das Energieproblem"*, wird in dem Papier weiter formuliert, *„muß sofort und global angegangen werden. Jede Nation muß sich dabei ihrer Verantwortung für das Überleben der Menschheit bewußt werden — das bedeutet für die BRD den sofortigen Ausstieg"* (These 6, S.5). Die These 7 ist überschrieben: *„Abschalten aller AKWs ist in der Bundesrepublik möglich und notwendig: Sofort beginnen!"* Das formuliert die Anti-AKW-Bewegung weniger vieldeutig. Daß hier nicht nur eine formale Differenz zum „Sofort Abschalten!" zum Ausdruck kommt, zeigt sich in der letzten These. Unter der Formel „Gemeinsam gegen Atomlobby und Bundesregierung" heißt es dort: *„Die Interessen aller sozialen Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung, der Friedens- und Ökologiebewegung sind im Kampf gegen das Bonner Atomprogramm objektiv verbunden. Es kommt darauf an, ein politisches Ausstiegsszenario zu entwickeln und gemeinsame, praktisch-politische Schritte zu gehen"* (These 8, S.6).

Das ist allerdings etwas Anderes als Sofortausstieg! Die Einheit mit der Anti-AKW-Bewegung wird hier weiterhin der Kooperation mit SPD und Gewerkschaften geopfert, die vom Sofortausstieg nichts wissen wollen. Die SPD rückt neuerdings sogar von ihrer (ehemals auch schon unter Vorbehalt verkündeten) 10-Jahres-Frist ab, um den Ausstieg aufgrund ganz anders gearteter „bündnispolitischer Erwägungen" auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Warum die SPD von allen Ausstiegskonzeptionen immer stärker abrückt, wird von den DKP-GenossInnen nicht problematisiert, obwohl sie doch in ihrem Papier ganz richtig feststellen, daß selbst der sofortige Ausstieg *„alleine eine Frage des politischen Willens bzw. der politischen Durchsetzung der gesellschaftlichen Interessen an sicherer und rationeller Energieversorgung"* ist (These 7, S.5). All das erinnert an die Vorstellung grüner Realpolitiker. Trotz diesen Einschränkungen wäre es, sollte sich diese Position in der DKP-Hamburg und darüber hinaus durchsetzen, ein Erfolg der AKW-GegnerInnen in der Partei. Sie würden damit wenigstens in der politischen Positionsbestimmung über die SPD hinausgehen.

Weltweiter Ausstieg!

Weltweiter Ausstieg!

Die bedeutsamste, weil grundlegende Korrektur läge allerdings in der Überwindung der geteilten Einschätzung je nach Standort der Atomkraftwerke in West oder Ost. Die bereits zitierte Selbstkritik an dieser Haltung ist im Positionspapier eindeutig. In der Begründung für einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie heißt es: *„Nach heutigen Erfahrungen, insbesondere nach der Katastrophe von Tschernobyl kann die Energiegewinnung durch Kernspaltung nur als eine Sackgasse angesehen werden. Diese Einsicht gründet sich auf vier Hauptargumente: Erstens ist die Gefahr eines großen Kernkraftwerk-Unfalls zwar zu verringern, aber nicht auszuschließen... Zweitens ist die Frage der Endlagerung der radioaktiven Zerfallsprodukte bisher ungelöst... Drittens besteht zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie ein enger Zusammenhang... Viertens sind die Folgen der Niedrigstrahlung, die bei Normalbetrieb in die Umwelt abgegeben wird, umstritten... Diese Gefahrendimensionen machen einen weltweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernspaltung notwendig."* (These 2, S.4).

Die Forderung nach weltweitem Ausstieg wird von Hamburg aus auch in die Diskussion des Reformprogramm-Entwurfs „BRD 2000" eingebracht. Der Entwurf enthält bisher nur die Forderung nach „sofortigem Ausstieg aus dem Bonner Atomprogramm" (BRD 2000, S.49). In den Hamburger „Anmerkungen zur Energie- und AKW-Konzeption im Programm BRD 2000" heißt es: *„Die AKW-Frage ist Bestandteil mehrerer globaler Probleme: Öko-Katastrophe, Energiefrage, Krieg/Frieden-Fragen. Eine globale Gefährdung kann nicht nur national beantwortet werden. Ein GAU in Magdeburg oder Cattenom würde uns auch dann noch gefährden, wenn die BRD bereits ausgestiegen ist. (...)Unser heutiger Wissensstand lautet, daß die Technologie der Stromgewinnung durch Kernspaltung trotz bereits durchgeführter und zukünftig möglicher Verbesserungen unwägbare Risiken beinhaltet, die, wenn sie eintreten, qualitativ neue Gefährdungen bedeuten. Daraus folgt, daß diese Technologie abzulehnen ist — ob sie nun im Sozialismus oder im Kapitalismus angewandt wird. Das hat überhaupt nichts mit Zweifeln an der prinzipiellen Erkennbarkeit der Natur zu tun — wohl aber mit einer neuen Verantwortlichkeit angesichts des Gefahrenpotentials einiger neuer Produktivkräfte. Wenn das unser Erkenntnisstand ist, dann sollten wir in das Programm BRD 2000 auch die prinzipielle Ablehnung dieser Technologie und die Forderung nach einem weltweiten Ausstieg hineinschreiben."* (forum extra, Sept. 88, S.10).

Hier wird in der Tat ein grundsätzlicher Wandel der DKP gefordert, der nur zu begrüßen ist. Es ist eine lange überfällige Abkehr von einer Position, die sich nur halten konnte, weil vor der konkreten Wirklichkeit die Augen verschlossen wurden. Wenn von den neuen Kritikern geschrieben wird, *„die konkrete Wahrheit (Tschernobyl) hat uns unsere Position überdenken lassen"*, ist aber zu bedenken, daß diese konkrete Wahrheit nicht erst mit Tschernobyl ans Licht gekommen ist. Auch müßte die Kritik konkrete Folgen haben. Noch hört mensch nichts zur aktuellen Atompolitik der UdSSR, beispielsweise über das vielleicht bahnbrechende Hochtemperaturreaktor-Geschäft mit BRD-Herstellern, über die merkwürdigen Angebote zur „Entsorgung" westdeutschen Atommülls oder über die Verbindungen zu dem dubiosen Nuklearhändler Alfred Hempel aus Düsseldorf.

Ideologische Begründung

Die Freude wird allerdings getrübt, schaut man/frau sich die Ideologie an, mit der die Positionskorrektur vollzogen wird. Den ideologischen Überbau für den Wandel in der DKP liefert das globale „Überlebensinteresse der Menschheit". Da zeigt sich, mit welcher Verspätung die Diskussion in der DKP begonnen wird. Mit dieser auf das Gattungsinteresse rekurrierenden Apokalyptik sind Ende der 70er Jahre insbesondere Rudi Dutschke und Rudolf Bahro aus frischer grüner Bekehrtheit gegen die Linke zu Felde gezogen. Das ist damals u.a. vom KB in heftigen Debatten zurückgewiesen worden. Die kritischen DKPlerInnen befinden sich damit allenfalls auf der Höhe des Zeitgeistes, im Nachtrott des bürgerlichen apokalyptischen Gefühls. Die Linke hat die Diskussion der Ökologiefrage damals auf der Ebene einer Diskussion um den Begriff der Produktivkräfte geführt. Im Rückgriff auf Marx, Engels, aber

mals auf der Ebene einer Diskussion um den Begriff der Produktivkräfte geführt. Im Rückgriff auf Marx, Engels, aber

auch moderne Theoretiker wie z.B. Charles Bettelheim führte die Diskussion zu der Erkenntnis, die Technik sei *„niemals ein irgendwie neutraler Bereich, der über dem oder jenseits des Klassenkampfes anzusiedeln wäre. Der Klassenkampf und die Veränderungen, die er hinsichtlich des Produktionsprozesses und der Produktionsverhältnisse hervorruft, bestimmen letztlich den spezifischen Charakter der Produktivkräfte und ihrer Entwicklung"* (Charles Bettelheim, China-Analysen,S.94). Das führte zum Begriff der Destruktivkräfte.

Diese Diskussion wird in der DKP bisher nur in Ansätzen geführt. Im Programm „BRD 2000" wird an einer Stelle der Begriff der deformierten Produktivkräfte eingeführt. Die zitierten Hamburger Thesen lassen in dieser Hinsicht kein Problembewußtsein erkennen. Hier wird statt einer kritischen Überprüfung und Diskussion der eigenen Position entlang eines marxistisch-leninistischen Verständnisses von Produktivkräften lediglich der bisherige lineare und ökonomistische Begriff des Fortschritts der Produktivkräfte mit einem kräftigen Schuß bürgerlicher Apokalyptik als Gegenmittel therapiert.

Ein weiteres „Ausufern" der Debatte wäre wünschenswert. Was aus den Forderungen nach prinzipieller Ablehnung der Atomenergie und sofortigem Ausstieg in der innerparteilichen Diskussion wird, bleibt gespannt abzuwarten. Die AKW-GegnerInnen in der DKP-Hamburg scheinen hier allerdings nicht alleine zu stehen. Auch in Schleswig-Holstein trägt die AKW-Diskussion erste Früchte. Dort spricht sich, soviel ist zumindest bekannt, die Lübecker DKP gegen AKW's in West und Ost aus.

rh.

Fortsetzung von vorheriger Seite

... Interview mit Fülbert

mern will. Der Attentismus soll gerettet werden, aber dazu brauchst du keine Partei, dazu brauchst du keine Mitglieder, dazu brauchst du ein Messingschild am Haus, wo du raufschreibst „Deutsche Kommunistische Partei". Das ist eine falsche Position, die überwunden werden muß.

Dagegen stehen in unseren Reihen die Menschheitsgenossen und -genossinnen, die sagen, das Problem ist endgültig dann gelöst, wenn sich die DKP in ihrer Programmatik endlich auf die antagonistische Kooperation mit dem Kapital erhebt, wo Realogrüne und SPD schon stehen.

Wäre das das Godesberg der DKP?

Ja, das wäre das Godesberg der DKP.

... die allerdings anders als die SPD keinen Schub davon bekommen würde.

Ganz klar. Es wäre das Ende der DKP. Dann könntest du neben das eine Schild der Attentisten ein zweites Schild nageln, „Deutsche Kommunistische Partei" als „Menschheitspartei". Dazu brauchst du auch keine kommunistischen Mitglieder,

„Deutsche Kommunistische Partei" als „Menschheitspartei". Dazu brauchst du auch keine kommunistischen Mitglieder,

die können zu den Grünen gehen oder woandershin. Trotzdem finde ich, daß in der jetzigen Situation diejenigen, die „BRD 2000" loben, zu unterstützen sind gegenüber den Attentisten. Nur, in dem Augenblick, wo sich die Orientierung von „BRD 2000" durchgesetzt hat, dann muß man denjenigen, die sich durchgesetzt haben, auf die Köpfe schlagen (hat Lenin ja auch immer wieder gemacht) und sagen: So, jetzt sind wir auf der Ebene der realen Problemwahrnehmung, und jetzt muß gefragt werden, was ist der spezifisch marxistische Beitrag innerhalb der Gesamtlinken? Insofern kann „BRD 2000" nur ein Zwischenentwurf sein. Die DKP ist nicht attentistisch gewesen in der Friedensfrage, sie ist nicht attentistisch gewesen in der klassischen Interessenvertretung im Betrieb — da werden wir im Urteil sicher differieren — aber dort wurde Tagespolitik tatsächlich gemacht. In allen anderen Fragen herrschte der Attentismus vor und hat die Partei in eine ganz tiefe Krise gestürzt.

Also begreifst du die Strömung der Neuerer, die Anhänger der Menschheitspartei, als Hefe im Teig der Partei, um überhaupt erst Bedingungen dafür zu schaffen, sich neuer Fragen anzunehmen.

Sie sind diejenigen, die Bewegung in die Partei reingebracht haben. Nur in dem Augenblick, da sie die Bewegung, die sie machen, mit Theorie verwechseln, sind sie zu bekämpfen und nicht zu unterstützen. Sie sind solange zu unterstützen, bis es ihnen gelingt, den Attentismus zu überwinden. Sollten sie sich aber durchsetzen, dann wird es notwendig sein, den inhaltlichen Kampf gegen die Auffassung von der Menschheitspartei in den Vordergrund zu stellen. Das ist dann der rote Aufbruch.

Dokumentation

Gegen die „Normalisierung“ der Partei

Rede von Herbert Lederer vor der 13. Parteivorstandstagung

Da unser Sprachschatz in den letzten Jahren durch Begriffe der sowjetischen Revolutionäre ergänzt worden ist, gestattet mir angesichts des Gegenstandes unserer heutigen Beratung, Euch mit liebe Bolschewiki, liebe Menschewiki, anzusprechen. Meine ketzerische These lautet: Die umfassende, den Parteivorstand, die Partei, den Parteitag erfassende Diskussion über die Lage der Partei und die beiden dazu entwickelten Papiere wird nicht der Kern einer neuen Produktivität unserer Arbeit sein, sie ist nicht nur unproduktiv, sondern im Ergebnis kontraproduktiv. Dabei gehe ich aus auch von dem, was Jupp Schleifstein zur Frage der objektiven Bedingungen unserer Schwierigkeiten und der fehlenden Widerspiegelung dieser objektiven Bedingungen in den Papieren ausgesagt hat. Ich sage das, obwohl ich weiß, daß der Zug insoweit abgefahren ist. Nicht aus Rechthaberei, sondern um vor Hoffnungen zu warnen, die in eine solche Diskussion über die Lage in der Partei gesetzt worden sind; Hoffnungen, die soweit gehen, wie es im Papier der Minderheit formuliert ist, der Parteitag sei möglicherweise die letzte Chance, an ihn würden „letzte Erwartungen geknüpft", um mit dieser Diskussion die Partei nach vorn zu bringen. Für diese Hoffnungen vermag ich, da haben mich die Argumente bisher nicht überzeugt, keine Basis zu sehen.

Erneuerung als Sesam-öffne-Dich?

Aus welchen Gründen sollten wir im Ergebnis an einer solchen Diskussion in der Lage sein, unsere Partei auch mitgliedermäßig zu stärken, zukünftig mehr Wahlerfolge zu erzielen, stärker in den Betrieben verankert zu sein, attraktiver für die radikalsten Teile der Arbeiter, Frauen, Jugend-

folge zu erzielen, stärker in den Betrieben verankert zu sein, attraktiver für die radikalsten Teile der Arbeiter, Frauen, Jugend-

lichen und der Intelligenz zu sein. Was die objektiven Ursachen der Schwierigkeiten der Partei betrifft, so muß ich sagen, hat mir mancher Satz von Georg Fülberth in seinen beiden Artikeln mehr Erkenntnisse gebracht als das, was in diesen beiden Papieren enthalten ist. Warum meine ich, daß diese Diskussion kontraproduktiv ist? Weil bereits über lange Zeit nicht nur die Aktivitäten und Kapazitäten des Parteivorstandes, sondern nun, wenn es in die Partei hineingehen wird, auch die vorhandenen Kapazitäten der gesamten Partei gebunden werden an die Diskussion über dieses Thema. Woher, wenn nicht aus irgendwelchen vulgärpsychologischen Glaubenssätzen, nehmt ihr eigentlich die Gewißheit, daß diese Diskussion die Partei nach vorne bringen wird? Und zwar gleichgültig, ob man nun den Ansatz der Anhänger des Bewahrens und Erneuerns oder des bloßen „Erneuerns" den Vorzug gibt. Welche zuverlässigen Erfahrungssätze dazu gibt es eigentlich?

Da auch ich nur über beschränkte Erkenntnisse verfüge, möchte ich zumindest die Frage aufwerfen und zu bedenken geben: Wie ist denn bisher jemand Kommunist geworden und geblieben? Deshalb, weil er sich an einer Reihe von Erfolgen hochgeangelt hat, oder vielleicht deshalb, weil er in einer nüchternen Analyse den katastrophalen Zustand der Partei konstatiert hat? Oder ist es nicht so, daß eine theoretische marxistisch-leninistisch begründete Überzeugung und die ihr entsprechende Weltanschauung, ihre Erfahrungen mit einer unerträglich empfundenen veränderbaren Wirklichkeit — alles verkürzt ausgedrückt — es gewesen sind, die Menschen zu Kommunisten werden ließ und sie es oft bis zu ihrem Lebensende geblieben sind.

Wer die Hoffnung verbreitet, eine wie immer geartete „Erneuerung" unserer Partei stelle den Ausweg aus unseren Schwierigkeiten dar, sei sogar das „Sesam-öffne-Dich" Zauberwort, der verkennt, wie beschränkt die Möglichkeiten sind, davon ausgehend die Partei politisch-ideologisch, in der Aktion und ihrer Ausstrahlungskraft vorwärts zu bringen. Stellen wir uns doch die Kontrollfrage: Auf welchen Feldern revolutionärer Politik werden wir denn nach dieser Diskussion oder aus dieser Diskussion stärker, klüger, qualifizierter und aktionsorientierter herauskommen? Mit welchen neuen Erkenntnissen und Ideen werden wir eigentlich danach unsere Politik entwickeln und den Kampf gegen die uns regierende, beherrschende, ausbeutende Klasse in unserem Land und in anderen Ländern führen? Wie wird sich denn das Profil einer kommunistischen, einer revolutionären Partei nach Abschluß, wann immer er sein wird, einer solchen Diskussion verändert haben? Sind denn viele von uns inzwischen so bescheiden geworden, daß es ihnen reicht, wenn dann vermerkt wird, selbst in der DKP werde diskutiert, selbst in der DKP flögen die Fetzen, selbst in der DKP seien personelle Alternativen möglich? Unterschätzen wir nicht Intelligenz, Ausdauer, Zuverlässigkeit unserer Mitglieder, unserer Genossinnen und Genossen, wenn wir meinen, daß ein solches neues Bild, ein solcher Diskussionsgegenstand schon reicht und daß das für ihre Motivation, auch in den zukünftigen Kämpfen, die Positionen ihrer revolutionären Partei zu vertreten, das entscheidende Moment ist? Reicht es denn vielen von uns, wenn die DKP in diesem Sinne endlich „Normalisierung" erreicht hat, eine „normale Partei" wie die anderen ist, ist der Anpassungsdruck an das sie umgebende politische Milieu schon so stark geworden? Mir ist das alles viel zu wenig.

(...)

Wird es uns als revolutionäre Partei weiterbringen, wenn wir uns auf dem Parteitag nicht intensiv mit folgenden Fragen beschäftigen und ihre Beantwortung versuchen: Wie weiter nach Rheinhausen, wie weiter im Friedenskampf, was tun bei den nächsten Wahlen, wie weiter in der internationalen Solidarität mit Südafrika und Chile, wie weiter im Kampf gegen die Tendenz zur Zweidrittel-Gesellschaft, um nur einige zu nennen? Oder: welchen Beitrag, welche Initiative können wir entwickeln, die Berufsverbote zu kippen?

(...)

„Krieg den Palästen — Friede den Hütten"

Wolfgang, ich habe gestern wieder von Dir gern gehört und ich weiß, daß es Deine Einstellung ist, Deine Forderung nach Radikalität und Wissenschaftlichkeit. Und doch, das Minderheitenpapier ist davon

Einstellung ist, Deine Forderung nach Radikalität und Wissenschaftlichkeit. Und doch, das Minderheitenpapier ist davon

noch weiter entfernt als das andere.

Beispielhaft möchte ich beide Papiere daraufhin prüfen, wie sie eines der bedeutsamsten Hemmnisse unserer Parteientwicklung — die Politik in und mit der Jugend — untersuchen. Im Mehrheitspapier wird das Problem erwähnt, m.E. zu glatt und zurückhaltend in der Beurteilung der Tätigkeit unserer Genossinnen und Genossen in MSB und SDAJ.

In dem Papier, das Schonungslosigkeit, Erneuerung für sich beansprucht, das von den Vertretern der Jugendverbände mitverfaßt, mitunterschrieben ist, dem Minderheitenpapier, findet sich kein einziges Wort zu diesem dramatischen Zustand, in dem ich viel eher den Schlüssel für den Zustand unserer Partei sehen würde. Ein merkwürdiger Zufall für den, für den „Zufall" zum politischen Vokabular gehört!

Vor einigen Tagen hat mir ein Genosse einen guten Vergleich genannt. Er hat aufgrund anderer Ursachen (unentwegte Aktivität über einen langen Zeitraum) davon gesprochen, seine Parteigruppe sei platt, es sei wie mit einer Kerze, der der Talg ausgegangen ist.

Nun, was ist der Talg einer kommunistischen Partei — das ist — müßte sein — die nachrückende Avantgarde mit ihrer revolutionären Ungeduld, unverbrauchten Ideenreichtum, ihrer Kraft, ihrer Unabhängigkeit und ihrem Mut. Es ist die Jugend, die zunehmend in unseren Reihen fehlt und die es an sich — zumindest zeitweise Erschöpften — nicht erlaubt, sich das zuzugestehen. Der Frage, warum sie fehlt, der dürfen wir doch nicht ausweichen.

Wie wollen wir mit einem Blick nach vorne, mit einer Hoffnung von einem Parteitag gehen, wie wollen wir uns mit diesen beiden Papieren beschäftigen, in denen diese Frage nicht angegangen wird? Warum ist es uns nicht gelungen, in dem letzten Jahrzehnt mehr Jugendliche in die Partei zu bekomen? Warum sind wir für Jugendliche in einer solchen, nicht lediglich orientierungslosen, sondern auch falsche Orientierungen anbietenden Zeit keine weltanschauliche Alternative? Warum ist es uns nicht gelungen, den Schub, den wir nach 1968 gehabt haben, auch unter anderen Bedingungen zu nutzen? Wo sind die Jugendlichen, die Häuser besetzt haben, in unseren Reihen? Wo sind die Jugendlichen, die an der Startbahn-West gestanden haben? Wo sind die autonomen Jugendlichen in den Antifa-Initiativen? Warum werden so wenig von ihnen Mitglieder in der antifaschistischen Partei? Wo sind die christlichen Jugendlichen in unseren Reihen, die im Unterschied zu schon manchen sich in der BRD „wohlfühlenden" marxistischen Jugendlichen die Zustände, die Politik für unerträglich halten, für so unerträglich, daß ihrem politischen Einsatz für Nikaragua, Südafrika, gegen die Armut in unserem Land Mit-Leiden im besten Sinn zugrunde liegt?

Wo sind sie? Diese Frage zu beantworten, haben uns bisher leider auch die Vertreter der Jugendorganisationen, der selbständigen Jugendorganisationen nicht geholfen, die bei uns im Parteivorstand sind. Und Birgit Radow, wenn du da so salopp vorhin sagst, die Frauenpolitik in der SDAJ sei auf den Hund gekommen, dann muß ich sagen: ich bin nun wirklich keiner, der auf Formen oder auf irgend so etwas Wert legt; ein salopper Diskussionsbeitrag ist mir tausendmal lieber als ein von hinten bis vorne glatter. Aber, weißt du, was du mit einer solchen hingeworfenen Bemerkung auslöst? Du entläßt uns doch noch viel depressiver aus dieser Parteivorstandstagung, als ich zum Beispiel sowieso schon hier hin fahre.

Es hat noch nie eine Periode in der Zeit, in der ich im Parteivorstand gewesen bin, gegeben, in der so wenig informiert worden ist über den Bereich der Studentenpolitik und Arbeiterjugendpolitik, über die Arbeit der Genossinnen und Genossen an den Hochschulen und im MSB. Ich erinner' mich mit großer Freude an die Beiträge der früheren MSB-Vorsitzenden im PV, Steffen Lehndorff, Beate Landefeld und anderen, die mir immer, obwohl ich jahrelang aus der Studentenpolitik heraus war, die Überzeugung vermittelten, da kann ich mitreden, ich weiß, was an den Universitäten los ist. Ich weiß vor allem, welche Politik unsere Genossinnen und Genossen an den Hochschulen machen. Und genauso waren die Beiträge der früheren SDAJ-Bundesvorsitzenden im PV, Werner Stürmann, Wolfgang Gehrcke u.a. Das sind Defizite in unserer Parteivorstandsarbeit, sind Defizite, die sich niederschlagen, wenn es um die Auswertung von PV-Tagungen in der ganzen Partei geht. Wir müssen uns der Beschränktheit der Wirkung der Papiere bewußt sein, die wir der Partei vorlegen und dort zur Diskussion stellen, und auch der Beschränktheit der Ergebnisse. Das gilt gleichermaßen für das Dokument „BRD 2000". Ihr werdet mir nicht verübeln, daß ich eine gewisse Genugtuung darüber empfinde, daß meine ablehnende Position zu „BRD 2000", zumindest von Teilen der Parteibasis, getragen wird, wie die spontane Reaktion auf dieses Dokument gezeigt hat. Ich gehe davon aus, daß von diesem Dokument keine Faszination für den radikalen Teil der Jugendlichen, für die im übrigen Marginalisierten, für den klassenbewußt denkenden Gewerkschafter und radikalen Intellektuellen, also unsere Zielgruppen, ausgehen wird.

Diese Papiere passen nicht in eine Situation, die geprägt ist durch Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes, durch das monopolistische Plattmachen ganzer Regionen, durch die über Gesundheit und Leben der Menschen und Natur sich hinwegsetzenden Profiteure der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch ungeheuren Reichtum mit all seinen abscheulichen — medial vermittelten — Erscheinungsformen, durch tapfere Widerstandsaktionen, vor allem ungeahnt in Bewegung geratener Arbeiter/innen, Widerstand ohne den gewünschten Erfolg allerdings, zunehmendes Klassendenken unter ihnen auf der anderen Seite.

In dieser Situation hätte ich mir einen Parteitag unter dem Motto „Krieg den Palästen — Friede den Hütten — gegen die Zweidrittelgesellschaft — für soziale Gerechtigkeit" gewünscht. Davon hätte ich mir etwas versprochen für das Profil und das Weiterkommen unserer revolutionären Partei. (...)

Ein Argument zum Schluß. Das ist nicht in erster Linie moralisch gemeint, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Ausstrahlungskraft unserer Partei. Wir leben in einer Zeit, in der Entsolidarisierung, Ellenbogenmentalität, in einer Zeit, in der politischer Karrierismus angesagt ist, in einer Zeit, in der große Teile der Grünen parlamentarisieren und genauso werden wie die, von denen sie sich ursprünglich unterschieden haben. Wir leben in einer Zeit, in der Profis immer mehr die Politik bestimmen, das Bild dieser Berufspolitiker aber immer mehr verblaßt und die Häßlichkeit dieses Typus von Politiker und der Typus von Parteien erkennbar werden. Welche Chance hätten wir als eine Partei, die sich nicht als Partei des kleinkarierten Gezänks, nicht als Partei, in der — und deine Formulierung, lieber Thomas Harms, werde ich nicht vergessen — „Personalpolitik" wichtiger ist als „Jugendpolitik", nicht als Partei, die so wird wie die anderen, nicht als Partei, die ständig von „Politik-", „Tragfähigkeit" u.ä. spricht, sondern als Partei, die sich als solidarische Kampfgemeinschaft versteht, die angetreten ist, liebe Birgit Radow, nicht nur die Welt zu „interpretieren", sondern sie zu verändern. Welche Chancen hätten wir, wenn wir uns gerade jetzt als solidarische Kampfgemeinschaft darstellten. Wir werden diese Chance auf dem Parteitag nicht nutzen.

(aus: DKP-Informationen 13, September 1988)

Herbert Mies:

DKP-Minderheit nicht produktiv

Die heftigen Konflikte um das Mehrheits-und Minderheitspapier „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP" fanden auf der 13. Parteivorstandstagung Anfang September ihren Niederschlag in einer stark emotional geführten Diskussion um personelle Erneuerung. Herbert Mies war der erste, der parteiöffentlich von „zwei Linien", mit deren „*Nebeneinander auf die Dauer keine kommunistische Partei leben*" könne, gesprochen hat.

Aus der Dokumentation der Parteivorstandsdiskussion (DKP-Informationen 13/88) geht hervor, daß der Konflikt seit Mai 1988 in zugespitzter Form existiert. Die Präsidiumsmitglieder Wolfgang Gehrcke, Werner Stürmann und Vera Achenbach hatten damals den Auftrag erhalten, ihre Position zur weiteren Entwicklung der DKP schriftlich dem Präsidium vorzulegen. Am 9. August wurde darüber diskutiert und bereits zu der Zeit festgestellt, daß es sich bei ihren Vorstellungen „*um eine geschlossene Konzeption einer anderen Entwicklungsrichtung der Partei*" handele. Damals sei, so Vera Achenbach, vereinbart worden, daß dieses Papier über den Kreis des Parteivorstands-Präsidiums hinaus nicht verbreitet werden soll. Die jetzige Definition „zweier Linien" sei von dieser Auseinandersetzung mitgeprägt.

In der Diskussion warfen mehrere Vorstandsmitglieder der Minderheit im Vorstand vor, über Personalfragen die gesamte Politik ändern zu wollen (Heinz Czymek). Der Hamburger Peter Schütt — der das Minderheitspapier unterstützt — hat dies am klarsten ausgedrückt: „*Ein Wechsel ist fällig, ein Generations- und Personenwechsel in der Führung, in unserer Partei, ein unübersehbares Signal zur Erneuerung, zu unserer eigenen Perestroika.*" Auf Hamburg und Bremen konzentrieren sich die personellen Auseinandersetzungen in der DKP. „*Als in Hamburg die Wahl war vor eineinhalb Jahren, habe ich hier gesagt: wir müssen auf die 1.500 Kommunisten setzen, die trotz Aufruf ihrer Leitung dort, die anderen* (Anmerkung: die DKP hatte zwar selber kandidiert, aber zur Wahl der GAL aufgerufen) *zu wählen, für die DKP gestimmt haben.*" Hier lägen, so Willi Mohn, die Versäumnisse hin zu einer Entwicklung, die „*eine andere Partei zum Inhalt hat*". In Bremen, beklagt ein weiterer Redner, verweigere das Bezirkssekretariat offen, sich an personelle Beschlüsse des Präsidiums zu halten. Drei Angestellte seien aus dem Bremer Apparat ausgeschieden, weil sie die Mehrheitslinie der Partei dort nicht vertreten konnten, lautet der Vorwurf.

Zwischenzeitlich schien in der DKP das Bemühen erkennbar, die aufgetretenen Widersprüche nach dem Mies'schen Warnschuß vom Anfang September nicht allzusehr hochzukochen. Intern machten diverse für den Frankfurter Parteitag im Januar 1989 angestellte Personalüberlegungen zur Schlichtung die Runde, deren originellste die Besetzung des Parteivorsitzes mit Vertretern beider Flügel (kannten wir bisher nur von den Grünen) war: die bisherige zweite Vorsitzende Ellen Weber und der Hamburger DKP-Chef Wolfgang Gehrcke. Andere wiederum favorisierten Herbert Mies als möglichen Kompromißkandidaten beider Flügel. Ob das nach seiner jüngsten Veröffentlichung noch zutrifft, darf bezweifelt werden. Der Parteivorsitzende trat am 14. Oktober via UZ noch einmal vor die Mitgliedschaft. Zwar ließ er per Überschrift verkünden „*Was uns eint, ist stärker als das, was uns trennt*", doch verschärfte Mies mit diesem Beitrag die Trennungslinien.

„Eine ernste und einmalige Lage"

Herbert Mies bemüht wieder seine Dialektik, die uns nicht immer leicht verständlich ist. Er konstatiert zwar, daß „*sich die gesamte Linke der Bundesrepublik in einer krisenhaften Situation befindet*" und bezieht dabei auch Teile der Gewerkschaften mit ein, stellt dann aber fest, daß die Partei sich im „*Spannungsfeld zwischen neuen großen Chancen der Ausweitung unserer geistigen Ausstrahlungskraft einerseits und unserer begrenzten, ja schwächer gewordenen Kraft andererseits befindet.*" Man kann vermuten, daß Mies damit auf im wesentlichen subjektive Ursachen der Krise abheben will. Dafür spricht, daß er nachfolgend den Gedanken entwickelt, daß die Feinde der Kommunisten hierzulande den Gedanken, die DKP zu isolieren, sie kleinzukriegen nicht aufgegeben hätten und „*wenn sie nicht von ‚außen aufzubrechen' ist, dann soll sie durch innere Schwierigkeiten in der Wahrnehmung ihrer Rolle nach draußen blockiert werden.*"

Da erkennt man sie wieder, die alte DKP: die Krise der Partei ist im wesentlichen vom Klassenfeind gesteuert, die inneren Schwierigkeiten sind von außen hineingetragen. Das prädestiniert Mies nicht gerade zum Anführer des Neuen Denkens. „*Wir müssen die Wahrheit aussprechen*", so der Vorsitzende. Es gehe der Minderheit um eine andere programmatische Entwicklung, eine andere Ideologie, eine neue Führung. Etwas seltsam mutet uns der Vorwurf, die Minderheit wolle die DKP „*vielleicht sogar in eine reformistische Partei verwandeln*", schon an. Schließlich das Verdikt über die Bewertung des Minderheitspapiers: er müsse allen „*widersprechen, die in der Existenz der Minderheitenstellungnahme den ‚Auslöser' einer produktiven Diskussion sehen.*" Diese spiele sich allein in der Diskussionstribüne der UZ zum 9. Parteitag ab. Wenn die Minderheit statt dessen den Weg eines eigenen Antrags gehe, ziele dies auf „Polarisierung", auf eine „Kraftprobe" ab.

Hintergrund für diese Äußerungen dürften offenkundig einige heftige personelle Auseinandersetzungen auf einigen den Parteitag vorbereitenden Kreisdelegiertenkonferenzen sein. Sie seien, so Mies, eine Herausforderung für die Partei, die dadurch „*in eine sehr ernste und bisher einmalige Lage geraten*" sei, daß eine Reihe solcher Konferenzen „*von zwei Linien bestimmt werden, die sich setzen oder von einigen Führungen und führenden Genossen unwidersprochen oder auch ‚gleichberechtigt' im Raume stehengelassen werden.*" Oder an anderer Stelle: „*Erleben wir nicht (...), daß doch die Existenz von Linien spürbar wird und dann die Wahlen überlagert, teilweise durchdringt und in gewisser Weise verzerrt?*" Was ja wohl heißen soll, daß die Minderheit einige unerwartete Erfolge hatte? Mensch fragt sich, warum dieses andeutende Kauderwelsch immer noch notwendig ist, auf einer Seite in der UZ ausgebreitet zu werden, um den Leuten heftige personelle Auseinandersetzungen zu signalisieren ohne sie direkt zu benennen. Deutlich genug waren sie, Öl ins Parteifeuer zu gießen und dem Beschwören der Parteispaltung (Mies: „*Niemand in der Partei will die Spaltung*") neue Nahrung zu geben.

Einen Beitrag ganz anderer Art stellte das Parteivorstandsmitglied Herbert Lederer zu Debatte, der beide Ansätze in der Parteidiskussion kritisiert und stattdessen eine stärkere Orientierung auf die aktiven linken Potentiale, die heute politischen Widerstand leisten, fordert. Wir dokumentieren seinen Beitrag gekürzt.

hr.

Quellen

Herbert Mies, Was uns eint, ist stärker als das, was uns trennt, UZ, 14.10.88; Diskussion der 13. Parteivorstandstagung der DKP vom 3./4.9.88, DKP-Informationen 13/Sept. 88.
Zur Auseinandersetzung mit den DKP-Papieren siehe auch AK 298.



„Biographische Notiz" über Leo Trotzki

Leo Trotzki (Lew Dawidowitsch Bronstein) wurde am 7. November 1879 als Sohn eines jüdischen Landwirts in Janowka in der Provinz Cherson, Ukraine, geboren. Er wuchs auf dem väterlichen Gutshof heran, bis er mit neun Jahren die Höhere Schule in Odessa, dann in Nikolajew besuchte (1888-1897). Noch bevor er die Schule in Nikolajew verließ, schloß er sich einem geheimen revolutionären Kreis von Narodniki(1) an, wurde aber bald Marxist, Sozialdemokrat, und einer der Gründer des hauptsächlich von ihm inspirierten *Südrussischen Arbeiterbundes*. Anfang 1898 wurden er und andere Mitglieder des Bundes verhaftet, da sie in Nikolajew mehrere Arbeiterdemonstrationen und Streiks angeführt und illegale Literatur veröffentlicht hatten. Er wurde fast zwei Jahre lang in Haft gehalten und dann ohne Gerichtsverhandlung auf vier Jahre nach Sibirien verbannt. Im Gefängnis heiratete er Alexandra Sokolowskaja; ihre beiden Töchter Nina und Sina kamen in Sibirien zur Welt. In der Verbannung schloß er sich der sozialdemokratischen *Sibirischen Union* an und machte sich unter dem Pseudonym Antid Oto einen Namen als politischer Kommentator, Gesellschafts- und Literaturkritiker. Im Sommer 1902 entwich er aus der Verbannung und begab sich auf Lenins Anregung hin nach London, wo er sich dem Kreis marxistischer Propagandisten anschloß, die sich um die Zeitschrift *Iskra* scharten. (Andere Mitglieder dieses Kreises waren Plechanow, Axelrod, Sassulitsch, Martow, Potressow.) Er nahm am Zweiten Kongreß der *Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* in Brüssel und London (1903) teil, bei dem es zu der historischen Spaltung zwischen Bolschewisten und Menschewisten kam. Eine Zeitlang war er einer der Hauptsprecher der Menschewisten, mit denen er jedoch bald uneins wurde; er nahm dann eine unabhängige Position zwischen den Gruppierungen der russischen Sozialdemokratie ein. 1902 lernte er in Paris Natalia Sedowa(3) kennen, die seine zweite Frau werden sollte. Im Februar 1905, nach dem Ausbruch der ersten Russischen Revolution, kehrte er nach Rußland zurück, wurde einer der Hauptführer und -redner des Sozialismus und der treibende Geist des Rates der Arbeiterdelegierten von St. Petersburg, des ersten Sowjets der Geschichte.

Nach der Niederlage der Revolution wurde er im Jahre 1907 vor Gericht ge-

werden sollte. Im Februar 1905, nach dem Ausbruch der ersten Russischen Revolution, kehrte er nach Rußland zurück, wurde einer der Hauptführer und -redner des Sozialismus und der treibende Geist des Rates der Arbeiterdelegierten von St. Petersburg, des ersten Sowjets der Geschichte.

Nach der Niederlage der Revolution wurde er im Jahre 1907 vor Gericht ge-

stellt und zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien und zum Verlust aller bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, konnte aber nach Westeuropa fliehen. Noch im Gefängnis arbeitete er in einem Aufsatz „Ergebnisse und Perspektiven — Die treibenden Kräfte der Revolution" seine Theorie der permanenten Revolution aus. Von 1907 bis 1914 lebte er mit Natalia Sedowa, seiner zweiten Frau, und seinen beiden Söhnen Ljowa und Sergei in Wien, wo er die *Prawda* redigierte und journalistisch und politisch wirkte. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs emigrierte er in die Schweiz, später nach Frankreich, wo er Korrespondent einer großen liberalen russischen Tageszeitung, der *Kiewskaja Mysl* („Kiewer Gedanke"), war und die Zeitschrift *Nasche Slowo* („Unser Wort", 1915/16) herausgab. Er war einer der Hauptinspiratoren der revolutionären Opposition gegen den Krieg und der Zimmerwalder Konferenz (1915). Die Kriegsgegnerschaft und die Befürwortung einer *Dritten Internationale* brachten ihn nach jahrelangen Parteistreitigkeiten Lenin näher. Aus Frankreich ausgewiesen, fand er Anfang 1917 Asyl in den Vereinigten Staaten; nach Ausbruch der Februarrevolution kehrte er nach Rußland zurück.

Im Sommer 1917 schloß er sich den Bolschewisten an und zeichnete sich als der redegewandteste und zusammen mit Lenin einflußreichste Gegner des Februarregimes aus. Am 5. August 1917 wurde er von der Regierung Kerenski verhaftet. Zum Präsidenten des Petrograder (St. Petersburger) Sowjets gewählt, übernahm er die Vorbereitung, Organisation und Führung des Oktoberaufstands, der die Bolschewisten an die Macht brachte. Als erster Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten leitete er die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Da er sich weigerte, einen deutschen Diktatfrieden zu akzeptieren, und eine Politik „Weder Krieg noch Frieden" vertrat, schied er aus dem Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten aus. Von 1918 bis 1925 war er Kriegskommissar. Trotzki gründete die *Rote Armee*, die während der Bürgerkriegsjahre seiner Führung unterstand. Mit Lenin begründete er die *Dritte Internationale*; zu Lenins Zeiten bekleidete er eine Anzahl wichtiger Regierungsposten. Er schrieb *Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag, Terrorismus und Kommunismus* und andere Bücher und Pamphlete; er war der Verfasser der Manifeste der ersten fünf Kongresse der *Kommunistischen Internationale* und einiger ihrer wichtigsten politischen Erklärungen und Resolutionen. (Seine militärischen Schriften, Reden und Tagesbefehle wurden in Rußland in drei Bänden unter dem Titel *Wie sich die Revolution bewaffnete* (Moskau, 1923-25) veröffentlicht.)

1923 führte er die erste Opposition gegen Stalin an, die gegen die Unterdrückung der Sowjetdemokratie und die „Bürokratisierung" der Partei protestierte und die rasche Industrialisierung der UdSSR forderte. Nachdem er einer Koalition Stalins mit Sinowjew, Kamenjew, Bucharin und anderen unterlegen war, trat er 1925 von der Leitung des Kriegskommissariats zurück. Während einer Pause des Fraktionskampfes schrieb er *Literatur und Revolution, Über Lenin, Wohin treibt England?, Europa und Amerika, Probleme des Alltagslebens* und viele andere Bücher und Artikel. 1926 machte er mit Sinowjew und Kamenjew gemeinsame Sache gegen Stalin und bildete die *Vereinigte Linksopposition*. Nach heftigem Kampf an allen Hauptfronten der kommunistischen Politik wurde er gegen Ende 1927 aus der Partei ausgeschlossen, aus Moskau verbannt und nach Alma Ata an der russisch-chinesischen Grenze deportiert. Von Alma Ata aus führte er die *Linke Opposition* weiter, kritisierte Stalins „Sozialismus in einem Lande" und sein Regime, besonders seine Politik während der chinesischen Revolution von 1925-27. In Alma Ata verfaßte Trotzki seine *Kritik des Programms der Komintern, Die permanente Revolution* und andere Schriften.

1929 wurde er in die Türkei ausgewiesen, wo er bis zum Sommer 1933 auf ei-

aus führte er die *Linke Opposition* weiter, kritisierte Stalins „Sozialismus in einem Lande" und sein Regime, besonders seine Politik während der chinesischen Revolution von 1925-27. In Alma Ata verfaßte Trotzki seine *Kritik des Programms der Komintern, Die permanente Revolution* und andere Schriften.

1929 wurde er in die Türkei ausgewiesen, wo er bis zum Sommer 1933 auf ei-

ner der Prinkipo-Inseln lebte, seine Anhänger in vielen Ländern organisierte, das *Bulletin der Opposition* veröffentlichte und die *Geschichte der Russischen Revolution, Mein Leben* und andere Bücher schrieb. 1929 begann er eine besondere Kampagne, um die kommunistische Bewegung zur Wachsamkeit angesichts der Gefahren des aufstrebenden Nazismus aufzurufen, aber seine Warnungen verhallten ungehört. 1932 wurde ihm die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen. Seine Anhänger und Familienangehörigen fielen der brutalen stalinistischen Verfolgung zum Opfer. Eine seiner Töchter, Nina, starb 1928; die andere, Sina, beging — krank, der sowjetischen Staatsangehörigkeit beraubt und von ihrer Familie in Rußland getrennt — 1933 in Berlin Selbstmord. Kurz darauf durfte Trotzki, dem jahrelang von beinahe allen europäischen Staaten das Asylrecht verweigert wurde, nach Frankreich reisen, wo er zur Gründung einer *Vierten Internationale* aufrief. 1935 aus Frankreich ausgewiesen, fand er kurze Zeit in Norwegen eine Zuflucht und schrieb dort seine Analyse der Sowjetgesellschaft unter der stalinistischen Diktatur: *Verratene Revolution*. Nach dem Schauprozeß gegen Sinowjew, Kamenjew und andere bedeutende Bolschewisten der Alten Garde und ihrer Hinrichtung (im August 1936) fügte sich die norwegische Regierung dem Druck Stalins; Trotzki wurde interniert, um zu verhindern, daß er den Betrug der großen „Säuberungen" aufdeckte. Um diese Zeit hatte Stalins wütende Kampagne gegen den Trotzkismus ihren Höhepunkt erreicht; in den Moskauer Prozessen wurde Trotzki als Hauptangeklagter in absentia bezichtigt, zahllose Verschwörungen angezettelt zu haben, um Stalin, Woroschilow, Kaganowitsch(4) und andere sowjetische Führer zu ermorden; er wurde beschuldigt, sich mit Hitler und dem Kaiser von Japan verbündet zu haben, um den Sturz des Sowjetregimes und die Zerstückelung der Sowjetunion herbeizuführen. 1937 wurde Trotzki die Einreise nach Mexiko gewährt, wo er in einem „Gegenprozeß" auftrat, der unter dem Vorsitz des amerikanischen Philosophen John Dewey stattfand. Als Hauptzeuge wies Trotzki sämtliche Anschuldigungen zurück. Im Jahr darauf proklamierte er die Gründung der *Internationale* und schrieb für sie das *Übergangsprogramm*. In einer Flut von Aufsätzen und Artikeln sagte er den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs voraus und analysierte dessen wahrscheinliche Folgen. Sein jüngerer Sohn Sergei wurde ein Opfer der großen Terrorwelle in der UdSSR, der *Jeschowschtschina*, in deren Verlauf die zahlreichen Trotzki-Anhänger samt ihren Familien ausgerottet wurden. Trotzkis älterer Sohn Ljowa starb im Februar 1938 in Paris. Die Umstände seines Todes deuten auf eine Mordaktion der GPU hin. In Spanien, Frankreich und in der Schweiz wurden viele Anhänger und Sympathisanten Trotzkis entführt und ermordet. Im Mai 1940 wurde er selbst von einer bewaffneten stalinistischen Bande angegriffen, deren Anführer der bekannte mexikanische Maler David Alfaro Siqueiros war. Bald darauf, am 20. August 1940, wurde Trotzki von einem Agenten der GPU namens Ramon Mercader („Jacson"), der sich als enttäuschter Anhänger Trotzkis ausgab, in seinem Haus in Coyoacán, Mexiko, ermordet, während er an seinem letzten Buch, einer Biographie und Anklage Stalins, arbeitete.

„Biographische Notiz" aus: Leo Trotzki, Denkzettel — Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolution. Herausgegeben von Isaac Deutscher, Georg Novack, Helmut Dahmer, Frankfurt 1981

Anmerkungen:

1) Die *Narodniki* („Volksfreunde", „Populisten") waren Anhänger einer besonders von Herzen, Tschernyschewski und Lawrow beeinflußten Richtung des vormarxistischen Sozialismus in Rußland (1860-95). Ihr Programm war es, unter Rückgriff auf die altrussische Dorfkommune (Mir, Obschtschina) eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaft unter Umgehung des Kapitalismus aufzubauen. Die russischen Marxisten

Anmerkungen:

1) Die *Narodniki* („Volksfreunde", „Populisten") waren Anhänger einer besonders von Herzen, Tschernyschewski und Lawrow beeinflußten Richtung des vormarxistischen Sozialismus in Rußland (1860-95). Ihr Programm war es, unter Rückgriff auf die altrussische Dorfkommune (Mir, Obschtschina) eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaft unter Umgehung des Kapitalismus aufzubauen. Die russischen Marxisten

(Plechanow) setzten sich seit 1880 kritisch mit den „Volksfreunden" auseinander. Nach 1900 orientierte sich die Partei der *Sozialrevolutionäre* neuerlich an Narodniki-Vorstellungen.

2) *Iskra* („Der Funke"): Russische sozialistische Exilzeitschrift, gegründet 1900, bis 1903 unter Lenins Leitung; bis 1905 unter Leitung von Plechanow und Axelrod (mit menschewistischer Orientierung).

3) Natalia I. Sedowa-Trotzki (1882-1962), Trotzkis zweite Frau, entstammte einer russisch-polnischen Familien des verarmten Kleinadels. Bereits als Schülerin wurde sie wegen revolutionärer Propaganda relegiert. Studium (der Botanik) in Moskau und in Genf, lebhaftes Interesse für bildende Kunst, Musik und Literatur. Traf 1902 in Paris Trotzki. Wurde am 1.5.1905 in Petrograd verhaftet und zu 6 Monaten Gefängnis und Deportation nach Twer verurteilt. Nach der Oktoberrevolution arbeitete sie unter Lunatscharski im Kommissariat für Erziehung und Unterricht. Ihre beiden Söhne Leon und Sergej wurden 1906 und 1908 geboren; beide fielen dem Stalin-Terror zum Opfer. Nach Trotzkis Ermordung lebte N. Sedowa mit dem überlebenden Trotzki-Enkel Sewa weiterhin in Coyoacán. 1951 brach sie politisch mit der IV. Internationale wegen der russischen Frage; während des 20. und des 22. Parteitages der KPdSU forderte sie die Rehabilitierung Trotzkis. 1955 und 1961 lebte sie in Paris.

4) K. J. Woroschilow (1881-1969), 1925-40 Kriegskommissar, enger Mitarbeiter Stalins, bis Mai 1960 Vors. des Präsidiums des Obersten Sowjets.

Lasar M. Kaganowitsch (Jg. 1893), Bolschewist seit 1911, nach 1917 politischer Kommissar in Südrußland und Turkestan. Enger Mitarbeiter Stalins, seit 1922 im ZK, 1926 Kandidat, 1930 Mitglied des Politbüros, 1928/29 ZK-Sekretär, Organisationsleiter der KPdSU. Nach dem Tod Ordshonikidses (1937) Leiter der sowjetischen Industrie. Am Stalin-Terror persönlich durch Aufstellung von Liquidationslisten beteiligt. Mehrfach als Sonderbeauftragter Stalins in die Ukraine entsandt. Seit 1947 stellvertretender, seit 1953 I. stellvertretender Ministerpräsident. 1957 aller Ämter enthoben, 1961 aus der Partei ausgeschlossen.

Trotzki über Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur

Viele Schriften Leo Trotzkis sind in der BRD nicht erhältlich. Eine Werkausgabe wie in Frankreich oder umfangreichere Ausgaben, wie sie für den englischen Sprachraum existieren, gibt es in der BRD nicht. In den siebziger Jahren ist einiges in kleinen Verlagen erschienen. Leider beruhten die meisten Ausgaben auf fehlerhaften Übersetzungen aus den zwanziger und dreißiger Jahren, die schon damals von wenigen Idealisten mit unzureichenden Mitteln produziert wurden. Eine Neuübersetzung und entsprechende Anmerkungen, die den heutigen LeserInnen die Werke Leo Trotzkis verständlich gemacht hätten, überstiegen die Mittel dieser kleinen Verlage. Mittlerweile hat der Rasch und Röhring Verlag damit begonnen, eine auf 10 Bände angelegte Reihe von Trotzkis Schriften herauszugeben.* Die Übersetzungen sind alle überarbeitet worden. Die jetzt erschienenen ersten beiden Teilbände beschäftigen sich mit Trotzkis Analysen der Sowjetunion und des Stalinismus. Diese umfassen die Außenpolitik der Sowjetunion (z.B.: Völkerbund, Hitler-Stalinpakt usw.), die Wirtschaftspolitik (die ersten Fünfjahrespläne), die reaktionären Ansichten der Stalin-Fraktion zur Emanzipation der Frau, den Klassencharakter der Sowjetunion, usw.

Im folgenden werde ich einige Punkte aus den Schriften genauer darstellen, wobei die Auswahl natürlich rein subjektiv ist.

Für Trotzki ist die Sowjetunion ein Arbeiterstaat, in dem die Parteibürokratie die Macht übernommen hat. *„Die Stärke des Stalinschen Apparates beruht zu neun Zehnteln nicht auf dem Apparat, sondern auf den von der siegreichen Revolution bewirkten sozialen Veränderungen."* (1) Eine eigene Klasse bildet die Bürokratie nicht. *„Die Diktatur einer Klasse bedeutet keineswegs immer auch die unmittelbare Beteiligung der Gesamtheit ihrer Mitglieder an der Staatsverwaltung. Besonders deutlich wird das am Beispiel der besitzenden Klassen ... Vor unseren Augen wurde in Deutschland die Demokratie durch Hitlers Autokratie ersetzt und wurden alle traditionellen bürgerlichen Parteien zerschlagen. Heute herrscht die deutsche Bourgeoisie nicht mehr unmittelbar; politisch ist sie Hitler und seinen Banden völlig unterworfen. Dennoch bleibt die Diktatur der Bourgeoisie in Deutsch-*

besitzenden Klassen ... Vor unseren Augen wurde in Deutschland die Demokratie durch Hitlers Autokratie ersetzt und wurden alle traditionellen bürgerlichen Parteien zerschlagen. Heute herrscht die deutsche Bourgeoisie nicht mehr unmittelbar; politisch ist sie Hitler und seinen Banden völlig unterworfen. Dennoch bleibt die Diktatur der Bourgeoisie in Deutsch-

land unangetastet, weil alle Bedingungen ihrer sozialen Herrschaft gewahrt und verstärkt worden sind. Indem Hitler die Bourgeoisie politisch expropriierte, rettete er sie, wenn auch nur zeitweise vor der wirtschaftlichen Expropriation. Daß die Bourgeoisie sich gezwungen sah, zum faschistischen Regime Zuflucht zu nehmen, beweist, daß ihre Herrschaft bedroht war, keinesfalls aber, daß sie gestürzt wurde." (2)

Welche soziale Grundlage hat nun die Bürokratie in der Sowjetunion? Der sozialistische Staat hat von Anfang an einen doppelten Charakter: *„Er ist sozialistisch, soweit er das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln schützt, und er ist bürgerlich, soweit die Verteilung der Konsumgüter mit Hilfe des Geldes, des kapitalistischen Wertmessers, erfolgt, mit allen daraus resultierenden Folgen. ... Das definitive Gesicht des Arbeiterstaates wird von dem variablen Verhältnis zwischen seinen bürgerlichen und seinen sozialistischen Tendenzen bestimmt. Der Sieg des letzteren muß die endgültige Liquidierung des Gendarmen bedeuten, das heißt das Aufgehen des Staates in einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft."* (3) *„Die Bürokratisierungstendenzen, an denen die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder zu ersticken droht, werden sich auch nach der proletarischen Umwälzung bemerkbar machen. Doch es ist klar, daß das ‚Gesetz' der Bürokratisierung sich um so stärker und unverkennbarer geltend macht, je ärmer die aus der Revolution geborene Gesellschaft ist. Der Bürokratismus wird dann entsprechend gröbere Formen annehmen und kann die sozialistische Entwicklung um so mehr gefährden. Was den Sowjetstaat hindert, abzusterben oder sich auch nur von bürokratischen Parasiten zu befreien, sind nicht, wie es in Stalins Polizistendoktrin heißt, die an sich ohnmächtigen ‚Überreste' der früheren herrschenden Klassen, sondern weitaus mächtigere Faktoren, wie die materielle Armut, die kulturelle Rückständigkeit und die daraus resultierende Herrschaft ‚bürgerlichen Rechts' auf einem Gebiet, wo jeder Mensch direkt betroffen ist: auf dem Gebiet der Selbsterhaltung."* (4)

Warum hat Stalin gesiegt?

Warum hat Stalin gesiegt, fragt nun Trotzki (5).

Die Linke Opposition hatte mit ihren Einschätzungen im großen und ganzen immer recht, daran kann es nicht gelegen haben. Schon in den zwanziger Jahren hatte die Linke Opposition den Übergang zu Fünfjahresplänen gefordert. Die Stalin-Bucharin-Fraktion (Sinowjew und Kamenjew gingen 1926 in Opposition) hatte die Fünfjahrespläne der Opposition als „Überindustrialisierung" bezeichnet und selbst nur sehr bescheidene Pläne ausgearbeitet. Als sich nun Ende der zwanziger Jahre herausstellte, daß die Kulaken (Großbauern) ihr Getreide zurückhielten, weil die Industrie nicht genügend Waren zur Verfügung stellen konnte und eine Hungersnot drohte, da führte die Stalinfraktion eine abrupte Wende durch. Hatte die Opposition eine maßvolle Kollektivierung der Landwirtschaft gefordert, so wurde die Landwirtschaft plötzlich gewaltsam kollektiviert. *„An den einander widersprechenden Anweisungen, von denen es mehr gab als Brotrationen, ließ sich deutlich ablesen, daß die Regierung in der Bauernfrage nicht nur kein Fünfjahres-, sondern nicht einmal ein Fünfmonatsprogramm hatte."* (6) So wurde unter gewaltigen sozialen und menschlichen Kosten die Kollektivierung verwirklicht, ohne daß die materiellen Voraussetzungen (die Industrie war nicht in der Lage, die entsprechende Ausrüstung für landwirtschaftliche Großbetriebe zu liefern), die die Linke Opposition gefordert hatte, vorhanden waren.

Nach Trotzki war eine weiter Ursache für den Sieg des Stalinismus das Ausbleiben der Revolution im Westen, und damit fehlte die nötige technische und materiel-

gen (die Industrie war nicht in der Lage, die entsprechende Ausrüstung für landwirtschaftliche Großbetriebe zu liefern), die die Linke Opposition gefordert hatte, vorhanden waren.

Nach Trotzki war eine weiter Ursache für den Sieg des Stalinismus das Ausbleiben der Revolution im Westen, und damit fehlte die nötige technische und materiel-

le Hilfe, die den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion wesentlich erleichtert hätte. Krieg, Revolution und Bürgerkrieg hatten den Menschen sehr viel abgefordert. *„So folgte auf eine beispiellose Anspannung der Kräfte, Hoffnungen und Illusionen eine lange Periode der Müdigkeit, der Niedergeschlagenheit und der direkten Enttäuschung über die Resultate des Umsturzes. Auf das Verebben des ‚plebejischen Stolzes' folgte eine Flut von Kleinmut und Strebertum. Auf dieser Welle schwang sich eine neue kommandierende Schicht empor. Eine nicht geringe Rolle bei der Herausbildung der Bürokratie spielte die Demobilisierung der fünf Millionen Mann starken Roten Armee: Die siegreichen Kommandeure besetzten die leitenden Posten in den lokalen Sowjets, in der Wirtschaft, im Schulwesen und führten überall energisch das Regime ein, dem die Siege des Bürgerkrieges zu verdanken waren. So wurden die Massen allmählich von der faktischen Beteiligung an der Leitung des Landes ausgeschlossen."* (7) *„Es wäre naiv, zu glauben, der den Massen unbekannte Stalin sei plötzlich, mit einem fertigen strategischen Plan versehen, aus den Kulissen hervorgetreten. Nein, ehe er seinen Weg fand, fand die Bürokratie ihn. Stalin bot ihr alle nötigen Garantien: das Prestige eines alten Bolschewiken, starken Charakter, engen Horizont und unzerreißbare Verbindungen zum Apparat, der einzigen Quelle seines eigenen Einflusses. Der Erfolg, der ihm zuteil wurde, kam für ihn selbst anfangs ganz unerwartet. Er stieß auf gute Resonanz bei der neuen herrschenden Schicht, die sich von den alten Grundsätzen und von der Massenkontrolle zu befreien trachtete und für ihre inter-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nen Angelegenheiten einen verläßlichen Schiedsrichter brauchte. Im Hinblick auf die Massen und die Revolutionsereignisse eine zweitrangige Figur, offenbarte Stalin sich nun als unumstrittener Führer der thermidorianischen Bürokratie, als Erster in ihrer Mitte." (8)

Mit anderen Worten: Die Linke Opposition mit Trotzki hatte zwar die richtige Theorie, aber keine Massenbasis und mußte gegen Stalin, der die Bürokratie hinter sich wußte, unterliegen. Allerdings gibt es auch für die Bürokratie unlösbare Probleme. Die Sowjetbürokratie ist zwar in der Lage, moderne Technik aus dem Westen in der Sowjetunion einzuführen, aber *„je weiter die Entwicklung voranschreitet, umso mehr wird sich in der Wirtschaft das Problem der Qualität stellen, das der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. ... In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik und Initiativfreiheit, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für Qualität. Die Qualitätsfrage wirft die sowohl kompliziertere als auch grandiosere Aufgabe auf, die sich zusammenfassen läßt unter dem Begriff selbständiges technisches und kulturelles Schaffen. ... wo die Ideen sich nicht frei messen können, werden auch keine neuen Werte geschaffen. ... Die Diktatur des Proletariats gewährt dem menschlichen Genie in dem Maße größeren Raum, wie sie aufhört, Diktatur zu sein. Die sozialistische Kultur wird nur in dem Maße aufblühen, wie der Staat abstirbt. In diesem einfachen unumstößlichen Gesetz liegt das Todesurteil für das heutige politische Regime in der UdSSR. Die Sowjetdemokratie ist keine Forderung abstrakter Politik, noch weniger eine der Moral."* (9)

„Nur mit Gewalt kann die Bürokratie gezwungen werden, die Macht wieder in die Hände der proletarischen Avantgarde zu geben. ... Die sozialen Wurzeln der Bürokratie liegen, wie wir wissen, im Proletariat: wenn es sie schon nicht aktiv unterstützt, so muß es sie doch wenigstens tolerieren. Wird das Proletariat aktiv, so hängt der Stalinsche Apparat in der Luft. ... Einen wirklichen Bürgerkrieg könnte es nicht zwischen der Stalinbürokratie und dem sich erhebenden Proletariat, sondern nur zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution geben. Im Fall eines Konflikts zwischen zwei Massen-Lagern könnte von einer selbständigen Rolle der Bürokratie keine Rede sein. Ihre entgegengesetzte Flügel würden auf verschiedenen Seiten der Barrikade zu stehen kommen." (10)

Gorbatschows Anklagen sind moralisch

Für Gorbatschow, der selbst klar sieht, daß das überkommene „System der organisierten Verantwortungslosigkeit" (Bahro) die Stellung der Sowjetunion gefährdet, stellt sich auch die Frage der so-

Für Gorbatschow, der selbst klar sieht, daß das überkommene „System der organisierten Verantwortungslosigkeit" (Bahro) die Stellung der Sowjetunion gefährdet, stellt sich auch die Frage der so-
zialen Basis der Perestroika. In der Bürokratie gibt es sicher auch einige Idealisten wie Gorbatschow, für die die Weiterentwicklung der Sowjetunion wichtiger ist als die privilegierte Stellung, die sie innehaben. Für einen großen Teil der Bürokratie gilt dies sicher nicht. Denen ist das „privilegierte" Hemd näher als der „sozialistische" Rock. In der Bevölkerung scheint meines Wissens auch mehr eine abwartende Haltung vorzuherrschen.

Gorbatschows Kritik an den Zuständen in der Sowjetunion bleibt auch recht unspezifisch: *„Es gibt bei uns praktisch keine Erwerbslosigkeit. Es ist die Sache des Staates, für Beschäftigung zu sorgen. Auch einer Person, die wegen Faulheit oder Verletzung der Arbeitsdisziplin entlassen wurde, muß man eine neue Arbeit geben. Darüber hinaus ist Lohn-Gleichmacherei ein durchgehendes Merkmal unseres Alltages. Selbst ein schlechter Arbeiter verdient genug, um völlig sorgenfrei zu leben. Die Kinder eines ausgesprochenen Schmarotzers werden nicht ihrem Schicksal überlassen."* (11) *„Sie sind schlechte Arbeiter, Drückeberger und Trinker. Eine kleine Minderheit legt die geltenden Gesetze und Praktiken nur zu ihrem Vorteil aus. Diese Leute geben der Gesellschaft wenig, und trotzdem bringen sie es fertig, alles mögliche und selbst das scheinbar unmögliche von ihr zu bekommen; sie leben von Einkünften, die nicht aus ihrer Arbeit stammen. ... Die einzigen, die sich über diese Veränderungen ärgern, sind diejenigen, die meinen, sie hätten schon, was sie brauchen."* (12)

Gorbatschows Kritik bleibt immer moralisch, wendet sich gegen Außenseiter, „schlechte Arbeiter", „Schmarotzer", „Trinker" usw.. Eine Untersuchung der Ursachen für den Zustand der Gesellschaft kann Gorbatschow nicht leisten, da er doch zu sehr im Stalinismus verhaftet bleibt (mehr dazu unten). Tatsächlich sind diese Fälle doch nur eine Seite derselben Sache. Egoismus, Faulheit und Alkoholismus sind eine wenn auch nicht sehr hilfreiche Art des individuellen Widerstands gegen die Zustände in der Sowjetunion. Die Verantwortlichen für diese Zustände bezeichnet Gorbatschow nebulös als „die einzigen, die sich über diese Veränderungen ärgern ..." Warum sollte ein Parteibürokrat auf seine Privilegien verzichten? Vielleicht weil er „ein Gewissen hat und am Wohl seines Volkes interessiert ist"? Die normale Bevölkerung hat sicher ein massives Interesse an der Änderung ihrer Lage, und das wären dann auch die Menschen, auf die sich die Perestroika stützen müßte. Möglicherweise würde dabei die KPdSU zu Bruch gehen, wie es Trotzki vorausgesehen hat, möglicherweise würden konterrevolutionäre Kräfte an die Macht kommen, genausogut könnten die Sowjetmenschen auch da weitermachen, wo Lenin und die alte bolschewistische Garde Anfang der zwanziger Jahre aufgehört hat.

Gorbatschow hat sicher recht, wenn er fordert *„Arbeiter und Betriebsleiter, Traktorfahrer und Direktor, Journalist und Politiker — jeder hat Grund, seinen Arbeitsstil und seine Arbeitsmethoden zu überdenken, und jeder sollte seine Haltung kritisch beurteilen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, Trägheit und Konservatismus zu überwinden, um jedermann über sein Selbstgefühl anzuspornen. ... In einigen Punkten sind wir vom Weg abgekommen und haben Normen übernommen, die uns fremd sind; unsere spießbürgerliche Konsumentenmentalität ist nur ein Beispiel."* (14) Eine Konsumentenmentalität entsteht in Gesellschaften, in denen es keine andere Möglichkeit gibt als zu konsumieren, weil aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, Kreativität usw. bestraft wird, wenn sie die engen Grenzen des Erlaubten überschreitet. Schon in den dreißiger Jahren war dies gang und gebe. 1935 schrieb Trotzki: *„Lassen wir einige Minuten lang die Gesetze und Institutionen beiseite und nehmen wir uns das Alltagsleben der großen Masse der Bevölkerung vor. Dabei wollen wir weder uns selbst noch anderen etwas vormachen und müssen doch eingestehn, daß in den Sitten und Gebräuchen das Erbe des zaristischen und bürgerlichen Rußland die Keime des Sozialismus noch bei weitem überwiegt. Dies beweist am überzeugendsten das Verhalten der Bevölkerung selbst, die sich bei der geringsten Erhöhung des Lebensstandards gierig auf die westlichen Fertigwaren stürzt. Die jungen Sowjetangestellten, häufig sogar die Arbeiter, sind bemüht, es in Kleidung und Verhaltensformen den amerikanischen Ingenieuren und Technikern nachzutun, mit denen sie gelegentlich in der Fabrik eng in Berührung kommen. Die Industriearbeiterinnen oder weibliche Büroangestellten verschlingen die ausländischen Touristinnen mit den Augen, um ihnen Mode und Stil abzugucken. Die Glückliche, der dies gelungen ist, wird zum Objekt der allgemeinen Nachahmung. Statt der alten Haarwickel lassen sich die besser bezahlten Arbeiterinnen ‚Dauerwellen' drehen. Die Jugend schreibt sich mit Vorliebe in Kurse für ‚westliche Tänze' ein. In gewissem Sinne ist all dies ein Fortschritt.*

meinen Nachahmung. Statt der alten Haarwickel lassen sich die besser bezahlten Arbeiterinnen ‚Dauerwellen' drehen. Die Jugend schreibt sich mit Vorliebe in Kurse für ‚westliche Tänze' ein. In gewissem Sinne ist all dies ein Fortschritt.
Doch drückt sich darin nicht die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus aus, sondern lediglich die der kleinbürgerlichen Kultur über die patriarchale, die der Stadt über das Land, die des Zentrums über die Provinz und die des Westens über den Osten. Die privilegierten Sowjetschichten machen ihre Anleihen hingegen bei den höhergestellten kapitalistischen Kreisen, wobei die Diplomaten, Trustdirektoren und Ingenieure, die häufig Gelegenheit haben, nach Europa und Amerika zu reisen, als Schiedsrichter fungieren. ... Doch sieht man nicht ohne Bitterkeit, daß die hohen Sendboten der Sowjetunion es nicht verstanden haben, gegenüber der kapitalistischen Zivilisation einen eigenen Stil oder auch nur irgendeinen selbständigen Zug zu entwickeln. Es fehlt ihnen an der Standfestigkeit, den äußeren Glanz zu verachten und die nötige Distanz zu wahren. Ihr Hauptehrgeiz besteht gewöhnlich darin, sich so wenig wie möglich von den perfekten bürgerlichen Snobs zu unterscheiden. Mit einem Wort, in ihrer Mehrzahl fühlen und benehmen sie sich nicht wie die Vertreter einer neuen Welt, sondern wie gewöhnliche Emporkömmlinge." (15)

Die Doppelmoral der Familienpolitik

Auch in anderen Punkten sind Gorbatschow und Co. „vom Weg abgekommen". In Bezug auf die Frauenemanzipation vertritt er die reaktionäre Ansicht, (...) man müsse es den *„Frauen ermöglichen, zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren."* (16)

Mit diesen Äußerungen ist Gorbatschow weit hinter Lenin zurückgefallen. So schreibt Lenin in seiner Broschüre „Die Große Initiative": *„Die Frau bleibt nach wie vor Haussklavin, trotz aller Befreiungsgesetze, denn sie wird erdrückt, erstickt, abgestumpft, erniedrigt von der Kleinarbeit der Hauswirtschaft, die sie an die Küche und an das Kinderzimmer fesselt und sie ihre Schaffenskraft durch eine geradezu barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit vergeuden läßt. Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (unter Führung des am Staatsruder stehenden Proletariats) gegen diese Kleinarbeit der Hausarbeit oder, richtiger, ihre massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt. Schenken wir dieser Frage, die theoretisch für jeden Kommunisten unbestritten ist, in der Praxis genügend Aufmerksamkeit? Nein und abermals nein."* (18)

Eine Aufteilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau wurde nie diskutiert. Heute gibt es sicher genügend Kindergärten usw. in der Sowjetunion, aber ist diese Frage für Gorbatschow noch so theoretisch unbestritten wie für Lenin? Ganz im Gegenteil. Gorbatschow vertritt hier lupenreinen Stalinismus. In den dreißiger Jahren wurde die Abtreibung in der Sowjetunion verboten, die Scheidung erschwert, die Kleinfamilie verwandelte sich in die Keimzelle des Sozialismus. (19)



Trotzkis letzter öffentlicher Auftritt als Mitglied der bolschewistischen Führung beim Begräbnis Dserschinskis in Moskau im Juli 1926.

Trotzki kritisiert die Doppelmoral der stalinistischen Familienpolitik. *„Es ist nicht gelungen, die alte Familie im Sturm zu nehmen. Nicht, weil es an gutem Willen gemangelt hätte. Auch nicht, weil die Familie so fest in den Herzen verwurzelt wäre. ... Leider erwies sich die Gesellschaft als zu arm und zu unkultiviert. Die realen Mittel des Staates entsprachen nicht den Plänen und Absichten der kommunistischen Partei. Man kann die Familie nicht einfach abschaffen, man muß sie durch etwas anderes ersetzen. Eine wirkliche Befreiung der Frau ist auf der Basis des ‚verallgemeinerten Mangels' nicht zu verwirklichen. ... Zurück zu Heim und Herd! Aber Küche und Wäsche zu Hause, was heute von den Journalisten und Rednern halb verschämt gepriesen*

wirkliche Befreiung der Frau ist auf der Basis des ‚verallgemeinerten Mangels' nicht zu verwirklichen. ... Zurück zu Heim und Herd! Aber Küche und Wäsche zu Hause, was heute von den Journalisten und Rednern halb verschämt gepriesen
wird, bedeutet für die Arbeiterfrauen ein Zurück an die Töpfe und Tröge, d.h. zur alten Sklaverei. Die Resolution der Komintern (vom 20.8.35, E.W.) über den ‚vollständigen und unwiderruflichen Sieg des Sozialismus in der UdSSR' klingt kaum überzeugend für die Hausfrauen der Vorstädte!" (20)

Auf dem Land war es nicht anders. Ursprünglich sollte die Kollektivierung die Lage der Frauen verbessern. Tatsächlich hat sich für die Frauen nichts geändert. Von der Kolchose bekam der Bauer nur Brot und Viehfutter. Fleisch, Milchprodukte und Gemüse stammen von der eigenen Parzelle. *„So bürdet die Parzellenwirtschaft, indem sie zur Grundlage für den häuslichen Herd wird, der Frau ein doppeltes Joch auf."* (21)

„Die massenhafte Verwahrlosung von Kindern ist zweifellos das unbestreitbarste und tragischste Symptom für die harte Lage der Mütter. In dieser Frage ist selbst die optimistische Prawda manchmal zu bitteren Geständnissen gezwungen. ‚Die Geburt eines Kindes ist für viele Mütter eine ernste Bedrohung ihrer Lage...'. Eben deshalb hatte die Revolutionsmacht der Frau das Recht auf Abtreibung gebracht, das, wo Armut und Familienjoch weiterhin existieren, eines der bedeutendsten politischen und kulturellen Bürgerrechte ist — was die Eunuchen und alten Jungfern beiderlei Geschlechts darüber auch sagen mögen. ... Nachdem der Staat seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt hatte, den Frauen, die zur Abtreibung Zuflucht nehmen mußten, die notwendige medizinische Hilfe und hygienische Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, wurde das Steuer jäh herumgerissen und erneut der Weg des Verbotes eingeschlagen. Wie schon bei anderen Gelegenheiten macht die Bürokratie aus der Not eine Tugend. Solz, Mitglied des Obersten Sowjetgerichtshofs und Spezialist für Ehefragen, begründet das bevorstehende Abtreibungsverbot mit dem Hinweis, daß in der sozialistischen Gesellschaft, wo die Arbeitslosigkeit überwunden ist usw., die Frau kein Recht habe, auf ‚Mutterfreuden' zu verzichten. Philosophie eines Pfaffen, der zudem noch die Macht eines Gendarmen ausübt!" (22) *„Wir brauchen Leute, tönt Solz, vor den Bespirsornyje (=verwahrlostes Kind, E.W.) die Augen verschließend. ‚Dann seien Sie so freundlich und gebären Sie selber welche', würden die Millionen werktätiger Frauen dem Richter zurufen, hätte die Bürokratie sie nicht zum Schweigen gebracht. Diese Herren haben offenbar vollends vergessen, daß der Sozialismus die Ursachen beseitigen soll, die die Frau zur Abtreibung zwingen, anstatt ihr die ‚Mutterfreuden' durch schäbige Eingriffe der Polizei in ihr Intimleben aufzunötigen."* (23) Auch an Trotzkis Position wird deutlich, daß in der Sowjetunion nie eine Debatte über das Recht der Frau auf Bestimmung über ihren eigenen Körper geführt wurde. (24)

„Das materielle und kulturelle Versagen des Staates führte zur feierlichen Rehabilitierung der Familie, die — welch Wunder der Vorhersehung — auch gleich mit der Rehabilitierung des Rubels zusammenfiel. (25) Statt offen zu sagen: ‚Es hat sich gezeigt, daß wir noch zu arm und zu roh sind, um sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen zu schaffen — diese Aufgabe werden unsere Kinder und Enkel erfüllen', verlangen die Führer nicht nur, die Scherben der zerbrochenen Familie wieder zu kitten, sondern auch unter Androhung schlimmster Strafen, in ihr die geheiligte Grundzelle des siegreichen Sozialismus zu sehen. Das Ausmaß dieses Rückzuges ist mit bloßem Auge nicht zu ermessen.." (26) *„Ein sehr dramatisches Kapitel im großen Sowjetbuch bildet die Erzählung von der Zwietracht und dem Zerfall der Sowjetfamilien, wo der Mann als Parteimensch, Gewerkschafter, Militärkommandeur oder Verwalter emporstieg, sich entwickelte ... aber die von der Familie unterdrückte Frau auf dem alten Niveau verharrte.*

Zerfall der Sowjetfamilien, wo der Mann als Parteimensch, Gewerkschafter, Militärkommandeur oder Verwalter emporstieg, sich entwickelte ... aber die von der Familie unterdrückte Frau auf dem alten Niveau verharrte.
Der Weg zweier Generationen der Sowjetbürokratie ist mit Tragödien zurückbleibender und verstoßener Frauen gepflastert. ... Die größten Brutalitäten und Grausamkeiten sind wohl gerade in den Spitzen der Bürokratie anzutreffen, die zu einem hohen Prozentsatz aus unkultivierten Emporkömmlingen bestehen, die davon ausgehen, daß ihnen alles erlaubt sei. Die Archive und Memoiren werden einmal zu Tage fördern, welch geradezu kriminelle Verbrechen an den Ehefrauen und Frauen überhaupt von Seiten der gerichtlich nicht belangbaren Priester der Familienmoral und der ‚obligatorischen Mutterfreuden' begangen wurden." (27)

Stalinsche Verfassung von 1936

Auch Gorbatschows Plan, *„wir bringen das Prinzip des Sozialismus wieder zur Geltung: ‚Jedem gemäß seinen Fähigkeiten, jedem gemäß seiner Arbeit'"* (28), hat mit Sozialismus nicht viel zu tun. Hier geht Gorbatschow nicht zurück zu Lenin, sondern er zitiert die Stalinsche Verfassung von 1936. Für Trotzki offenbart dieser Satz aus der Verfassung nicht nur, *„wie tief das theoretische Niveau der Gesetzgeber gesunken ist, sondern auch, wie stark Lüge die neue Verfassung, den Spiegel der herrschenden Schicht durchdringt."* Dies Prinzip sei aus einer Umschreibung der Marxschen Formel *„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen"* (Karl Marx Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S.21) entstanden. Diese Formel könne nicht auseinandergerissen werden. „Jeder nach seinen Fähigkeiten" bedeutet, daß die Arbeit keinen Zwangscharakter mehr hat und jeder sich nach seinen Bedürfnissen ohne *„demütigende Kontrolle versorgen kann. Die zweigliedrige aber unteilbare Formel des Kommunismus setzt also Überfluß, Gleichheit, allseitige Entfaltung und hohe kulturelle Disziplin der Persönlichkeit voraus. ... Auch ein Maulesel plagt sich unter der Peitsche seines Treibers nach seinen Fähigkeiten, woraus nicht folgt, daß die Peitsche für den Maulesel ein sozialistisches Prinzip ist. Die Lohnarbeit hört auch unter dem Sowjetregime nicht auf, das erniedrigende Brandmal der Sklaverei zu tragen. Die Bezahlung nach der Leistung — in Wirklichkeit Bezahlung zum Vorteil der ‚geistigen' auf Kosten der körperlichen, insbesondere der nichtqualifizierten Arbeit — ist eine Quelle von Ungerechtigkeit, von Unterdrückung und Zwang für die Mehrheit, von Privilegien und frohem Leben für die Minderheit. Statt offen zuzugeben, daß in der UdSSR noch die bürgerlichen Arbeits- und Verteilungsnormen vorherrschen, schnitten die Autoren der Verfassung das integrale kommunistische Prinzip entzwei, vertagten die zweite Hälfte auf eine unbekannte Zukunft, erklärten die erste für bereits verwirklicht, verquickten sie mechanisch mit dem kapitalistischen Akkordlohnsystem, nannten das ganze ein Prinzip des Sozialismus und errichteten auf diesem Betrug das Verfassungsgebäude!"* (29)

Aus den oben angeführten Beispielen wird deutlich, daß Gorbatschow in vielen Punkten noch dem Stalinismus verhaftet bleibt. Kein Wunder, daß Leo D. Trotzki nicht rehabilitiert wird. Der wesentliche Unterschied zwischen Gorbatschow und Trotzki ist: Während Trotzki sich immer fragt, wie weit die Verwirklichung der kommunistischen Utopie schon gegangen ist, wo die Probleme liegen, ob bürgerliche Normen zurückgedrängt werden konnten oder ob die momentanen Ziele nicht erreicht werden konnten, weil das Land zu zurückgeblieben, zu arm usw. war, sehen wir bei Gorbatschow den völligen Verzicht auf die Verwirklichung der Utopie, der dann auch theoretisiert wird, z.B.: durch die Berücksichtigung der *„objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten"*, der *„Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung"*, den *„vernünftigen Gebrauch der Ware-Geld-Beziehungen und den Einsatz materieller und geistiger Anreize."* (30) Dies ist nichts anderes als die Beibehaltung bürgerlicher Verteilungsnormen. Den Kommunismus gibt es nur noch in Sonntagsreden. *„Wir gehen einer neuen Welt entgegen, der Welt des Kommunismus. Von diesem Weg werden wir nicht abweichen."* (31) Trotzkis Schriften sind immer noch hilfreich, wenn man/frau sich die Frage stellt, inwieweit sich die Sowjetführung tatsächlich vom Stalinismus gelöst hat.

Die vorliegende Trotzki-Ausgabe ist durch sehr ausführliche Anmerkungen auch für Leute, die sich noch nie mit Trotzki und der Geschichte der Sowjetunion beschäftigt haben, verständlich.

E.W./ Königswinter

* Trotzki, Schriften Band 1.1, Sowjetgesellschaft und Stalinistische Diktatur 1929-1936; Bd. 1.2, 1936-1940, jeweils DM 68,- im Jahr des Erscheinens, da-

* Trotzki, Schriften Band 1.1, Sowjetgesellschaft und Stalinistische Diktatur 1929-1936; Bd. 1.2, 1936-1940, jeweils DM 68,- im Jahr des Erscheinens, da-
nach DM 78,-, Rasch und Röhring-Verlag, Hamburg 1988.

Danach sollen im Jahresabstand folgen: Schriften 2: Schriften über China; Schriften 3: Linke Opposition und IV. Internationale; Schriften 4: Permanente Revolution; Schriften 5: Literatur und Revolution; Schriften 6: Schriften über Deutschland; Schriften 7: Mein Leben, Versuch einer Autobiographie; Schriften 8: Lenin; Schriften 9: Stalin; Schriften 10: Geschichte der russischen Revolution.

Anmerkungen:

1. Leo Trotzki, Schriften 1, Bd. 1.1, Hamburg 1988, S.457
2. ebenda, S.458f.
3. ebenda, Bd.1.2, S.746
4. ebenda, S. 747f.
5. ebenda, S. 777f.
6. ebenda, S. 726
7. ebenda, S. 784f.
8. ebenda, S. 787f.
9. ebenda, S. 976f.
10. ebenda, Bd. 1.1, S. 490f.
11. Michael Gorbatschow, Perestroika, München 1987, S.34
12. ebenda, S. 35
14. ebenda, S. 35
15. Leo Trotzki, Bd. 1.2, S. 865
18. Wladimir I. Lenin, Die große Initiative, LW Bd. 29, Berlin (DDR), S.419
19. Kai T. Dieckmann, Die Frau in der Sowjetunion, Frankfurt/New York 1977, S. 113f. „Ab November 1955 war die Abtreibung wieder erlaubt". (Kai T. Dieckmann, ebenda, S. 142)
2o. Leo Trotzki, Bd. 1.2, S. 838f.
21. ebenda, S.839
22. ebenda, S.841f.
23. ebenda, S.843
24. Näheres siehe Alix Holt, Die Bolschewiki und die Frauenunterdrückung, in: Annik Mahaim, Alix Holt, Jacqueline Heinen, Frauenbewegung und Arbeiterbewegung, Frankfurt 1984, S. 106f.
25. entfällt
26. ebenda, S. 843f.
27. ebenda, S. 849
28. Michael Gorbatschow, ebenda, S. 35
29. Leo Trotzki, Bd. 1.2, S.960f.
30. Michael Gorbatschow, ebenda, S. 28
31. Michael Gorbatschow, Rede zum 70. Geburtstag der Oktoberrevolution, Köln 1987



Die Herbstausgabe des Jugendmagazins „für den Endzeit-Abgang" ist erschienen.
Schwerpunktthema diesmal: Junge Frauen

- „Der nette Junge von nebenan" — „Gewalt gegen Frauen kommt auch dicht im Bekanntenkreis vor. Es ist ganz schön schwer, über das Thema zu schreiben."
- Interview: „Oder eben auf den Strich zu gehen, um für dich selbst zu sorgen."
- Ein Textauszug aus Alexandra Kollontai — Die Situation der Frau
- sowie das Programm für den „Frei, Frech, Feministisch"-Mädchen- & junge Frauen-Kongreß am 22./23.10. in Köln.

Außerdem:

- Aids ist kein Thema mehr: „... Darüber wurde dann glatt vergessen, daß Aids für die überwiegende Mehrheit unserer Gesellschaft überhaupt kein Problem ist. Hauptsache, mensch kann laut schreien und viel Angst haben, dann ist alles andere nicht mehr so wichtig. Und heute? Aids ist kein Thema mehr. Geblieben ist die Angst."
- Daheim im Heim???
- IWF-Demo in Westberlin — Fotoseite.
- Ganz freiwillig: nationalsoziales Jahr — über die Zwangsbeschäftigungspläne gegen Junge Frauen.
- „Arbeitsunwillige Jugendliche".
- Vorsicht! Jugendgefährdend: Comix von Reiser.
- Hafenstraße: Eine Parole wirbelt Staub auf. „... Auch wenn wir uns gewünscht hätten, daß wir ohne staatliche Bedrohung uns mehr Gedanken dazu machen, wie für uns Solidarität mit den Palästinensern aussehen kann, wie wir uns gleichzeitig aber auch unmißverständlich von der antijüdischen Hetze abgrenzen, für die Deutschland weltberühmt ist."
Dazu zwei Dokumente: Einmal Erich Fried — zum Boykottaufruf gegen Israel, zweitens eine Erklärung des Hafenstraßenplenums zu ihrer Parole.
- Wettkampf der Städte — Sanierungspolitik in Hamburg.
- Schleswig-Holstein: Wo bleiben die Gesamtschulen? Am 8. Mai hat die CDU ja den Regierungslöffel an die SPD abgegeben. Was verspricht sie uns in ihrer Werbung/ihrem Wahlprogramm??
- Blockierte Atomtransporte — „... Doch diese Nacht soll der Betrieb mittels einer Blockade gestört werden...".
- Ich hab keine Lust mehr im Regen zu steh'n

Marius Müller-Westernhagen fragt sich in einem Lied: „Warum hab ich bloß den Bullen erschossen...?"

Soweit der Inhalt der neuen **KARAMBOLAGE.** Herausgeberin ist die kb-jugend in Zusammenarbeit mit BWK-Jugend und sozialistischen Teilen des GABBA.

Kontakt:
Karambolage c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20.
V.i.S.d.P.: Olafo Berg, c/o Kontakt.

Bezugsbedingungen:
Im Abo 10,-DM (Vollverdiener 20,-DM) für 5 Nummern überweisen auf das Konto: Olafo Berg 1261-452203, Haspa, BLZ: 200 505 50. Stichwort „abo" + Lieferadresse angeben!

Wer die Karambolage weiterverkaufen möchte, melde sich bei uns, wir freuen uns darüber sehr!!!
Über Spenden auf obiges Konto freuen wir uns natürlich auch.
Unsere Anzeigenpreisliste senden wir auf Wunsch zu.

mor., kb-jugend



Fünf Jahre nach der letzten Ausgabe liegt die achte überarbeitete Fassung der Broschüre „Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden" vor. Wieder sind Erfahrungen von Sanis an den Bauzäunen der Republik und bei kleineren und größeren Polizeieinsätzen verarbeitet und Anregungen und Kritiken von LeserInnen und PatientInnen aufgenommen worden. Seitdem 1978 in Berlin die erste Ausgabe von „Selbstschutz und Erste Hilfe..." erschien, wurde das Heft ständig auf den neuesten Stand gebracht:

Die neu eingesetzten Polizeiwaffen haben dazu gezwungen, deren technische Daten und medizinische Auswirkungen zu erkunden. Schon fast klassisch: Die Kopfplatzwunde am Hinterkopf nach Knüppeleinsatz gegen Fliehende und die Knochenbrüche an Unterarm und Mittelhandknochen, die immer dann entstehen, wenn sich Menschen gegen Polizeiknüppel zu schützen versuchen. Eine Vielzahl anderer demonstrationstypischer Verletzungen ist noch dazugekommen: die teilweise hartnäckigen Reizungen der Augen, Haut und Atemwege nach CN/CS-Einsätzen, die schweren Prellungen und Brüche durch den Strahl von Hochdruckwasserwerfern und — nicht zuletzt — die psychischen Zusammenbrüche von Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes „unter die Polizei" gerieten.

Herausgegeben wird die Broschüre von der Redaktion Straßenmedizin, deren Selbstverständnis sie selbst so beschreibt: *„Was wir machen, ist eine mehr oder weniger organisierte Form von Selbsthilfe; Kurse in Initiativen und Gruppen und auch diese Broschüre sollen unser Wissen weitervermitteln, gerade auch deshalb, weil wir kein alternatives Rotes Kreuz sind und niemandem die eigene Verantwortung abnehmen wollen. Außerdem entscheiden wir von Anlaß zu Anlaß, ob wir an einer Demonstration, Hausbesetzung, Blockade oder anderen Aktion teilnehmen: Die individuelle politische Entscheidung steht vor der Absicht, anderen die Augen zu spülen. Aus diesem Grund sind Demosanis mal hier, mal da zu finden, in Wackersdorf, auf den Bonner Rheinwiesen, in der Hafenstraße, vor Atomwaffenlagern, in Kreuzberg, bei antifaschistischen Kundgebungen, in kleineren und größeren Städten, bei ausdrücklich gewaltfreien Aktionen ebenso wie bei militanten Demos."*

Diese Broschüre enthält auf 64 Seiten wertvolle Tips, wie man sich bei Demonstrationen verhalten sollte, die in eine Konfrontation mit der Polizei geraten, es wird allgemein verständlich medizinisches Wissen vermittelt, wodurch der Horror minimiert wird (das ist für die Verletzten wichtig, aber auch als Gegenmittel gegen Panik).

Alles in allem eine Broschüre nicht nur für Straßenkämpfer, sondern eine notwendige und brauchbare Information für all diejenigen, die nicht mehr im Glauben schwelgen, die Polizei habe Samthandschuhe an.

Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden
Mit Rechtshilfetips
64 Seiten DIN A5

Bestellungen an:
Hamburger Satz und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/435346
Einzelexemplar: 6,- DM

daraus der Weg für eine

Die CONTRA-Connection

Eine Buchbesprechung

Als die Irangate-Affäre bekannt wurde, regte sich alle Welt über die Tatsache auf, daß die USA geheime Waffengeschäfte mit dem Iran trieben, weniger beachtet wurde schon, daß ein großer Teil des Gewinns dieser Geschäfte an die CONTRA in Nicaragua floß. Und dennoch warf dies ein Schlaglicht darauf, wie diese konterrevolutionäre Bande im Stillen finanziert wird. Jahr für Jahr wird in der us-amerikanischen Öffentlichkeit ein Ritual zelebriert, wenn es um das scheinbare Pro und Contra der Unterstützung der CONTRA geht. Reagan fordert 140 Millionen für „humanitäre Hilfe", die „Demokraten" sind dagegen, schließlich werden 100 Millionen bewilligt. Die ganze Aufmerksamkeit wird auf diesen einen Aspekt der CONTRA-Unterstützung gelenkt, während von der Öffentlichkeit fast unbemerkt die Fäden ganz anders gesponnen werden.

Im konkret-Literatur-Verlag ist jetzt ein Buch erschienen, in dem die vielfältigen Fäden der internationalen Reaktion und Konterrevolution zur CONTRA aufgezeigt werden. Ausgehend von einem Kapitel über die us-amerikanischen Interessen in Zentralamerika, den Machenschaften der Reagan-Regierung kommt das Buch dann zu seinen stärksten Teilen, der konkreten und detaillierten Beschreibung der Unterstützung der CONTRA durch bundesdeutsche Organisationen und Parteien. Daß die CDU/CSU ein Freund der CONTRA ist, hat mensch ja schon immer gewußt. Hier erfährt mensch aber die fünf großen Ws: Wer hat Was, Wann, Wo und Wie gemacht. Da ist beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung(KAS), in der BRD gerade mal bekannt als Geldwaschanlage für die CDU.

Aber so harmlos, wenn Geldwaschen für die CDU überhaupt harmlos sein kann, ist dieser Verein nun einmal nicht. Die KAS ist ein zentrales Kettenglied zwischen der „Inneren Front" in Nicaragua und der militärischen CONTRA. Eine offizielle Unterstützung der CONTRA durch die CDU/CSU und die KAS gibt es nicht, anders als aus den USA. Umso wichtiger ist es, die personelle Verquickung zwischen der „Inneren Front", der CONTRA und der CDU/CSU zu verfolgen. Hierin liegt die Stärke dieses Buches, das detailliert, faktenreich und kaum angreifbar die Verbindungen auf den verschiedenen Ebenen darstellt.

★



★

Selbstverständlich „weiß" jede/r Linke, daß die nicaruguanische Christdemokratie nicht selbstständig agiert, aber erst, wenn mensch *weiß*, daß sie zu 98% von außen finanziert wird, wird aus der ideologischen Überzeugung eine beweisbare Tatsache. In dieser Hinsicht liefert diese Zusammenstellung eine Fülle von Material. Darüberhinaus enthält es einen guten Überblick über die verschiedenen Teile der Opposition in Nicaragua und einen einleitenden Teil über die Strategie der USA in Zentralamerika.

Lassen wir einen Gegner der Sandinisten, Edgar Chamorro, ehemaliges Führungsmitglied der CONTRA, der sich aufgrund der eindeutigen Bindung der CONTRA zum CIA von dieser abgewandt hat, zu Wort kommen: *„In diesem Buch wird das dichte Netz der Zusammenarbeit von Contra-Unterstützungsgruppen aufgedeckt. Zum ersten Mal werden die Organisationen und ihre Methoden benannt, die die gewaltige Öffentlichkeitskampagne in Europa zur Unterstützung der CONTRA betreiben. Der Krieg der niedrigen Intensität gegen Nicaragua hat eine große politische und propagandistische Komponente. 80 Prozent dieses Krieges sind Propaganda und Desinformation. Hinter den Kulissen arbeiten die Manipulatoren der Medien und der öffentlichen Meinung nach allen Regeln der Kunst mit den modernsten psychologischen Techniken. Ihre Absicht ist es, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, daß sie ihren verdeckten und illegalen Krieg gegen Nicaragua rechtfertigen können.*

Als ehemaliger Contra-Chef (1981-1984) der FDN, der größten Contra-Gruppierung, war ich zuständig für Kommunikation und Propaganda. Ich kann sagen, daß dieses Buch die Quellen der CIA und ihres Unterstützungsnetzes in dem schmutzigen Krieg gegen Nicaragua dokumentiert. Die Informationen in diesem Buch sind ausführlich und präzise recherchiert."

Es ist kein Lesebuch, auch wenn es oftmals so spannend zu lesen ist wie ein Krimi. Einen langjährigen AK-Leser erinnert es in vielem an die detaillierte Analyse der rechtsradikalen und faschistischen Szene der BRD durch die Antifa-Kommission. Kein Lesebuch, mehr ein hilfreiches und notwendiges Nachschlagewerk für alle, die sich mit den Machenschaften der Konterrevolution gegen Nicaragua beschäftigen.

★

DIE CONTRA-CONNECTION
Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer
Konkret-Literatur-Verlag, Hamburg, 1988

Die „Neue Anstößigkeit" der GAL

40 Jahre „Hamburger Abendblatt", ein Grund zum Feiern für die Zeitung, die als bürgerlich-seriöse, liberalere Variante der BILD fungiert. Viel Werbung, Veranstaltungen und eine 76seitige Sonderbeilage, in der Friede Springer — „Mein Mann der Verleger" — des Gründers gedenkt.

Seit Tagen werben in einer Serie großformatiger Anzeigen all jene Zielgruppen-Vertreter, die dem „Abendblatt" den innovativen Schub zur Erneuerung seiner viel zu alten Leserschaft geben sollen: Die Geschäftsleute der City gratulieren zu 40 Jahren „steigender Nachfrage", das „Cats"-Ensemble zu „anhaltendem Erfolg", das Atlantic-Hotel zu „gutem Geschmack", Hagenbecks Tierpark zur „Menschlichkeit" usw. Die immerfröhlichen Jubel-Yuppies von „Radio Hamburg" beglückwünschen zu „gutem Ton". Fehlen darf unter den Gratulanten von Kohl bis Schmidt auch nicht die GAL, gerade sechs Jahre im Parlament, gratuliert sie zu „40 Jahren kritischer Begleitung".

Das „Abendblatt" hat sie im Bild versammelt, die Vertreter unserer Volksgemeinschaft: drei Spießer aus SPD, FDP und CDU — die Namen kann man getrost vergessen —, beim Kotau vor der Springer-Presse. Hanseatische Patrioten des Kalibers, denen man gerne mal in den Hintern treten würde, hassenswertes Establishment, vereint mit einem grauen Farbtupfer: Adrienne Goehler, Fraktionsvorsitzende der GAL-Frauenfraktion, die sich den rotierenden Vorsitz im höchsten zu vergebenden GAL-Parlamentsamt für die Schlußphase ihrer Abgeordnetinnen-Tätigkeit ausbedungen hatte, um noch einmal Zeichen zu setzen für ihre Idee der Frauenliste. So geschehen.


Hamburgs Fraktionsvorsitzende gratulieren dem Hamburger Abendblatt zu 40 Jahren kritischer Begleitung.

„Ihre ABSICHT war Satire", beschwört der GAL-Landesvorstand Kritiker dieser kostenlosen Werbung (kostenlos, wohlgemerkt; noch nicht mal drei Riesen für die Hafenstraße hat sie von den größten Hetzern gegen dieselbe genommen) unserer demokratischen Institutionen für die ebenso demokratische Institution Springer-Zeitung. Sicher war das versuchte Ironie. Die verdrehten Augen, das Zipfelchen der Hamburg-Fahne, Adrienne hat sich nicht einfach fotografieren lassen, sie hat sich etwas dabei gedacht, in Szene gesetzt, wie sie via „taz" vermelden ließ. Gerade das aber macht die politische Katastrophe aus. Eine Dummheit verzeiht mensch gerne, das bewußte Kalkül entlarvt den Grad von Angepaßtheit und Verkommenheit der GAL-Politik. Dies hat auch der GAL-Vorstand nicht geschnallt, der nur versucht, die Krise zu vertuschen, und nach außen das linke Image zu retten. Der großflächigen Plakat- und Litfaßsäulenwerbung, der Anzeigenwerbung in über 300.000 Exemplaren „Abendblatt" mit seiner Fraktionsvorsitzendin, wird eine kritische Anzeige in wenigen tausend „taz"-Exemplaren für die linke Leserschaft entgegengesetzt, die anhaltende Springerfeindschaft beschwört. Das paßt wie die Faust aufs Auge einer Doppelmoral, die bemüht ist Spuren zu verwischen:

1. Daß es gerade die vermeintlich verfehlte „Satire" ist, die die Rolle der GAL treffender beschreibt, als wir es in unzähligen entlarvenden Artikeln könnten. Der Wert einer Adrienne Goehler oder einer anderen GAL-Frau auf einem Werbeplakat fürs „Abendblatt" besteht *gerade* in (fast) jeder möglichen Form von Andersartigkeit. Wäre Adrienne nicht von sich aus auf diese Idee gekommen (ist sie's?), hätte der Werbefotograf sie haben müssen (hat er?). So demonstriert man bürgerliche Pluralität und Toleranz, so integriert man das Unangepaßte in einer parlamentarischen Demokratie. Der Integrationswert einer GAL, die sich darstellt wie die anderen, wäre Null, eine *solcherart* angepaßte GAL wertlos. Die *Anpassung der Querköpfe* dagegen hat Wert — quod erat demonstrandum, oder so ähnlich.

2. *„Hamburgs Fraktionsvorsitzende gratulieren zu 40 Jahren kompetentem Journalismus"* sollte über der Anzeige stehen. Stattdessen hat die GAL Jahre der „kritischen Begleitung" als Änderung erkämpft. Das ist nicht nur innovativ und diskursiv, sondern auch dem „Abendblatt" förderlich und ein Vorgeschmack auf grün-alternative Realpolitik in Verdrehung ihres Wortsinns.

3. Doppelmoral ist es, wenn die *Realität* einer Partei wieder und wieder beschönigt wird, wenn linke Bekenntnisse die reputierliche Praxis verdecken sollen, statt sie zum Gegenstand von Auseinandersetzung zu machen, wodurch diese Bekenntnisse letztlich unglaubwürdig werden. Keinen anderen Sinn hat die Anzeige des GAL-Landesvorstands, der so agiert wie nahezu alle „linken" grünen Landesvorstände: die tagtägliche Praxis dieser Partei zu vernebeln und Richtigstellungs-Feuerwehr für den Teil der linken Klientel zu spielen, der kurz vor dem Absprung stehen könnte.

So wird selbst das verschüttet, was in der Not ehrlicherweise auch gesagt wurde (und mit Sicherheit demnächst dementiert werden wird): *„Am Abendblatt kommt frau nicht vorbei"*, man arbeite sowieso täglich gut zusammen und sei mit dessen Berichterstattung über Rathaus und Ökologie *„im Rahmen der Erwartungen auch zufrieden"*. Das stimmt mit Sicherheit, genauso wie es ehrlicherweise rüberbringt, was Eingeweihte sowieso wissen: Das Verhältnis zwischen GAL und bürgerlichen Medien ist so etabliert, wie die Art und Weise der parlamentarischen GAL-Oppositionsrolle. Man braucht sie nicht, doch möchte man sie für die Renovierung des Parlamentsbetriebes auch nicht missen.

„Mir steht der Sinn nach neuen, schillernden Federn, nach Höhe und Tiefe, nach neuer Anstößigkeit" beschrieb Adrienne Goehler in der „taz" (1.10.88) *ihre* Aufgabenbestimmung der GAL-Frauenliste.

Anstößig? Allemal!

hr.

